

**HEIDELBERGER INSTITUT FÜR
INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG**
am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

KONFLIKTBAROMETER 2007

**Krisen - Kriege - Putsche
Verhandlungen - Interventionen - Friedensschlüsse**

16. JÄHRLICHE KONFLIKTANALYSE



HIIK

Das HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG (HIIK) am INSTITUT FÜR POLITISCHE WISSENSCHAFT DER UNIVERSITÄT HEIDELBERG ist ein gemeinnütziger eingetragener Verein. Es widmet sich der Erforschung, Auswertung und Dokumentation innerstaatlicher und internationaler politischer Konflikte. Das HIIK ging 1991 aus einem u.a. von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) finanziell unterstützten Forschungsprojekt KOSIMO (Konflikt-Simulations-Modell) hervor, welches von Prof. Dr. Frank R. Pfetsch (Universität Heidelberg) geleitet wurde.

Konflikt

Konflikte sind Interessengegensätze (Positionsdifferenzen) um nationale Werte von einiger Dauer und Reichweite zwischen mindestens zwei Parteien (organisierte Gruppen, Staaten, Staatengruppen, Staatenorganisationen), die entschlossen sind, sie zu ihren Gunsten zu entscheiden.

Konfliktgegenstände

Territorium
Sezession
Dekolonisation
Autonomie
System / Ideologie
Nationale Macht
Regionale Vorherrschaft
Internationale Macht
Ressourcen
Sonstiges

Konfliktintensitäten

Gewaltgrad	Intensitäts-gruppierung	Intensitäts-level	Intensitäts-bezeichnung	Definition
nicht-gewaltsam	niedrig	1	Latenter Konflikt	Eine Positionsdifferenz um definierbare Werte von nationaler Bedeutung ist dann ein latenter Konflikt, wenn darauf bezogene Forderungen von einer Partei artikuliert und von der anderen Seite wahrgenommen werden.
		2	Manifester Konflikt	Ein manifester Konflikt beinhaltet den Einsatz von Mitteln, welche im Vorfeld gewaltsamer Handlungen liegen. Dies umfasst beispielsweise verbalen Druck, die öffentliche Androhung von Gewalt oder das Verhängen von ökonomischen Zwangsmaßnahmen.
gewaltsam	mittel	3	Krise	Eine Krise ist ein Spannungszustand, in dem mindestens eine der Parteien einzeln Gewalt anwendet.
		4	Ernste Krise	Als ernste Krise wird ein Konflikt dann bezeichnet, wenn wiederholt und organisiert Gewalt eingesetzt wird.
	hoch	5	Krieg	Kriege sind Formen gewaltsamen Konfliktaustrags, in denen mit einer gewissen Kontinuität organisiert und systematisch Gewalt eingesetzt wird. Die Konfliktparteien setzen, gemessen an der Situation, Mittel in großem Umfang ein. Das Ausmaß der Zerstörung ist nachhaltig.

Die in dieser Publikation angegebenen Konfliktintensitäten geben den höchsten Intensitätsgrad an, der im Laufe des aktuellen Jahres erreicht wurde. Somit kann beispielsweise auch ein Konflikt als ernste Krise klassifiziert werden, in dem in der zweiten Jahreshälfte keine Gefechte mehr stattgefunden haben.

Das vorliegende Konfliktbarometer 2007 gibt den aktuellen Stand unserer Forschung wieder. Dadurch können sich Abweichungen von Daten älterer Ausgaben ergeben. Das HIIK übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit der gedruckten Daten in dieser Veröffentlichung.

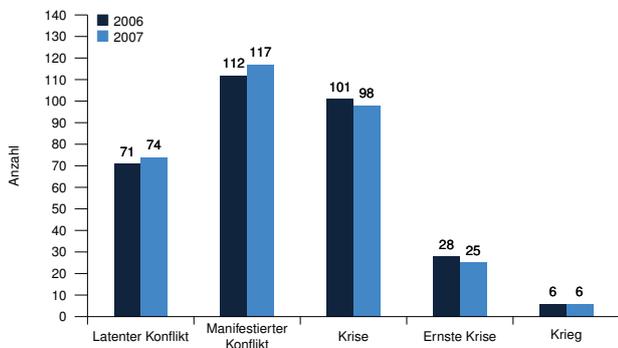
Redaktionsschluss: 01. Dezember 2007

Globales Konfliktpanorama

Globale Entwicklung

Im Jahr 2007 werden 328 politische Konflikte gezählt. Darunter sind sechs Kriege und 25 ernste Krisen, also insgesamt 31 Konflikte, die mit massivem Gewalteininsatz ausgetragen werden. Neunundneunzig weitere Konflikte sind durch sporadischen Gewalteininsatz geprägt und werden daher als Krisen eingestuft. Die Krisen und hochgewaltsamen Konflikte summieren sich zu insgesamt 130 gewaltsamen Konflikten. Diesen stehen 198 gewaltfreie Konflikte gegenüber, davon 118 manifeste und 80 latente Konflikte. Wie im Vorjahr werden sechs Kriege geführt. Darunter sind fünf Konflikte, die schon 2006 auf dieser Intensitätsstufe ausgetragen worden sind: Sudan (Darfur), Somalia (UIC), Sri Lanka (LTTE) und Afghanistan (Taliban) und Irak (Aufständische). Zwei dieser Konflikte, die erwähnten im Sudan und im Irak, werden damit schon im vierten Jahr als Kriege eingestuft. Der sechste Krieg des letzten Jahres, Israel (Hisbollah), deeskaliert durch den Rückzug der israelischen Truppen aus dem Libanon im Oktober 2006 signifikant auf das Niveau eines nicht-gewaltsamen Konflikts. Jedoch eskaliert die ernste Krise im pakistanischen Grenzgebiet zu Afghanistan, Wasiristan, 2007 zu einem Krieg [→ Pakistan (Nord- und Südwasiristan)].

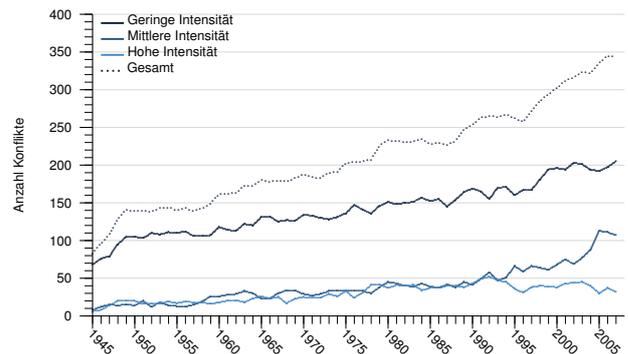
Globale Konfliktintensitäten 2007 im Vergleich zu 2006



Die Zahl der ernstesten Krisen sinkt von 30 auf 25. Sechzehn davon sind schon 2006 schon auf dieser Intensitätsstufe ausgetragen worden, sechs eskalieren von einer Krise im Jahr 2006 zu einer ernstesten Krise im Jahr 2007. Zwei - der Konflikt zwischen den zwei Hauptrebellengruppen in Kolumbien [→ Kolumbien (FARC - ELN)] und der Oppositionskonflikt in Myanmar (→ Myanmar (Opposition)) - sind 2006 manifeste Konflikte gewesen, d.h. gewaltfrei. Eine ernste Krise, Mexiko (Drogenkartelle), ist ein 2007 auftretender neuer Konflikt. Diejenigen ernstesten Krisen des letzten Jahres, die diese Intensitätsstufe 2007 nicht wieder erreichen, entwickeln sich wie folgt: Die Krise in Pakistan (in Nord- und Südwasiristan) eskaliert zu einem Krieg; 13 deeskalierten, zehn davon auf die Intensitätsstufe einer Krise und drei auf die Stufe eines latenten Konflikts. Insgesamt werden 2007 31

hochgewaltsame Konflikte gezählt, im Vergleich zu 36 im Vorjahr. Dies bedeutet eine beträchtliche Deeskalation - nach der Eskalation im Vorjahr im Vergleich zu 2005, wo mit nur 30 die niedrigste Zahl hochgewaltsamer Konflikte seit 1984 gezählt worden waren. Allerdings sinkt die Zahl der Krisen im Verhältnis zu ihrer hohen Anzahl nur leicht, von 104 im Jahr 2006 auf 99 im Jahr 2007. Da die Zahl der latenten Konflikte von 72 auf 80 und die der manifesten von 114 auf 118 steigt, nimmt die Zahl der nicht-gewaltsamen Konflikte von 186 auf 198 zu. Die Gesamtzahl der Konflikte erhöht sich leicht von 326 auf 328, da acht Konflikte 2006 geendet haben und 2007 zehn neue entstanden sind. Diese verteilen sich wie folgt: Beendet werden ein Konflikt in Europa, vier in Afrika und drei im Mittleren Osten und Maghreb. Drei der neuen Konflikte entstehen in Europa, zwei in Afrika, drei in Amerika und zwei in Asien und Ozeanien. Während insgesamt nur vier der zehn neuen Konflikten ohne Gewalt ausgetragen werden, sind fünf davon Krisen und einer eine ernste Krise.

Globale Konflikte niedriger, mittlerer und hoher Intensität von 1945 bis 2007

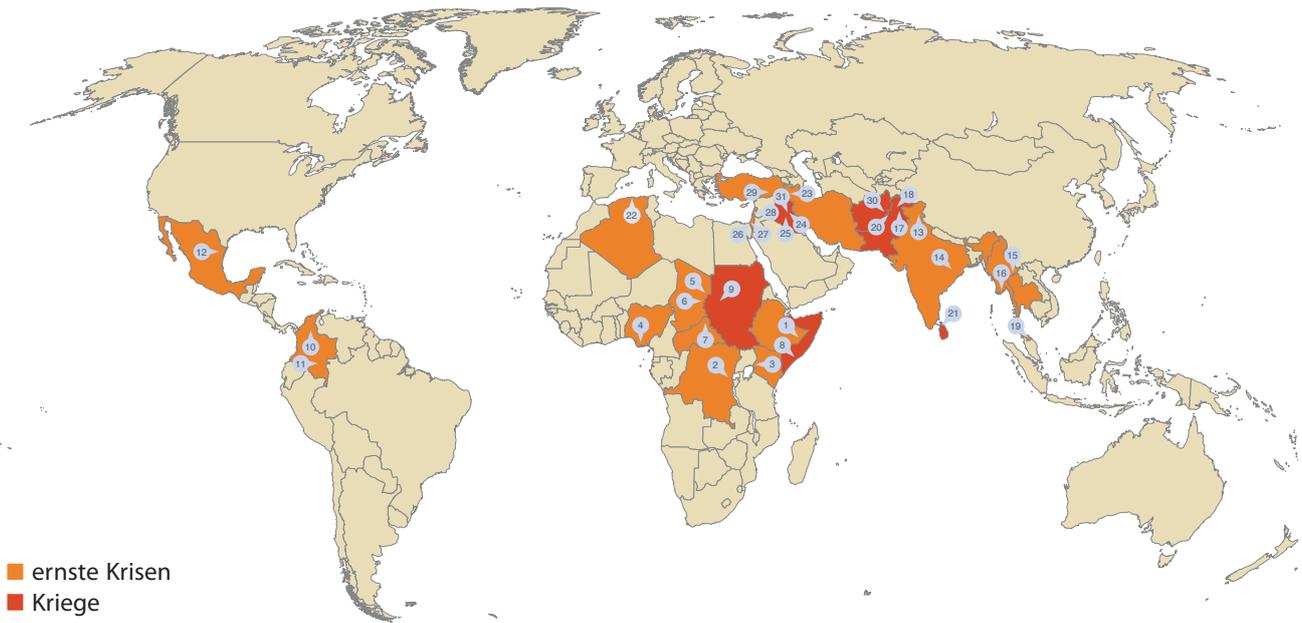


Für die langfristige Trendanalyse werden die fünf Intensitätsstufen zu drei Gruppen zusammengefasst: die beiden nicht-gewaltsamen Stufen werden als Konflikte niedriger Intensität bezeichnet, Krisen als Konflikte mittlerer Intensität, ernste Krisen und Kriege werden zu Konflikten hoher Intensität zusammengefasst. Zudem zeigt die obige Grafik die Gesamtzahl der beobachteten Konflikte. An der Verlaufskurve läßt sich ein mehr oder weniger kontinuierlicher Anstieg in der Zahl der beobachteten Konflikte ablesen, von 81 im Jahr 1945 auf 328 im Jahr 2006. Die meisten dieser Konflikte sind Konflikte niedriger Intensität. Bei der Betrachtung der Konflikte hoher Intensität ist ein fortlaufender und meist regelmäßiger Anstieg, von sieben im Jahr 1945 auf 41 im Jahr 2004, erkennbar, der nur durch kleinere Deeskalationsphasen unterbrochen wird. Den bisherigen Höhepunkt stellt die Zahl von 49 hochgewaltsamen Konflikten im Jahr 1992 dar, kurz nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Nach einem spektakulären Rückgang auf nur 30 im Jahr 2005 steigt die Zahl der hochgewaltsamen Konflikte

te 2006 wieder auf 36, sinkt aber 2007 auf 31. Auf der anderen Seite erreicht die Zahl der Krisen in den letzten Jahren zuvor unbekannte Höhen, was auf eine Veränderung des Konfliktaustrags hinweist. Während weniger Konflikte mittels systematischer Verwendung von Ge-

walt im großen Stil ausgetragen werden, werden zunehmend mehr Konflikte mit sporadischem Gewalteinsetz, z. B. Angriffen aus dem Hinterhalt, Guerillaangriffen, Bombenangriffen und ähnlichem, geführt.

Weltkarte: Konflikte hoher Intensität 2007



■ ernste Krisen
■ Kriege

Die Länder mit Konflikten sind hier mit ihrer jeweils höchsten Intensität eingefärbt.

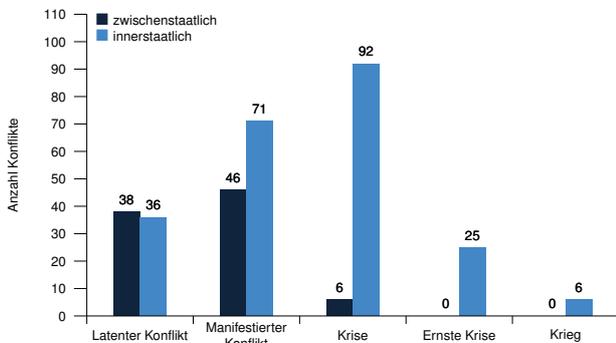
Legende

Name und Konfliktgegenstände	
Afrika südlich der Sahara - Ernste Krisen	16 Myanmar (Opposition) - System/Ideologie, Nationale Macht
1 Äthiopien (ONLF/Ogaden) - Sezession	17 Pakistan (Islamisten) - System/Ideologie
2 DR Kongo (ex-RCD-G, Interahamwe, FDLR) - Nationale Macht	18 Pakistan (Sunniten - Shiiten) - System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft
3 Kenia (ethnische Gruppen) - Ressourcen	19 Thailand (muslimische Separatisten/südliche Grenzprovinzen) - Sezession
4 Nigeria (Niger Delta - Ijaw) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	Asien und Ozeanien - Kriege
5 Tschad (ethnische Gruppen) - Regionale Vorherrschaft	20 Pakistan (Nord- und Südwasiristan) - Regionale Vorherrschaft
6 Tschad (verschiedene Rebellengruppen) - Nationale Macht	21 Sri Lanka (LTTE) - Sezession
7 Zentralafrikanische Republik (UFDR, APRD) - Nationale Macht	Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb - Ernste Krisen
Afrika südlich der Sahara - Kriege	22 Algerien (Islamistische Gruppe) - System/Ideologie, Nationale Macht
8 Somalia (UIC) - System/Ideologie, Nationale Macht	23 Iran (PJAK/Kurdische Gebiete) - Autonomie
9 Sudan (Darfur) - Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	24 Irak (al-Sadr-Gruppe) - System/Ideologie, Nationale Macht
Die Amerikas - Ernste Krisen	25 Irak (al-Sarkawi-Gruppe) - System/Ideologie, Nationale Macht
10 Kolumbien (FARC - ELN) - System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	26 Israel (Fatah - Hamas) - System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft
11 Kolumbien (FARC) - System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	27 Israel (PNA, al-Fatah, Hamas/Palästina) - Sezession, System/Ideologie, Ressourcen
12 Mexiko (Drogenkartelle) - Regionale Vorherrschaft	28 Lebanon (Hisbollah, Fatah al-Islam) - System/Ideologie, Nationale Macht
Asien und Ozeanien - Ernste Krisen	29 Türkei (PKK/KONGRA-GEL/Kurdische Gebiete) - Autonomie
13 Indien (Kaschmir) - Sezession	Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb - Kriege
14 Indien (Naxaliten) - System/Ideologie	30 Afghanistan (Taliban) - System/Ideologie, Nationale Macht
15 Myanmar (KNU, KNLA, KNPP, KnA - UWSA, DKBA Regierung / Karen-Staat, Kayahi-Staat) - Sezession	31 Irak (Aufständische) - System/Ideologie, Nationale Macht

Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich

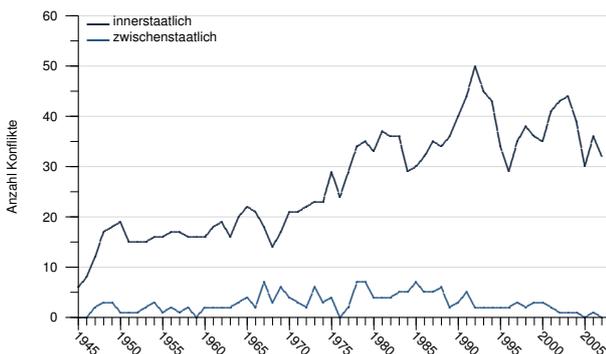
Im Jahr 2007 werden insgesamt 238 innerstaatliche und 90 zwischenstaatliche Konflikte beobachtet. Vier der Konflikte, die zur ersten Kategorie gezählt werden, können als transnational bezeichnet werden, da mindestens eine Konfliktpartei ein nicht-staatlicher Akteur ist, dessen Hauptoperationsbasis in einem anderen Land situiert ist als die der Gegenpartei, sei diese nun ein Staat oder ein anderer nicht-staatlicher Akteur. Da die Struktur dieser Konflikte (nicht-staatlicher Akteur vs. Staat oder anderer nicht-staatlichen Akteur) der Struktur innerstaatlicher Konflikte gleicht, werden sie hier dieser Kategorie zugeordnet.

Anzahl an inner- und zwischenstaatlichen Konflikten 2007 nach Intensitätslevel



Alle sechs Kriege im Jahr 2007 sind innerstaatliche Konflikte, ebenso alle ernstesten Krisen, davon eine, namentlich Tschad (ethnische Gruppen), transnational. Somit wird nach der letztjährigen zwischenstaatlichen ernstesten Krise zwischen Israel und Libanon [→ Israel - Libanon] kein Konflikt zwischen Staaten auf einer der beiden höchsten Intensitätsstufen ausgefochten. Jedoch sind sechs der 99 Krisen zwischenstaatlich [→ Armenien - Aserbaidschan; Tschad - Sudan; Uganda - DR Kongo (Albertsee); Kolumbien - Ecuador; Israel - Libanon; Syrien - Israel], wohingegen 93 innerstaatlich sind (keine transnational).

Inner- und zwischenstaatliche Konflikte hoher Intensität von 1945 bis 2007

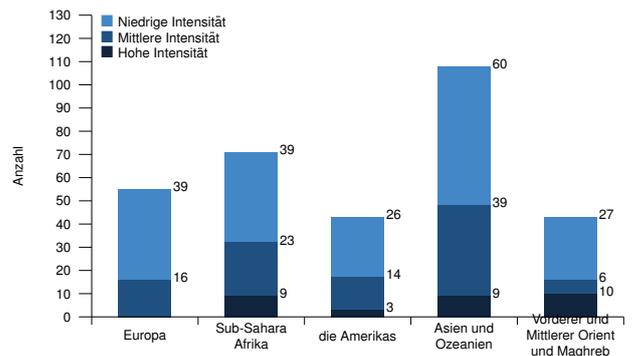


Von den sechs zwischenstaatlichen Krisen sind der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidschan sowie der Konflikt zwischen Tschad und Sudan schon 2006 auf der gleichen Intensitätsstufe ausgetragen worden. Israel - Libanon ist eine ernste Krise gewesen. Der Konflikt zwischen Uganda und DR Kongo ist neu, die übrigen zwei Konflikte sind 2006 manifeste Konflikte gewesen. Bezüglich der nicht-gewaltsamen Konflikte kann festgestellt werden, daß 42 der latenten und 72 der manifesten Konflikte innerstaatlich sind (darunter ein bzw. zwei transnationale) sowie 38 latente und 46 manifeste Konflikte zwischenstaatlich. Somit übersteigt die Zahl der innerstaatlichen Konflikte die der zwischenstaatlichen nicht nur insgesamt, sondern auch auf jeder Intensitätsstufe. Die Langzeitanalyse, für die die zwei hohen Intensitätsstufen, ernste Krise und Krieg, zu einer Gruppe zusammengefasst werden, zeigt deutlich, dass die innerstaatlichen Konflikte von Beginn des Beobachtungszeitraums an überwiegen. Dagegen ist die gegenwärtige niedrige Zahl innerstaatlicher Kriege und ernstesten Krisen eine neuere Entwicklung, die vermutlich auf das Ende des Kalten Krieges zurückzuführen ist.

Regionale Entwicklungen

Ein Drittel aller Konflikte, 109 an der Zahl, werden in Asien und Ozeanien ausgetragen. Afrika folgt an zweiter Stelle mit 78 Konflikten, an dritter Stelle Europa mit 55, dann der Vordere und Mittlere Orient und Amerika mit jeweils 43. Mit 39 hat Asien auch die höchste Zahl an Krisen zu verzeichnen, und ebenso die höchste Anzahl nicht-gewaltsamer Konflikte, 61.

Verteilung aller Konflikte 2007 nach Region und Intensitätstyp



Bezüglich der hochgewaltsamen Konflikte liegt Asien und Ozeanien jedoch mit neun, darunter zwei Kriege, an zweiter Stelle, während der Vordere und Mittlere Orient mit zehn hochgewaltsamen Konflikten, zwei davon Kriege, den ersten Rang einnimmt. Afrika steht mit ebenfalls neun hochgewaltsamen Konflikten, darunter zwei Kriegen, zusammen mit Asien an zweiter Stelle. Damit tauschen Afrika und der Vordere und Mittlere Orient ihre Ränge, denn in den Vorjahren ist Afrika die Region mit den meisten hochgewaltsamen Konflikten gewesen. Diese Veränderung ist auf eine bemerkenswerte Deeskalation in Afrika zurückzuführen, wo die Zahl der

Konflikte hoher Intensität von 15 im Jahr 2005 auf nur neun im Jahr 2007 sinkt, während ihre Anzahl im Vorderen und Mittleren Orient von neun auf zehn zunimmt. In den Amerikas steigt die Zahl der hochgewaltsamen Konflikte signifikant von nur einem im Jahr 2006 auf drei im Jahr 2007. Im Gegensatz dazu wird in Europa zum ersten Mal seit 1967 kein Konflikt hoher Intensität beobachtet, da die seit Jahren andauernde ernste Krise in Tschetschenien [→ Russland (tschetschenische Rebellen/Tschetschenien)] zu einer Krise deeskaliert und kein neuer hochgewaltsamer Konflikte entsteht. Dies ist um so bemerkenswerter, als in Europa die dritthöchste Zahl von Konflikten sowie mit 16 auch die dritthöchste Krisenzahl (Asien und Ozeanien 39, Afrika 24) zu verzeichnen sind. Im Vorderen und Mittleren Orient werden nur sechs Krisen gezählt, weniger als in den Amerikas mit 14. Damit werden bemerkenswerterweise im Vorderen und Mittleren Orient mehr hochgewaltsame Konflikte ausgetragen als Krisen. Üblicherweise gleicht die Struktur der Verteilung der Konflikte zwischen den Intensitätsgruppen, wenn man sie in drei Gruppen zusammenfasst (niedrige, mittlere und hohe Intensität), einer Pyramide, deren Spitze von den Konflikten hoher Intensität gebildet wird. Wenn die Zahl der Staaten pro Region berücksichtigt und die Konfliktdanzahl in Relation zur Länderzahl gesetzt wird, ist die traurige Führungsposition des Vorderen und Mittleren Orient noch deutlicher sichtbar: Nicht nur, dass die Durchschnittszahl hochgewaltsamer Konflikte pro Land in dieser Region fast 0,5 beträgt (der weltweite Durchschnitt liegt bei etwa 0,2), in Afrika dagegen 0,2, in Asien und Ozeanien 0,1, in den Amerikas weniger als 0,1 und in Europa 0. Zudem ist im Vorderen und Mittleren Orient mit 2,1 der höchste Durchschnittswert an Konflikten pro Land überhaupt zu verzeichnen, wodurch der Vordere und Mittlere Orient Asien und Ozeanien als die Region mit den meisten Konflikten ersetzt. Der weltweite Durchschnitt liegt bei etwa 1,7. Asien und Ozeanien sowie Afrika verzeichnen Werte in diesem Bereich, während in Europa und den Amerikas im Durchschnitt nur etwa ein Konflikt pro Land gezählt wird.

Dynamiken innerhalb einzelner Konflikte

Etwa zwei Drittel aller Konflikte, 215 von 328, werden 2007 auf derselben Intensitätsstufe ausgetragen wie 2006. Während insgesamt 36 Konflikte eskalieren - sechs davon um zwei Stufen - deeskalieren insgesamt 67 Konflikte. Von den letzteren deeskalieren 61 Fälle um eine Stufe, zwei um zwei und vier um drei Stufen. Damit ist die Deeskalation von 2006 auf 2007 durchaus bemerkenswert, da nicht nur die Zahl der Konflikte hoher Intensität sinkt, sondern auch deutlich mehr Konflikte deeskalieren als eskalieren. 2006 waren gleichviele Konflikte eskaliert wie deeskaliert, wobei mehr Fälle um zwei Stufen eskalierten als um zwei Stufen deeskalierten.

Intensitätsänderung	Anzahl
Eskalation um vier Stufen	0
Eskalation um drei Stufen	0
Eskalation um zwei Stufen	6
Eskalation um eine Stufe	30
keine Änderung	213
Deeskalation um eine Stufe	58
Deeskalation um zwei Stufen	1
Deeskalation um drei Stufen	2
Deeskalation um vier Stufen	0

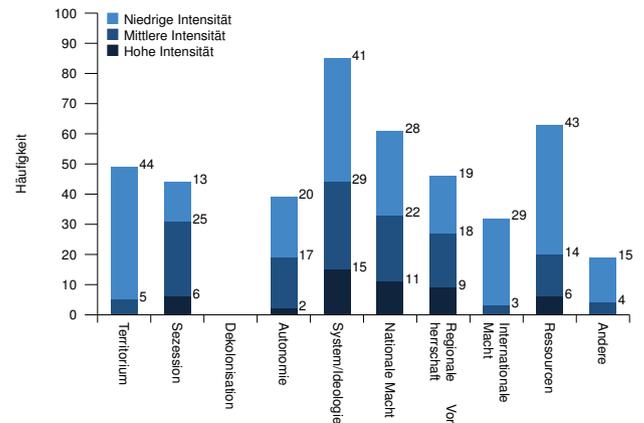
Alle sechs Konflikte, die um zwei Stufen eskalieren, entwickeln sich von nicht-gewaltsamen zu gewaltsamen Konflikten. Vier eskalieren von latenten Konflikten zu Krisen [→ Estland (russischsprachige Minderheit); Mexiko (EPR/Guerrero); Niger (Tuareg/Agadez); Pakistan (Opposition)], und zwei von manifesten Konflikten zu ernstesten Krisen [→ Kolumbien (FARC - ELN) und Myanmar (Opposition)]. Da zusätzlich zwölf manifeste Konflikte zu Krisen eskalieren, werden insgesamt 18 im Vorjahr nicht-gewaltsame Konflikte im Jahr 2007 gewaltsam ausgetragen. Sechs der übrigen um eine Stufe eskalierenden Konflikte entwickeln sich von einer Krise zu einer ernstesten Krise [→ Äthiopien (ONLF/Ogaden); Kenia (ethnische Gruppen); Pakistan (Islamisten); Irak (al-Sarkawi-Gruppe); Israel (Fatah - Hamas); Libanon (Hisbollah, Fatah al-Islam)], und einer von einer ernstesten Krise zu einem Krieg [→ Pakistan (Nord- und Südwasiristan)]. Die übrigen elf eskalieren lediglich von einem latenten zu einem manifesten Konflikt und bleiben damit nicht-gewaltlos. Einer der vier um drei Stufen deeskalierenden Konflikte beruhigt sich von einem Krieg zu einem manifesten Konflikt [→ Israel (Hisbollah)], da nach dem israelischen Rückzug aus dem Libanon keine gewaltsamen Zwischenfälle zwischen den Konfliktparteien mehr verzeichnet werden. Drei Konflikte deeskalieren von ernstesten Krisen zu latenten Konflikten [→ Äthiopien (Guji - Borena); Guinea-Bissau (MFDC-Sadio); Sudan (Nuer, Weiße Armee - SPLM/A)]. Im Sudan ist dies auf die große kräftemäßige Überlegenheit der SPLM/A zurückzuführen, die die Weiße Armee schließlich zum Verlassen des Gebietes zwingt; in Guinea-Bissau treiben die Sicherheitskräfte die Rebellen erfolgreich zurück über die Grenze in die Casamance-Region des Senegal, aus der sie stammen [→ Senegal (MFDC-Sadio/Casamance)]. Beide Konflikte, die um zwei Stufen deeskalieren, beruhigen sich von einer Krise zu einem latenten Konflikt. Damit entwickeln sich alle sechs um mehr als eine Stufe deeskalierenden Konflikte von gewaltsamen zu nicht-gewaltsamen Konflikten. Des weiteren deeskalieren 28 Krisen zu manifesten Konflikte. Damit werden 34 Konflikte, die im Jahr 2006 noch gewaltsam ausgetragen worden sind, 2007 ohne Gewalteininsatz geführt, was nochmals die bedeutende Deeskalation im Jahr 2007 betont.

Konfliktgegenstände

Vorherrschender Konfliktgegenstand im Jahr 2007 ist mit 85 Fällen System/Ideologie. Dieser Gegenstand be-

deutet, dass die betreffenden Auseinandersetzungen sich um Veränderungen des politischen oder wirtschaftlichen Systems drehen oder ideologische Differenzen betreffen, wie etwa das Anstreben einer Theokratie statt eines säkularen Staates, religiöse Unterschiede, Demokratisierungsbestrebungen in Autokratien oder der Wunsch nach einer sozialistischen Wirtschaftsordnung. System/Ideologie ist auch 2006 schon der häufigste Gegenstand gewesen. Zweithäufigster Konfliktgegenstand sind Ressourcen mit 67 Fällen, dicht gefolgt von Nationaler Macht mit 62 Fällen. Dabei gilt es zu beachten, dass Konflikte sich häufig um mehr als einen Gegenstand drehen, weshalb ein und derselbe Konflikt in dieser Statistik mehrmals auftauchen kann. Oft treten die drei häufigsten Gegenstände auch gemeinsam auf, ebenso sind die Kombination von Territorium und Ressourcen, Regionaler Vorherrschaft und Ressourcen oder Internationaler Macht und System/Ideologie verbreitet. Mehr als die Hälfte der Systemkonflikte sowie der Konflikte um Nationale Macht werden unter Anwendung von Gewalt ausgetragen. Fünfzehn der Systemkonflikte und elf der Konflikte um Nationale Macht sind sogar hochgewaltsam, jeweils drei von diesen sind Kriege. Von den Konflikten um Regionale Vorherrschaft sind 50% gewaltsam, neun dieser Auseinandersetzungen sind hochgewaltsam. Unter den letzteren befinden sich zwei Kriege, namentlich Sudan (Darfur) und Pakistan (Nord- und Südwasiristan). Autonomiekonflikte werden in der Hälfte der Fälle mittels des Einsatzes von Gewalt ausgetragen, darunter sind auch zwei hochgewaltsame Konflikte. Fast drei Viertel (32 von 45) der Sezessionskonflikte sind gewaltsam, sechs davon hochgewaltsam, darunter der Krieg in Sri Lanka [→ Sri Lanka (LTTE)]. Im Gegensatz dazu werden Ressourcenkonflikte in weniger als einem Drittel der Fälle gewaltsam ausgetragen (in sechs von diesen jedoch hochgewaltsam). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass Ressourcen unter den Konfliktparteien geteilt werden können, während bestimmte andere Gegenstände, wie etwa ideologische Fragen, Macht oder Selbstbestimmung, schwerlich auf eine beide Parteien zufriedenstellende Art und Weise teilbar sind. Ein weiterer Faktor könnte sein, dass viele der Konflikte um Ressourcen zwischenstaatliche Konflikte sind, welche bei weitem weniger gewaltanfällig sind als innerstaatliche [→ Panorama: Analyse innerstaatlich - zwischenstaatlich]. Tatsächlich wird 2007 in Ressourcenkonflikten mit der einzigen Ausnahme der Krise zwischen Uganda und DR Kongo [→ Uganda - DR Kongo (Albertsee)] nur in den innerstaatlichen Fällen Gewalt eingesetzt. Die geringere Gewaltanfälligkeit zwischenstaatlicher Konflikte wird auch von der Tatsache unterstrichen, dass 2007 nur drei der 32 Konflikte um Internationale Macht – ein zwischenstaatlicher Gegenstand – vermittle des Einsatzes von Gewalt geführt werden, und keiner dieser Fälle ein Konflikt hoher Intensität ist. Dasselbe gilt für Territorialstreitigkeiten – Territorium ist ein weiterer zwischenstaatlicher Gegenstand –, die in nur fünf von 49 Fällen gewaltsam ausgetragen werden. 2007 wird kein hochgewaltsamer Konflikt beobachtet, der sich um einen oder beide der gerade genannten Gegenstände dreht.

Globale Häufigkeit der Konfliktgegenstände 2007 nach Intensitätsgruppen



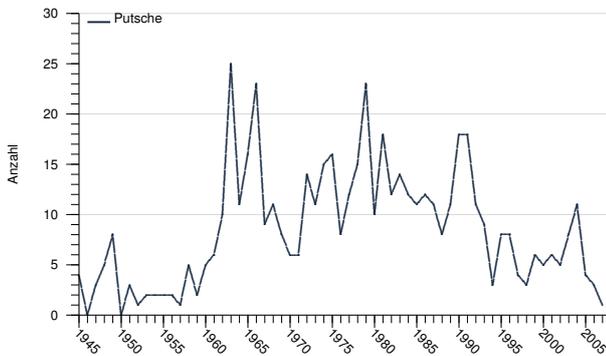
Zwischen den Regionen bestehen auffällige Unterschiede bezüglich der Häufigkeit der Gegenstände. In Europa sind Selbstbestimmungsfragen der vorherrschende Grund für Auseinandersetzungen: Sezession ist mit 16 Fällen der häufigste Konfliktgegenstand, Autonomie mit 13 der zweithäufigste. Im Gegensatz dazu sind sowohl Konflikte um Nationale Macht oder Regionale Vorherrschaft fast unbekannt (zwei Konflikte um Nationale Macht, einer um Regionale Vorherrschaft). Damit zeigt sich in Europa ein sehr unterschiedliches Konfliktmuster wie in Afrika, wo der vorherrschende Konfliktgegenstand Nationale Macht ist (28), oft in Kombination mit dem zweithäufigsten Gegenstand, Ressourcen, und wo Regionale Vorherrschaft – ein Gegenstand, der oft auf Schwäche des Staates hinweist – mit 16 Fällen an dritter Stelle steht. Dagegen treten Sezessions- oder Autonomiekonflikte dort nur gelegentlich auf. System/Ideologie ist ein in Europa wie in Afrika seltener Konfliktgegenstand (vier bzw. sechs Fälle), hingegen ist er der vorherrschende Gegenstand in Asien und Ozeanien, im Vorderen und Mittleren Orient sowie in den Americas (32 bzw. 22 bzw. 21 Fälle). Eine weitere Ähnlichkeit zwischen Asien und Ozeanien sowie dem Vorderen und Mittleren Orient ist die hohe Zahl von Konflikten um Nationale Macht, wobei dieser Gegenstand in den genannten Regionen wesentlich seltener auftritt als in Afrika. Ähnlich wie in Afrika sind in Asien und Ozeanien zahlreiche Konflikte um Regionale Vorherrschaft zu beobachten – wohingegen sie im Vorderen und Mittleren Orient fast unbekannt sind (nur ein Fall). Sezessions- und Autonomiekonflikte können in Asien und Ozeanien sehr häufig beobachtet werden (17 bzw. 13 Fälle), ähnlich wie in Europa, aber im Gegensatz zu Afrika, den Americas sowie dem Vorderen und Mittleren Orient. Als einzige Gemeinsamkeit zwischen Europa, den Americas und dem Vorderen und Mittleren Orient lässt sich eine relativ hohe Zahl zwischenstaatlicher Konflikte ausmachen.

Putsche

Nach den zwei erfolgreichen Staatsstreich in Thailand und Fidschi sowie einem versuchten Staatsstreich

auf den Philippinen im letzten Jahr wird 2007 nur ein versuchter Staatsstreich beobachtet, erneut auf den Philippinen. 50 rebellierende Soldaten besetzen am 29. November ein Luxushotel in der Hauptstadt Manila und fordern den Rücktritt von Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo.

Putsche und Putschversuche von 1945 bis 2007



Anführer der Meuterer ist Antonio Trillanes, der sich an diesem Tag wegen eines Staatsstreichs im Jahr 2003 vor Gericht verantworten muß. Doch Trillanes entkommt gemeinsam mit den Militärpolizisten, die ihn bewachen sollten, und besetzt das Hotel. Nach Ablauf eines Ultimatums stürmen Spezialkräfte das Hotel. Um Blutvergießen zu vermeiden, kapituliert Trillanes.

Terrorismus

Unter Anwendung der Methode des HIIK gelten terroristische Anschläge dann als Maßnahme des Konfliktausgangs, wenn eine Konfliktpartei terroristische Handlungen vornimmt, um ihre auf nationale Werte bezogenen Interessen zu verfolgen. So können die meisten terroristischen Anschläge dieses Jahres als Konfliktmaßnahme bestehenden Konflikten zugeordnet werden [→ vor allem Irak (Aufständische) und Afghanistan (Taliban)]. Einige Anschläge können jedoch nicht bestimmten Konflikten zugeordnet werden, da das Ziel der Angreifer oft unbekannt oder unklar ist und nicht in Beziehung zu einem bestimmten Staat steht. Da die Konfliktdefinition des HIIK auf diese Fälle keine Anwendung findet, werden sie nicht als eigene Konflikte behandelt, sondern in diesem Kapitel aufgeführt. Wie in den Vorjahren werden europäische Länder zum Ziel terroristischer Anschläge, die mutmaßlich in Verbindung zu deren Engagement in den Konflikten in Afghanistan und im Irak stehen. Am 30. Juni wird ein Auto in den Hauptterminal des Flughafens von Glasgow gelenkt und geht dort in Flammen auf. Nur die Fahrer werden verletzt. Am Vortag waren bereits zwei mit Benzin, Gas und Nägeln gefüllte Autos in London entdeckt worden, bevor sie explodieren konnten. Sie sind in der Nähe eines Nachtclubs in Haymarket und nahe Trafalgar Square geparkt gewesen. London ist schon 2005 und 2006 Ziel terroristischer Anschläge gewesen. Des Weiteren geben deutsche Behörden im September bekannt, dass sie einen großangelegten Terror-

anschlag auf US-amerikanische und deutsche Ziele in Deutschland verhindert hätten. Drei militante Islamisten, angeblich Mitglieder einer Gruppe namens Islamische Dschihad-Union, werden am 4. September verhaftet und eine große Menge potentiell explosiver Chemikalien und militärtauglicher Zündkapseln beschlagnahmt. Ein weiterer Verdächtiger wird im November von türkischen Behörden verhaftet. Im September werden in Österreich drei Personen im Zusammenhang mit einem im März im Internet veröffentlichten Video verhaftet, in dem militante Islamisten Deutschland und Österreich mit Anschlägen drohen, wenn sie ihre Truppen nicht aus Afghanistan zurückziehen. Ebenfalls im September werden in Kopenhagen zwei Männer mit mutmaßlichen Verbindungen zu al-Quaida von dänischen Behörden unter dem Verdacht, einen Bombenanschlag zu planen, verhaftet. Sechs weitere Verdächtige werden ebenfalls verhaftet, aber nach einer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt. Am 23. November werden drei Männer, die im September wegen mutmaßlicher Planung eines Bombenanschlags verhaftet worden sind, zu bis zu elf Jahren Gefängnis verurteilt. In Marokko werden 2007 mehrere Terroranschläge verübt. In Casablanca werden drei Menschen verletzt, als sich am 13. März ein Selbstmordattentäter in einem Internetcafé in die Luft sprengt, um sich der Verhaftung zu entziehen. Im Zuge einer großangelegten Sicherheitsoperation gegen mutmaßliche militante Islamisten sprengen sich am 10. April drei Selbstmordattentäter in die Luft, um der Verhaftung zu entgehen. Dabei wird ein Polizist getötet, 20 weitere Personen werden verletzt. Ein weiterer Attentäter wird von der Polizei beim Versuch, seine Sprengladung zu zünden, erschossen. Am 14. April sterben zwei Selbstmordattentäter bei einem Angriff auf ein US-Büro in Casablanca; eine weitere Person erleidet Verletzungen. Daraufhin erhöht Marokko den Terroralarm auf die höchste Stufe und mobilisiert seine Sicherheitskräfte vollständig. In Meknès versucht ein Mann am 14. August, sich neben einem Bus voll Touristen in die Luft zu sprengen. Nur der Attentäter wird verletzt. Diese Anschläge könnten, in Verbindung mit weiteren Ereignissen, ein Hinweis auf eine zunehmende Verbreitung von al-Quaida in der Region sein. Selbst bereits seit längerem existierende islamistische Gruppen wie etwa die Salafistengruppe für Predigt und Kampf (GSPC) erklären ihren Anschluss an al-Quaida. GSPC kündigt die Vernetzung von Extremisten in ganz Nordafrika an, um eine neue internationale Kampfkraft im Dschihad zu bilden. GSPC baut Verbindungen zu terroristischen Gruppen in Marokko, Nigeria, Mauretanien, Tunesien und weiteren Ländern auf. Im Januar kommen in Tunesien in einer Reihe von Feuergefechten ein Dutzend Extremisten sowie zwei tunesische Sicherheitsleute ums Leben. Die Kämpfer sind über die Grenze zu Algerien gekommen.

Kriminalität und Konflikt

Die allgemeine Zunahme der Kriminalität in weltweiten Krisengebieten stellt die HIIK-Konfliktdefinition vor die Frage, wie sich Kriminalität von politischen Konflikten

trennen lässt und welche Kriterien zur Differenzierung notwendig sind. Bei Konflikten handelt es sich entsprechend der Definition des HIIK um politische Konflikte. Daraus folgt, dass Kriminalität im Sinne von Anbau, Schmuggel oder Verteilung von Drogen grundsätzlich nicht als politischer Konflikt betrachtet wird.

Allerdings zeigt die Konfliktbeobachtung, dass derartige Kriminalität sich in eine unklare Mischung von politischer und krimineller Auseinandersetzung oder gar einen politischen Konflikt verwandeln kann. Um massive Kriminalität als politischen Konflikt einstufen zu können, müssen die folgenden qualitativen Kriterien hinsichtlich des Ausmaßes der Kriminalität und der Reaktion des Staates darauf erfüllt werden: Es muss ein klar identifizierbarer Konfliktgegenstand von nationaler Bedeutung vorhanden sein, beispielsweise "Regionale Vorherrschaft" oder "Ressourcen". Zudem muss das Ausmaß der organisierten Kriminalität eine ernsthafte Bedrohung für die innere Souveränität des Staates und seine Institutionen darstellen, die die territoriale und institutionelle Kontrolle des Staates einschränkt. Das Ziel der kriminellen Akteure darf nicht auf ihre kriminellen Absichten beschränkt sein, sondern muss auch die erkennbare Bereitschaft zur Bekämpfung und Schwächung des staatlichen Einflusses und staatlicher Autoritäten, gegebenenfalls auch mit massivem Gewalteininsatz, umfassen. Gelegentlich nimmt dies gar das Ausmaß einer versuchten Übernahme von Teilen des Staatsgebietes an [→ Mexiko (Drogenkartelle)]. Die Regierung muss diese Gefahr als solche erkennen und Maßnahmen zur Sicherung oder Wiedererlangung ihrer Souveränität in den betroffenen Regionen ergreifen. Kämpfe zwischen rivalisierenden Drogenbanden hingegen stuft das HIIK grundsätzlich nicht als politischen Konflikte ein, sondern klassifiziert sie als organisierte Kriminalität.

Wenn jedoch zwei nicht-staatliche Akteure, die in kriminelle Aktivitäten verwickelt sind, sich dauerhaft aufgrund ideologischer Differenzen oder wegen der Verteilung von Territorium und Ressourcen anfeinden, und Maßnahmen ergreifen, um ihre Ansprüche durchzusetzen, stuft das HIIK diesen Fall als politischen Konflikt ein – wie im Fall Kolumbiens. Die Rebellen der Revolutionären Bewaffneten Kräfte Kolumbiens (FARC) werfen der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) vor, gemeinsame revolutionäre Ideale zu verraten. Beide Rebellenbewegungen sind gut ausgerüstet und organisiert und bekämpfen sich gegenwärtig, um ihre territorialen Einflussgebiete auszudehnen. Darüberhinaus zwingen diese gewaltsamen Zusammenstöße die lokale Bevölkerung zur Flucht und haben so einen beachtlichen Einfluss auf die Nation. Schließlich wird die Unbedingtheit des Kampfs zwischen den beiden Rebellenarmeen durch die Kriegserklärung der FARC an die ELN unterstrichen, in der die völlige Ausrottung der ELN angekündigt wird [→ Kolumbien (FARC – ELN)]. Infolge der Auseinandersetzung hat die kolumbianische Staatsregierung ihre Kontrolle über die betroffenen Gebiete teilweise verloren.

In vielen Fällen sind Konflikt und Kriminalität untrennbar miteinander verwoben, da einerseits die Kriminalität zur Finanzierung des Kampfes dient und andererseits der Konflikt die notwendige Opportunitätsstruktur für

das organisierte Verbrechen bietet. Ein Beispiel dafür ist Myanmar, einer der weltweit führenden Opiumlieferanten. Die meisten der Drogen werden in Berggebieten produziert, die hauptsächlich von ethnischen Minderheiten bewohnt sind. Da die Militärregierung von Myanmar einen guten Teil ihrer Legitimität der Wiederherstellung des Friedens in dem konfliktgeplagten Land verdankt, bemühen sich Armee und Regierung, Waffenstillstandsabkommen auszuhandeln, auch zum Preis der Gewährung von Autonomie für verschiedene Ethnien und ethnischen Organisationen. Diese Autonomie ermöglicht den entsprechenden Organisationen einen durch den Staat ungestörten Opiumanbau, der sie mit Finanzmitteln versorgt und so die Fortsetzung des Konflikts ermöglicht. Die größte Gruppierung, die Opium, Heroin und Amphetamine herstellt und verkauft, ist die Vereinigte Armee des Wa-Staates (UWSA), derzeit mit der burmesischen Armee in deren Kampf gegen die Shan verbündet. Aufgrund der Übergriffe der UWSA auf das Nachbarland Laos ist die aktuelle Lage von grenzüberschreitender Bedeutung [→ Myanmar (SSA-S, SSNA, SSA-N - Regierung, UWSA, NDAA-ESS / Shan-Staat)].

In Extremfällen verschwimmt die Unterscheidung von Mitteln und Zielen oder sie werden vertauscht, und ein politischer Konflikt verwandelt sich in bloße Kriminalität. Typischerweise degeneriert im Laufe der Zeit das meist ideologische Ziel der nicht-staatlichen Konfliktpartei und spielt schließlich nur noch eine untergeordnete Rolle für den Konflikt, während der Interessenfokus sich immer mehr Richtung wirtschaftlichen und finanziellen Profits verschiebt. Während nun wirtschaftliche Elemente in politischen Konflikten kein neues Phänomen sind, hat das Ende des Kalten Krieges die Grenzen zwischen Mitteln und Zwecken hinsichtlich der wirtschaftlichen/kriminellen und der politischen Dimensionen von Konflikten verwischt, insbesondere in Afrika. Dieses Phänomen ist ausführlich unter verschiedenen kontroversen Schlagwörtern wie Gewaltmärkte oder "Neue Kriege" diskutiert worden. Jedoch bedeutet die Ökonomisierung von Konflikten keineswegs, dass die entsprechenden Akteure keine "politischen" Ziele wie etwa die Kontrolle über die Regierungsgewalt mehr verfolgen. Vielmehr kann der Besitz der Staatsmacht manchmal der effizienteste Weg zur Anhäufung von Reichtümern sein. So geben sich nicht alle wirtschaftlich orientierten Rebellenbewegungen mit der Kontrolle über einige profitable Gebiete (z. B. Diamantenminen) zufrieden, sondern streben nach der Herrschaft über das ganze Land. Ein gutes Beispiel hierfür mag Charles Taylor sein, ehemaliger Führer der Rebellengruppe Nationale Patriotische Front von Liberia (NPFL) und anschließend von 1997 bis 2003 Präsident Liberias. Mutmaßlich hat er in dieser Zeit einen zweistelligen Millionenbetrag in US-Dollar auf ausländischen Bankkonten angehäuft, und steht derzeit aufgrund seiner Verwicklung in den Bürgerkrieg im benachbarten Sierra Leone vor Gericht [→ Sierra Leone (AFRC, RUF, SMG)].

Schlussendlich zeigt sich bei der Konfliktbeobachtung noch ein viertes Modell: Gewaltsame politische Konflikte bieten aufgrund der politischen Fragilität und schwachen

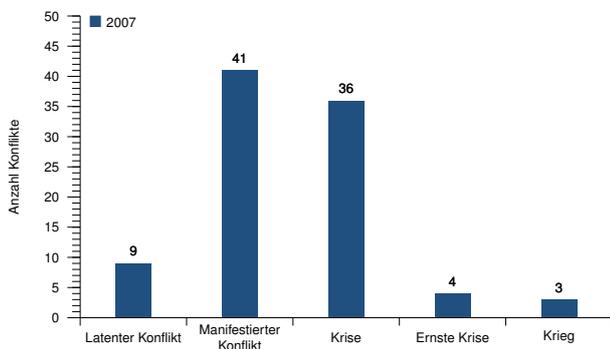
Souveränität der Staaten eine ideale Opportunitätsstruktur für Kriminelle, ihre Ziele im Schatten des andauernden politischen Konflikts zu verfolgen und zu erreichen. Ein näherer Blick auf dieses letzte Modell zeigt auch, dass in solchen Konflikten aufgrund von Informationsmangel und komplexer Interessenvermischung eine eindeutige Unterscheidung zwischen politischen und kriminellen Absichten hinsichtlich der einzelnen Konfliktmaßnahmen zumeist nicht möglich ist [→ z. B. Guatemala (verschiedene Oppositionsgruppen), Haiti (Opposition)].

Maßnahmen der Konfliktbearbeitung

Verhandlungen

In mindestens 52 der 328 laufenden Konflikte finden Gespräche, Verhandlungen oder Konferenzen zwischen den Konfliktparteien oder zumindest einigen der Konfliktparteien statt. Insgesamt werden in diesen Konflikten mindestens 96 Gespräche geführt. Ungefähr zwei Drittel davon enden jedoch ergebnislos.

Anzahl von Verhandlungen 2007 nach Intensität



Nur in 29 Fällen, die sich auf 26 Konflikte verteilen, führen die Verhandlungen zum Abschluss von Vereinbarungen. Die meisten Verhandlungen pro Konflikt werden in den Konflikten Serbien (Kosovo) und Türkei - Griechenland abgehalten. In den meisten Fällen werden dagegen nur ein oder zwei Gesprächsrunden geführt. Mehrheitlich sind die Konflikte, in denen die Parteien miteinander verhandeln, manifeste Konflikte und Krisen. Ebenso finden die meisten Verhandlungen in manifesten Konflikten (43) oder Krisen (37) statt. Dagegen werden nur in fünf der hochgewaltsamen Konflikte Gespräche abgehalten, namentlich in der Zentralafrikanischen Republik (UFDR, APRD), Tschad (verschiedene Rebellengruppen), Somalia (UIC), Sudan (Darfur) und Thailand (muslimische Separatisten/südliche Grenzprovinzen). Diese Verhandlungen belaufen sich auf insgesamt sieben. Letztendlich werden allerdings in nur drei dieser Konflikte Verträge abgeschlossen.

Verträge

Insgesamt werden 2007 29 Verträge oder Abkommen zur Konfliktregelung unterschrieben. Elf davon werden in nicht-gewaltsamen Konflikten unterzeichnet, 14 in Krisen. Vier Verträge werden zur Regelung hochgewaltsamer Konflikte unterzeichnet: Im Krieg in der sudanesischen Darfur-Region schließt die Rebellenbewegung Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM) - nur eine von mehr als einem Dutzend Rebellenbewegungen - am 11. Januar einen Waffenstillstand mit der Regierung, der jedoch von den Konfliktparteien nicht eingehalten wird. In der Zentralafrikanischen Republik (ZAR) unterzeichnen sowohl eine Splittergruppe wie auch die ursprüngliche Rebellenbewegung, die Vereinigung der demokratischen Sammlungskräfte (UFDR), am 2. Februar respektive 13. März ein Friedensabkommen mit der Regierung. Dennoch dauern die heftigen Kämpfe in der ZAR an [→ Zentralafrikanische Republik (UFDR, APRD)]. Im Tschad schließen am 25. Oktober mehrere Rebellenbewegungen einen Friedensvertrag mit der Regierung [→ Tschad (verschiedene Rebellenbewegungen)], das aber keine Deeskalation des Konfliktes nach sich zieht. Insgesamt werden sieben Friedensabkommen abgeschlossen, drei in den obengenannten Konflikten hoher Intensität, drei in Krisen und eines in einem latenten Konflikt. Des Weiteren werden sechs Waffenstillstandsabkommen unterzeichnet, einer im obengenannten Krieg in Darfur, vier in Krisen und einer in einem manifesten Konflikt. Die restlichen Abkommen betreffen Verfahrensregelungen oder Konfliktgegenstände, sind Gerichtsurteile oder allgemeinerer Natur wie etwa Absichtserklärungen.

Internationale Organisationen

Ende 2007 unterhalten die Vereinten Nationen (UN), insbesondere die UN-Hauptabteilung Friedenssicherungseinsätze (DPKO), 20 Missionen. Darunter befinden sich drei politische Missionen: UNAMA in Afghanistan, das Integrierte Büro der UN in Sierra Leone sowie das Integrierte Büro der UN in Burundi (BINUB). Letzteres zielt auf die Stärkung der Kapazitäten der burundischen Regierung, die Folgen des Bürgerkrieges zu bewältigen [→ Burundi (Hutu - Tutsi)]. BINUB ist die Nachfolgemission der hauptsächlich militärisch ausgerichteten UN-Mission für Burundi (ONUB), die das Waffenstillstandsabkommen vom September 2006 [→ Burundi (Palipehutu-FNL Rwasia)] vermittelt hat und im Dezember 2006 endet. Der UN-Sicherheitsrat bewilligt die Einrichtung von zwei weiteren neuen und komplexen Missionen. Am 31. Juli stimmt er der Entsendung des Hybridensatzes der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen in Darfur (UNAMID) nach Darfur zu, die für den 31.12.07 geplant ist. Am 25. September autorisiert er eine AU-UN-hybrid-Mission in der Zentralafrikanischen Republik und im Tschad (MINURCAT). UNAMID ist eine Reaktion auf die sich verschlechternde Sicherheitssituation in Darfur und soll planmäßig spätestens am 31.12.07 damit beginnen, "unbeschadet der Verantwortlichkeiten der Regierung Sudans" die in ihrem Mandat festgelegten Aufgaben zu erfüllen, darunter die Implementierung des Darfur-Friedensabkommens von 2006. UNAMID ist

Ausdruck des Bemühens der UN, verstärkt strategische Partnerschaften mit multilateralen und regionalen Organisationen einzugehen. Der Sicherheitsrat bewilligt die Entsendung von beinahe 20 000 Mann Militärpersonal und über 6000 Polizisten. MINURCAT soll Sicherheitsbedingungen schaffen, die eine dauerhafte Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenflüchtlingen ermöglichen [→ Zentralafrikanische Republik (UFDR, APRD) und Tschad (verschiedene Rebellengruppen)]. Wie in den vergangenen Jahren ist das sub-saharische Afrika die Region mit den meisten UN-Missionen (ONUB, ersetzt durch die politische Mission BINUB in Burundi, MINURCAT in Tschad und der Zentralafrikanischen Republik, UNOCI in Côte d'Ivoire, MONUC in der DR Kongo, UNMEE in Äthiopien und Eritrea, UNMIL in Liberia, die politische Mission UNIOSIL in Sierra Leone, UNMIS im Sudan und UNAMID in Darfur, Sudan). Wie im Vorjahr folgt an zweiter Stelle der Vordere und Mittlere Orient mit gegenwärtig fünf UN-Missionen (die politische Mission UNAMA in Afghanistan, UNTSO in Israel, UNIFIL im Libanon, UNDOF auf den Golanhöhen zwischen Israel und Syrien, und MINURSO in der Westsahara, Marokko). Trotz der hohen Gesamtzahl an Konflikten und der großen Anzahl gewaltsamer Konflikte in Asien und Ozeanien unterhält die UN nur zwei Missionen in dieser Region (UNMIT in Ost Timor und UNMOGIP in Indien und Pakistan). Mit UNDICYP auf Zypern, UNOMIG in Abchasien (Georgien), und UNMIK im Kosovo (Serbien) hat die UN in Europa eine Mission mehr stationiert als in Asien und Ozeanien. Die UN-Stabilisierungsmission in Haiti (MINUSTAH) ist die einzige UN-Mission in den Amerikas. Die Stärke des in UN-Missionen und anderen Einsätzen und Büros entsandten Personals beträgt im August ohne Berücksichtigung der hochkomplexen UNAMID-Mission in Darfur 100 000 Mann, verglichen mit 85 000 am Jahresanfang von 2006. Allein das Militär- und Polizeipersonal beträgt im November 2007 insgesamt 83 006 Personen; im Vorjahr sind es 82 120 Personen gewesen. 2007 werden 80 UN-Soldaten getötet. Von den 115 Staaten, die der UN uniformiertes Personal zur Verfügung stellen, leisten Pakistan, Bangladesch und Indien größten Beitrag: Zusammen entsenden sie mehr als 40% der Blauhelme. Jedoch hat sich mit der Entsendung von 7000 europäischen Soldaten zu UNIFIL im Libanon 2006 die Gesamtzahl der UN-Soldaten aus EU- und NATO-Ländern mehr als verdoppelt; zuvor haben sie weniger als 6% ausgemacht. Deutschland entsendet bis zu 1196 Mann in acht verschiedene Missionen (UNAMA, UNAMID, UNIFIL, UNMEE, UNMIK, UNMIL, UNMIS, UNOMIG), davon allein 905 in UNIFIL. Insgesamt entspricht das jährliche Budget für friedenssichernde Maßnahmen der UN 0,5%

der globalen Militärausgaben. Eine allgemeine Beobachtung ist, dass die internationale Gemeinschaft wie in den Vorjahren zunehmend auf robuste Mandate setzt und Blauhelme auch in hochgewaltsame Konflikte entsendet. Jedoch wendet die UN auch nicht-militärische Maßnahmen zur Wiederherstellung von Frieden und Sicherheit an. Ein Beispiel für solche Maßnahmen stellen Sanktionen dar. Im Jahr 2007 erhält die UN elf Sanktionsregime aufrecht, im Vergleich zu neun im Jahr 2006: gegen sieben Staaten des sub-saharischen Afrika, nämlich Côte d'Ivoire, DR Kongo, Liberia, Ruanda, Sierra Leone, Somalia und Sudan; ein Waffenembargo gegen die Demokratische Volksrepublik Korea, das 2006 verhängt worden ist; Reiseverbote und Konteneinfrierung gegen Individuen, die im Verdacht stehen, an dem Bombenanschlag im Libanon 2005 beteiligt gewesen zu sein, bei dem Premierminister Rafik Hariri und 22 weitere Personen getötet wurden, sowie gegen al-Quaida, die Taliban und damit mutmaßlich in Verbindung stehende Individuen und Entitäten. Außer der UN unterhalten im Jahr 2007 verschiedene Regionalorganisationen Friedensmissionen, beispielsweise die Wirtschaftsgemeinschaft Zentralafrikanischer Staaten (CEMAC) in der Zentralafrikanischen Republik und die Afrikanische Union (AU). Die AU unterhält eine Mission im Sudan (AU-Mission im Sudan, AMIS), die seit 2004 in Darfur stationiert ist und zum Ende des Jahres in die hybride UN-AU-Mission UNAMID umgewandelt werden soll. Im März entsendet die AU eine neue Mission nach Somalia (AU-Mission in Somalia, AMISOM). Die einzige Mission der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) in den Amerikas, die 2006 die verschiedenen Wahlen in Haiti unterstützt hat, wird aufgelöst und in das ständige OAS-Büro in Haiti integriert. Seit Mitte des Jahres 2006 bestehen ihre Hauptaufgaben in der Einrichtung des Provisorischen Wahlrats, in der Stärkung der Justiz und der Rechtsstaatlichkeit, der Förderung der sozio-ökonomischen Entwicklung des Landes sowie in der Stärkung der inter-amerikanischen Kooperation in der Drogenbekämpfung. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) führt insgesamt acht Feldmissionen durch, davon sechs auf dem Balkan, eine in Moldavien, eine in Georgien, und unterhält elf weitere Feldaktivitäten. Auf dem Balkan hat die EU ihre EUFOR-Truppen stationiert, die Teil der Althea-Mission in Bosnien und Herzegovina, welche Ende 2004 die NATO-geführte Stabilisierungsgruppe (SFOR) abgelöst hatte, sind. Die Nordatlantikpakt-Organisation (NATO) unterhält Einsätze und Missionen in Afghanistan (ISAF), Bosnien und Herzegovina, Kosovo (KFOR), Mazedonien, Darfur, Irak (NTM-I) und im Mittelmeerraum ("Active Endeavor").

Übersicht: Aktuelle UN-Missionen zur Friedenssicherung

Missionsabkürzung	Name der Mission	Beginn	Land
Europa			
UNFICYP	Friedenssicherungstruppe der UN in Zypern	1964	Zypern
UNOMIG	Beobachtermission der UN in Georgien	1993	Georgien
UNMIK	Übergangsverwaltungsmission der UN im Kosovo	1999	Serbien
Sub-Sahara Afrika			
MONUC	Mission der UN in der Demokratischen Republik Kongo	1999	Kongo (Kinshasa)
UNMEE	Mission der UN in Äthiopien und Eritrea	2000	Äthiopien, Eritrea
UNMIL	Mission der UN in Liberia	2003	Liberia
UNOCI	Operation der UN an der Elfenbeinküste	2004	Côte d'Ivoire
ONUB	Operation der UN in Burundi	2004	Burundi
UNMIS	Mission der UN in Sudan	2005	Sudan
UNIOSIL	Integriertes Büro der UN in Sierra Leone	2006	Sierra Leone
MINURCAT	Mission der UN in der Zentralafrikanischen Republik und Tschad	2007	Tschad, Zentralafrikanische Republik
UNAMID	Gemischte Mission der AU und der UN in Darfur	2007	Sudan
UNAMIS	Mission der UN in Sudan	2007	Sudan
BINUB	Integriertes Büro der UN in Burundi	2007	Burundi
Die Amerikas			
MINUSTAH	Stabilisierungsmission der UN in Haiti	2004	Haiti
Asien und Ozeanien			
UNMOGIP	Militärische Beobachtergruppe der UN in Indien und Pakistan	1949	Indien, Pakistan
UNMIT	Integrierte Mission der UN in Timor-Leste	2006	Osttimor
Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb			
UNTSO	Organisation der UN zur Überwachung des Waffenstillstands	1948	Israel
UNDOF	Beobachtertruppe der UN für die Truppenentflechtung	1974	Israel, Syrien
UNIFIL	Übergangstruppe der UN in Libanon	1978	Libanon
MINURSO	Mission der UN für das Referendum in Westsahara	1991	Marokko
UNAMA	Unterstützungsmission der UN in Afghanistan	2002	Afghanistan

Autoritative Entscheidungen des IGH

Im Beobachtungszeitraum werden 26 laufende Rechtsfälle vor dem IGH gezählt, elf Fälle sind anhängig. Zwei Fälle werden 2007 vor dem IGH angehört. Am 18. April reicht Ruanda vor dem Gerichtshof Klage im Zusammenhang mit einer Auseinandersetzung mit Frankreich über internationale Haftbefehle ein, die französische Gerichte am 20.11.06 gegen drei ruandische Staatsbeamte erlassen haben, sowie über eine an den UN-Generalsekretär gerichtete Eingabe, den ruandischen Präsidenten Paul Kagame vor dem Internationalen Strafgerichtshof für Ruanda (ICTR) anzuklagen. Frankreich jedoch muss sich noch der Rechtsprechung

des IGH in diesem Fall unterwerfen [→ Ruanda – Frankreich]. Im Territorialkonflikt zwischen Nicaragua und Kolumbien werden die öffentlichen Anhörungen am 8. Juni abgeschlossen. Die beiden Parteien machen ihre letzten Eingaben an das Gericht, welches daraufhin seine Beratungen beginnt. Die planmäßige Urteilsverkündung des IGH in diesem Fall ist für den 13. Dezember vorgesehen [→ Nicaragua - Kolumbien (Seegrenze)]. Des weiteren schließt das Gericht am 23. November die Anhörungen im Territorialstreits zwischen Malaysia und Singapur ab, die beide Anspruch auf Petra Branca/Pulau Batu Puteh, Middle Rocks und South Ledge erheben, und ist bereit, mit den Beratungen zu beginnen [→ Singapur - Malaysia]. Am 26. Februar bestätigt der IGH seine

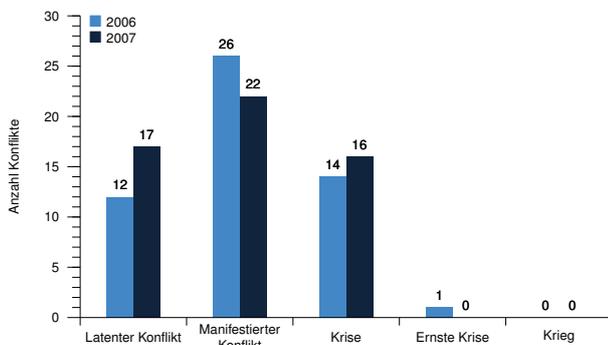
Zuständigkeit für den Fall Bosnien und Herzegowina gegen Serbien. Die beiden streiten über die Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes. Der Gerichtshof befand Serbien zwar für nicht des Völkermordes schuldig, stellt aber fest, dass Serbien seine aus der Völkermords-Konvention resultierende Verpflichtung, den Genozid in Srebrenica zu verhindern, verletzt habe. Zudem habe es seine Verpflichtung gemäß der Konvention, mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY)

voll zu kooperieren, nicht erfüllt [→ Bosnien und Herzegowina (Bosnische Serben/Republika Srpska)]. Am 8. Oktober fällt der Gerichtshof sein Urteil im Streitfall zwischen Nicaragua und Honduras bezüglich Land- und Meeresgebieten in der Karibik und befand, dass Cayo Bobel, Cayo Savana, Cayo Puerto Royal und Cayo Sur zu Honduras gehören und zieht so eine eindeutige Grenze zwischen den beiden Ländern [Honduras - Nicaragua (Seegrenze)].

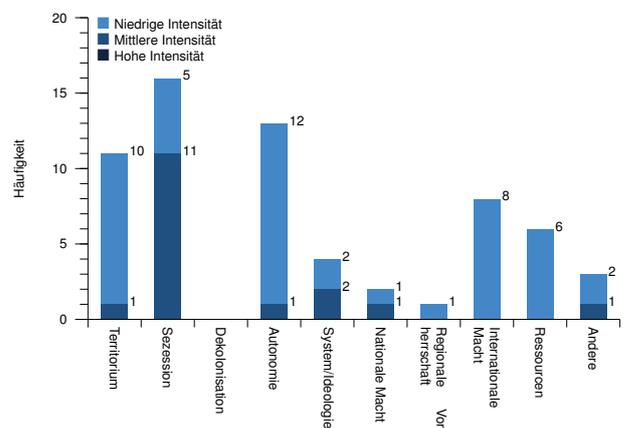
Europa

In Europa werden insgesamt 55 Konflikte beobachtet. Ein Konflikt endete bereits 2006 mit der gewaltlosen Sezession Montenegros von der Föderation Serbien und Montenegro. 2007 enden keine weiteren Konflikte. Stattdessen entstehen drei neue Konflikte [→ Belgien (CD&V/Flandern); Georgien (Opposition); Serbien (Wahhabiten/Sandzak)]. Aufgrund der Deeskalation des Tschetschenienkonflikts [→ Russland (Tschetschenien)] wird in Europa keine ernste Krise beobachtet. Drei gewaltsame Konflikte deeskalieren auf ein gewaltloses Niveau, zwei andere Konflikte jedoch überschreiten die Schwelle zur Gewalt. Daher steigt die Gesamtzahl der als gewaltsam eingestuften Konflikte im Vergleich zu 2006 von 15 auf 16. Dabei ist jedoch zu beachten, dass die Konfliktintensität einer Krise in der Definition des HIIK eine gewisse Spannbreite an Konflikten abdeckt und sowohl zur Einstufung solcher Konflikte herangezogen wird, in denen ein oder zwei vereinzelte Zwischenfälle auftreten, als auch solche umfasst, in denen es im Laufe eines Jahres häufiger zu gewalttätigen Zusammenstößen kommt und die eine höhere Anzahl von Todesopfern zur Folge haben. Eine möglicherweise typisch europäische Art des gewaltlosen Konfliktaustrags stellen die Versuche mancher EU-Mitgliedsstaaten dar, Druck auf ihre zwischenstaatlichen Konfliktgegner auszuüben, indem sie drohen, deren EU-Beitrittsbemühungen zu blockieren [→ Griechenland - Mazedonien, Slowenien - Kroatien, Zypern - Türkei]. Mit 15 Konflikten bleibt der Balkan die instabilste Region, dicht gefolgt vom Kaukasus mit 13 Konflikten. Dies zeigt sich in den Krisen um die abtrünnigen Republiken Abchasien (Georgien), Berg-Karabach (Aserbaidschan) und Südossetien (Georgien) sowie im georgischen Oppositionskonflikt und den Konflikten in den russischen Kaukasusrepubliken Tschetschenien und Inguschetien. Auf dem Balkan werden dagegen drei Krisen gezählt [→ Mazedonien (albanische Minderheit/Nordwestmazedonien)]; Serbien (Kosovo); Serbien (Wahhabiten/Sandschak)]. Das Szenario einer möglichen einseitigen Unabhängigkeitserklärung Kosovos weckt Befürchtungen, nationalistisch-separatistische Bewegungen in den Nachbarländern könnten sich einen solchen Schritt zum Vorbild nehmen [→ Bosnien-Herzegowina (bosnische Serben/Republika Srpska); Mazedonien (albanische Minderheit/Nordwestmazedonien); Serbien (albanische Minderheit/Presevo-Tal)]. Zusätzlich scheint möglich, dass eine Reihe größtenteils von Russland unterstützter abtrünniger Republiken in Osteuropa sich einen solchen Schritt zum Vorbild nehmen könnten [→ Georgien (Abchasien); Georgien (Südossetien); Moldau (Transnistrien)]. Bei der Mehrzahl der Konflikte in Europa handelt es sich um innerstaatliche Konflikte, vorwiegend mit Sezession oder Autonomie als Konfliktgegenstand. Bei den zwischenstaatlichen Konflikten lautet der häufigste Konfliktgegenstand Territorium, gefolgt von internationaler Macht. An einer Reihe von Konflikten sind relativ wohlhabende Regionen beteiligt, die ein höheres Maß an Autonomie von ihrer jeweiligen Zentralregierung fordern, nicht zuletzt, um mehr Kontrolle über ihre Steuereinnahmen zu erhalten [→ Belgien (CD&V/Flandern); Italien (Lega Nord/Norditalien); Serbien (ZzV/Vojvodina); Spanien (katalanische Nationalisten/Katalonien)].

Konfliktintensitäten in Europa 2007 im Vergleich zu 2006



Häufigkeit von Konfliktgegenständen 2007 in Europa nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Europa 2007

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Arktis	Russland vs. USA vs. Kanada vs. Norwegen vs. Dänemark	Territorium, Ressourcen	2001	•	1
Armenien - Aserbaidschan	Armenien vs. Aserbaidschan	Territorium	1988	•	3
Aserbaidschan (Berg-Karabach)	Republik Berg-Karabach vs. Regierung	Sezession	1988	•	3
Aserbaidschan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	2003	•	2
Belarus (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	1997	↘	2
Belarus - Polen	Belarus vs. Polen	Internationale Macht	1994	•	2

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Belgien (CD&V/Flandern)	CD&V, Vlaams Belang vs. Regierung, cdH	Autonomie	2007	NEW	2
Bosnien und Herzegowina (bosnische Serben/Republika Srpska)	Republika Srpska vs. Zentralregierung, Bosniakisch-Kroatische Föderation	Sezession	1995	↘	2
Bosnien und Herzegowina (kroatische Parteien/Herzegowina)	kroatische Parteien vs. Regierung, bosniakische Parteien	Autonomie	1992	•	2
Dänemark - Kanada (Insel Hans)	Dänemark vs. Kanada	Territorium	1973	•	1
Estland (russischsprachige Minderheit)	russischsprachige Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1991	↑	3
Frankreich (FLNC/Korsika)	FLNC vs. Regierung	Sezession	1975	•	3
Frankreich (randalierende Jugendliche)	randalierende Jugendliche vs. Regierung	Andere	2005	•	3
Georgien (Abchasien)	abchasische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	3
Georgien (armenische Minderheit)	armenische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	2004	↘	1
Georgien (aserbaidshanische Minderheit)	aserbaidshanische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	2004	↘	1
Georgien (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	2007	NEW	3
Georgien (Südossetien)	südossetische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	3
Griechenland - Mazedonien	Griechenland vs. Mazedonien	Andere	1991	•	2
Italien (Lega Nord/Norditalien)	Lega Nord vs. Regierung	Autonomie	1991	•	1
Kaspisches Meer	Aserbaidshan vs. Iran vs. Kasachstan vs. Russland vs. Turkmenistan	Territorium, Internationale Macht, Ressourcen	1993	•	1
Kroatien (kroatische Serben/Krajina, West- und Ostslawonien)	kroatische Serben vs. Regierung	Autonomie	1991	•	2
Lettland (russischsprachige Minderheit)	russischsprachige Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1991	•	2
Mazedonien (albanische Minderheit/Nordwestmazedonien)	albanische Minderheit vs. Regierung	Sezession	1991	•	3
Moldau (Transnistrien)	transnistrische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1989	•	2
Rumänien (ungarische Minderheit/Siebenbürgen)	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1989	↘	1
Rumänien - Ukraine	Rumänien vs. Ukraine	Territorium, Ressourcen	1991	•	1
Russland (inguschetische Rebellen/Inguschetien)	inguschetische Rebellen vs. Regierung	Sezession	2004	•	3
Russland (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	2001	↗	3
Russland (tschetschenische Rebellen/Tschetschenien)	tschetschenische Rebellen vs. Regierung	Sezession	1989	↘	3
Russland - Estland	Russland vs. Estland	Internationale Macht	1994	↗	2
Russland - Georgien	Russland vs. Georgien	Internationale Macht	1992	•	2
Russland - Lettland	Russland vs. Lettland	Territorium, Internationale Macht	1994	↘	1
Russland - Norwegen (Barentssee)	Russland vs. Norwegen	Territorium, Ressourcen	1947	•	1
Russland - Ukraine	Russland vs. Ukraine	Territorium, Ressourcen	2003	•	2
Serbien (albanische Minderheit/Presevo-Tal)	UCPMB, südserbische Gemeinden Presevo, Bujanovac und Medvedja vs. Regierung	Sezession	2000	•	2
Serbien (bosniakische Minderheit/Sandzak)	bosniakische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1991	↘	1
Serbien (Kosovo)	Kosovo-Albaner vs. Zentralregierung	Sezession	1989	•	3

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Serbien (ungarische Minderheit/nördliche Vojvodina)	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1998	↘	1
Serbien (Wahhabiten - gemäßigte Muslime)	Wahhabiten vs. gemäßigte Muslime	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	2002	↘	2
Serbien (Wahhabiten/Sandzak)	Wahhabiten im Sandzak vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	2007	NEW	3
Serbien (ZzV/Vojvodina)	ZzV vs. Regierung	Autonomie	1989	•	1
Slowakei (ungarische Minderheit/südliche Slowakei)	ungarische Minderheit vs. Regierung	Autonomie	1993	•	2
Slowenien - Kroatien	Slowenien vs. Kroatien	Territorium	1991	•	2
Spanien (ETA, PNV/Baskenland)	ETA, baskische Regionalregierung (PNV) vs. Regierung	Sezession	1959	•	3
Spanien (katalanische Nationalisten/Katalonien)	ERC, CiU, katalanische Regionalregierung vs. Regierung	Sezession	1979	↘	1
Spanien - Vereinigtes Königreich (Gibraltar)	Spanien vs. Vereinigtes Königreich	Territorium	1954	•	1
Türkei - Armenien	Türkei vs. Armenien	Andere	1991	•	2
Türkei - Griechenland	Türkei vs. Griechenland	Territorium	1973	•	2
Ungarn - Rumänien	Ungarn vs. Rumänien	Internationale Macht	1990	•	1
Ungarn - Slowakei (Minderheit)	Ungarn vs. Slowakei	Internationale Macht	1993	•	2
Ungarn - Slowakei (Ressourcen)	Ungarn vs. Slowakei	Ressourcen	1989	•	1
Vereinigtes Königreich (IRA et al./Nordirland)	IRA, Real IRA, Sinn Féin, SDLP vs. Regierung, UDA/UFF, DUP, UUP	Sezession	1968	•	3
Zypern (Nordzypern)	Nordzypern vs. Zentralregierung	Sezession	1963	•	2
Zypern - Türkei	Zypern vs. Türkei	Internationale Macht	2005	•	2

¹ Konflikte mit einem * sind ohne Beschreibung

² Aufgeführt sind nur für den Beobachtungszeitraum relevante Konfliktparteien

³ Änderungen der Intensität im Vergleich zum Vorjahr: ↑ oder ↗ Eskalation um eine oder mehr als eine Intensitätsstufe; ↓ oder ↘ Deeskalation um eine oder mehr als eine Intensitätsstufe; • keine Änderung

⁴ Intensitätsstufen: 5 = Krieg; 4 = Ernste Krise; 3 = Krise; 2 = Manifestierter Konflikt; 1 = Latenter Konflikt

Armenien - Aserbaidsschan

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	Armenien vs. Aserbaidsschan	
Konfliktgegenstände:	Territorium	

Der Konflikt zwischen Armenien und Aserbaidsschan um die Enklave Berg-Karabach [→ Aserbaidsschan (Berg-Karabach)], die international als aserbaidsschanisches Gebiet anerkannt, aber mehrheitlich von ethnischen Armeniern bewohnt ist, dauert an. Die Minsk-Gruppe der OSZE arrangiert im November 2006 und Juni 2007 bilaterale Gespräche, die jedoch zu keinen greifbaren Ergebnissen führen. Aserbaidsschan weist einen von den Vermittlern unterstützten Versuch Armeniens, Vertreter der Republik Berg-Karabach (RBK) in den laufenden Verhandlungsprozess einzubeziehen, zurück. Laut Aserbaidsschan brechen armenische Truppen dreimal - im Januar, September und Oktober - den Waffenstillstand von 1994, der den Krieg zwischen beiden Staaten beendete, wobei drei aserbaidsschanische und drei armenische Soldaten ums Leben kommen. Armenien streitet dies ab. Beide Parteien befinden sich das ganze Jahr über in einem Rüstungswettlauf und geben sich in rhetorischer Hinsicht aggressiv. (mak)

Aserbaidsschan (Berg-Karabach)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	Republik Berg-Karabach vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der abtrünnigen Republik Berg-Karabach (RBK) und der aserbaidsschanischen Regierung dauert an. Berg-Karabach wird international als aserbaidsschanisches Gebiet anerkannt, ist aber de-facto unabhängig und hauptsächlich von ethnischen Armeniern bewohnt. Es ist auf militärischen Schutz seitens der armenischen Streitkräfte angewiesen. Die Minsk-Gruppe der OSZE vermittelt im November 2006 und Juni 2007 bilaterale Gespräche zwischen Armenien und Aserbaidsschan [→ Armenien – Aserbaidsschan], die zu keinen greifbaren Ergebnissen führen. Aserbaidsschan weist einen von den Vermittlern unterstützten Versuch Armeniens zurück, Vertreter der RBK in die laufenden Gespräche einzubeziehen. Laut Aserbaidsschan brechen armenische Truppen dreimal - im Januar, September und Oktober - den Waffenstillstand von 1994, der den Krieg zwischen beiden Staaten beendete. Dabei kommen drei aserbaidsschanische und drei armenische Soldaten ums Leben. Unklar ist, ob es sich bei Letzteren um Angehörige der Armee von Berg-Karabach oder der armenischen Streitkräfte handelt, da beide eng mit-

einander verwoben sind. Im Dezember 2006 hält die RBK ein Verfassungsreferendum über die Unabhängigkeit ab sowie im Juli 2007 Präsidentschaftswahlen, die von Aserbaidschan als illegal und illegitim verurteilt werden. Die internationale Gemeinschaft, mit Ausnahme Armeniens, erkennt die Abstimmungen ebenfalls nicht an. Der Gewinner der Präsidentschaftswahl, Bako Sahakjan, kündigt an, die volle Unabhängigkeit von Aserbaidschan anzustreben. (mak, aog, al)

Belarus (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen den Oppositionsparteien und der Regierung von Präsident Alexander Lukaschenko um die Demokratisierung des Landes entspannt sich. Jedoch dauert der Druck auf oppositionelle Aktivisten und Menschenrechtsverstöße an. Viele der Oppositionsführer, die im März 2006 wegen Protesten gegen den Wahlbetrug des Präsidenten verhaftet wurden, werden 2007 zu Gefängnisstrafen verurteilt. Am 25. März stoßen bei einer Anti-Lukaschenko-Demonstration in der Hauptstadt Minsk, bei der Oppositionsführer Aljaksandr Milinkewitsch einer der Redner ist, Demonstranten mit der Polizei zusammen. Am 4. April wird der Oppositionsführer Andrej Klimow verhaftet und im September zu zwei Jahren Haft wegen regierungsfeindlicher Aktivitäten verurteilt. Am 14. Oktober organisiert die Opposition einen Marsch für die Integration in europäische Institutionen. Im Vorfeld der Demonstration werden am 26. September einige Oppositionsführer wegen Teilnahme an einer illegalen Demonstration verhaftet, darunter Viktor Iwaschkewitsch. Die Büros oppositioneller Medien und Parteien werden durchsucht, so etwa am 02.12.06 das des Helsinki-Komitees Belarus. Am 21. November nimmt das Menschenrechtskomitee der UN-Vollversammlung eine Resolution an, in der die Menschenrechtssituation in Belarus kritisiert wird. (lo)

Belgien (CD&V/Flandern)

Intensität: 2	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	CD&V, Vlaams Belang vs. Regierung, cdH	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Da die Parlamentswahlen vom 10. Juni in Belgien ein Patt zwischen flämischen und wallonischen Parteien zur Folge haben, bleibt das Land ohne Regierung. Der Anführer der siegreichen flämischen Christdemokraten (CD&V), Yves Leterme, erhält den Auftrag zur Regierungsbildung. Die Koalitionsverhandlungen kommen jedoch zum Stillstand, als Letermes wallonische Schwesterpartei dessen Forderungen nach mehr regionaler Autonomie und weniger Finanztransfers zugunsten der ärmeren Wallonie abgelehnt. Am 17. August setzt Belgiens König Albert II. die Verhandlungen formell aus und spricht sich für inoffizielle Sondierungsgespräche aus. Die unklaren Verhältnisse lösen eine hitzige Debatte darüber aus, ob das Land entlang der Trennlinie zwischen dem mehrheitlich niederländischsprachigen Flandern und der französischsprachigen Wallonie

geteilt werden sollte. Am 7. November setzen die flämischen Parteien im Parlament gegen den Widerstand der Wallonen die Aufspaltung des einzigen zweisprachigen Wahlkreises des Landes, Brüssel-Halle-Vilvoorde, durch. Dies ist das erste Mal, dass die niederländischsprachige Mehrheit die Französischsprachigen, die ca. 40% der belgischen Bevölkerung ausmachen, niedergestimmt hat. Am 18. November nehmen über 30.000 Bürger an einer Demonstration für die Einheit Belgiens teil. Am 22. November stimmt das belgische Parlament, einschließlich der Mehrzahl der flämischen Abgeordneten, gegen einen Entwurf der rechtsextremen Partei Vlaams Belang (Flämische Interessen) zur Teilung des Landes. Als ein Ultimatum, das Leterme allen vier an den Koalitionsverhandlungen beteiligten Parteien gesetzt hat, verstreichet, ohne dass die Parteien seinen Vorschlägen zustimmen, gibt Leterme seine Versuche zur Regierungsbildung auf. (aog, al)

Bosnien und Herzegowina (bosnische Serben/Republika Srpska)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	Republika Srpska vs. Zentralregierung, Bosniakisch-Kroatische Föderation	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der vom Bürgerkrieg 1992-95 herrührende Konflikt um einen einheitlicheren Staatsaufbau zwischen den beiden Entitäten in Bosnien-Herzegowina (BiH), der bosnischen Serbenrepublik (RS) und der Bosniakisch-Kroatischen Föderation (BKF), dauert an. Der Ministerpräsident der RS Milorad Dodik fordert mehrfach die Schaffung einer dritten, d.h. kroatischen, Entität innerhalb von BiH, um die BKF zu schwächen, und verknüpft in einigen Stellungnahmen die Zukunft der RS mit der Zukunft Kosovos [→ Serbien (Kosovo)]. Sowohl die EU als auch der neue Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft Miroslav Lajčák äußern mehrfach ihre Unzufriedenheit darüber, dass es BiH nicht gelingt, Verfassungsreformen zur Stärkung der gesamtstaatlichen Institutionen in Angriff zu nehmen. Im Oktober lehnt Lajčák ein in letzter Minute zustande gekommenes Abkommen zur Polizeireform ab, da es grundlegende Kriterien nicht erfüllt, und kündigt gegen den Protest bosnisch-serbischer Politiker eine Änderung des Gesetzes zum Ministerrat von BiH, das die Funktionalität der staatlichen Institutionen erhöhen soll, an. Am 1. November legt Ministerpräsident Nikola Spiric aus Protest gegen Lajčáks Maßnahmen sein Amt nieder. Am 26. Februar spricht der Internationale Gerichtshof Serbien vom Vorwurf des Völkermords in BiH frei, erklärt jedoch, dass Serbien es versäumt habe, den Völkermord an Bosniaken 1995 in Srebrenica (RS) zu verhindern. Bosniakische Politiker sehen dies als Beweis dafür, dass die Existenz der RS auf Völkermord beruhe, und fordern gemeinsam mit bosniakischen Stadträten in Srebrenica für diese Stadt den Status eines Sonderverwaltungsbezirks, der sie der Rechtsprechung der RS entziehen würde.

(aog)

Estland (russischsprachige Minderheit)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	russischsprachige Minderheit vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen der russischsprachigen Minderheit und der Regierung tritt erneut in Erscheinung und wird gewaltsam. Im Mittelpunkt stehen die Proteste der russischen Minderheit gegen die Entfernung eines Kriegerdenkmals aus der Sowjetzeit im Zentrum der estnischen Hauptstadt Tallinn. Am 10. Januar verabschiedet die Regierung ein Gesetz zur Entfernung des Denkmals. Daraufhin hält eine Organisation der russischsprachigen Minderheit namens Nachtwache jede Nacht am Standort des Denkmals Wache, um es zu verteidigen. 1.000 Demonstranten protestieren am 26. April in Tallinn gegen die Errichtung eines Schutzzauns um das Denkmal. Die Polizei setzt Tränengas ein, um die Menge auseinanderzutreiben. Nachdem die estnischen Behörden das Denkmal entfernt und auf den Tallinner Militärfriedhof verlegt haben, kommt es in der Nacht des 27. Aprils zu Straßenschlachten zwischen der Polizei und der Nachtwache sowie deren Unterstützern. Eine Person kommt bei den Krawallen ums Leben, 40 werden verletzt und 300 vorübergehend festgenommen. Am 5. Mai wird ein in Estland lebender Russe in Tallinn wegen des Verdachts auf Komplizenschaft bei Cyberangriffen auf estnische Server verhaftet [→ Russland – Estland].

(kw)

Frankreich (FLNC/Korsika)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	FLNC vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der separatistischen Nationalen Korsischen Befreiungsfront (FLNC) und der Regierung dauert an. Der FLNC verübt regelmäßig Anschläge auf französische Regierungseinrichtungen, während die Zahl seiner Anschläge auf Ferienwohnungen von Nichtkorsen abnimmt. Der FNLC setzt bei seinen Angriffen auf Polizeikasernen zunehmend Granatwerfer ein, wobei u.a. am 15. September auch Passanten zu Schaden kommen. Die französischen Behörden versichern, dass sie den militanten Separatisten gegenüber energisch vorgehen würden. (al)

Frankreich (randalierende Jugendliche)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	randalierende Jugendliche vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Andere	

Der Konflikt zwischen unterprivilegierten Jugendlichen und der französischen Staatsmacht tritt am 25. November erneut in Erscheinung. Nach dem Tode zweier jugendlicher nordafrikanischer Herkunft, deren Motorrad mit einem Polizeiauto kollidiert ist, setzen junge Randalierer Autos in Brand und verwüsten Schulen, Bibliotheken und Geschäfte. Sie werfen mit Steinen, Feuerwerkskörpern und Brandsätzen auf Polizisten. Aufgrund des häufigen Einsatzes von Schusswaffen wird die Gewalt im Vergleich zu 2005 als schlimmer eingeschätzt. Nach Angaben französischer Behörden werden 120 Po-

lizisten verletzt. Die Gewalt breitet sich auch auf andere Städte aus. In Toulouse werden mindestens zehn Autos angezündet und in einer Bibliothek Feuer gelegt. Präsident Nicolas Sarkozy beruft eine Krisensitzung ein, um sich angesichts der Welle der Gewalt in den Städten mit seinen Ministern zu beraten. Er bezeichnet die Schüsse auf Polizeibeamte als versuchten Mord. Nach zwei Nächten gewalttätiger Zusammenstöße ebbt die Unruhen ab. Am 27. November werden vier junge Randalierer zu mehreren Monaten Haftstrafe verurteilt. (al)

Georgien (Abchasien)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	abchasische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Die abtrünnige Republik Abchasien strebt weiterhin die Unabhängigkeit von Georgien an, wohingegen die Zentralregierung auf der Wiederherstellung der territorialen Integrität des Landes beharrt. Die abchasischen Separatisten erhalten substantielle politische Unterstützung durch die Russische Föderation. Unbekannte Täter töten im Dezember 2006 im Gali-Bezirk die abchasischen Polizeifunktionäre Otar Turnanba und Alik Chischba. Am 11. Februar und 4. März hält die De-facto-Regierung Abchasiens Kommunalwahlen ab, die international nicht anerkannt werden. Georgische Staatsbürger sind von ihnen ausgeschlossen. Georgien fordert den UN-Sicherheitsrat auf, auf diese Wahlen zu reagieren. Am 12. März beschuldigt Georgien Russland, georgische Dörfer im Kodori-Tal mit Kampfhubschraubern angegriffen zu haben [→ Russland – Georgien]. Im August beschuldigen georgische Medien abchasische Milizen und russische Friedenstruppen in Abchasien, im Gali-Bezirk Übergriffe auf georgische Staatsbürger verübt zu haben. Im September und Oktober kommen mehrere Abchasier bei Scharmützeln mit georgischen Soldaten und Sicherheitskräften ums Leben. Der De-facto-Präsident Abchasiens Sergei Bagapsch unterzeichnet am 4. November auf einem Gipfeltreffen in Suchumi gemeinsam mit zwei weiteren Führern abtrünniger Republiken, die von Russland unterstützt werden, Südossetiens Eduard Kokoity und Transnistriens Igor Smirnow, ein Dokument, in dem sie die Anerkennung der Unabhängigkeit dieser Republiken und die Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit sowie die dauerhafte Präsenz russischer Friedenstruppen fordern [→ Georgien (Südossetien); Moldau (Transnistrien)]. Mitte November beschuldigt Georgien Russland, seine militärische Präsenz in Abchasien zu verstärken. (mag)

Georgien (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Ein neuer Konflikt bricht zwischen der Opposition und der Regierung aus. In der georgischen Hauptstadt Tiflis demonstrieren Ende September tausende Menschen gegen die Regierung. Sie beschuldigen Präsident Michail Saakaschwili der Korruption und werfen ihm vor,

mächtige politische Gegner mundtot gemacht zu haben, so geschehen im Falle des ehem. Verteidigungsministers Irakli Okruaschwili. Am 2. November nehmen 50 000 Menschen an der größten Demonstration teil, die das Land seit der Rosenrevolution 2003 erlebt hat. Die Demonstranten fordern den Rücktritt Saakaschwilis. Als die Polizei am 7. November Tränengas und Wasserwerfer einsetzt, um die Menge auseinander zu treiben, eskaliert die Situation. Am selben Tag verhängt Saakaschwili einen landesweiten Ausnahmezustand, der die Presse- und Versammlungsfreiheit einschränkt. Neun Tage später, am 16. November, wird er wieder aufgehoben. Inzwischen kündigt Saakaschwili vorgezogene Präsidentschaftswahlen an. Die Oppositionsparteien begrüßen diese Ankündigung und nominieren Lewan Gatschetschiladse als ihren Kandidaten, der in den für den 05. Januar 2008 angesetzten Präsidentschaftswahlen gegen Saakaschwili antreten soll. Am 25. November tritt Saakaschwili in Übereinstimmung mit dem georgischen Wahlgesetz zurück. Am 27. November wird Okruaschwili in Deutschland aufgrund eines von den georgischen Behörden ausgestellten internationalen Haftbefehls erneut verhaftet. (al)

Georgien (Südostetien)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	südostetische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Die abtrünnige Republik Südostetien strebt weiterhin, von der Russischen Föderation ermutigt, die Sezession von Georgien an. Im Dezember 2006 wird in den georgisch kontrollierten Gebieten Südostetiens eine pro-georgische Gegenregierung geschaffen, der Dimitri Sanakojew als Leiter der sogenannten südostetischen Übergangsverwaltung vorsteht. Diese konkurriert mit der De-facto-Regierung Südostetiens unter Eduard Kokoity. Am 14. April erlässt die georgische Regierung ein Gesetz zur Reform der Verwaltung Südostetiens, die vom südostetischen Parlament als illegal zurückgewiesen wird. Währenddessen kommen von Januar bis März mehrere südostetische Milizionäre und georgische Polizisten bei Schusswechseln ums Leben. Südostetische Milizen beschießen im Mai georgische Dörfer mit Granaten. Vom 31. Mai bis 4. Juli stellt die südostetische De-facto-Regierung Dörfern mit ethnisch georgischer Bevölkerung in Südostetien die Wasserzufuhr ab. Kokoity droht am 9. Juli mit Terroranschlägen in ganz Georgien. Als am 6. August unweit der nahe an Südostetien gelegenen Ortschaft Tselubani eine nicht explodierte Rakete entdeckt wird, beschuldigt Georgiens Präsident Michail Saakaschwili Russland der Durchführung eines Luftangriffs auf georgisches Gebiet. Russland weist die Anschuldigungen zurück [→ Russland (Georgien)]. Am 4. November unterzeichnet der De-facto-Präsident Kokoity gemeinsam mit zwei weiteren Führern von durch Russland unterstützten abtrünnigen Republiken, Abchasiens Sergei Bagapsch und Transnistriens Igor Smirnow, auf einem Gipfeltreffen in Suchumi (Abchasien) ein Dokument, in dem neben der Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken und die Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit auch die

dauerhafte Präsenz russischer Friedenstruppen gefordert wird [→ Georgien (Abchasien); Moldau (Transnistrien)]. (mag)

Griechenland - Mazedonien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Griechenland vs. Mazedonien	
Konfliktgegenstände:	Andere	

Griechenland und Mazedonien gelingt es nach wie vor nicht, im Streit um einen für beide Seiten akzeptablen offiziellen Namen des mazedonischen Staates zu einer einvernehmlichen Lösung zu finden. Während Mazedonien weiterhin auf die Anerkennung seines konstitutionellen Namens, Republik Mazedonien, drängt, votiert Griechenland für die Beibehaltung des gegenwärtigen Übergangsnamens Ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien (EJRM) oder ähnliche Einschränkungen. Die Spannungen nehmen im Dezember 2006 zu, als der Flughafen der mazedonischen Hauptstadt Skopje in "Alexander der Große" umbenannt wird, nach einer von beiden Ländern als Teil ihrer jeweiligen Nationalgeschichte beanspruchten historischen Persönlichkeit. Zwischen Januar und November versucht der UN-Sonderbeauftragte für Mazedonien Matthew Nimetz mehrfach, aber vergeblich, zu vermitteln. Griechenland droht mit einem Veto gegen Mazedoniens Beitrittsbemühungen zu EU und NATO, solange der Namensstreit ungelöst sei. Die mazedonische Regierung erwidert, sie würde es eher hinnehmen, von der EU- und NATO-Mitgliedschaft ausgeschlossen zu sein, als den verfassungsmäßigen Namen zu ändern. Am 12. Juli nimmt das Europäische Parlament einen Fortschrittsbericht zu Mazedonien an, der betont, dass der Namensstreit kein Teil der Bedingungen für die EU-Mitgliedschaft sein dürfe. (aj)

Mazedonien (albanische Minderheit/Nordwestmazedonien)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	albanische Minderheit vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der albanischen Minderheit und der Regierung geht weiter. Am 30. Mai beendet die größte ethnisch albanische Oppositionspartei, die Demokratische Union für Integration (BDI), nach Abschluss ihres Abkommens mit Ministerpräsident Nikola Gruevski ihren Parlamentsboykott, welchen sie im Sommer des Vorjahres aus Protest gegen die Tatsache, dass sie aus der neuen Regierungskoalition ausgeschlossen bleibt, begonnen hatte. Am 30. Oktober treten zwei der albanischen Volksgruppe angehörende Verfassungsrichter aus Protest gegen einen Beschluss des Gerichts, der das Hissen der albanischen Flagge vor Amtsgebäuden auch in Gegenden mit überwiegend albanischer Bevölkerung untersagt, zurück. Unbekannte Täter greifen am 2. August einen mazedonischen Außenposten an der Grenze zu Kosovo an. Am 31. August erklärt ein ehemaliger Führer der ethnisch albanischen Nationalen Befreiungsarmee (UCK), Xhezair Shakiri, unter seinem Kommando stehende Kämpfer hätten mazedonische Polizeikräfte aus dem Dorf Tanusevci auf

der mazedonisch-kosovarischen Grenze vertrieben. Eine Woche davor hatte er öffentlich erklärt, es sei der Wille der Dorfbevölkerung, von Mazedonien unabhängig zu werden und sich Kosovo anzuschließen. Am 2. September wird der wegen terroristischer Aktivitäten verurteilte ehemalige Kämpfer der Albanischen Nationalarmee (AKSh) Dzemail Iseini nach seiner Flucht aus der Haft von Sondereinheiten des Innenministeriums gefasst. In der Nähe von Tanusevci töten Unbekannte am 24. November einen Polizisten. Am 7. November führen Sondereinheiten der Polizei in der Umgebung von Tetovo eine großangelegte Operation gegen angebliche kriminelle Banden durch, denen auch ehemalige ethnisch albanische Guerillakämpfer angehören. Sechs Menschen kommen dabei ums Leben. Später bekennt sich eine Gruppe, die sich selbst als den Politisch-militärischen Rat der UCK bezeichnet, zu den Zwischenfällen. (aog)

Moldau (Transnistrien)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	transnistrische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der abtrünnigen Republik Transnistrien und der Regierung der Republik Moldau dauert an. Aufgrund eines Disputs um neue Zollbestimmungen waren bereits im Frühjahr 2006 Verhandlungen zwischen Moldawien und Transnistrien ausgesetzt worden. Im Juli erklärt die transnistrische Regierung, mit Hinblick auf Kosovo [→ Serbien (Kosovo)] gäbe es keine Alternative zur Anerkennung der transnistrischen Autorität. Im August verkündet die transnistrische Regierung, die Verhandlungen erst dann wieder aufzunehmen, wenn ihre wirtschaftliche Autonomie wiederhergestellt sei. Der transnistrische De-facto-Präsident Igor Smirnow unterzeichnet am 4. November gemeinsam mit zwei weiteren Führern von Russland unterstützter abtrünniger Republiken, Abchasiens Sergei Bagapsch und Südossetiens Eduard Kokoity, auf einem Gipfeltreffen in Suchumi (Abchasien) ein Dokument, das die Anerkennung der Unabhängigkeit der Republiken und die Stärkung der gegenseitigen Zusammenarbeit ebenso fordert wie die dauerhafte Präsenz russischer Friedenstruppen [→ Georgien (Abchasien); Georgien (Südossetien)]. Der moldawische Präsident Wladimir Woronin verlangt jedoch den Austausch der russischen Truppen durch andere internationale Friedenstruppen. Am 14. September reicht die Republik Moldau bei der UN eine offizielle Beschwerde gegen Menschenrechtsverletzungen in Transnistrien ein. (ag)

Russland (Inguschetische Rebellen/Inguschetien)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	inguschetische Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen bewaffneten Rebellen in Inguschetien, einer Teilrepublik von Russland, und der Regierung hält weiter an. Seit 2004 suchen russische Truppen regelmäßig, Widerstandskämpfer abzufangen, die Inguschetien als Rückzugsbasis für ihren Kampf in Tschetschenien benutzen [→ Russland (Tschetsche-

nien)]. Im Sommer 2006 beginnt der Widerstand, regelmäßig Strafverfolgungs-, Sicherheits- und Grenzpostpersonal und -einrichtungen anzugreifen. Die Sicherheitskräfte registrieren von Juni bis September 18 Angriffe auf ihre Einrichtungen, Patrouillen und Fahrzeuge. Mindestens 25 russische und inguschetische Soldaten und Polizisten werden getötet. Die Rebellen greifen zivile Mitglieder der von Moskau gestützten inguschetischen Verwaltung sowie Einzelpersonen, die der Regierung des inguschetischen Präsidenten Murat Sjasikow nahestehen, an. Drei Menschen kommen bei diesen Übergriffen ums Leben. Am 21. Juli beschießen Rebellen die Wagenkolonne des Präsidenten, ohne jedoch Todesopfer zu verursachen. Die Aufständischen greifen zudem in der Republik lebende Zivilisten an, die nicht-inguschischen Ethnien angehören – hauptsächlich ethnische Russen. Die inguschetischen und russischen Behörden lasten die Tötungen regelmäßig den Rebellen an. Die Streitkräfte des Bundes intensivieren Ende Juli ihre Sicherheitsanstrengungen und verlegen 2.500 zusätzliche Truppen nach Inguschetien. Die Sicherheitskräfte ergreifen gegenüber Individuen, die des Unterhalts von Beziehungen zu den Rebellen verdächtigt werden, harte Repressalien. Dies nährt den Unmut der inguschetischen Zivilbevölkerung. Anfang Oktober verbietet die inguschetische Regierung den Sicherheitsbehörden, Meldungen über terroristische Zwischenfälle an die Medien weiterzugeben, weshalb keine weiteren Angriffe auf Angehörige der Sicherheitskräfte bekanntwerden. (mak)

Russland (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Opposition und der Regierung von Präsident Wladimir Putin eskaliert während der Protestkundgebungen, die am 3. März in St. Petersburg und 14. April in Moskau von der Oppositionsbewegung Anderes Russland veranstaltet werden. Anderes Russland setzt sich aus einer breiten Koalition von der politischen Mitte, linken und nationalistischen Gruppen zusammen, die alle gegen Putin opponieren. Trotz eines Verbots seitens der Behörden beteiligen sich an den Demonstrationen mehrere Tausend Menschen. Dabei kommt es zu gewalttätigen Zusammenstößen von Demonstranten mit der Milizbrigade besonderer Bestimmung (OMON), einer Spezialeinheit der Polizei. Hunderte Demonstranten werden festgenommen, einschließlich der Führer der Bewegung, etwa Garri Kasparow und Eduard Limonow. Der Staat behindert massiv die Wahlkampfanstrengungen der Oppositionsparteien für die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen im Dezember 2007 bzw. März 2008. Der Bürgermeister von Archangelsk, Alexander Donskoi, der bei den Präsidentschaftswahlen für die Opposition kandidieren will, wird am 19. Juli unter dem Vorwurf der Korruption und des Amtsmissbrauchs verhaftet. Im Oktober schließt die Wahlkommission Anderes Russland von den Parlamentswahlen aus, da es sich dabei um keine offiziell eingetragene politische Partei handle. Am 11. November wird die Lokalausgabe der unabhängigen Zeitung Nowaja Gaseta in Samara aufgrund

von Druck seitens der Obrigkeit eingestellt. Farid Babajew, ein Menschenrechtler und führender Kandidat der liberalen Jabloko-Partei in der südrussischen Teilrepublik Dagestan, wird am 21. November in Machatschkala von unbekanntem Tätern tödlich verletzt. Ende November wird Kasparow in Moskau am Rande einer Anderes-Russland-Demonstration festgenommen, nachdem einige Demonstranten versucht haben, zur Wahlkommission zu marschieren. (lo)

Russland (tschetschenische Rebellen/Tschetschenien)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	tschetschenische Rebellen vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen Rebellen in der nordkaukasischen Republik Tschetschenien und Russland deeskaliert. Anfang 2007 gewähren die Strafverfolgungsbehörden eine Amnestie für über 400 Mitglieder bewaffneter terroristischer Gruppen, die sich bis Ende 2006 den Behörden gestellt haben. Im Februar unterzeichnet Russlands Präsident Wladimir Putin ein Dekret zur Anerkennung des Rücktritts Alu Alchanows von seinem Posten als tschetschenischer Präsident. Dem Dekret entsprechend wird der bisherige tschetschenische Ministerpräsident Ramsan Kadyrow, ein ehemaliger Rebellenführer, zum geschäftsführenden Präsidenten von Tschetschenien ernannt. Am 2. März bestätigt das tschetschenische Parlament Kadyrow als Präsident. Ebenfalls im März beschuldigt der Menschenrechtskommissar des Europarats den staatlichen tschetschenischen Polizeiapparat der systematischen Folter. Kadyrow wirft im Gegenzug den russischen Streitkräften vor, Häftlinge in Tschetschenien zu foltern. Häufige Bombenanschläge, Entführungen und Kampfhandlungen zwischen russischen Sicherheitskräften und tschetschenischen Rebellen fordern zu zahlreiche Tote und Verletzten. Ende März kommen Berichten zufolge bei einem Zusammenstoß mit russischen Truppen vier Rebellen ums Leben. Im April wird bei einer Razzia der Sicherheitskräfte in Tschetschenien der Rebellenführer Chairullah getötet. Zwischen Januar und Mai werden auf der russischen Seite 184 Tote gezählt. Im August wird einer der letzten verbliebenen bekannteren tschetschenischen Rebellen, Rustam Bassajew, bei einer Schießerei mit den Sicherheitskräften getötet. Im Oktober verschlechtert sich die Sicherheitslage erneut, bewaffnete Zusammenstöße fordern Dutzende von Todesopfern und 14 Verletzte. Im wirtschaftlichen Bereich zeichnen sich Spannungen zwischen Russland und Tschetschenien ab. Kadyrow wirft der russischen Regierung vor, sich an den Einnahmen aus tschetschenischem Öl zu bereichern. Der Konflikt wirkt sich auch auf die benachbarten nordkaukasischen Republiken Russlands aus. So stoßen im Juni in der Nachbarrepublik Dagestan Sicherheitskräfte mit militanten Islamisten zusammen. Dabei kommen fünf Menschen ums Leben. Am 18. Juli sterben in Dagestan bei einem Bombenanschlag ebenfalls vier Polizisten. (vl)

Russland - Estland

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Russland vs. Estland	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Russland und Estland tritt aufgrund der Entfernung eines Kriegerdenkmals aus der Sowjetzeit aus dem Standzentrum von Tallinn, der estnischen Hauptstadt, wieder zutage [→ Estland (russischsprachige Minderheit)]. Am 17. Januar berät das russische Parlament über eine Resolution gegen Estland und droht mit Wirtschaftssanktionen. Nach Krawallen in Tallinn am 27. April protestiert die russische Regierung gegen die Entfernung des Denkmals und die Exhumierung der darunter begrabenen Soldaten. In Moskau und St. Petersburg werden anti-estnische Demonstrationen abgehalten, organisiert von den russischen Jugendvereinigungen Naschi, Mestnye und Molodaja Rossija. Die estnische Botschaft muss am 2. Mai aufgrund der anhaltenden Demonstrationen vorübergehend ihre konsularischen Geschäfte einstellen. Nach Cybernagriffen auf estnische Server am 4. Mai beschuldigen die estnischen Behörden Russland, dafür verantwortlich zu sein, und geben an, die Angriffe ließen sich zu Servern der russischen Regierung zurückverfolgen. Am russischen Gedenktag zum Ende des Zweiten Weltkriegs am 9. Mai kritisiert Präsident Wladimir Putin öffentlich die Schändung sowjetischer Kriegsdenkmale. (kw)

Russland - Georgien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Russland vs. Georgien	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Der Konflikt um internationale Macht zwischen Russland und Georgien dauert an. Am 18.11.06 signalisiert Georgien, es könnte russische Bestrebungen zu einem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) blockieren. Der georgische Präsident Michail Saakaschwili kündigt am 26.11.06 an, dass Georgien aufgrund steigender russischer Preise fortan auf den Import aserbajdschanischen Erdgases umsteigen wird. Am 6.12.06 nimmt das russische Parlament eine Resolution an, die die internationale Anerkennung der Unabhängigkeit Abchasiens von Georgien fordert [→ Georgien (Abchasien)]. Am 12. März beschuldigt Georgien Russland, georgische Dörfer im Kodori-Tal mit Kampfhubschraubern angegriffen zu haben. Am 27. März reicht Georgien beim Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte eine Klage gegen Russland ein bezüglich der Abschiebung georgischer Staatsbürger 2006. Ende Mai kündigt Russland die Vergabe von Visa an manche Georgier an. Im August werfen die georgischen Medien Milizen und russischen Friedenstruppen in Abchasien Übergriffe auf georgische Staatsbürger im Gali-Bezirk vor. Als am 6. August unweit der nahe an Südossetien gelegenen Ortschaft Tselubani eine nicht explodierte Rakete entdeckt wird, beschuldigt Georgiens Präsident Michail Saakaschwili Russland der Durchführung eines Luftangriffs auf georgisches Gebiet. Russland weist die Anschuldigungen zurück. Am 21. September verweigern russische Soldaten vorübergehend georgischen Politikern und Diplo-

maten den Zugang zu einer Konferenz zu Reformen in Südossetien [→ Georgien (Südossetien)]. Am 30. Oktober setzen russische Soldaten drei georgische Polizisten fest. Am Tag darauf beschließt Georgien, auf einen schnelleren Abzug der russischen Friedenstruppen zu drängen. Anfang November beschuldigt Saakaschwili Russland hinter kurz zurückliegenden Oppositionsprotesten in Georgien zu stecken [→ Georgien (Opposition)], und droht mit der Ausweisung des russischen Botschafters, der erst am 23. Januar nach Tiflis zurückgekehrt ist. Georgien zieht am 7. November seinen Botschafter aus Russland ab. (luk, mag)

Russland - Lettland

Intensität: 1	Änderung: ▾	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Russland vs. Lettland	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Russland und Lettland deeskaliert. Der russische Ministerpräsident Michail Fradkow und der lettische Ministerpräsident Aigars Kalvitis unterzeichnen am 27. März in Moskau schlußendlich einen russisch-lettischen Grenzvertrag. Die Parlamente von Russland und Lettland ratifizieren das Abkommen am 17. Mai respektive 5. September. (kw)

Serbien (albanische Minderheit/Presevo-Tal)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	UCPMB, südserbische Gemeinden Presevo, Bujanovac und Medvedja vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der serbischen Regierung und den drei albanisch-dominierten südserbischen Gemeinden Presevo, Bujanovac und Medvedja dauert an. Ende 2006 kündigen vier Parteien der albanischen Volksgruppe ihre Teilnahme an der serbischen Parlamentswahl am 21. Januar an. Damit geben sie ihren zehn Jahre währenden Boykott auf. Der Bürgermeister von Bujanovac, Bagip Arifi, rechtfertigt diese Entscheidung mit der Aufhebung der Fünfprozenthürde für Minderheitenparteien im serbischen Wahlgesetz. Im Januar wird ein Vertreter der albanischen Volksgruppe ins serbische Parlament gewählt. Die ethnisch albanische Partei Bewegung für Demokratischen Fortschritt regt im Juni die Bildung eines gemeinsamen Nationalrats an, in dem mit der serbischen Regierung über eine mögliche Vereinigung des Presevo-Tals mit Kosovo verhandelt werden soll. Am 15. Juni versammeln sich ca. 500 albanische Demonstranten in Presevo und fordern die Vereinigung mit Kosovo. Die Demonstration wird von einem Veteranenverband der Befreiungsarmee von Presevo, Medvedja und Bujanovac (UCPMB) organisiert. Der Vorsitzende des Koordinierungsorgans der Regierung für Südserbien weist die Vereinigungsforderungen zurück. Einige Führer der albanischen Volksgruppe bekräftigen im Juli erneut ihr Ziel, im Falle einer Spaltung Kosovos zwischen Serben und Albanern die Vereinigung mit Kosovo anzustreben [→ Serbien (Kosovo)]. Am 29. September nehmen Stadträte aus der albanischen Volksgruppe eine Resolution an, die Belgrad und die Koordinierungsstelle für die Verschlechterung der politischen Lage in der Region verantwortlich macht. Im Gegenzug wirft Serbien der alba-

nischen Seite vor, in Zusammenhang mit den laufenden Kosovo-Statusverhandlungen Spannungen zu schüren. Im Laufe des Jahres erheben Angehörige der albanischen Minderheit mehrmals gegenüber der örtlichen Polizei Repressions- und Diskriminierungsvorwürfe. (jc)

Serbien (Kosovo)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Kosovo-Albaner vs. Zentralregierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Konflikt zwischen der albanischen Mehrheit in Kosovo und der serbischen Regierung hinsichtlich des Status der Provinz dauert an. Kurz nach der serbischen Parlamentswahl am 21. Januar legt der UN-Sondergesandte Martti Ahtisaari seine Empfehlungen zum zukünftigen Status Kosovos vor. Sein Plan sieht eine "überwachte Unabhängigkeit" vor. Diesem Plan zufolge würde die Provinz Züge eines unabhängigen Staats annehmen, einschließlich des Rechts auf eine Verfassung, Anträge auf Aufnahme in internationalen Organisationen, Verwendung nationaler Symbole und die Bildung armeeähnlicher Sicherheitskräfte. Jedoch würde die internationale zivile und militärische Präsenz in der Region andauern. Zudem hätte Kosovo weder das Recht, sich irgendeinem anderen Staat anzuschließen, noch, sich zu teilen. Hinsichtlich der im Kosovo lebenden Serben wird der Schutz der Minderheitenrechten betont. Während die Regierung und Parlament Serbiens Ahtisaaris Vorschlag ablehnen, stimmen die Führer der albanischen Volksgruppe weitgehend zu. Am 10. Februar demonstrieren in Prishtina ca. 3.000 Albaner für die sofortige und uneingeschränkte Unabhängigkeit. Im Rahmen von Zusammenstößen mit UN- und lokalen Polizeikräften kommen zwei Demonstranten ums Leben und ca. 80 Menschen werden verletzt. Am 10. März scheidet die letzte Runde der Statusverhandlungen unter Aufsicht der UN. Der UN-Sicherheitsrat beginnt im April die Diskussion über den Ahtisaari-Plan. Russland droht mit einem Veto gegen jeglichen Lösungsvorschlag, der nicht das Einverständnis Serbiens hat. Mehrere Versuche, durch Revisionen des Entwurfs einer UN-Resolution die Unterstützung Russlands zu gewinnen, scheitern. Daher wird eine Kontaktgruppe von sechs Nationen ermächtigt, die Verhandlungen außerhalb der UN fortzuführen und einen für beide Seiten akzeptablen Kompromiss zu suchen. Am 10. August beginnt eine neue Verhandlungsrunde, die von einer "Troika" aus Verhandlungsführern der USA, Russlands und der EU geleitet wird. Mehrere direkte Treffen zwischen kosovo-albanischen und serbischen Führern können keinen Durchbruch erreichen. Die UN legt den 10. Dezember als Stichtag für eine Einigung fest. Die kosovo-albanische Verhandlungspartei droht für den Fall eines ergebnislosen Ausgangs der Gespräche mit einer einseitigen Unabhängigkeitserklärung. Am 17. November werden in Kosovo Parlaments- und Kommunalwahlen abgehalten, bei denen die Wahlbeteiligung insgesamt gering ausfällt. Entsprechend einer Empfehlung der serbischen Regierung boykottiert die serbische Minderheit die Wahlen. Die Demokratische Partei Kosovos ist mit 34 Prozent der Stimmen Wahlsiegerin. Der designierte neue Ministerpräsident und ehe-

malige Führer der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK), Hashim Thaci, verspricht, sofort nach Verstreichen des Ultimatums im Dezember die Sezession Kosovos von Serbien auszurufen. Im Laufe des Jahres ereignen sich mehrere gewalttätige Zwischenfälle in der Provinz. In Prishtina verübt mutmaßlich eine radikale albanische Gruppierung einen Bombenanschlag auf die UN-Verwaltung UNMIK und verursacht Sachschäden. Andere sporadische Gewalttaten richten sich gegen die serbische Minderheit. Ende 2006 zerstört ein Sprengstoffanschlag eine Zugstrecke, kurz bevor ein Zug mit Angehörigen der serbischen Volksgruppe sie befahren sollte. Im Frühjahr greifen unbekannte Täter ein serbisch-orthodoxes Kloster an. (jc)

Serbien (Wahhabiten/Sandzak)

Intensität: 3	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	Wahhabiten im Sandzak vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, System/Ideologie	

Ein neuer Konflikt entsteht in der überwiegend muslimisch geprägten Region Sandschak, als die serbische Polizei beginnt, gegen militante Islamisten, die der Sekte der Wahhabiten angehören, vorzugehen. Am 17. März gibt die Polizei bekannt, in der Nähe von Novi Pazar, dem Verwaltungszentrum des Sandschaks, ein Übungslager wahhabitischer Extremisten ausgehoben und dabei Waffen und Sprengstoff sichergestellt zu haben. Mehrere Mäner werden festgenommen und wegen Verdachts der Planung von Terroranschlägen gegen den serbischen Staat festgehalten. Rasim Ljajic, Politiker aus dem Sandschak und Vorsitzender des Nationalrates zur Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal, ruft die Obrigkeit dazu auf, die Taten wahhabitischer Extremisten, die er in erster Linie als Bedrohung für die muslimische Gemeinschaft der Region betrachtet, eingehend zu untersuchen. Bereits im November 2006 ist es zu Zusammenstößen zwischen Wahhabiten und Anhängern der in der Region traditionell vorherrschenden Version des Islams gekommen [→ Serbien (Wahhabiten – gemäßigte Muslime)]. Nachdem die Polizei bei einer Razzia in der Nähe von Novi Pazar unter Feuer geraten ist, erschießt sie am 20. April den Terrorverdächtigen Ismail Prentic. Am 14. September stellt die serbische Sonderstrafermittlungsbehörde für organisiertes Verbrechen 15 Wahhabiten unter Terroranklage. Am 20. September führt eine gemeinsame Aktion der Polizeibehörden von Serbien und Kosovo zur Festnahme eines Mannes, der des Waffenhandels für wahhabitische Extremisten im Sandschak verdächtig ist. Darüber hinaus ist die Region auch aufgrund vielfältiger Spaltungen innerhalb der islamischen Gemeinschaft unruhig, die gewalttätige Zusammenstöße zur Folge haben. (aog)

Spanien (ETA, PNV/Baskenland)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1959
Konfliktparteien:	ETA, baskische Regionalregierung (PNV) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt um die Unabhängigkeitsbestrebungen der baskischen Provinzen geht weiter. Am 30. Dezember 2006 verübt die militante Untergrundorgani-

sation Baskenland und Freiheit (ETA) im internationalen Flughafen von Madrid, Barajas, ein Sprengstoffattentat, bei dem zwei Menschen ums Leben kommen und 26 verletzt werden. Dies bedeutet das Ende des Waffenstillstands, den die ETA im März 2006 erklärt hat. In der Folge kommt es seitens der spanischen Öffentlichkeit zu Protesten gegen ETA sowie gegen die Regierung, die sofort die Friedensverhandlungen mit der ETA einstellt. Während der landesweiten Kommunalwahlen Ende Mai ereignen sich im Baskenland kleinere Krawalle, nachdem das spanische Oberste Gericht eine baskische Partei, die Vereinten Patriotischen Sozialisten, von der Wahl ausgeschlossen hat. Ihr wird vorgeworfen, eine Nachfolgepartei der illegalen Batasuna zu sein, dem politischen Flügel der ETA. 400 Kandidaten werden von der Wahl ausgeschlossen. Am 5. Juli verkündet die ETA nach 14 Monaten das offizielle Ende ihres einseitigen Waffenstillstands und droht mit neuen Bombenanschlägen. Der erste Zwischenfall nach dem Ende des Waffenstillstands ereignet sich am 25. Juli, als entlang der Strecke der Tour de France zwei kleinere Bomben detonieren. Im August und September folgen weitere Bombenattentate, bei denen in einem Fall am 24. August in Nordspanien zwei Polizisten verletzt werden. Am 1. Dezember wird im Südwesten Frankreichs ein Beamter der Guardia Civil von ETA-Mitgliedern erschossen und ein weiterer tödlich verwundet. Die spanische und französische Polizei entdeckten mehrere Waffenverstecke und verhaftet über 40 Mitglieder der ETA und 24 von Herri Batasuna. Am 8. Juni verhaftet die spanische Polizei Arnaldo Otegi, den Führer der verbotenen Partei Herri Batasuna, der zuvor wegen Verherrlichung des Terrorismus zu 15 Monaten Haft verurteilt worden ist. Währenddessen kündigt am 28. September der baskische Ministerpräsident Juan José Ibarretxe von der moderaten Baskischen Nationalistischen Partei (PNV) an, im Oktober 2008 ein Selbstbestimmungsreferendum abhalten zu wollen, sofern bis dahin mit der Zentralregierung in Madrid keine Einigung erzielt werden könne. Ibarretxe muss am 31. Januar vor Gericht erscheinen, da ihm vorgeworfen wird, sich mit Anführern von Herri Batasuna getroffen zu haben. (jrt)

Türkei - Armenien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Türkei vs. Armenien	
Konfliktgegenstände:	Andere	

Die Spannungen zwischen der Türkei und Armenien aufgrund des beständigen Widerstands der Türkei, den Völkermord an den Armeniern im Osmanischen Reich 1915 anzuerkennen, dauern an. Am 19. Januar wird der türkisch-armenische Journalist Hrant Dink, der sich öffentlich für die Erinnerung an den Völkermord einsetzte, von einem türkischen Nationalisten erschossen. Im Zusammenhang mit Dinks Ermordung werden am 11. November türkische Polizeibeamte unter Anklage gestellt. Anlässlich von Dinks Begräbnis am 23. Januar erklärt der stellvertretende armenische Außenminister Arman Kirakossian die Bereitschaft seines Landes, die diplomatischen Beziehungen zur Türkei ohne Vorbedingungen wiederaufzunehmen. Am folgenden Tag stellt der türkische Außenminister Abdullah Gül die Änderung

des umstrittenen Artikels 301 des Strafgesetzbuchs an. Der Artikel dient oft als Grundlage, um Menschen, die Massaker an Armeniern thematisieren, wegen Beleidigung des Türkentums strafrechtlich zu verfolgen. Am 19. Oktober nimmt der Ausschuss für internationale Beziehungen des US-Repräsentantenhauses eine unverbindliche Resolution an, in der der Völkermord an den Armeniern durch den Vorgängerstaat der Türkei anerkannt wird. Gül, mittlerweile türkischer Präsident, warnt vor der Annahme der Resolution durch den US-Kongress. Sein armenischer Amtskollege Robert Kotscharjan begrüßt die Resolution jedoch und regt bilaterale Gespräche zur Wiederherstellung der türkisch-armenischen Beziehungen an. Die türkische Regierung sowie hochrangige Militärangehörige bekräftigen ihre Zurückweisung des Völkermordvorwurfs und sagen Reisen in die USA ab. Die Debatte im US-Repräsentantenhaus über die Annahme der Resolution am 25. Oktober wird vertagt. (sh)

Ungarn - Slowakei (Minderheit)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1993
Konfliktparteien:	Ungarn vs. Slowakei	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Ungarn und der Slowakei um die kulturelle Autonomie und Rechte der ungarischen Minderheit in der Slowakei dauert an. Im Juli nimmt das slowakische Kabinett diverse Programme für grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Polen und Ungarn für den Zeitraum 2007-2013 an. Jedoch wachsen im August nach der Gründung einer extrem rechten paramilitärischen Gruppe in Ungarn namens Ungarische Garde die Spannungen. Am 10. September beantragt die größte Partei der ungarischen Minderheit in der Slowakei, die Partei der Ungarischen Koalition, dass die Parlamente beider Staaten eine gemeinsame Versöhnungserklärung abgeben, die auch gegenseitige Entschuldigungen für vergangenes Unrecht enthalten solle [→ Slowakei (ungarische Minderheit)]. Die slowakische Regierung weist den Vorschlag als reine Provokation zurück und erklärt, es bestehe keinerlei Anlass für die Slowakei, sich bei Ungarn zu entschuldigen. Am 20. September bekräftigt das slowakische Parlament die Gültigkeit der Benes-Dekrete, unter denen ethnische Ungarn nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus der damaligen Tschechoslowakei vertrieben worden sind. Die ungarische Regierung legt dagegen Protest ein, und die ungarische Parlamentspräsidentin Katalin Szili sagt aufgrund der Verstimmungen einen Besuch in der Slowakei ab. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico wirft am 3. Oktober dem ungarischen Präsidenten Lászlo Sólyom vor, kurz zuvor eine private Reise in die ungarisch besiedelte südliche Slowakei für politische Zwecke missbraucht zu haben. Sólyom hatte während seines inoffiziellen Besuchs die Benes-Dekrete kritisiert. (sd)

Vereinigtes Königreich (IRA et al./Nordirland)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1968
Konfliktparteien:	IRA, Real IRA, Sinn Féin, SDLP vs. Regierung, UDA/UFF, DUP, UUP	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Im Konflikt um die Sezession Nordirlands vom Vereinig-

ten Königreich (UK) wird die Nordirland-Versammlung, das 2002 außer Kraft gesetzte nordirische Regionalparlament, wiederhergestellt. Nachdem die pro-irisch-republikanische Partei Sinn Féin zwei Tage zuvor dafür gestimmt hat, die nordirische Polizei zu unterstützen, kündigt die Regierung des UK am 28. Januar Wahlen für den 7. März an. Zwei traditionell besonders kompromisslose Parteien der beiden verfeindeten Gemeinschaften der Provinz, die pro-britische Democratic Unionist Party (DUP) und die pro-irische Sinn Féin, gehen aus der Wahl als Sieger hervor. Nach wochenlangen Koalitionsgesprächen unterzeichnen diese Parteien am 26. März ein Abkommen zur Machtteilung. Am 8. Mai treten der Vorsitzende der DUP, Ian Paisley, und Martin McGuinness von Sinn Féin ihre Ämter als Erster Minister bzw. Stellvertretender Erster Minister von Nordirland an. Im August kommt es aufgrund der Frage der Einführung des Irischen Sprachgesetzes zu Spannungen innerhalb der neuen Koalition aus DUP und Sinn Féin. Am 30. Juli endet der Militäreinsatz der britischen Armee in Nordirland. Jedoch verüben paramilitärische Gruppen weiterhin gewalttätige Aktionen. Die loyalistische paramilitärische Ulster Defence Association (UDA) übernimmt die Verantwortung für eine Reihe von Krawallen innerhalb der protestantischen Gemeinschaft im Juli und August. Im November bekennt sich die militante Gruppierung Real Irish Republican Army (Real IRA) zu zwei Fällen versuchten Mordes an Polizeibeamten in Londonderry bzw. der Grafschaft Tyrone. Am 10. August kündigt Sozialministerin Margaret Ritchie das Ende der staatlichen Finanzierung für eine Initiative der loyalistischen paramilitärischen UDA an, sollte diese nicht ihre Waffen aushändigen. Im November erklärt die UDA den Verzicht auf Gewalt und folgt damit dem Beispiel der loyalistischen paramilitärischen Ulster Volunteer Force (UVF), die im Mai das Ende ihrer terroristischen Aktivitäten verkündete. (jb)

Zypern (Nordzypern)

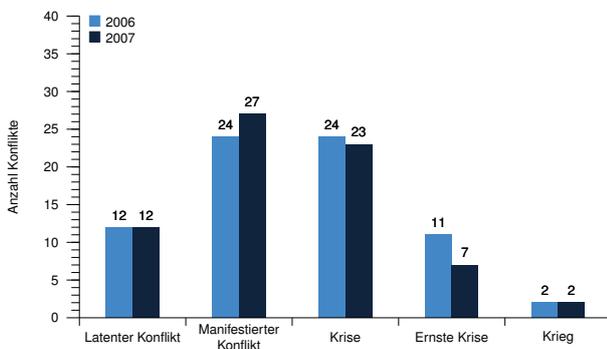
Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Nordzypern vs. Zentralregierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Konflikt zwischen dem abtrünnigen Nordzypern und der Regierung der Republik Zypern (RZ) dauert an. Im Januar schließt die Regierung mit Libanon und Ägypten Abkommen über Bohrungsrechte für Öl und Gas. Nordzypern protestiert dagegen und erklärt, die RZ repräsentiere nicht die ganze Insel. Zur Erleichterung des Handelsverkehrs baut die RZ zur Erleichterung des Handelsverkehrs u.a. in Nikosia fünf Grenzbarrieren zwischen den beiden Entitäten ab. Die UN verlängert am 15. Juni ihre Friedensmission um sechs Monate und verurteilt die Teilung Zyperns. Am 5. September treffen sich Zyperns Präsident Tassos Papadopoulos und der politische Führer der türkischen Zyprioten Mehmet Ali Talat zum ersten Mal seit 2006. Am 14. Oktober kritisiert die RZ die Inbetriebnahme einer regelmäßigen Fährverbindung zwischen Nordzypern und Syrien. Der türkische Präsident Abdullah Gül betont die Notwendigkeit, die Tatsache der Existenz zweier Staaten auf Zypern anzuerkennen [→ Zypern - Türkei], wogegen die RZ scharf protestiert. (tl)

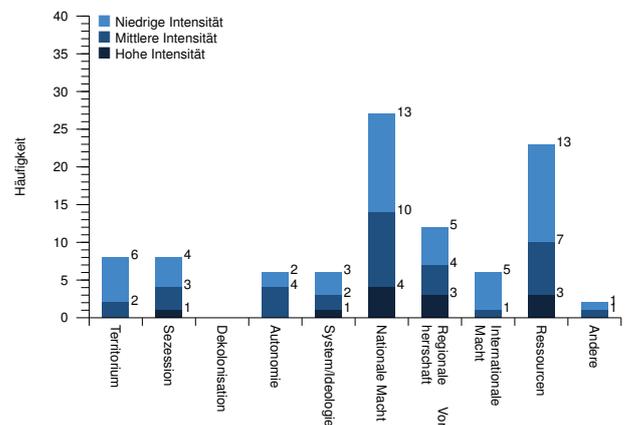
Afrika südlich der Sahara

Die Anzahl der Konflikte in Afrika südlich der Sahara sinkt von 80 im Jahr 2006 auf 78 im Jahr 2007, da vier Konflikte 2006 für beendet erklärt wurden und 2007 nur zwei neue Konflikte entstehen. Die Zahl der hochgewaltsamen Konflikte nimmt signifikant von 15 auf neun ab, von denen sieben bereits 2006 hochgradig gewaltsam waren. Wie 2006 ist auch 2007 der häufigste und gewaltträchtigste Konfliktgegenstand die nationale Macht, oft in Verbindung mit Ressourcen, dem zweithäufigsten Konfliktgegenstand. Dritthäufigster Streitgegenstand ist die regionale Vorherrschaft. Prägendes Element des Konfliktmusters in Afrika bleiben regionale Konflikte, die am Horn von Afrika und in Zentralafrika zu Zonen der Instabilität führen. In Süd-, West- und Zentralafrika verschlimmern sich die Konflikte – außer in Simbabwe, Guinea, Nigeria und im Osten der Demokratischen Republik Kongo (DRK) – nicht in einem Ausmaß, das zum Zusammenbruch staatlicher Strukturen oder zum Übergeifen der Gewalt auf benachbarte Staaten führt. In der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und Nigeria, zwei Staaten, von denen befürchtet worden ist, dass sie im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen erneut im Bürgerkrieg versinken würden, führen die Proteste gegen die Wahlergebnisse nicht zum Wiederauftreten langandauernder Gewalt. Jedoch bleiben die lokalen Konflikte in den Kivu-Regionen bzw. im Nigerdelta hochgewaltsam. Die alarmierendste Entwicklung findet in Ostafrika statt. Die anhaltenden Konflikte im Länderdreieck von Sudan, Tschad und der Zentralafrikanischen Republik (ZAR), die sich verschlechternde Lage in Somalia und die Gefahr eines erneuten militärischen Konflikts zwischen Äthiopien und Eritrea bilden eine durchgehende Konfliktzone, die anfällig für weitere gewaltsame Konfrontationen wie auch für humanitäre Krisen ist. Beide Kriege des letzten Jahres, die Kriege in Somalia [→ Somalia (UIC)] und dem Sudan [→ Sudan (Darfur)], dauern auf der höchsten Intensitätsstufe an. Trotz mehrfacher Friedensverhandlungen werden die intensiven Kämpfe in Darfur und im Tschad fortgesetzt. In Somalia geht der Krieg zwischen der Übergangsregierung (TFG) und äthiopischen Truppen auf der einen und der Union Islamischer Gerichte (UIC) auf der anderen Seite unvermindert weiter und zwingt hunderttausende Menschen zur Flucht. Im Sudan scheint das 2005 geschlossene Allgemeine Friedensabkommen (CPA) zwischen der sudanesischen Regierung und den Aufständischen der SPLM/A kurz vor einem Zusammenbruch zu stehen. Als Gegenstrategie zu der sich verschlechternden Lage entsenden die EU, UN und AU Friedensmissionen, davon einige als gemeinsame oder hybride Missionen: Im Sudan soll eine gemeinsame Mission von UN und AU die bestehende AMID-Mission ersetzen. Im Osten Tschads und im Norden der zentralafrikanischen Republik soll eine hybride UN-EU-Mission die humanitäre Lage stabilisieren. Die AU entsendet eine Friedensmission nach Somalia, die Lage nach einem möglichen Rückzug der äthiopischen Truppen zu stabilisieren soll. Verzögerungstaktiken seitens der sudanesischen Regierung, vermehrte Kämpfe im Osten Tschads, aber auch die Ineffizienz der AU-Mission in Somalia geben Anlass zu wachsender Skepsis hinsichtlich der Durchführbarkeit derartiger Missionen.

Konfliktintensitäten in Sub-Sahara Afrika 2007 im Vergleich zu 2006



Häufigkeit von Konfliktgegenständen 2007 in Sub-Sahara Afrika nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Sub-Sahara Afrika 2007

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Angola (UNITA)	UNITA vs. Regierung	Nationale Macht	1975	•	2
Äquatorialguinea - Gabun	Äquatorialguinea vs. Gabun	Territorium, Ressourcen	1970	•	2
Äthiopien (EPPF)	EPPF vs. Regierung	Nationale Macht	1998	↘	3
Äthiopien (OLF/Oromiya)	OLF vs. Regierung	Sezession	1974	•	3
Äthiopien (ONLF/Ogaden)	ONLF vs. Regierung	Sezession	1984	↗	4
Äthiopien (Oromo - Somali)	Oromo vs. Somali	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2005	•	1
Äthiopien (TPDM)	TPDM vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	2002	•	3

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Äthiopien - Eritrea	Äthiopien vs. Eritrea	Territorium	1998	•	2
Botswana (Basarwa)	Basarwa, Regierung	System/Ideologie, Ressourcen	1997	•	2
Burundi (Hutu - Tutsi)	diverse Hutu-Parteien vs. diverse Tutsi-Parteien	Nationale Macht	1962	•	2
Burundi (Opposition)	FRODEBU, UPRONA, FNL-Icanzo vs. Regierung	Nationale Macht	2006	↘	2
Burundi (Palipehutu-FNL Rwaswa)	Palipehutu-FNL-Fraktion von Rwaswa vs. Regierung, Palipehutu-FNL-Fraktion von Nestor "Barnes" Banzubaze	Nationale Macht	2005	•	3
Burundi - Ruanda (Grenzverlauf)	Burundi vs. Ruanda	Territorium	1960	↘	1
DR Kongo (ex-RCD-G, Interahamwe, FDLR)	ex-RCD-G, FDLR, Interahamwe vs. Regierung	Nationale Macht	2004	•	4
DR Kongo (Hema - Lendu)	Hema vs. Lendu	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2000	•	2
DR Kongo (Ituri-Milizen)	Hema-Milizen, Lendu-Milizen vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen, Andere	1999	↘	3
DR Kongo (Mayi-Mayi)	Mayi-Mayi vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	2004	↘	3
DR Kongo (MLC, RCD, UDPS)	MLC, RCD, UDPS vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1997	•	3
DR Kongo - Ruanda	DR Kongo vs. Ruanda	Internationale Macht, Ressourcen	2002	•	2
DR Kongo - Uganda	DR Kongo vs. Uganda	Internationale Macht, Ressourcen	1999	•	2
Elfenbeinküste (Guere - Dioula, Immigranten)	Guere vs. Dioula, Immigranten	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2004	↘	2
Elfenbeinküste (Rebellen)	FN, Gruppe der Sieben vs. Regierung	Nationale Macht	1999	•	3
Guinea (Opposition)	Opposition, Gewerkschaften vs. Regierung	Nationale Macht	2006	•	3
Guinea-Bissau (MFDC-Sadio)	MFDC-Sadio vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	2006	↓	1
Guinea-Bissau (PAIGC)	PAIGC vs. Regierung	Nationale Macht	1998	↗	3
Kenia (ethnische Gruppen)	SLDF, Soy vs. Regierung, Ndorobo	Ressourcen	1991	↗	4
Kenia (Mungiki-Sekte)	Mungiki-Sekte vs. Regierung	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	2002	•	3
Kenia (Opposition)	ODM vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1999	•	2
Komoren (Anjouan, Moheli)	Regionalregierung Anjouan, Regionalregierung Moheli vs. Zentralregierung auf Grande Comore	Autonomie	1997	↗	3
Kongo-Brazzaville (Ninja-Milizen)	CNR, Ninja-Milizen vs. Regierung	Autonomie, Nationale Macht	1997	•	3
Mali (Tuareg/Kidal)	verschiedene Tuareg-Rebellengruppen vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1989	•	3
Mauretanien - Senegal	Mauretanien vs. Senegal	Ressourcen	2000	•	1
Namibia (CLA/Caprivi-Streifen)	CLA, DTA, UDP vs. Regierung	Sezession	1998	•	2
Niger (Tuareg/Agadez)	MNJ vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1999	↑	3
Nigeria (Christen - Muslime)	Christen vs. Muslime	System/Ideologie	1960	↘	2
Nigeria (MASSOB/Biafra)	MASSOB vs. Regierung	Sezession	1967	↘	2
Nigeria (Niger Delta - Ijaw)	Ijaw, NDPVF, MEND vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	1997	•	4
Nigeria (Nigerdelta - Ogoni)	MOSOP, Ogoni vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1990	↘	1
Nigeria - Kamerun (Bakassi)	Nigeria vs. Kamerun	Territorium	1961	•	2
Ruanda (verschiedene Hutu-Rebellengruppen)	Interahamwe, ex-FAR, FDLR vs. Regierung	Nationale Macht	1990	•	2
Ruanda - Frankreich	Ruanda vs. Frankreich	Internationale Macht	2004	↘	1
Ruanda - Uganda	Ruanda vs. Uganda	Internationale Macht, Ressourcen	2000	•	2
Senegal (MFDC-Sadio/Casamance)	MFDC-Sadio, MDFC-Badiate vs. Regierung	Sezession	1982	↘	3

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Sierra Leone (AFRC, RUF, SMG)	AFRC, RUF, SMG vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1991	•	2
Simbabwe (Opposition)	MDC (Tsvangirai), MDC (Mutambara), NCA vs. Regierung	Nationale Macht	2000	•	3
Somalia (Maakhir - Puntland)	Maakhir vs. Puntland	Andere	2007	NEW	2
Somalia (Puntland - Somaliland)	Puntland vs. Somaliland	Territorium, Regionale Vorherrschaft	1998	↗	3
Somalia (Puntland)	Puntland vs. Föderale Übergangsregierung	Autonomie	1998	•	1
Somalia (Somaliland)	Somaliland vs. föderale Übergangsregierung	Sezession	1991	•	2
Somalia (UIC)	UIC vs. föderale Übergangsregierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2006	•	5
Somalia (verschiedene Rebellengruppen)	warlords vs. Regierung	Nationale Macht	1980	↘	2
Südafrika (KwaZulu-Natal)	IFP vs. ANC	Regionale Vorherrschaft	1990	↘	2
Südafrika - Namibia	Südafrika vs. Namibia	Territorium, Ressourcen	1991	•	1
Sudan (Darfur)	SLM/A-MM, SLM/A-AW, SLM/A-AS, G19, SLM, SLM/A-Unity, JEM, NMRD, DLM, JEM/PW, RDFF, RUM, SFDA vs. Regierung, Janjaweed	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2003	•	5
Sudan (Eastern Front)	EasternFront vs. Regierung	Nationale Macht	2005	↘	2
Sudan (SPLM/Süd-Sudan)	SPLM/A vs. Regierung	Sezession	1955	↘	3
Sudan - Uganda	Sudan vs. Uganda	Internationale Macht	1994	•	1
Swasiland - Südafrika	Swasiland vs. Südafrika	Territorium	1902	•	1
Swaziland (Opposition)	SWAYOCO, PUDEMO, SFTU vs. Regierung	System/Ideologie	1998	•	3
Tansania (CUF/Sansibar)	CUF vs. Regierung	Sezession	1993	↘	2
Togo (Opposition)	UFC vs. Regierung	Nationale Macht	2002	↘	1
Tschad (ethnische Gruppen)	arabisch-stämmige Gruppen vs. afrikanisch-stämmige Gruppen	Regionale Vorherrschaft	2003	•	4
Tschad (MDJT)	MDJT vs. Regierung	Nationale Macht	1998	↗	2
Tschad (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht	1990	•	2
Tschad (verschiedene Rebellengruppen)	FUC, UFDD, UFDD-F vs. Regierung	Nationale Macht	2005	•	4
Tschad - Sudan	Tschad vs. Sudan	Internationale Macht	2003	•	3
Uganda (ADF, NALU)	NALU, ADF vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1987	↘	2
Uganda (LRA)	LRA vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1987	•	3
Uganda - DR Kongo (Albertsee)	Uganda vs. DR Kongo	Territorium, Ressourcen	2007	NEW	3
Zentralafrikanische Republik (Patassé)	Patassé vs. Regierung	Nationale Macht	2003	END	1
Zentralafrikanische Republik (UFDR, APRD)	UDFR, APRD vs. Regierung	Nationale Macht	2005	•	4

^{1 2 3 4} siehe Übersichtstabelle von Europa

Äthiopien (OLF/Oromiya)

Intensität: **3** Änderung: • Beginn: 1974
 Konfliktparteien: OLF vs. Regierung
 Konfliktgegenstände: Sezession

Der Sezessionskonflikt zwischen der Omoro-Befreiungsfront (OLF) und der äthiopischen Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Am 31. Januar beschuldigt die OLF die äthiopischen Behörden, mindestens elf Omoro-Häftlinge bei extralegalen Hinrichtungen getötet zu haben. In den folgenden Monaten greift die OLF mehrmals Militärkonvois und Armeestützpunkte an. So tötet die OLF beispielsweise am 17. Februar 20

und am 29. März sowie 8. April jeweils elf Soldaten. Die OLF behauptet, zwischen dem 10. und 15. Mai bei Angriffen mit der Nationalen Befreiungsfront für den Ogaden (ONLF) [→ Äthiopien ONLF/Ogaden] in der Nähe der Stadt Wardher 82 äthiopische Soldaten getötet zu haben. Außerdem will die OLF nach eigenen Angaben am 1. Juli 60 äthiopische Soldaten bei Angriffen in der östlichen Region Babile getötet zu haben. Die Polizei und Anti-Terrorereinheiten behaupten, Terrorangriffe der OLF am 14. August in Addis Abeba verhindert zu haben. (bw)

Äthiopien (ONLF/Ogaden)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1984
Konfliktparteien:	ONLF vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Die Auseinandersetzung zwischen der Nationalen Befreiungsfront für den Ogaden (ONLF) und der äthiopischen Regierung eskaliert zu einem hochgewaltsamen Konflikt. Die ONLF kämpft für die Unabhängigkeit der Ogaden-Region an der Grenze zu Somalia. Die Region wird mehrheitlich von Muslimen bewohnt. Sie lehnt Äthiopiens Verwicklung in den Krieg in Somalia ab [→ Somalia (UIC)] und versucht, äthiopische Truppen daran zu hindern, über die Ogaden-Region nach Somalia einzudringen. Sie streitet jedoch jegliche Verbindung zu somalischen und eritreischen Islamisten ab [→ Äthiopien – Eritrea]. Die ONLF greift zwischen Dezember und April mehrfach äthiopische Außenposten und Konvois auf dem Weg nach Somalia an. Der ONLF zufolge werden bei diesen Angriffen mehrere hundert Soldaten verletzt oder getötet. Am 24. April greift sie ein Ölbohrfeld, das sich in chinesischem Besitz befindet, an. Dabei werden 65 Äthiopier und neun Chinesen getötet, sieben weitere Chinesen und zwei Äthiopier werden vorübergehend als Geiseln genommen. Ende Mai geben die Rebellen an, die Stadt Kefalo ohne Widerstand eingenommen zu haben. Gleichzeitig behaupten sie, im Mai mehrere dutzend Regierungssoldaten getötet zu haben. Letzteres wird jedoch von der Regierung bestritten. Am 28. Mai wird im Jijiga-Stadion eine Handgranate gezündet, als dort 100 000 Menschen den 16. Jahrestag des Sturzes des Derg-Regimes feiern. Bei der Explosion und der darauf folgenden Massenpanik werden 17 Menschen getötet und dutzende verletzt. Während die Regierung die ONLF für den Angriff verantwortlich macht und sie als terroristische Vereinigung bezeichnet, leugnet die ONLF jegliche Verantwortung. Sie behauptet jedoch, im Mai und Juni erneut etliche Soldaten getötet haben. Mitte Mai startet die Regierung eine Großoffensive gegen die ONLF und setzt dabei Berichten zufolge Helikopter und Militärflugzeuge ein. Lokale Milizen unterstützen bei diesen Angriffen die Regierung. Auch in Somalia werden ONLF-Anhänger verfolgt. Laut Human Rights Watch zerstört die Armee Dörfer und macht sich schwerer sexueller Übergriffe auf die Zivilbevölkerung schuldig. Tausende Menschen werden zur Flucht gezwungen, oftmals auch nach Somalia. Nachdem das Internationale Rote Kreuz vor einer humanitären Katastrophe gewarnt hat, fordert die Regierung die Organisation auf, innerhalb von sieben Tagen das Land zu verlassen. Im September entsenden die UN eine Delegation nach Äthiopien, um die dortige Menschenrechtslage zu überprüfen. Dies wird durch einen von der ONLF erklärten unilateralen Waffenstillstands ermöglicht. Nachdem im August die Führung der ONLF in Washington amerikanische Deligierte getroffen hat, diskutiert der US-Senat im Oktober einen Gesetzesentwurf zur Kürzung finanzieller Hilfe für das Land als Konsequenz der Menschenrechtsverletzungen. Im August nimmt Äthiopien vier US-Soldaten unter dem Vorwurf der versuchten Kontaktaufnahme mit den Rebellen in Gewahrsam. Im August gibt die Regierung bekannt, daß die Offensive erfolgreich

verlaufen sei und bis dato 500 Rebellen getötet worden seien. Im Oktober greift die ONLF erneut mehrmals Regierungstruppen an und behauptet, in einer Großoffensive in der Region Wardher zwischen dem 20. und 23. Oktober 250 Soldaten getötet zu haben. An dieser Offensive seien fast 1000 Kämpfer beteiligt gewesen. Die Regierung bestreitet diese Behauptung. Zu diesem Zeitpunkt sind etwa 600 000 Menschen von Lebensmittelhilfe abhängig, da die äthiopische Regierung jene Regionen von der Außenwelt abschneidet, die sie als Rebellenhochburgen ansieht. Mitte November einigen sich die Regierung und die UN auf Maßnahmen zur Sicherung humanitärer Hilfe. Zur selben Zeit berichtet die ONLF über Luftangriffe der Regierung auf Dörfer. Gleichzeitig behauptet sie, zum wiederholten Male Armeeposten angegriffen zu haben, wobei allein im November 100 Soldaten getötet worden seien. (bw, hlm)

Äthiopien - Eritrea

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Äthiopien vs. Eritrea	
Konfliktgegenstände:	Territorium	

Im Jahr 2007 kommen erneut Spannungen im Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea auf bringen beide Staaten an den Rand eines neuen Krieges. Im November 2006 beendet die äthiopisch-eritreische Grenzziehungskommission (EEBC) den Demarkationsprozess. Die EEBC bestätigt die eritreische Sichtweise und bleibt bei ihrer Grenzziehung von 2002. Die physische Demarkation [on the ground] überlässt sie den beiden Ländern vor Ort; Äthiopien weist den Plan als rechtlich ungültig zurück. Im Laufe des Jahres verstärken beide Länder ihr Truppenaufgebot an der Grenze. Bis August zieht Äthiopien schätzungsweise 100 000 Soldaten in der Nähe der Temporären Sicherheitszone (TSZ) zusammen. Eritrea hat im November etwa 40 000 Soldaten in der TSZ und weitere 120 000 in unmittelbare Nähe stationiert. Während Eritrea die internationale Staatengemeinschaft für den Fall der Nichtdurchsetzung des EEBC-Beschlusses vor einem erneuten Ausbrechen des Krieges warnt, verkündet Äthiopien am 25. September, dass es erwäge, das Abkommen von Algier, welches den Krieg im Jahr 2000 beendete, auszusetzen. Die Beziehungen der beiden Staaten verschlechtern sich weiter, als Äthiopien Eritrea beschuldigt, für Terrorangriffe in Äthiopien verantwortlich zu sein und äthiopische Rebellengruppen zu unterstützen [→ Äthiopien (ONLF/Ogaden)]. Friedenstruppen der UN-Mission in Äthiopien und Eritrea (UNMEE), welche die TSZ überwachen, berichten von mehreren Zwischenfällen, bei denen es beinahe zu Kämpfen zwischen Truppen der beiden Staaten kommt. Am 11. Oktober fordert UN-Generalsekretär Ban Ki-moon die beiden Konfliktparteien zu "äußerster Zurückhaltung" auf. Am 9. November verlangen die USA von beiden Ländern "maximale Zurückhaltung", um einen neuerlichen Krieg zu verhindern. Als Reaktion auf den anhaltenden Stillstand und in Einklang mit den Bestimmungen von November 2006 löst sich die EEBC am 30. November auf und vollendet ihr Mandat, indem sie die Grenzlinie auf der Karte kennzeichnet. (mh, sk)

Burundi (Hutu - Tutsi)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1962
Konfliktparteien:	diverse Hutu-Parteien vs. diverse Tutsi-Parteien	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Zum zweiten Jahre in Folge wird der Konflikt um nationale Vorherrschaft zwischen Hutu und Tutsi ohne Gewalteinsetz ausgetragen. Die UN-Mission in Burundi (ONUB) wird durch das Integrierte Büro der Vereinten Nationen in Burundi (BINUB) ersetzt. Das burundische Kabinett besteht aus 60% Hutu- und 40% Tutsi-Mitgliedern. Dies entspricht der Verfassung von 2005, welche ethnische Quoten für alle öffentlichen Institutionen festsetzt, um Spannungen zwischen den Volksgruppen zu überwinden. Das Friedensabkommen von Arusha aus dem Jahre 2005 ist jedoch noch immer nicht vollständig umgesetzt. Es sieht eine Wahrheits- und Aussöhnungskommission (TRC), einen juristischen Untersuchungsausschuß und einen internationalen Gerichtshof vor, der sich mit den Verbrechen während des Bürgerkrieges auseinandersetzt. Die burundische Regierung, an deren Spitze der ehemalige Hutu-Rebellenführer Pierre Nkurunziza steht, bevorzugt indes eine Politik der Aussöhnung anstelle von Strafverfolgung. Diese Haltung verstößt jedoch gegen den internationalen Grundsatz, der eine juristische Verfolgung von Kriegsverbrechern und derjenigen, die sich des Genozid und Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht haben, vorsieht. Beim Besuch von Louise Arbour, der UN-Beauftragten für Menschenrechte, stimmt die Regierung Burundis zu, keine Amnestie für solche Verbrechen zu erlassen. Am 2. November gründet die Regierung offiziell ein Komitee, das mit der Durchführung von nationalen Beratungsgesprächen betraut wird, die den Weg zur Gründung der TRC und einem gesonderten internationalen Tribunal für Burundi ebnen sollen. In seiner Rede lehnt Nkurunziza das Konzept der kollektiven Schuld einer Volksgruppe ab. Er betont, dass nur Einzelpersonen Verbrechen begangen haben, und folglich sollen nur Einzelpersonen für diese Verbrechen belangt werden können. Die Spannungen zwischen den Ethnien halten jedoch an. Unbekannte uniformierte und bewaffnete Männer greifen am 11. November in der Provinz Kirundo den ehemaligen Landrat Patrick Nkurunziza, einen Tutsi, an und töten ihn. Da weder Polizei noch Armee eingreifen, kommt Mißtrauen zwischen den Stammesgruppen auf. Dies führt zur Flucht von etwa 50 Angehörigen der Tutsi ins benachbarte Ruanda, da sie um ihre Sicherheit fürchten. Obwohl 2006 mehr als 300 000 Flüchtlinge nach Burundi zurückkehren, verbleiben mindestens 370 000 burundische Flüchtlinge noch immer in den Nachbarländern Tansania und der Demokratischen Republik Kongo.

(hlm)

Burundi (Palipehutu-FNL Rwsa)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Palipehutu-FNL-Fraktion von Rwsa vs. Regierung, Palipehutu-FNL-Fraktion von Nestor "Barnes" Banzubaze	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt um die nationale Macht zwischen der Rebellenorganisation Palipehutu - Nationale Befreiungskräfte (Palipehutu-FNL) von Agathon Rwsa und der von Präsident Pierre Nkuruziza geführten Regierung dauert an. Am 09. Juli 2006 unterzeichnet Rwsa ein Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung, das jedoch von beiden Seiten zeitweilig verletzt wird. Den Konfliktparteien gelingt es nicht, miteinander eine Vereinbarung zur Durchsetzung des Waffenstillstandes zu schließen. Tansania und Südafrika vermitteln in den Gesprächen über ein solches Abkommen. Von Mitte Dezember bis Mitte Juni werden in Daressalam, der Hauptstadt Tansanias, und in Bujumbura, der Hauptstadt Burundis, Friedensgespräche abgehalten, die jedoch mehrmals ohne Ergebnis abgebrochen und wieder aufgenommen werden. Die Palipehutu-FNL stellt wiederholt ihre Mitarbeit im gemeinsamen Überwachungs- und Verifikationskomitee ein, die nach dem Waffenstillstandsabkommen von 2006 eingerichtet worden ist. Hauptstreitpunkte sind der Rückzug der Armee aus den durch die Rebellen besetzten Gebieten und die Freilassung von gefangenen Palipehutu-FNL-Kämpfern. Des weiteren dreht sich die Auseinandersetzung um die politische Integration der Rebellen in Regierung, Parlament und Armee, da die Regierung nur eine militärische Integration vorsieht. Am 17. Juni wird ein Abkommen über die Freilassung der Gefangenen erreicht. Diese Übereinkunft führt jedoch nicht zu einem Abkommen über die Durchsetzung des Waffenstillstandes, da die restlichen Fragen weiterhin strittig sind. Daher verlässt die Delegation der Rebellen das gemeinsame Verifikationskomitee und reist am 21. Juli aus Bujumbura ab. Als Bedingung für ihre Rückkehr verlangen die Rebellen den Austausch der Hauptvermittler, denen sie der Befangenheit und der Bevorzugung der Regierung beschuldigen. In der zweiten Jahreshälfte taucht eine neue Splittergruppe der Palipehutu-FNL unter der Führung von Nestor "Barnes" Banzubaze auf, die einen Beitritt zum Friedensabkommen befürwortet. Die Fraktion Rwasas behauptet wiederholt, dass diese Gruppe keine Dissidentengruppe sei, und beschuldigt die Regierung, die Splittergruppe innerhalb der Palipehutu-FNL geschaffen zu haben. Die beiden Fraktionen geraten mehrmals aneinander. Am 3. September greifen die Kämpfer Rwasas ein Camp in Butere an, in welchem die Dissidenten in der Zwischenzeit von der Regierung stationiert worden sind, um auf ihre Integration in den Friedensprozess zu warten. Bei den Angriffen kommen mindestens 21 Menschen ums Leben, woraufhin die Armee mit hartem Vorgehen gehen die Rebellengruppen droht. Hunderte von Zivilisten fliehen aus dem Gebiet. Wenige Tage später werden drei hochrangige Palipehutu-FNL-Offiziere im Zentrum von Bujumbura erschossen. In der Nacht zum 1. Oktobers beschießt Rwasas Fraktion ein weiteres Dissidentencamp mit Mörserraketen, die zwei Menschen töten und viele

weitere verwunden. Ende Oktober greift Rwasas zweimal ein Dissidentencamp in Kabezi an. Fünfzehn Dissidenten und zwei Regierungssoldaten, die das Gelände schützen sollen, werden getötet. Auch zwei Angreifer sterben bei den Kämpfen, und hunderte Dorfbewohner fliehen. Am 8. November stoßen ein paar von Rwasas Kämpfern mit burundischen Soldaten zusammen, als ein Regierungssoldat versucht, sie gewaltsam zu entwaffnen. Zwei Rebellen werden verletzt. Armee und Polizei prallen am 29. November erneut mit Palipehutu-FNL-Kämpfern zusammen. Niemand wird verletzt. Im Verlauf des Jahres verhaften Polizei und Geheimdienst wiederholt vermeintliche Anhänger Rwasas. Einige Beobachter vermuten, dass diese Festnahmen zur Unterdrückung der Opposition dienen. (hlm)

DR Kongo (ex-RCD-G, Interahamwe, FDLR)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	ex-RCD-G, FDLR, Interahamwe vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht zwischen der Dissidentengruppe der Kongolesischen Sammlungsbewegung für Demokratie - Goma (ex-RCD-G) von Laurent Nkunda und der Regierung dauert auf der Intensitätsstufe einer ernsten Krise an. Von den Auseinandersetzungen sind hauptsächlich die östlichen Provinzen der Demokratischen Republik Kongo (DRK), besonders die Region Kivu, betroffen. Nkunda ändert den Namen seiner von Ruanda unterstützten paramilitärischen Gruppe in Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes (CNDP) um. Die Regierung erhält starke Unterstützung von der UN-Mission in der DRK, MONUC. Sie kämpft sowohl gegen Nkundas Truppen als auch gegen die Rebellen der Demokratischen Kräfte für die Befreiung Ruandas (FDLR) und gegen die Interahamwe Miliz. Interahamwe und FDLR sind Hutu-Milizen, die nach dem Genozid 1994 aus Ruanda geflohen waren. Sie weigern sich, die DRK zu verlassen. Nkunda lehnt es ab, sich gemäß den gegenwärtigen Abmachungen in die neue Armee einzugliedern [→ DR Kongo (MLC, RCD-G, UDPS)]. Er verlangt eine vollständige Integration in die neue Armee, Freiheit vor Strafverfolgung und die Respektierung der Belange der Banyamulenge, einer ethnisch mit den Tutsi verwandten Gruppe. Kleinere Gruppen von Nkundas Kämpfern schließen sich jedoch im Laufe des Jahres dem Integrationsprogramm an. Sowohl die Armee als auch die Rebellen töten und vergewaltigen weiterhin Zivilisten. Ende November 2006 greifen Regierung und MONUC die kurz zuvor von Nkunda eingenommene Stadt Sake an. Dabei werden zehntausende Menschen vertrieben. Die Kämpfe dauern auch nach dem Besuch des neugewählten Präsidenten Joseph Kabila in der Stadt an. Er schlägt Nkunda vor, seine Gruppen in Integrationszentren zu bringen und sich aktiv in der Politik zu beteiligen. Zum Jahreswechsel kommt es zu weiteren Zusammenstößen, die in der Stadt Jomba 18 Menschenleben fordern. Im Januar nehmen die Konfliktparteien an von Ruanda vermittelten Gesprächen teil. Die UN und die Regierung, die selbst eine Amnestie Nkundas in Betracht zieht, begrüßen diesen Schritt. En-

de Januar brechen Kämpfe zwischen zwei Fraktionen der CNDP aus, die sich hinsichtlich der Frage der Teilnahme am Integrationsprozess uneinig sind. Im Januar beginnt die Armee mit einer neuen Militäraktion gegen die FDLR, um sie aus den Städten der Region zu vertreiben und zur Teilnahme am Integrationsprozess zu zwingen. Im März liefern sich FDLR und Regierung in Burunda, einer Stadt in Süd-Kivu, heftige Kämpfe, die ca. 10 000 Menschen zur Flucht veranlassen. Die Angriffe der Rebellen gehen Anfang April weiter. Bis zum Ende des Monats werden etwa 100 000 Menschen vertrieben. Insgesamt werden in der Region etwa 370 000 Menschen vertrieben. Im Mai unternimmt die FDLR weitere Angriffe. 57 von Nkundas Kämpfern, die bereits in die Armee integriert worden waren, desertieren. Ende August stoßen CNDP und Armee erneut zusammen. Die MONUC vermittelt einen Waffenstillstand. Am 25. September und Anfang Oktober brechen jedoch erneut Kämpfe aus. Die Regierung erlässt einen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen gegen Nkunda. Dennoch verlängert sie die Frist für Nkundas Truppen, sich in den Integrationszentren zu melden, bis Ende Oktober. Am 9. November verhandeln die DRK und Ruanda miteinander. Die DRK sichert zu, alle ruandischen Rebellen im Lande zu entwaffnen. Ruanda erklärt sich im Gegenzug bereit, keine Rebellen in der DRK mehr zu unterstützen [→ DR Kongo - Ruanda]. Ende November geraten Armee und CNDP wieder aneinander, was eine weitere Flüchtlingswelle verursacht. (pb)

DR Kongo (Ituri-Milizen)

Intensität: 3	Änderung: ▽	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	Hema-Milizen, Lendu-Milizen vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen, Andere	

Der Konflikt um die Entwaffnung mehrerer Milizen durch die Regierung in der Provinz Ituri in der Demokratischen Republik Kongo (DRK) deeskaliert. Die Regierung wird von der UN-Mission MONUC unterstützt. Die Milizen setzen sich aus Mitgliedern der Stämme Hema und Lendu zusammen. Ursprung der Auseinandersetzung ist der Disput um regionale Vorherrschaft und Ressourcen zwischen den beiden Konfliktparteien [→ DR Kongo (Hema - Lendu)]. In Ituri sind seit 1999 in diversen Konflikten insgesamt etwa 60 000 Menschen ums Leben gekommen, 400 000 sind seitdem vertrieben worden. MONUC und die neue kongolesische Armee, die Streitkräfte der DRK (FADRC), führen ein freiwilliges Entwaffnungsprogramm durch. Beide entwaffnen gewaltsam diejenigen Milizen, die sich weigern, ihre Waffen auszuhändigen. Wiederholt ereignen sich Zusammenstöße zwischen der Armee und den Milizen. Am 21. Dezember 2006 treten 110 Kämpfer der FRPI (Patriotische Widerstandskräfte für den Frieden in Ituri) dem Abrüstungs-, Entwaffnungs- und Integrationsplan (DDR) der MONUC bei. Nach einer Feuerpause während des Jahreswechsels veranlassen erneute Kämpfe zwischen Armee und Milizen etwa 400 Menschen zur Flucht aus der Stadt Fataki, nordöstlich der Provinzhauptstadt Bunia. Die Kämpfe brechen trotz der Verhandlungen zwischen Regierung und Peter Karim, Führer der Kräfte der Nationalisten und Funda-

mentalisten (FNI), aus. Karim ist zu einem Oberst der FARDC ernannt worden. Der ehemalige Leiter der FNI, Thomas Lubunga, muss sich vor dem Internationalen Strafgerichtshof (ICC) verantworten, wo er im Januar angeklagt wurde. Am 18. Oktober wird auch Germain Katanga, ein höherer Offizier der FRPI, vor den ICC geführt. Er ist somit der zweite Offizier der Milizen, der sich in Den Haag verantworten muss. Im Mai treten etwa 200 Kämpfer der FNI dem DDR bei. Die Regierung gibt bekannt, dass insgesamt 22 000 Kämpfer in Ituri entwaffnet worden sind. Weitere Milizen außer der FNI, beispielsweise die FRPI oder die Bewegung für Revolution im Kongo (MRC), zeigen geringe Bereitschaft, dem DDR beizutreten. Der Führer der FRPI, Cobra Matata, weigert sich, das Entwaffnungsprogramm fortzuführen. Er wirft der Regierung vor, sich nicht an ihre im Entwaffnungsabkommen von 2006 festgelegten Zugeständnisse zu halten. Dazu zählt die Gewährung einer Amnestie an die Rebellen, die am DDR teilnehmen, sowie deren Integration in die Armee. Die Regierung verkündet einen großen Durchbruch im Friedensprozess, als im August etwa 3500 Kämpfer der drei Milizen nach Verhandlungen ihre Waffen übergeben. Im Oktober brechen zwischen der FADRC und der FNI Kämpfe aus, die etwa 10 000 Menschen zur Flucht veranlassen. Am 6. November reisen Karim und der Führer der MRC, Matthieu Ngudjolo, mit 14 weiteren Milizenführern nach Kinshasa, um sich der FARDC anzuschließen. (pb)

DR Kongo (Mayi-Mayi)

Intensität: 3	Änderung: ↘	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Mayi-Mayi vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Regierung und der Mayi-Mayi-Miliz deeskaliert. Die Auseinandersetzungen finden in den Provinzen Katanga, Maniema und Kivu statt. Während des Bürgerkrieges waren die Mayi-Mayi mit der Regierung Joseph Kabilas verbündet. Der Name Mayi-Mayi ist ein Sammelbegriff für Selbstverteidigungsgruppen, die im letzten Bürgerkrieg die ruandischen Invasoren und deren kongolesische Verbündete bekämpften. Im Jahre 2004 bricht der Konflikt zwischen den Mayi-Mayi und der Regierung um die Frage ihrer Entwaffnung aus [→DR Kongo (MLC, RCD, UDPS)]. Der Konflikt schwelte jedoch bereits zuvor, da sich die Mayi-Mayi von Kabila bei der Vergabe von Ämtern in der Übergangsregierung hintergangen fühlten. Im Laufe des Jahres versuchen die Mayi-Mayi, den Aufstand Laurent Nkundas in den östlichen Provinzen niederzuschlagen [→ DR Kongo (ex-RCD-G, Interahamwe, FDLR)]. Bis Ende 2006 nehmen etwa 2500 Mayi-Mayi am Reintegrationsprozess teil. Im Januar beginnt die Armee mit der Vertreibung der Mayi-Mayi aus der Umgebung von Städten. Im Mai fliehen mehrere hundert Menschen vor den Kämpfen zwischen den Mayi-Mayi, der Armee und weiteren Milizen nach Burundi. Am 9. September stoßen Mayi-Mayi mit anderen Milizen in den Städten Kitshanga und Bwila in Nord-Kivu zusammen. Es bildet sich ein politischer Flügel der Mayi-Mayi, die Koalition der Patrioten des Kongolesischen Widerstandes (PARECO). (pb)

DR Kongo (MLC, RCD, UDPS)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	MLC, RCD, UDPS vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht, Ressourcen	

Der Konflikt um nationale Macht und Ressourcen wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Hauptkonfliktpunkte sind die Kontrolle von Ressourcen und die Wahlen. Nachdem im Jahre 2006 Wahlen stattgefunden haben, ist der neue und alte Präsident Joseph Kabila am 12. Juni 2006 in sein Amt eingeführt worden. Sein Hauptgegner und Zweitplatziertes der Präsidentschaftswahlen, Jean-Pierre Bemba von der Bewegung für die Befreiung des Kongo (MLC), ficht das Wahlergebnis an. Der Bürgerkrieg in der DR Kongo hat zwar im Jahre 2003 geendet, doch die Sicherheitslage bleibt wegen andauernder Scharmützel nach wie vor instabil. Die internationale Staatengemeinschaft unterstützt den Friedensprozess stark mit ihrer 18 700 Mann starken UN-Mission MONUC, die hauptsächlich im Osten des Landes stationiert ist. Die Nachbarstaaten in der Region der Großen Seen unternehmen weiterhin politische Anstrengungen. Am 1. Februar werden in der Provinz Bas-Kongo mehrere Menschen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Sicherheitskräften und Unterstützern Bembas getötet. Am 22. März versuchen Kabilas Streitkräfte in der Hauptstadt Kinshasa, die etwa 400 - 500 Mann starke Leibgarde von Bemba zu entwaffnen. Die darauffolgenden dreitägigen Zusammenstößen fordern Dutzende, angeblich bis zu 600, Todesopfer, darunter viele Zivilisten. Etwa 1000 Menschen fliehen über den Kongo-Fluss nach Kongo-Brazzaville. Die Regierung erlässt einen Haftbefehl wegen Kriegsverbrechen gegen Bemba, der in die südafrikanische Botschaft flieht. Im April reist er aus medizinischen Gründen nach Portugal, leugnet jedoch, mit dieser Reise ins Exil zu gehen. Von allen Konfliktparteien werden Kriegsverbrechen begangen. Mehrere Personen, die dieser Verbrechen beschuldigt werden, erhalten Ämter in Kabilas Regierung. Die gesamte Opposition wird von Kabila bei der Vergabe von Ämtern übergangen. Die Regierung behindert die freie Presseberichterstattung, auch diejenige von Bemba betriebener Rundfunkstationen. Der internationale Strafgerichtshof (ICC) ermittelt gegen Bemba wegen seiner Rolle im Bürgerkrieg der Zentralafrikanischen Republik im Jahre 2002. Ende März wird der Integrationsprozess der Anhänger Bembas in der Provinz Equateur fortgesetzt. Anfang Mai unterzeichnen die DR Kongo und Kongo-Brazzaville ein Abkommen über die Rückkehr der Flüchtlinge vom März desselben Jahres, darunter Angehörige von Bembas Milizen. Im Mai und im Juni wird im Senat über Maßnahmen zur Aufhebung der Immunität Bembas diskutiert, um diesen für seine Rolle bei den Unruhen im März zu belangen. MONUC ermittelt eigenständig in den Vorfällen. Azarias Ruberwa, der Führer der oppositionellen Kongolesischen Sammlungsbewegung für Demokratie (RCD), bittet den ICC in dieser Angelegenheit um Neutralität, um die Zukunft Bembas und damit die Versöhnung in der DR Kongo nicht zu gefährden. Es wird Bemba gestattet, in Portugal zu bleiben. Im September lässt Kabila verlauten, der Fall Bemba sei eine Sache der Judikative und des Parlaments, nicht seine

persönliche Angelegenheit. Er schließt gleichzeitig aus, seinem Gegner einen besonderen Status zu gewähren. Für den 5. November wird eine Senatswahl angesetzt. Léon Kengo wa Dondo, ein Verbündeter Bembas, gewinnt das Amt des Senatsleiters. Dies ist eine politische Niederlage für Kabila. (pb)

Elfenbeinküste (Rebellen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	FN, Gruppe der Sieben vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt um die nationale Macht zwischen den Rebellen der Neuen Kräfte (FN) und der Regierung von Präsident Laurent Gbagbo dauert an. Am 19. Dezember 2006 verkündet Gbagbo seine Bereitschaft, direkt mit den FN zu verhandeln. Im Januar beginnen Verhandlungen zwischen Gbagbo und dem Führer der FN, Guillaume Soro, unter der Schirmherrschaft des Präsidenten Burkina Fasos, Blaise Compaoré, einem früheren Unterstützer der Rebellen. Am 4. März unterzeichnen die Konfliktparteien das Abkommen von Ouagadougou. Beide Seiten einigen sich darauf, Anfang 2008 Neuwahlen abzuhalten. Außerdem verständigen sie sich über Streitpunkte bezüglich ivoirischer Ausweise und der Wählerregistrierung, welche Voraussetzungen für die Gewährung des Stimmrechts sind. Des weiteren einigen sich die Parteien auf eine Entwaffnung der Rebellen und deren Integration in die ivoirische Armee, sowie auf eine Wiedervereinigung des geteilten Staatsgebietes. Am 27. März einigen sich beide Konfliktparteien auf Soro als Premierminister, der sein Amt am 4. April antritt. Zwischen dem 16. April und dem 16. September ziehen sich französische Truppen und Truppen der UN aus der Pufferzone zwischen dem von den Rebellen beherrschten nördlichen Landesteil und dem von der Regierung kontrollierten Süden des Landes zurück. Sie werden von gemeinsamen Kräften der Armee und der Rebellen ersetzt. Allerdings liegen Friedensprozess und Wahlorganisation im November noch immer hinter dem vorgesehenen Zeitplan zurück. Am 29. Oktober unterzeichnen Gbagbo und Soro mehrere Übereinkommen, die den Vertrag von Ouagadougou ergänzen. Diese sehen vor, bis spätestens zum 22. Dezember die Milizen zu entwaffnen und aufzulösen. Am 29. Juni wird das Flugzeug von Premierminister Soro mit schweren Waffen angegriffen, als es in Bouaké, der Hauptstadt der nördlichen Rebellen, landet. Soro bleibt unverletzt, doch vier seiner Begleiter sterben bei dem Zwischenfall. Der UN Sicherheitsrat erneuert die Mandate der UN Mission in der Elfenbeinküste (UNOCI) und der französischen Opération Licorne zwei weitere Male bis zum 15. Januar 2008, um freie und gerechte Wahlen zu ermöglichen. (sk)

Guinea (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Opposition, Gewerkschaften vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Opposition und der Zentralregierung bleibt gewaltsam. Gewerkschaften, NGOs und führende Oppositionsparteien des Landes orga-

nisieren am 11. Januar einen unbefristeten Generalstreik, der ihrer Forderung nach Reformen in der Regierung Nachdruck verleihen soll. Während der Proteste, an denen bis zu 500 000 Personen teilnehmen, kommt es wiederholt zu Zusammenstößen mit Sicherheitskräften. Am 29. Januar beenden die Gewerkschaften den Streik, da Präsident Lansana Conté zustimmt, auf einige Forderungen der Opposition einzugehen. Jedoch führt Contés Ankündigung am 9. Februar, er werde seinen Stabschef Eugene Camara zum Premierminister ernennen, zu einem neuen Streik und massiven gewaltsamen Protesten, die drei Tage andauern. Die aufgebrachte Menge setzt in mehreren Städten Polizeistationen in Brand, plündert Geschäfte und greift Regierungseinrichtungen an. Am 12. Februar verhängt die Regierung eine Ausgangssperre, die von den Sicherheitskräften streng durchgesetzt wird und zu einem Abflauen der Kämpfe führt. Der Streik jedoch dauert währenddessen an. Bei den Unruhen werden insgesamt mindestens 113 Menschen getötet und mehr als 1500 verletzt. Die Lage entspannt sich, als Präsident Conté Ende Februar die Ernennung Lansana Kouyatés zum Premierminister verkündet. Anfang Mai protestieren Soldaten gewaltsam in der Hauptstadt Conakry, plündern Geschäfte und Lagerhallen. Bei den zweiwöchigen Unruhen werden auch Einrichtungen der UN angegriffen. Mindestens sechs Menschen werden getötet. Das Versprechen Contés, den Sold der Soldaten zu erhöhen und den amtierenden Verteidigungsminister Arafan Camara durch den Armeegeneral a.D. Mamadou Bailo Diallon zu ersetzen, beenden die Unruhen vorläufig. Die Armee droht jedoch mit neuerlichen Protesten, falls ihre Forderungen nicht erfüllt werden. Im August wiederholen sie diese Drohung. Im November werden die für Dezember vorgesehenen Parlamentswahlen aufgrund organisatorischer Probleme verschoben. (ab)

Kenia (ethnische Gruppen)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	SLDF, Soy vs. Regierung, Ndorobo	
Konfliktgegenstände:	Ressourcen	

Der gewaltsame Konflikt über Ressourcen zwischen ethnischen Gruppen in der Grenzregion zu Uganda eskaliert. Im Dezember 2006 führt ein seit geraumer Zeit schwelender Konflikt um Landrechte zu Zusammenstößen zwischen Gemeinden der Soy und der Ndorobo im Bezirk Mount Elgon im Westen Kenias. Die Landverteidigungskräfte der Saboat (SLDF), die aus Klanmitgliedern der Soy besteht, beginnen die Auseinandersetzungen und erklären die Landverteilungspolitik der Regierung für nichtig. Am 18. Januar erschießen Mitglieder der SLDF einen Stadtrat in Mount Elgon. Ständige Angriffe fordern im Januar mindestens 100 Menschenleben. Um die Auseinandersetzungen zu beenden, hebt die Regierung am 20. April die umstrittenen Landverteilungsgesetze im Bezirk Mount Elgon auf. Am 24. April überfallen bewaffnete Männer mehrere Dörfer und töten dabei sieben Menschen. Tausende fliehen ins benachbarte Uganda. Die Regierung entsendet ein massives Truppenaufgebot in die Region, um die anhaltende Gewalt zu beenden. Bei Zusammenstößen

zwischen der SLDF und den Regierungstruppen werden am 23. August acht mutmaßliche Mitglieder der SLDF getötet. Nach einer Versammlung von Stammesältesten in der Stadt Eldoret im Westen Kenias erklären die Stammesältesten der beiden Klans einen Waffenstillstand ab dem 14. September. Dennoch gehen die Kämpfe und Morde im September und Oktober weiter und fordern 250 Menschenleben. Mehr als 60 000 Menschen werden vertrieben. Im Wahlkampf zu den bevorstehenden landesweiten Wahlen nimmt die Gewalt im November weiter zu, als Milizen aus verschiedenen Klans klanlose Politiker und deren Unterstützer attackieren. Nur fünf Politiker treten bei den Parlamentswahlen als Kandidaten an, nachdem die Milizen mehrere der ursprünglich 18 Kandidaten bedrohen. (kaa)

Kenia (Mungiki-Sekte)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Mungiki-Sekte vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen der Regierung und der Mungiki-Sekte, die die Rückkehr zur traditionellen Lebensweise einschließlich weiblicher Beschneidung propagiert, dauert an. Nach Angaben der Sekte stammen ihre Mitglieder hauptsächlich aus der größten ethnischen Gruppe Kenias, den Kikuyu. Bereits im Jahre 2002 ist die Sekte von der Regierung verboten worden. Die Sekte, die sich ursprünglich für die Rechte der Kikuyu eingesetzt hat, ist zur mächtigsten bewaffneten Bande Kenias geworden und kontrolliert die meisten Autobahnen des Landes. Im Dezember 2006 greifen Sektenmitglieder Polizeikräfte an und töten dabei mindestens vier Menschen. Kurze Zeit später nehmen Sicherheitskräfte mindestens 800 mutmaßliche Sektenmitglieder fest, die sie der Planung von Terrorangriffen in der Hauptstadt Nairobi verdächtigen. Im Mai enthaupten Mitglieder der Sekte sechs Menschen, die sie beschuldigen, Informationen über die Sekte an die Polizei weitergegeben zu haben. Die Polizei führt anschließend eine großangelegte Razzia durch und nimmt 900 mutmaßliche Sektenmitglieder in den Provinzen Central und Nairobi fest. Die Regierung intensiviert ihre Razzien im Juni, wobei Präsident Mwai Kibaki einen Schießbefehl erteilt. Am 5. Juni ermorden Sektenmitglieder drei Polizisten und fügen vier Menschen in Gitera in der Nähe der Kuharu Division schwere Schnittwunden zu. Sie erliegen später ihren Verletzungen. Am nächsten Tag tötet die Polizei insgesamt mindestens 37 mutmaßliche Sektenmitglieder. Am 7. Juni setzt die Sekte mehrere Häuser in Brand, wobei 30 Menschen getötet werden. In einem dreitägigen Polizeieinsatz gegen die Mungiki werden 30 mutmaßliche Mitglieder getötet, 250 Menschen werden festgenommen. Im Juni werden 112 Menschen durch Bandengewalt und in Schießereien mit der Polizei getötet. Dieser Monat ist damit einer der blutigsten in der jüngeren Geschichte des Landes. Im August wird der mutmaßliche Anführer der Mungiki, Njoroge Kamunza, verhaftet. Dies führt zu weiteren Kämpfen zwischen Polizei und Sektenanhängern, die bis Ende Oktober mindestens 300 Opfer fordern. Am 26. November veröffentlichen kenianische Rechtsanwälte einen Bericht, der die Polizei

beschuldigt, seit 2002 mehr als 8000 mutmaßliche Sektenmitglieder exekutiert zu haben. (kaa)

Komoren (Anjouan, Moheli)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Regionalregierung Anjouan, Regionalregierung Moheli vs. Zentralregierung auf Grande Comore	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Der Autonomiekonflikt zwischen der regionalen Regierung Anjouans und der Zentralregierung auf Grande Comore überschreitet die Schwelle zur Gewalt. Im Mai entzieht die Regierung der Union auf Moroni dem Präsidenten Anjouans, Mohamed Said Bacar, das Mandat und ernennt einen kommissarischen Präsidenten für die Übergangsperiode bis zu den Wahlen im Juni. Daraufhin stoßen Truppen der Zentralregierung mit lokalen, Bacar-treuen Sicherheitskräften zusammen und liefern sich heftige Artilleriegefechte. Bei den Gefechten sterben zwei Soldaten der Zentralregierung. Bacar ignoriert einen Aufschub der Wahlen vom 10. auf den 17. Juni durch die Zentralregierung und die Afrikanische Union. Er druckt eigene Wahlzettel und verkündet seinen Wahlsieg mit 90% der für ihn abgegebenen Stimmen. Nach mehrmonatigen Verhandlungen zwischen Anjouan und der von der AU unterstützten Zentralregierung setzen die nationale Armee und etwa 200 Soldaten der AU Sanktionen gegen Anjouan durch, die vom 10. Oktober bis zum 24. November andauern, um so freie und gerechte Wahlen zu ermöglichen. (ab)

Mali (Tuareg/Kidal)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	verschiedene Tuareg-Rebellengruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, Ressourcen	

Der Autonomiekonflikt zwischen mehreren Tuareg-Rebellengruppen und der Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Obwohl 2006 ein Friedensvertrag geschlossen wurde, nimmt im Juli eine Fraktion der Tuareg unter der Führung von Ibrahim Ag Bahanga die Kämpfe wieder auf. Die Fraktion verkündet zugleich eine Allianz mit Tuareg-Rebellen im angrenzenden Niger [→ Niger (Tuareg/Agadez)]. Andere Tuareg-Gruppen, wie beispielsweise das Demokratische Bündnis für den Wechsel (DAC), verurteilen die Eskalation. Die Gruppe um Bahanga fordert vor allem eine größere Beteiligung der Tuareg am politischen Prozess sowie verstärkte Anstrengungen zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in ihrer Heimatregion. Am 27. Juli halten die Rebellen mehrere Soldaten in der Region Kidal an der Grenze zum Niger fest. Im August verständigen sich Niger und Mali, gemeinsame Anstrengungen zur Grenzsicherung zu unternehmen. Am 17. September gerät ein Konvoi der Armee in der Nähe der Stadt Tinazaoatene in einen Hinterhalt, ein Soldat und sieben Rebellen kommen ums Leben. Zwei Tage später schließt die Regierung einen Waffenstillstand mit den Tuareg-Rebellen. Friedensverhandlungen unter algerischer Vermittlung beginnen am 5. November. (ng)

Niger (Tuareg/Agadez)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1999
Konfliktparteien:	MNJ vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, Ressourcen	

Der Autonomiekonflikt zwischen Tuareg-Rebellen und der Regierung eskaliert. In der nördlichen Region Agadez stößt die von Aghal ag Alambo geleitete, kürzlich gegründete Tuareg-Rebellengruppierung Bewegung der Nigrer für Gerechtigkeit (MNJ) wiederholt mit den nigrischen Streitkräften zusammen. Neben regionaler Autonomie ist die Gewinnung von Uran in den Gebieten der Tuareg ein Hauptstreitpunkt; die MNJ will den Abbau verhindern. Am 8. Februar greift die MNJ die Stadt Iferouane in Agadez an und tötet dabei mindestens drei Soldaten. Am 22. Juni nimmt die MNJ einen Militärstützpunkt in Tizerzet ein, wobei 15 Soldaten ums Leben kommen und 72 als Geiseln genommen werden. Ein für eine chinesische Bergbaufirma arbeitender chinesischer Staatsbürger wird am 5. Juli von der MNJ gefangen genommen. Am 23. August ruft Präsident Tandja Mamadou für den nördlichen Teil des Landes einen dreimonatigen Notstand aus. Am 6. September greift die MNJ einen Außenposten der Armee an und tötet dabei 50 Soldaten. Daraufhin begeben sich 5 000 Menschen auf die Flucht. Es wird vermutet, dass die MNJ mit Tuareg-Rebellen aus Mali kooperiert [→ Mali (Tuareg/Kidal)]. Mali und Niger einigen sich am 24. August auf gemeinsame Grenzkontrollen. (pg)

Nigeria (MASSOB/Biafra)

Intensität: 2	Änderung: ↓	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	MASSOB vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der separatistischen Bewegung für die Verwirklichung des souveränen Staates von Biafra (MASSOB) und den nigerianischen Regierung deeskaliert. Die MASSOB wird hauptsächlich von der Ethnie Igbo unterstützt. Die Unabhängigkeitserklärung Biafras führte 1967 zu einem der verheerendsten Bürgerkriege Afrikas. Nach der Verhaftung des MASSOB-Anführers Ralph Uwazurike im November 2005 eskaliert die Lage erneut: Die Verhaftung führt zu Protesten und Streiks im Südosten Nigerias sowie Zusammenstößen zwischen MASSOB-Aktivistinnen und Polizei. Ende Oktober wird Uwazurike aus der Haft entlassen, da die Regierung um einen politischen Dialog über regionale Probleme bemüht ist. Der Anführer der MASSOB verkündet jedoch, er sei zu keinem Übereinkommen bereit und ruft zur Gründung des unabhängigen Staates Biafra und zur Balkanisierung Nigerias auf. (de)

Nigeria (Niger Delta - Ijaw)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	Ijaw, NDPVF, MEND vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Der Konflikt im Nigerdelta zwischen verschiedenen Gruppen und der Regierung über die Verteilung der Erlöse aus der Ölförderung wird weiterhin hochgewalt-sam ausgetragen. Am 28. Januar verübt die Bewegung

für die Befreiung des Nigerdeltas (MEND) einen Anschlag auf das Polizeihauptquartier im Bundesstaat Rivers und befreit dabei Soboma George, Anführer einer ihrer verbündeten Rebellengruppen, sowie 125 weitere Gefangene. Ende Juni sterben mehrere Dutzend Menschen bei einem weiteren Angriff auf eine Polizeistation. Am 14. Juni wird Mujahid Dokubu-Asari, eine der politischen Hauptfiguren Volksgruppe der Ijaw, aus der Haft entlassen. Der Anführer der Freiwilligen Volkskräfte des Niger-Deltas (NDPVF) war seit 2005 inhaftiert. Ende Juni werden mindestens 12 Menschen bei einem Angriff auf eine von Dokubu-Asari angeführte Beerdigungsprozession getötet. Kurz Dokubu-Asaris Entlassung wird am 27. Juli mit Diepreye Alamieyeseigha, dem ehemaligen Gouverneur des Bundesstaates Bayelsa, eine weitere prominente Figur des Nigerdeltas aus der Haft entlassen. Beide Freilassungen sind Teil einer Regierungsinitiative für einen erneuten politischen Dialog über die regionalen Probleme Nigerias [→ Nigeria (MASSOB/Biafra)]. Am 29. Mai wird Goodluck Jonathan, Angehöriger der Ijaw, zum Vize-Präsidenten ernannt. Die Entlassung der genannten Gefangenen war eine der wichtigsten politischen Forderungen der MEND. Dennoch verkündet die Gruppierung eine Fortsetzung ihres Kampfes. Mitte August kommen während fünftägigen Kämpfen zwischen diversen Gruppierungen unter der Führung von George und Ateke Tom mindestens 32 Menschen ums Leben. Daraufhin beginnt die nigerianische Armee am 16. August mit einem Großangriff auf das Rebellenversteck Georges im Zentrum von Port Harcourt. Die Behörden verhängen ein nächtliches Ausgangsverbot und entsenden Truppen in die Region. Die Lage entspannt sich, Verhandlungen zwischen der Regierung und den örtlichen Gruppen dämpfen die Gewalt ein. Allerdings werden sieben Menschen während der Ausgangssperre erschossen. Allein bis September werden mehr als 200 ausländische Mitarbeiter von Ölfirmen entführt. Am 3. September wird Jomo Gbomo, der Anführer der MEND, angeblich am Flughafen von Luanda in Angola festgenommen. Nigeria fordert seine Auslieferung. Die MEND bestreitet die Festnahme und droht mit neuer Gewalt im Nigerdelta. (de)

Simbabwe (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	MDC (Tsvangirai), MDC (Mutambara), NCA vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Machtkampf zwischen der Opposition und der Regierung von Präsident Robert Mugabe und seiner Partei Afrikanische Nationalunion von Simbabwe – Patriotische Front (ZANU-PF) ist weiterhin von sporadischen Gewaltakten gekennzeichnet. Zudem führt die sich verschlechternde Wirtschaftslage – die offizielle Inflationsrate liegt bei 8000% - zu einer Radikalisierung des Konflikts. Die Zahl der bis November aus Simbabwe in die Nachbarstaaten geflohenen Menschen wird auf 1,1 bis 3 Mio. geschätzt. Die zersplitterte Oppositionspartei Bewegung für Demokratischen Wandel (MDC) trägt interne Streitigkeiten aus. Am 2. Oktober entlässt Morgan Tsvangirai, Präsident einer der beiden MDC-Fraktionen,

die Vorsitzende der parteiinternen Frauenliga, Lucia Matibenga. Dies führt in den darauf folgenden zwei Monaten zu mehreren gewaltsamen Zusammenstößen innerhalb der Partei. Innerhalb der ZANU-PF manövriert Mugabe erfolgreich parteiinterne Rivalen aus und wird somit zum alleinigen Präsidentschaftskandidaten der Partei für die für den 2. März 2008 angesetzten Wahlen. Am 15. Juni verhaften die Behörden sechs Personen, darunter auch Offiziere der Armee. Die Verhafteten werden beschuldigt, einen Anschlag auf Präsident Mugabe zu planen. Am 16. Februar werden in der Hauptstadt Harare vier Polizisten verletzt, als Anhänger der MDC eine Polizeistation angreifen. Die Polizei löst am 18. Februar eine Kundgebung der MDC-Tsvangirai-Fraktion auf, wobei mehrere Demonstranten verletzt werden. Polizei und Militär lösen am 11. März eine Gebetsversammlung der Opposition auf. Dabei wird Gift Tandare, Jugendvorsitzender der Nationalen Versammlung, erschossen. Früher am selben Tag verhaftet die Polizei die Führer der beiden MDC-Fraktionen, Morgan Tsvangirai und Arthur Mutambara, sowie weitere Parteimitglieder. Die Häftlinge werden während ihrer Haft schwer misshandelt. Bei Protesten gegen das harte Durchgreifen der Sicherheitskräfte werden am nächsten Tag mehr als 200 Demonstranten verhaftet. Am 13. März werden zwei Trauergäste bei Tandares Totenwache von der Polizei angeschossen. Zwischen dem 12. und 27. März üben Unbekannte acht Bombenanschläge auf Polizeistationen, das Haus eines ZANU-PF Parteimitglieds, einen Supermarkt, einen Passagierzug sowie ein Regionalbüro der ZANU-PF aus. Dabei werden drei Polizistinnen und fünf Zivilisten verletzt. Am 28. März wird Tsvangirai mit weiteren Anhängern im Zusammenhang mit den Anschlägen verhaftet. Zwei der Verhafteten müssen nach ihrer Entlassung künstlich am Leben gehalten werden. Am selben Tag beauftragt die Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika den südafrikanischen Präsidenten Thabo Mbeki auf einer Krisensitzung mit der Vermittlung von Gesprächen zwischen Regierung und Opposition. Im April halten die Konfliktparteien Vermittlungsgespräche in Südafrika und Simbabwe ab. Im September einigen sich beide Fraktionen der MDC mit der ZANU-PF auf eine Verfassungsänderung bezüglich Regeln für die bevorstehenden Wahlen. Diese Änderung umfasst die Zusammenlegung aller Wahlen, Regelungen für die Festlegung von Wahlbezirken sowie die Abschaffung des Rechts des Präsidenten, Parlamentsmitglieder zu ernennen. Vor allem jedoch soll die Änderung dem Präsidenten das Recht auf Bestimmung seines Nachfolgers geben, welcher dann vom durch die ZANU-PF dominierten Parlament ins Amt gewählt werden würde. (sk)

Somalia (Puntland - Somaliland)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Puntland vs. Somaliland	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen dem selbsterklärten unabhängigen Staat Somaliland und der autonomen Region Puntland eskaliert. Beide Seiten betrachten die Provinzen Sanaag und Sool als Teil ihres Territoriums. Der Kon-

flikt hat bereits im Jahr 2003 begonnen, als Puntland die Kontrolle über Las Anod, die Hauptstadt der Provinz Sool, übernahm. Im April kommt es in der Provinz Sanaag zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Konfliktparteien. Sanaag erklärt daraufhin seine Unabhängigkeit von Puntland und seine Loyalität gegenüber der Föderalen Übergangsregierung Somalias erklärt sich zum autonomen Staat Maakhir [→ Somalia (Maakhir – Puntland)]. Am 17. September ereignen sich in der Gegend von Las Anod Kämpfe zwischen Somaliland und Puntland. Die Kämpfe eskalieren bis hin zu gegenseitigem Artilleriebeschuss. Sie fordern bis November mehrere Menschenleben und zwischen um die 50.000 Menschen aus der Region zur Flucht. Am 15. Oktober nimmt Somaliland Las Anod ein. Am 7. November dringen mehrere hundert Soldaten aus Somaliland mit gepanzerten Fahrzeugen in die Stadt ein. Sie entfernen die von der Lokalbevölkerung nach der Einnahme aufgestellten Straßenblockaden und erschießen einen Zivilisten. Am 17. November beginnt eine Konferenz der örtlichen Clanältesten über die Situation in der Region. (sk)

Sudan (Darfur)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	SLM/A-MM, SLM/A-AW, SLM/A-AS, G19, SLM, SLM/A-Unity, JEM, NMRD, DLM, JEM/PW, RDFF, RUM, SFDA vs. Regierung, Janjaweed	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Seit vier Jahren wird der Konflikt zwischen verschiedenen Rebellengruppen und der sudanesischen Regierung in der Region Darfur auf der Stufe eines Krieges ausgetragen. Gegenstand des Konflikts ist die regionale Vorherrschaft und Verteilung von Ressourcen in der Region. Seit 2004 hat der Krieg etwa 400 000 Menschenleben gefordert und 2,2 Millionen Menschen zur Flucht gezwungen, etwa 3,5 Millionen Menschen sind von humanitärer Hilfe abhängig. 2007 ist der Konflikt von einer weiteren Verschlechterung der humanitären Lage und der zunehmenden Fragmentierung der Rebellengruppen geprägt. 240 000 Menschen werden neu vertrieben. Die sudanesische Regierung stimmt einer gemeinsamen Friedensmission von UN und AU zu. In Libyen finden Friedensverhandlungen statt, die jedoch von den meisten Rebellengruppen boykottiert werden. Während des gesamten Jahres wird von Zusammenstößen zwischen den Dschandschawid und Truppen der Sudanesischen Verteidigungskräfte (SDF) auf der einen und verschiedenen Rebellengruppen auf der anderen Seite berichtet. Zudem bekämpfen sich Regierungstruppen und die einzige Rebellengruppe in Darfur, die das Darfur-Friedensabkommen (DPA) unterzeichnet hat. So werden beispielsweise im Dezember 2006 50 Menschen bei einem Angriff der Regierungstruppen auf ein Flüchtlingslager in der Nähe von El Geneina getötet. Im April bombardieren Sicherheitskräfte die Dörfer Umm Ra, Jira, Anka und Hashasaba in Nord-Darfur. Am 21. April greifen die SDF ein Treffen der Rebellen in Nord-Darfur mit Kampfflugzeugen an. Im März brechen Kämpfe zwischen der Regierung und einer Fraktion der Su-

danesischen Befreiungsbewegung/-armee (SLM/A), die unter der Führung Minni Marawis steht (SLM/A-MM) und das DPA unterzeichnet hat, aus. Kräfte des Grenzgeheimdienstes töten bei mehreren Angriffen im Mai mehr als 100 Menschen. Heftige Kämpfe in Bulbul und Jebel Marra fordern mehrere hundert Menschenleben und veranlassen Zehntausende zur Flucht. Im August werden Hunderte Menschen getötet, als Rebellengruppen die strategisch wichtige Stadt Adila einnehmen. Im selben Monat greifen Regierungskräfte das Flüchtlingslager Kalma in der Nähe der Stadt Nyala an. Ebenfalls im August greifen Dschandschawid, unterstützt durch Luftangriffe der sudanesischen Armee, Mazrouk und Um Sa'ouna an. Etwa 16 000 Menschen fliehen während des Jahres vor den Kämpfen in Muhajiriya, Bir Degig und Um Dukhum. Im Oktober wird von heftigen Kämpfen zwischen Rebellengruppen und der sudanesischen Armee in Muhajiriya, einer Stadt in Süd-Darfur, berichtet. Im selben Monat greift die Islamische Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichheit (JEM) ein von China betriebenes Ölfeld in der benachbarten Region Kordofan an. Der Vorfall weckt Befürchtungen, dass der Konflikt auf benachbarte Regionen übergreifen könnte. Im Februar hatte die Allianz für Entwicklung Kordofans (KAD) bereits angekündigt, eine gemeinsame Absichtserklärung mit dem Rebellenbündnis der Nationalen Erlösungsfront (NRF) zu unterzeichnen. Der Fragmentierungsprozess, der bereits 2006 begonnen hatte, setzt sich im Jahre verstärkt 2007 fort, da sich die zwei ursprünglichen Rebellengruppen, die SLM/A und die JEM, in zahlreiche Fraktionen aufspalten. In der Folge scheinen mindestens 16 Rebellengruppen in Darfur zu agieren. Bereits 2006 hat sich die SLA in die SLM/A-MM, SLM/A-AW, SLM/A-AS und G19 gespalten. Die SLM/A-AW wird von dem ehemaligen SLA-Vorsitzenden Abdel Wahid Mohamed el Nur geleitet, die SLM/A-AS von Ahmed Abdelshaafi. Die Gruppe G19 ist eine Splittergruppe der SLM/A-MM. Im Januar 2007 gründet der ehemalige Sprecher der SLM/A-MM, Mahjoub Hussein, die Groß-Sudanesischen Befreiungsbewegung (GSLM). SLM/A-AW, SLM/A-AS und G19 bilden zusammen die Fraktion der Nicht-Unterzeichner (SLM/A-NSF), um in der Waffenstillstandskommission vertreten zu sein. Zusätzlich spaltet sich eine weitere Gruppe von der G19 ab, die SLM/A-Unity, angeführt von Abdallah Yahya. Von der unter der Führung Khalil Ibrahims stehenden JEM wird angenommen, dass sie in die folgenden Fraktionen zerfallen ist: die Nationale Bewegung für Wiederaufbau/Reform und Entwicklung (NMRD), die Befreiungsbewegung für Darfur (DLM), den Friedensflügel der JEM (JEM/PW), die Revolutionäre Feldkommandantur (FRC) und die Truppen der Volkskräfte (PFT). Neben den aus der SLM/A und JEM entstandenen Rebellengruppen tauchen weitere Gruppierungen auf, die nicht mit den o.g. Parteien in Verbindung stehen, wie beispielsweise die Föderale Demokratische Allianz Sudans (SFDA). Auch Gruppierungen, die arabische Gemeinschaften in Sudan repräsentieren und zuvor an der Seite von Regierungstruppen gekämpft haben, behaupten, nun die Seite gewechselt zu haben, wie z.B. die Revolutionäre Demokratische Front (RDFF) und die Ver-

einigte Bewegung der Revolution (RUM). Verschiedene Rebellenfraktionen schließen sich zu größeren Einheiten zusammen, um an diversen Verhandlungen teilnehmen zu können. Die JEM, NMRD und die SLM/A-AW, die das DPA nicht unterzeichnet haben, schließen sich der NRF an. Im Juli schließen sich vier Rebellengruppen - zwei der SLM/A-Gruppen, RDFF und NMRD - zur Vereinigten Front für Befreiung und Entwicklung (UFDL) zusammen. Am 15. November unterzeichnen mehrere Fraktionen der SLM/A die Charta der Einigung und kündigen die Zusammenlegung ihrer militärischen und politischen Strukturen an. Die Regierung ruft am 23. April die im DPA vereinbarte Regionale Übergangsbehörde für Darfur (TDRA), die höchste Regierungsinstanz, ins Leben. Auch für das internationale Personal verschlechtert sich die Lage in Darfur, beispielsweise für das der AU-Mission im Sudan (AMIS). Seit 2004 ist die AMIS in Darfur stationiert. Im März werden zwei Soldaten der AU in Gereida und El Fasher getötet. Am 29. September kostet ein Angriff in der Nähe von Haskanita, einer Stadt in Nord-Darfur, zehn weitere Angehörige der Mission das Leben. Die EU beschließt am 23. April, die AMIS-Mission mit einem zivil-militärischen Hilfspaket zu unterstützen, das auch die Entsendung von 21 Armee- und 32 Polizeiangehörigen enthält. Dies geschieht im Rahmen einer zivil-militärischen Unterstützungsaktion gemäß der 2005 beschlossenen Gemeinsamen Aktion. Nachdem die Regierung am 12. April die gemeinsame AU-UN-Mission akzeptiert, genehmigt der UN-Sicherheitsrat am 31. Juli die Übernahme der AMIS-Mission durch die UNAMID ab dem 31. Dezember. Die maximale Stärke der UNAMID soll 19 555 Soldaten und 3772 Polizeitruppen betragen; damit erreicht die Mission ungefähr die dreifache Größe der AMIS. Aufgrund entsprechender Forderungen der sudanesischen Regierung soll die Mission hauptsächlich aus afrikanischen Soldaten bestehen. Daher sollen Nigeria, Senegal und Ruanda das Gros der Truppen beitragen. Am 31. Oktober errichtet UNAMIS ihr Hauptquartier in El Fasher. In Sirte, Libyen, beginnen am 27. Oktober Friedensverhandlungen unter der Vermittlung der UN, der AU und Libyen. Diese führen zur Ankündigung eines Waffenstillstandes seitens der Regierung. Jedoch weigern sich die meisten Rebellenbewegungen, an den Friedensverhandlungen teilzunehmen. Am 19. November entschließen sich AU und UN, zeitgleich Beratungsgespräche mit den Rebellenbewegungen in Sirte, Khartoum, Juba und Darfur abzuhalten. (lh, rs)

Sudan (SPLM/Süd-Sudan)

Intensität: 3	Änderung: ▼	Beginn: 1955
Konfliktparteien:	SPLM/A vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Die Auseinandersetzungen über einen unabhängigen Staat in Südsudan zwischen der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung/-armee (SPLM/A), die nun an der Spitze der neugeschaffenen Regierung Südsudans steht, und der Zentralregierung in Khartoum dauert an. Zentrale Streitfragen sind die Umstrukturierung der Streitkräfte sowie die Grenzdemarkation. Diese Unstimmigkeiten führen zum Rückzug der SPLM/A aus der

Regierung. Im Jahr 2005 haben beide Konfliktparteien das Umfassende Friedensabkommen (CPA) unterzeichnet, das die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die Gründung einer autonomen Regierung Südsudans, die Bildung gemeinsamer Einheiten in den Streitkräften, die Verlegung der Truppen von SPLM/A und Zentralregierung in den Süden bzw. den Norden des Landes sowie die Reintegration der Milizen in die SPLM/A oder die nationale Armee vorsieht. Die SPLM/A bildet nun die offiziellen Streitkräfte Südsudans. Das CPA sieht zusätzlich ein Referendum zur Unabhängigkeit Südsudans für das Jahr 2011 vor. Wie 2006 werden bei sporadischen Angriffen beider Seiten mehrere Menschen getötet. Am 8. September belagern in Zentralsudan etwa 1 000 Mann der Sudanesischen Streitkräfte (SDF) mehrere Tage lang 61 SPLM/A-Kämpfer, die sie beschuldigen, illegal Handfeuerwaffen über die Demarkationslinie in den Norden gebracht zu haben. Die Belagerung wird nach Vermittlungen der UN-Mission in Sudan (UNMIS) aufgehoben. Am 17. Oktober stoßen in den Städten Bahr al-Gazhal und Bahr al-Aral in der Region Bahr al-Gazhal Kontingente der SPLM/A und der Bewaffneten Truppen Sudans (SAF). Zehn Menschen kommen dabei ums Leben. Im Juni integrieren die Südsudanesischen Verteidigungskräfte (SSDF), eine ehemalige pro-Regierungsmiliz, ihre 3 100 Mann in die SPLM/A. Eine im Juli ablaufende und im CPA festgesetzte Frist zur Truppenverlegung wird von den SDF nicht eingehalten. Bis zum Ende des Berichtszeitraums werden nur zwei Drittel der schätzungsweise 40000 in Südsudan befindlichen Mann der nördlichen Streitkräfte in den nördlichen Teil des Landes verlegt. Auch die SPML/A zieht ihre Streitkräfte nicht vollständig aus den Gebieten Süd-Kordofan und Südlicher Blauer Nil zurück. Die Konfliktparteien können sich ebenfalls nicht auf die Zugehörigkeit der ölreichen Region Abeyi zu Nord- oder Südsudan einigen. Am 11. Oktober verläßt die SPML/A die Regierung für Nationale Einheit und zieht alle ihre Minister und Präsidentenberater zurück. Sie beschuldigt den Norden, die Demarkation der Nord-Süd-Grenze zu verzögern, ebenso den Rückzug ihrer Streitkräfte aus dem Süden und die Bildung einer Verwaltungseinheit für die Region Abeyi. Nach Vermittlung Ägyptens einigen sich beide Seiten auf einen neuen Zeitplan für den Truppenrückzug. Nach diesem Plan sollen alle Streitkräfte der SDF bis zum 15. Dezember in den Norden zurückgezogen werden. Allerdings bleibt die genaue Anzahl der im Süden verbleibenden Truppen der SDF zwischen beiden Seiten umstritten. Am 18. September tauchen neue Zweifel über die Durchsetzung des CPA auf, als der sudanesischer Präsident Bashirdie Wiedereröffnung von militärischen Trainingslagern fordert und dazu aufruft, erneut junge Männer in die Volksverteidigungsarmee (PDF), eine pro-Regierungsmiliz, zu rekrutieren. Am 31. Oktober verlängert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der UNMIS um weitere sechs Monate. (jk)

Swaziland (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	SWAYOCO, PUDEMO, SFTU vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen oppositionellen Gruppierungen und der Regierung von König Maswati III. dauert an. Obwohl die neue Verfassung, die vom Regenten im Jahre 2006 unterzeichnet wurde, indirekt politische Parteien legalisiert, werden diese daran gehindert, an den Wahlen teilzunehmen. Die Regierung verhindert am 12. Februar die Gründung von Gewerkschaften durch Polizeibeamte und Gefängniswärter. Am 12. April werden 16 Mitglieder der verbotenen Oppositionspartei Vereinigte Demokratische Volksbewegung (PUDEMO) von Polizisten angegriffen und anschließend inhaftiert, als sie auf friedliche Weise demonstrieren. Sechs von ihnen werden der Aufwiegelung beschuldigt, da sie Schilder mit demokratischen Parolen mit sich führen. Während einer Kundgebung des Jugendkongresses Swasiland (SWAZOCO) am 3. Juni geraten Mitglieder der Vereinigung mit örtlichen Polizeikräften aneinander. Mitte April werden mindestens 50 Mitglieder der PUDEMO verhaftet, als sie an einer friedlichen Grenzblockade teilnehmen. Mindestens ein Polizist wird bei Zusammenstößen zwischen Demonstranten und Polizei während eines Streikes am 25. und 26. Juli verletzt. Der Streik ist vom Gewerkschaftsverband Swasiland (SFTU) und dem Arbeiterverband Swasiland (SFL) organisiert worden. (jek)

Togo (Opposition)

Intensität: 1	Änderung: ▾	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	UFC vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Die politische Lage in Togo stabilisiert sich. Die Machtübernahme des derzeitigen Präsidenten Faure Gnassingbe im August 2005 hatte mehrere hundert Todesopfer gefordert, fast 40 000 Menschen flohen nach Ghana und Benin. Seitdem ist die Zahl der Flüchtlinge zurückgegangen, da 20 000 Flüchtlinge aus dem Nachbarstaat Benin zurückgekehrt sind. Alle Oppositionsparteien nehmen an den Wahlen am 14. Oktober teil, die ohne Zwischenfälle verlaufen. Die regierende Partei Versammlung des Togoischen Volkes (RPT) gewinnt die Wahlen und erlangt 50 von 81 Sitzen. Die oppositionelle Union der Kräfte der Veränderung (UFC) dominiert mit 27 Sitzen die Opposition. Das Verfassungsgericht bestätigt den Wahlsieg der RPT. Die EU und die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) als Wahlbeobachter bestätigen das Ergebnis. (nm)

Tschad (ethnische Gruppen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	arabisch-stämmige Gruppen vs. afrikanisch-stämmige Gruppen	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen arabischsprechenden, auf beiden Seiten der tschadisch-sudanesischen Grenze ansässigen Dschandschawid-Gruppen und schwarzafrikanischen Gemeinschaften im östlichen Teil Tschads verläuft weiterhin hochgewaltsam. Mitte Dezember 2006

greifen Dschandschawid die Dörfer Aradib und Habile in der Subpräfektur Koukou Angarana nahe der sudanesischen Grenze an und töten mindestens 30 Dorfbewohner. Die Angreifer, vermutlich aus Sudan kommend [→ Sudan (Darfur)], brennen die Dörfer zum Teil nieder. Am 31. März greifen Dschandschawid die Dörfer Tiero und Marena, ebenfalls im Grenzgebiet zu Sudan, an und töten dem UNHCR zufolge zwischen 200 und 400 Menschen. Etwa 2 000 Zivilisten suchen im Flüchtlingscamp Goz Amir Zuflucht. Die Angreifer kommen angeblich wieder von jenseits der sudanesischen Grenze. Ausländische Beobachter vermuten jedoch lokale arabische Gemeinschaften hinter den Angriffen. Bis zum 10. April fliehen 9 000 Binnenflüchtlinge in das neue Flüchtlingslager Habile. Die Sicherheitslage stabilisiert sich, als die tschadische Regierung ein massives Truppenaufgebot in das Gebiet entsendet. Die Zahl der Binnenflüchtlinge im Osten Tschads steigt zwischen Januar und November von 100 000 auf 180 000. Zusätzlich fliehen 50 000 Menschen vor Dschandschawid und schwarzafrikanischen Milizen nach Sudan. (jk, sk)

Tschad (verschiedene Rebellengruppen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	FUC, UFDD, UFDD-F vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Inmitten der sich allgemein verschlechternden Sicherheitslage in der Region [→ Tschad - Sudan; → Zentralafrikanische Republik (UDFR, APRD)] dauert der gewaltsame Konflikt zwischen mehreren Rebellenbündnissen und der Regierung an. In den ersten Dezembertagen des Jahres 2006 brechen heftige Kämpfe zwischen der Union der Kräfte für Demokratie und Entwicklung (UFDD) und Regierungstruppen aus, als die Rebellen versuchen, die Stadt Biltine im Osten des Landes einzunehmen. Am 24. Dezember schließt die Regierung ein Friedensabkommen mit der Vereinigten Front für demokratischen Wandel (FUC) ab. Der Führer der FUC, Mahamat Nour Abdelkerim, wird im April zum Verteidigungsminister ernannt. Anfang des Jahres gelingt es einigen Rebellen, die das Friedensabkommen ablehnen, vorübergehend die Städte Adé und Adré einzunehmen. Die Regierung antwortet mit massiven Luftangriffen auf Rebellenstellungen im östlichen Grenzgebiet. Am 3. Oktober beginnen in der libyschen Stadt Sirte Friedensverhandlungen. Am 25. Oktober wird ein Friedensabkommen zwischen der Regierung und der UFDD sowie der Versammlung der Kräfte für den Wandel (RFC), der Tschadischen Nationalen Eintracht (CNC) und der Union der Kräfte für Demokratie und Entwicklung–Fundamental (UFDD-F) abgeschlossen. Trotz des Friedensabkommens brechen am 26. November erneut heftige Kämpfe zwischen Regierung und UFDD in der Stadt Abougouleigne, etwa 90 km von Abeche im Osten Tschads, aus. Mehrere hundert Menschen werden getötet. Die UFDD behauptet, die Regierung halte das Friedensabkommen nicht ein. Die Regierung hingegen beschuldigt Sudan, diese Eskalation des Konflikts veranlasst zu haben, um den Beginn einer gemeinsamen EU-UN-Mission im Osten des Landes zu verhindern. Der UN Sicherheitsrat hat

zuvor, am 25. September, eine Peacekeeping-Mission (MINURCAT), bewilligt, die von einer 3 000 Mann starken EUMission (EUFOR TCHAD/RCA) unter französischer Führung unterstützt werden soll. Die RFC sowie die UFDD kündigen an, eine EU-UN Mission unter französischer Führung nicht zu akzeptieren. Die Rebellen beschuldigen Frankreich, das 1 000 Soldaten in Tschad stationiert hat, auf der Seite des Präsidenten zu stehen und der Armee Geheimdienstinformationen aus Aufklärungsflügen über den Rebellengebieten zur Verfügung zu stellen. Inmitten der sich zunehmend verschlechternden Lage im Osten Tschads [→ Tschad (ethnische Gruppen)] und im Zusammenhang mit der jeweils unterschiedlichen ethnischen Zugehörigkeit von Regierung und Rebellen, brechen im September und Oktober im Osten Kämpfe zwischen den ethnischen Gruppen der Tama und Zarghawa aus, bei denen zwanzig Menschen getötet werden. Die Tama unterstützen die FUC, während Präsident Idris Déby den Zarghawa angehört. (jk)

Tschad - Sudan

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Tschad vs. Sudan	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Trotz zweier Friedensabkommen bleibt der Konflikt zwischen Sudan und Tschad um die Unterstützung von Rebellen sowie grenzüberschreitende Militäreinsätze weiterhin gewaltsam. Tschad beschuldigt Sudan mehrfach, Rebellen in Tschad [→ Tschad (verschiedene Rebellen)] sowie Angriffe von Dschandschawid-Milizen mit Sitz in Darfur zu unterstützen [→ Tschad (ethnische Gruppen)]. Sudan wiederum beschuldigt Tschad, die Rebellen in Darfur zu unterstützen [→ Sudan (SLM/A, JEM/Darfur)]. Am 22. Februar schließen Tschad und Sudan unter der Vermittlung Libyens ihr drittes Friedensabkommen innerhalb eines Jahres, in welchem die beiden Länder sich erneut verpflichten, die Feindseligkeiten zu beenden und ihre gegenseitige Souveränität zu achten. Am 22. März bestätigt Tschad jedoch, dass zum zweiten Mal innerhalb von fünf Monaten sudanesishe Flugzeuge zwei Städte im gewaltgeplagten Osten des Landes bombardiert und mehrere Menschen getötet hätten. Am 10. April teilt Sudan mit, dass seine Armee mit der tschadischen Armee in Darfur zusammengestoßen sei und dass dabei 17 Soldaten getötet und weitere 40 verletzt worden seien. Tschad entgegnet darauf, dass seine Soldaten die Grenze nach Sudan bei der Verfolgung von tschadischen Rebellen überschritten hätten und nur aus Versehen mit der sudanesischen Armee zusammengestoßen seien. Nach Gesprächen zwischen Vertretern beider Länder in Libyen bilden die beiden Staaten am 17. April ein gemeinsames militärisches Komitee, um ihren Grenzkonflikt beizulegen. Nach Vermittlung durch Saudi-Arabien unterzeichnen beide Staaten am 3. Mai das Abkommen von Riad, welches die Gründung einer gemeinsamen Grenzpatrouille und die Entsendung von Beobachtern in das Krisengebiet beinhaltet. Am 25. September bewilligt der UN Sicherheitsrat in Anbetracht der anhaltenden Gewalt im Dreieck Tschad, Zentralafri-

kanische Republik [→ Zentralafrikanische Republik (UDFR, APRD)] und Sudan eine UN Mission (MINURCAT), welche nach Tschad und in den Norden der Zentralafrikanischen Republik entsandt werden soll. Am 10. Oktober beschließt die EU einen militärischen Einsatz im Osten Tschads und im Nordosten der Zentralafrikanischen Republik (EUFOR TCHAD/RCA), der innerhalb der MINURCAT tätig sein soll. (jk)

Uganda (LRA)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	LRA vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht, Ressourcen	

Im Konflikt um die nationale Macht zwischen der Widerstandarmee Gottes (LRA) und der Regierung intensiviert sich der Friedensprozess. Zwar können die Konfliktparteien sich nicht auf eine endgültige Lösung des Konflikts einigen, erreichen jedoch zwei Abkommen. Eines dieser Abkommen betrifft den Aufbau Nordugandas, das andere die juristische Verantwortlichkeit für Kriegsverbrechen. Beide Seiten halten sich an das Waffenstillstandsabkommen von 2006, obwohl es zu einem vorgeblich von der LRA ausgeführten Angriff auf einen LKW-Konvoi kommt, bei dem sieben Menschen getötet werden. Am 12. Januar gerät der Friedensprozess ins Stocken, als sich die LRA von den Gesprächen in Dschuba zurückzieht. Die LRA verlangt die Verlegung der Gespräche aus Dschuba und die Absetzung Riek Machars, des Hauptvermittlers und Vizepräsidenten Südsudans. Nachdem der UN-Sonderbeauftragte Joaquim Chissano in Mombasa (Kenia) in der Angelegenheit vermittelt, werden die Verhandlungen von Dschuba wieder aufgenommen. Die LRA akzeptiert Machar als Hauptvermittler und darf im Austausch alle ihre Kämpfer am Versammlungspunkt Ri-Kwangba an der Grenze zwischen Sudan und der Demokratischen Republik Kongo (DRK) stationieren. Ursprünglich ist vorgesehen gewesen, dass sich die Kämpfer an zwei verschiedenen Versammlungspunkten aufhalten. Am 2. Mai erreichen die Konfliktparteien eine Einigung über den Wiederaufbau Nordugandas. Ein weiteres Abkommen über die Frage der Versöhnung und der Verantwortung wird am 29. Juni geschlossen. Dieses besagt, dass Kriegsverbrechen nicht unter internationale, sondern nationale Rechtsprechung fallen sollen. Am 20. August deutet Innenminister Ruhakana Ruganda, der ebenfalls an den Gesprächen mit der LRA beteiligt gewesen ist, an, dass anstelle des Internationalen Strafgerichtshofs (ICC) ein nationaler Sondergerichtshof Fälle von Kriegsverbrechen verhandeln könnte. Am 29. Oktober finden in der Hauptstadt Friedensgespräche zwischen einer Delegation der LRA unter der Leitung von Martin Ojul und Präsident Museveni statt, die besonders die Rolle des ICC im Friedensprozess behandeln. Die LRA macht die Aufhebung der vom ICC im Jahr 2005 wegen Kriegsverbrechen gegen fünf ihrer Anführer erlassenen Haftbefehle zur Vorbedingung für ein Friedensabkommen. Am 5. November wird das Waffenstillstandsabkommen von 2006 um weitere drei Monate verlängert. Jedoch lassen die Kapitulation mehrerer LRA-Kommandeure sowie ein Zerwürfnis zwischen Joseph Kony, dem Führer der LRA,

und seinem Stellvertreter Vincent Otti Zweifel an der Zukunft des Friedensprozesses aufkommen. In Norduganda können zwar um die 100 000 Binnenflüchtlinge in ihre Häuser zurückkehren, doch mehr als 1,4 Millionen Menschen bleiben auf der Flucht. (rs)

Uganda - DR Kongo (Albertsee)

Intensität: 3	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	Uganda vs. DR Kongo	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Ressourcen	

Nachdem unter dem Albertsee größere Ölvorkommen entdeckt wurden, treten zwischen der Demokratischen Republik Kongo (DRK) und Uganda Spannungen bezüglich des Grenzverlaufs im Bereich des Sees sowie der Kontrolle über die im Albertsee gelegene Rukwanzi-Insel auf. Ende Juli werden auf dem Albertsee vier ugandische Soldaten von kongolesischen Sicherheitskräften gefangen genommen. Der Konflikt eskaliert, als am 1. August bei einer Schießerei zwischen den Streitkräften beider Länder ein kongolesischer Soldat und ein britischer Ingenieur der Firma Heritage Oil getötet werden. Am 8. September unterzeichnen die kongolesische und die ugandische Regierung das NgurdotoArusha-Abkommen, um die Lage zu entschärfen. In dem Abkommen einigen sich beide Staaten auf die gemeinsame Ausbeutung der umstrittenen Ressourcen und auf eine Entmilitarisierung der Rukwanzi-Insel, auf der gemeinsame Polizeieinheiten beider Länder stationiert werden sollen. Dennoch sterben am 24. September sechs Kongolesen bei erneuten Kämpfen zwischen den Konfliktparteien. Uganda weist jegliche Verantwortung für den Zwischenfall von sich, da die Besatzung des an dem Zwischenfall beteiligten ugandischen Marineschiffs Befehle missachtet habe. Am 10. Oktober verkünden beide Länder die Gründung einer gemeinsamen Kommission zur Lösung der Streitfragen. Ende Oktober beginnen beide Länder mit der Entsendung gemeinsamer Polizeikräfte auf die Insel. (rs)

Zentralafrikanische Republik (UFDR, APRD)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	UDFR, APRD vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt um die nationale Macht in der Zentralafrikanischen Republik zwischen der Union Demokratischer Kräfte der Einheit (UFDR) und der Volksarmee für die Wiederherstellung der Republik und der Demokratie (APRD) auf der einen und der zentralafrikanischen Regierung auf der anderen Seite dauert an. Die von der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (CEMAC) im Jahr 2002 entsandte Militärmission Multinationale Kräfte der Zentralafrikanischen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft (FOMUC) unterstützt die Regierung bei den Kämpfen. Zusätzlich kämpfen ein Militärkontingent aus Tschad und Truppen aus Frankreich auf der Seite der zentralafrikanischen Regierung; zwischen Frankreich und der Zentralafrikanischen Republik besteht ein Verteidigungspakt. Am 1. Januar greift die APRD, die hauptsächlich im Nordwesten aktiv ist, die Stadt Paoua in der Ouam-

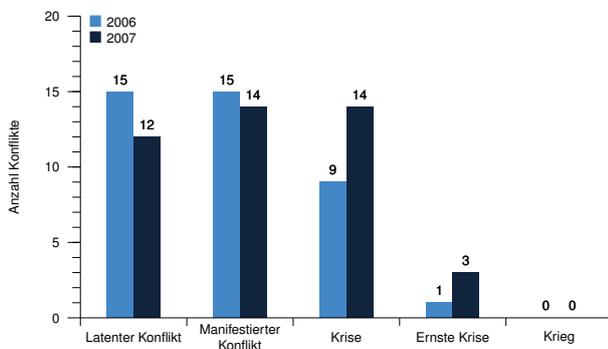
Pendé-Region an. Am 2. Februar unterzeichnet eine von Abdoulaye Miskine geführte Splittergruppe der UFDR in Sirte, Libyen, einen Friedensvertrag mit der Regierung. Am 13. März unterzeichnen Damane Zakaria, der militärische Führer der Hauptgruppe der UDFR und die zentralafrikanische Regierung das Abkommen von Birao. Dieser Schritt wird jedoch von Abakar Saboune, dem 2006 in Benin festgenommenen politischen Führer der UDFR, abgelehnt. Am 3. März brechen um die Stadt Birao heftige Kämpfe aus, die zu großen Verwüstungen führen. Im Juni gibt die Regierung bekannt, dass 100 Rebellen der APRD ihre Waffen niedergelegt hätten. Im Oktober müssen mehrere tausend Dorfbewohner im Bezirk Ouham vor Kämpfen zwischen

der APRD und der Regierung fliehen. Während des gesamten Jahres werden um die 300 000 Menschen zu Flüchtlingen, von denen 50 000 nach Tschad und 30 000 nach Kamerun fliehen. Der UN Sicherheitsrat genehmigt in Anbetracht der sich ausbreitenden Gewalt und der sich verschlechternden humanitären Lage im Dreiländereck Zentralafrikanische Republik, Tschad [Tschad (→ verschiedene Rebellengruppen)] und Sudan [→ Sudan (SLM/A, JEM/Darfur)] am 25. September eine UN-Mission (MINUCRAT), die nach Tschad und in den Norden der Zentralafrikanischen Republik entsandt werden soll. Diese Mission soll durch eine EU Mission (EUFOR TCHAD/RCA) unterstützt werden. (rz)

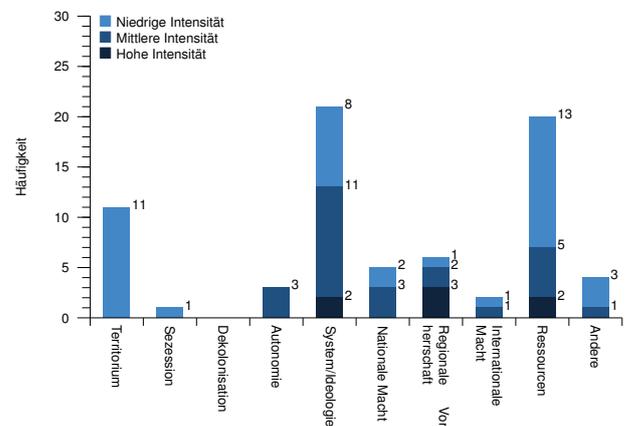
Die Amerikas

In der Region Nord-, Mittel- und Südamerika steigt die Gesamtzahl der Konflikte von 40 auf 43 an. Im Vergleich zu 2006 nimmt die Zahl der hochgradig gewaltsam ausgetragenen Konflikte von einem auf drei Auseinandersetzungen deutlich zu [→ Kolumbien (FARC); Kolumbien (FARC – ELN); Mexiko (Drogenkartelle)]. Im Ganzen betrachtet eskalieren die Konflikte in der Region, auch das Niveau der Kriminalität steigt an, z.B. in Brasilien, Kolumbien, Guatemala und Haiti. Insgesamt deeskalieren nur zwei Konflikte, im Gegensatz zu elf eskalierenden. Sieben Konflikte überschreiten die Schwelle zur Gewalt, nur einer deeskaliert auf eine nicht gewaltsame Stufe. Zwei Konflikte werden 2007 beigelegt. Wie im Vorjahr entstehen drei neue Konflikte, zwei davon nicht-gewaltsam und einer hochgewaltsam. Die Hauptquelle der Instabilität in vielen Staaten des Kontinents bleibt nach wie vor die unsichere und angespannte Wirtschaftslage in Mittel- und Südamerika. Daher bleiben Fragen von System und Ideologie der vorherrschende Konfliktgegenstand in den gewaltsam ausgetragenen Konflikten. Mexiko ist erneut mit insgesamt vieren das Land mit den meisten gewaltsamen Konflikten, darunter auch ein hochgewaltsamer Konflikt [→ Mexiko (Drogenkartelle)]. Jedoch ist Kolumbien das Land mit den meisten hochgewaltsamen Konflikten: Zu der schweren Krise zwischen der Rebellengruppe der Revolutionären Streitkräfte Kolumbiens (FARC) und der Regierung kommen nun schwere Zusammenstöße zwischen den beiden wichtigsten Rebellen Gruppen, der FARC und der Nationalen Befreiungsarmee (ELN). Der Kampf Kolumbiens gegen die FARC greift auf Ecuador über [→ Kolumbien – Ecuador)]. Grenzverletzungen und Kampfhandlungen auf ecuadorianischem Gebiet führen zu einer Krise in den Beziehungen der beiden Staaten.

Konfliktintensitäten in die Amerikas 2007 im Vergleich zu 2006



Häufigkeit von Konfliktgegenständen 2007 in die Amerikas nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in die Amerikas 2007

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Argentinien (Piqueteros)	Piqueteros vs. Regierung	System/Ideologie	2001	•	2
Argentinien - Iran (AMIA)	Argentinien vs. Iran	Andere	1992	•	2
Argentinien - Vereinigtes Königreich (Falkland Inseln)	Argentinien vs. Vereinigtes Königreich	Territorium, Ressourcen	1945	↗	2
Belize (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	2005	•	1
Bolivien (JAD/östliche Provinzen)	JAD vs. Regierung	Autonomie, System/Ideologie, Ressourcen	2005	•	3
Bolivien (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht, Ressourcen	1983	•	1
Bolivien - Chile (Meerzugang)	Bolivien vs. Chile	Territorium, Ressourcen	1945	•	1
Brasilien (MST)	MST vs. Regierung	Ressourcen	1995	•	3
Chile (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	2006	↗	3
Chile - Vereinigtes Königreich (Antarktis)	Chile vs. Vereinigtes Königreich	Territorium, Ressourcen	2007	NEW	1
Costa Rica - Nicaragua (Rio San Juan)	Costa Rica vs. Nicaragua	Territorium, Ressourcen	1945	↗	2
Ecuador (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	1980	•	3
Guatemala (verschiedene Oppositionsgruppen)	rechte militante Oppositionsgruppen vs. linke militante Oppositionsgruppen	System/Ideologie, Nationale Macht	1960	↗	3
Guatemala - Belize (Territorium)	Guatemala vs. Belize	Territorium	1981	•	1

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Guyana - Suriname (Seegrenze)	Guyana vs. Suriname	Territorium, Ressourcen	2000	END	1
Haiti (Opposition)	Aristide-Anhänger vs. Aristide-Gegner	Nationale Macht	1986	•	3
Honduras - Nicaragua (Seegrenze)	Honduras vs. Nicaragua	Territorium, Ressourcen	1945	END	1
Kanada (AFN)	AFN vs. Regierung	Ressourcen, Andere	1995	↗	2
Kanada (Bloc Québécois/Quebec)	Bloc Québécois vs. Regierung	Sezession	1945	•	1
Kolumbien (AUC)	AUC vs. Regierung	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	1995	•	2
Kolumbien (ELN)	ELN vs. Regierung	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	1964	↗	3
Kolumbien (FARC - ELN)	FARC vs. ELN	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	2006	↑	4
Kolumbien (FARC)	FARC vs. Regierung	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	1964	•	4
Kolumbien (Guambianos)	Guambianos vs. Regierung	Ressourcen	2005	•	1
Kolumbien - Ecuador	Kolumbien vs. Ecuador	Internationale Macht	2005	↗	3
Kolumbien - Venezuela (Grenze, Monjes-Inseln)	Kolumbien vs. Venezuela	Territorium	1945	•	1
Kolumbien - Venezuela (System)	Kolumbien vs. Venezuela	System/Ideologie	2004	↗	2
Mexiko (APPO)	APPO vs. Regierung	System/Ideologie	2006	•	3
Mexiko (Drogenkartelle)	Drogenkartelle vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	2007	NEW	4
Mexiko (EPR/Guerrero)	EPR vs. Regierung	Autonomie, System/Ideologie	1995	↑	3
Mexiko (EZLN/Chiapas)	EZLN vs. Regierung	Autonomie, System/Ideologie, Ressourcen, Andere	1994	↗	3
Mexiko (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2006	↘	2
Nicaragua - Kolumbien (Seegrenze)	Nicaragua vs. Kolumbien	Territorium, Ressourcen	1945	•	2
Paraguay (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, Ressourcen	1989	•	3
Peru (Leuchtender Pfad)	Leuchtender Pfad vs. Regierung	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	1980	•	3
Peru - Chile (Seegrenze)	Peru vs. Chile	Territorium, Ressourcen	1945	↘	1
Uruguay - Argentinien (Rio Uruguay)	Uruguay vs. Argentinien	Ressourcen	2006	•	2
USA - Kuba (Guantanamo)	USA vs. Kuba	Territorium	1959	•	1
USA - Kuba (System)	USA vs. Kuba	System/Ideologie	1959	•	2
USA - Mexiko (Grenzzaun)	USA vs. Mexiko	Andere	2001	•	2
USA - Russland (Raktensystem)	USA vs. Russland	Internationale Macht	2007	NEW	2
USA - Venezuela (System)	USA vs. Venezuela	System/Ideologie	2001	•	2
Venezuela (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2000	•	3

^{1 2 3 4} siehe Übersichtstabelle von Europa

Argentinien - Vereinigtes Königreich (Falkland Inseln)

Intensität: **2** Änderung: ↗ Beginn: 1945
 Konfliktparteien: Argentinien vs. Vereinigtes Königreich
 Konfliktgegenstände: Territorium, Ressourcen

Der Konflikt zwischen Argentinien und dem Vereinigten Königreich um die Falkland Inseln zieht wegen des 25. Jahrestags des Falklandkrieges neue Aufmerksamkeit auf sich. Indem Britische Ölfirmen unilateral auf dem Archipel nach Öl bohren, verletzen sie ein Abkommen zwischen den beiden Staaten von 1995. Argentinien stoppt das Unternehmen am 29. März. Am 2. April gedenkt der

britische Premierminister Tony Blair dem Beginn des Falklandkrieges mit einer Militärparade und verkündet, dass die Teilnahme am Krieg eine richtige Entscheidung gewesen sei. Die argentinische Regierung hält in Patagonien ebenfalls eine Gedenkveranstaltung ab und fordert die britische Regierung zur Wiederaufnahme der Verhandlungen auf. Am 14. Juni bekräftigt der argentinische Präsident Nestor Kirchner den Anspruch Argentiniens auf die Falkland Inseln. (eg)

Bolivien (JAD/östliche Provinzen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	JAD vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, System/Ideologie, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen dem Autonomen Demokratischen Rat (JAD) und der Regierung unter Evo Morales wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. In den Auseinandersetzungen geht es um Autonomierechte von vier bolivianischen Bundesstaaten, die reich an Bodenschätzen sind. Im Jahre 2006 ist eine verfassungsgebende Versammlung gewählt worden, die eine neue Verfassung erarbeiten soll. Im Dezember des selben Jahres gründen die Präfekten dieser vier Bundesstaaten die JAD, um ihren Forderungen nach Autonomie mehr Nachdruck zu verleihen. Als die Regierung die Forderung eines fünften Bundesstaates, die Hauptstadt von La Paz nach Sucre zu verlegen, ablehnt, tritt auch dieser dem JAD bei. Am 11. Januar sterben zwei Menschen bei Protesten gegen einen oppositionellen Provinzpräfekten, rund 200 weitere werden verletzt. Ein weiterer Demonstrant wird im April bei einer Kundgebung, bei der es um die Verteilung von Erdgasvorräten geht, getötet. Während Protesten im August versuchen oppositionelle Demonstranten, das Gran Mariscal-Theater, in dem die verfassungsgebende Versammlung tagt, in Brand zu setzen. Dieser Ausbruch der Gewalt folgt der Ankündigung der Regierung, dem Aufruf zur Verlegung der Hauptstadt nicht nachzukommen. Am 23. August kommt es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Kongress, als die Opposition versucht, zu verhindern, dass regierungstreue Abgeordnete Anklagen gegen vier Verfassungsrichter wegen unangemessenem Verhalten erheben. Die vier Richter hatten im Mai die Entlassung von vier vom Präsidenten zu Richtern berufenen Kandidaten angeordnet. Am 18. Oktober entsendet Präsident Morales 220 Mann zur Besetzung des Viru Viru-Flughafens, da die örtlichen Behörden geplant hatten, die Flughafengebühren selbst einzuziehen, anstatt sie der Zentralregierung auszuführen. Die Besetzung führt zu einer Demonstration am nächsten Tag, doch die Truppen hatten sich zu diesem Zeitpunkt schon zurückgezogen. In der Zeit vom 24. bis zum 26. November kommen vier Menschen bei gewalttätigen Protesten in Sucre und Santa Cruz ums Leben, mehrere Menschen werden verletzt. Die Demonstranten setzen auch ein Gefängnis in Brand, wodurch mehreren Gefangenen die Flucht gelingt. Die verfassungsgebende Versammlung zieht wegen Sicherheitsbedenken in das Gebäude einer Militärschule. (kow, eg)

Chile (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt um wirtschaftliche und soziale Fragen zwischen der außerparlamentarischen Opposition und der Regierung überschreitet die Schwelle zur Gewalt. Die Arbeiter der Kupfermine La Escondida haben 2006 für höhere Gehälter gestreikt. Ein Jahr später eskaliert der Konflikt mit Straßenblockaden, Hungerstreiks und Demonstrationen. Am 25. Juli geben die Gewerkschaften

bekannt, dass sie beabsichtigen, ihre Proteste so lange fortzusetzen, bis eine befriedigende Lösung gefunden werde. Am 30. August werden 573 Demonstranten nach heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, bei denen 33 Polizisten verletzt werden, festgenommen. Die Auseinandersetzungen gipfeln in lokalen Plünderungen und Stromausfällen in Umspannungswerken. Präsidentin Michelle Bachelet kritisiert den Ausbruch der Gewalt. (cr)

Chile - Vereinigtes Königreich (Antarktis)

Intensität: 1	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	Chile vs. Vereinigtes Königreich	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Ressourcen	

Zwischen Chile und dem Vereinigten Königreich entsteht ein neuer Konflikt um ein 386 000 Quadratmeilen großes Gebiet in der Antarktis. Am 17. Oktober macht das Vereinigte Königreich seinen Anspruch auf das Gebiet geltend. Chile reagiert jedoch zwei Tage später, indem es selbst Ansprüche auf das Gebiet erhebt. Dem chilenischen Außenminister Alejandro Foxley Rioseco zufolge bereitet das Land einen eigenen Antrag bei der UN vor, um seine "legitimen Souveränitätsrechte zu wahren". (cr)

Guatemala (verschiedene Oppositionsgruppen)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1960
Konfliktparteien:	rechte militante Oppositionsgruppen vs. linke militante Oppositionsgruppen	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Vorherrschaft zwischen verschiedenen rechts- und linksradikalen Gruppen überschreitet die Schwelle zur Gewalt. Die rechtsgerichteten Gruppen bestehen aus den ehemaligen paramilitärischen Zivilen Selbstverteidigungspatrouillen (ex-PAC), Unterstützern des ehemaligen Diktators Efraín Ríos Montt, und Anhängern des ehemaligen Generals und Präsidentschaftskandidaten Otto Pérez Molina. Montt kandidiert bei den Generalwahlen um einen Sitz im Parlament, nachdem er den Prozess um seine Zulassung zur Kandidatur gewonnen hat. Die linksgerichteten Gruppen bestehen aus militanten Anhängern des Präsidentschaftskandidaten Miguel Ángel Sandoval. Im Vorfeld der allgemeinen Wahlen am 9. September werden mindestens 56 politisch motivierte Morde beobachtet. Im Vergleich zu den letzten Wahlen im Jahre 2003 steigt die Rate politisch motivierter Morde um mindestens 25%. Die Mitte-Links-Partei des Präsidentschaftskandidaten Álvaro Colom, der später zum Präsident gewählt wird, war mit 17 ermordeten Hauptkandidaten die meistbetroffene Partei. Am 5. August wird Carlos de León Bravo, ein Bürgermeisterkandidat einer indigenen Partei, ermordet. Eine Woche zuvor war Enrique Mijangos, Bürgermeisterkandidat einer rechtsgerichteten Partei, ermordet worden. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte in Guatemala, Anders Kompass, bezeichnet Guatemala als einen "gescheiterten und zusammengebrochenen Staat". (jh)

Guyana - Suriname (Seegrenze)

Intensität: 1	Änderung: END	Beginn: 2000
Konfliktparteien:	Guyana vs. Suriname	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen Guyana und Surinam über die Demarkation der Seegrenze, Öl und Fischereirechte wird in diesem Jahr beigelegt. Der Konflikt hatte im Jahr 2000 begonnen, als Surinam seine Marine eingesetzt hatte, um ein Expeditionsschiff einer Ölgesellschaft zum Verlassen des umstrittenen Seegebiets, das Surinam für sich beansprucht, zu zwingen. Jedoch hatte das betroffene Unternehmen bereits 1998 Konzessionsrechte für eine Ölbohrinsel in diesem Gebiet von der Regierung Guyanas erworben. Guyana hat schließlich 2004 den Fall vor den Internationalen Seegerichtshof der UN gebracht. Am 20. September dieses Jahres entscheidet das Gericht zu Gunsten Guyanas. Surinam akzeptiert dieses Urteil. (mmk)

Haiti (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1986
Konfliktparteien:	Aristide-Anhänger vs. Aristide-Gegner	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen mehreren nicht-staatlichen Gruppen um die nationale Macht dauert an. Die Konfliktparteien können grob in Anhänger und Gegner des ehemaligen Präsidenten Jean-Bertrand Aristide unterteilt werden. Aristide hatte am 28. Februar 2004 das Präsidentenamt verloren. Zu seinen Gegnern zählen ehemalige Angehörige der Armee, die 1995 unter Aristide aufgelöst worden war. Seine Anhänger bilden Gangs aus der Cité Soleil, einem Elendsviertel in der Hauptstadt Port-au-Prince. Seit 2004 versucht die UN-Mission MINUSTAH, in Haiti Sicherheit und Stabilität herzustellen. Häufig ereignen sich gewaltsame Auseinandersetzungen, insbesondere wenn die UN-Kräfte versuchen, nach Cité de Soleil vorzudringen. Bei Zusammenstößen zwischen UN-Soldaten und Gangmitgliedern am 22. Dezember 2006, 24. Januar und 9. Februar werden mehrere Menschen getötet oder verletzt. Am 28. Dezember 2006 demonstrieren rund 1000 Anhänger Aristides für dessen Rückkehr aus dem Exil und gegen die UN-Friedensmission. Dennoch wird die Mission am 16. Februar vom UN-Sicherheitsrat um weitere acht Monate verlängert, und noch einmal um ein weiteres Jahr am 15. Oktober. Seit März nimmt die Zahl der gewaltsamen Zusammenstöße deutlich ab. (mgm)

Honduras - Nicaragua (Seegrenze)

Intensität: 1	Änderung: END	Beginn: 1945
Konfliktparteien:	Honduras vs. Nicaragua	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen Honduras und Nicaragua um Territorium und Ressourcen wird in diesem Jahr beigelegt. Am 8. Oktober entscheidet der Internationale Gerichtshof (IGH) über eine neue Demarkation der Seegrenze zwischen den beiden Ländern. Seit Jahrzehnten streiten sich Nicaragua und Honduras um ihre gemeinsame Grenze im karibischen Meer. Beide Seiten akzeptieren das Urteil des IGH. Demnach wird beiden Ländern glei-

chen Zugang zu den Ressourcen wie Erdöl, Erdgas und Fischen gewährt. Der Fall ist seit 1999 am IGH anhängig gewesen. (mgm)

Kanada (AFN)

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	AFN vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Ressourcen, Andere	

Der Konflikt um Landreformen und Rechte der indigenen Völker zwischen der kanadischen Regierung und der Versammlung der Ureinwohner Kanadas (AFN) dauert an. Ein offizieller Bericht kommt zu dem Ergebnis, dass die kanadische Regierung für den Tod des AFN-Aktivisten Dudley George im Jahre 1995 verantwortlich ist. Der Premierminister von Ontario, Dalton McGuinty, entschuldigt sich am 1. Juni öffentlich für den Tod des Aktivisten. Am 12. Juni gibt Premierminister Stephen Harper einen Plan zur Überarbeitung des bestehenden Systems zur Klärung der Landrechtsfragen bekannt. Landesweit sind 800 von Ureinwohnern gestellt Anträge bezüglich Land- und Ressourcenfragen noch ungelöst. Am 29. Juni organisieren indigene Gruppen landesweit Protestmärsche und Demonstrationen, um auf soziale Probleme und Armut in ihren Gemeinden aufmerksam zu machen. Mehr als 1000 Demonstranten marschieren in die Hauptstadt Ottawa. Obwohl die Organisatoren zu friedlichen Protesten aufrufen, werden Autobahnen und Bahnlinien für mehrere Stunden aufgrund von Blockaden geschlossen. Dennoch unterzeichnet die kanadische Regierung am 15. September die UN-Erklärung für die Rechte und Anerkennung indigener Völker nicht. (ms)

Kolumbien (FARC - ELN)

Intensität: 4	Änderung: ↑	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	FARC vs. ELN	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft und Ideologie zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) und der Nationalen Befreiungsarmee (ELN) eskaliert dramatisch. Hauptgegenstand der Auseinandersetzung ist die Kontrolle des Drogenanbaus und -handels sowie die Kontrolle der Regionen, die über Bodenschätze verfügen. Die FARC behauptet zudem, dass die ELN revolutionäre Ideen verrate, da sie mit der kolumbianischen Regierung über einen möglichen Friedensvertrag verhandelt. Am 12. Dezember 2006 erklärt die FARC der ELN offiziell den Krieg. Mutmaßlich verfügt die ELN, die beträchtlich kleiner ist als die FARC, über 4 000 Kämpfer. Wenig später startet die FARC eine Offensive gegen die ELN, bei der insgesamt 500 Rebellen ums Leben kommen. Durch die Kämpfe werden besonders in den östlichen und nördlichen Provinzen des Landes zahlreiche Bauern vertrieben. Allein in der Provinz Arauca werden in der Zeit von August 2006 bis Anfang Juli 2007 durchschnittlich 200 Familien im Monat vertrieben. Tausende sind auf der Flucht, da sie unfreiwillig in den Konflikt hineingezogen werden, denn beide Konfliktparteien verlangen von ihnen Verpflegung und Unterkunft. Gleichzeitig bestrafen beide Konfliktparteien

die Zivilbevölkerung, falls sie der gegnerischen Seite Hilfe leisten. (jjh)

Kolumbien (FARC)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	FARC vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft, Ressourcen	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft und die Verfassung des politischen System zwischen den Revolutionären Streitkräften Kolumbiens (FARC) und der Regierung bleibt hochgradig gewaltsam. Wie im letzten Jahr führt die FARC, die etwa 16 000 Kämpfer unter Waffen hält, zahlreiche Bombenanschläge auf öffentliche Gebäude und Angriffe auf Polizei- und Militärkräfte aus. Am 13. und 14. Januar töten die FARC-Rebellen 12 Mitglieder der Sicherheitskräfte. Am 5. März sterben in der Provinz Meta mindestens sieben kolumbianische Soldaten und elf Mitglieder der FARC in Gefechten. Wenig später, am 16. März und am 10. April, verüben FARC-Mitglieder zwei Bombenangriffe auf den Hafen Buenaventura und die Stadt Cali. Dabei kommen mindestens fünf Menschen ums Leben, 35 weitere werden verletzt. Zuvor hatte die Armee bekannt gegeben, über die Osterfeiertage mindestens 59 Rebellen getötet zu haben. Am 9. Mai sterben bei einer weiteren Explosion in der Provinz Santander neun Polizisten, weitere sechs werden verletzt. Einen Tag später tötet eine Bombendetonation am Straßenrand in der südwestlichen Provinz Valle del Cauca zehn kolumbianische Soldaten. Durch eine Reihe von Vergeltungsanschlägen am 25. Juni kommen zwei Menschen ums Leben und 59 werden verletzt, nachdem die Polizei einen Anführer der Guerilla-Gruppe getötet hat. Am 18. Juni töten die Rebellen elf Politiker, die sie als Geiseln gehalten hatten. Sie hatten zu einer Gruppe von rund 60 politischen Gefangenen gehört, die Präsident Alvaro Uribe seit dem 24. Februar zu befreien versucht. Zu diesem Zeitpunkt äußert Uribe zum ersten Mal seine Bereitschaft, mit der FARC über einen möglichen Austausch von Gefangenen zu verhandeln. Als eine symbolische Geste entlässt Uribe Rodrigo Granda, den ehemaligen "Außenminister" der Rebellen-Gruppe, sowie etwa 56 weitere FARC-Mitglieder aus der Haft. Die FARC bezeichnet die Initiative des Präsidenten jedoch als Farce und verlangt als Voraussetzung für Friedensgespräche eine entmilitarisierte Zone in Kolumbien. Am 1. September willigt der venezolanische Präsident Hugo Chávez ein, in den Gesprächen über einen möglichen Gefangenen austausch zu vermitteln. Am selben Tag werden jedoch elf Soldaten in einem Hinterhalt erschossen. Drei Tage später wird ein weiterer bedeutender Führer der FARC bei einer Militärkampagne zusammen mit 16 weiteren Guerilleros getötet. Die Gespräche über einen Gefangenen austausch verlaufen ergebnislos. Am 22. November entlässt Uribe Chávez als Vermittler. (jjh)

Kolumbien - Ecuador

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Kolumbien vs. Ecuador	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Die Auseinandersetzungen zwischen Ecuador und Kolumbien wegen Grenzverletzungen überschreiten die Schwelle zur Gewalt. Zum wiederholten Male behauptet Ecuador, dass kolumbianische Streitkräfte die Souveränität Ecuadors in seiner Grenzregion verletzen. Am 13. Dezember 2006 zieht Ecuador in Betracht, seinen Botschafter aus Kolumbien abzuziehen und bringt den Streitfall als Gerichtsverfahren vor die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS). Es gibt häufig Vorfälle an der Grenze. Am 22. März werden zwei Ecuadorianer beim Einfall kolumbianischer Streitkräfte in Ecuador getötet. Die ecuadorianische Regierung bezeichnet ein neues kolumbisches Drogenvernichtungsprogramm im Januar als einen "feindseligen Akt", da angeblich die dabei eingesetzten Pflanzengifte über die Landesgrenze getragen und somit auch legale Pflanzen gefährdet würden. Dies gefährde die Gesundheit der ecuadorianischen Bevölkerung. Der Präsident Ecuadors, Rafael Correa, der am 15. Januar ins Amt eingeführt worden ist, kündigt als Antwort auf den "militaristischen" Plan Kolumbiens, der als eine Anti-Drogen Strategie von den USA finanziert wird, einen "Plan Ecuador" an. Der massive Einsatz von Herbiziden der Kolumbianer zielt hauptsächlich auf die Koka-Plantagen der kolumbianischen Guerilla-Armee FARC [->Kolumbien (FARC)]. Im Verlauf der vergangenen zwei Jahre ist auf diplomatischer Ebene wiederholt über den Einfluss des innerkolumbianischen Konfliktes, der mehr als 250 000 Menschen zur Flucht nach Ecuador veranlasst hat, gestritten worden. Seit die FARC 2005 von ecuadorianischem Territorium aus den kolumbianischen Militärstützpunkt in Teteyé angegriffen hat, beschuldigt Kolumbien seinen Nachbarstaat, die FARC-Rebellen in seinem Land zu dulden. (cgb)

Mexiko (Drogenkartelle)

Intensität: 4	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	Drogenkartelle vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen mehreren Drogenkartellen und der mexikanischen Regierung um regionale Vorherrschaft bricht am 12. August 2006 mit massivem Gewalteininsatz aus. Anfang Dezember 2006 entsendet der neue mexikanische Präsident, Felipe Calderón, zur Bekämpfung der von den Drogenkartellen ausgehenden Gewalt 7 000 Soldaten. Im Verlauf des Jahres werden die Truppen auf 30 000 Mann aufgestockt und mit Flugzeugen und Kettenfahrzeugen ausgerüstet. Am 21. Januar liefern die Behörden 15 Drogenbosse an die USA aus. Mindestens sieben Polizisten werden am 7. Februar bei heftigen Kämpfen getötet. Im selben Monat wird die Operation auf die Bundesstaaten Tamaulipas und Nuevo León ausgeweitet. Mindestens 23 Menschen kommen bei einem weiteren Einsatz am 9. April ums Leben, weitere 20 bei ähnlichen Vorfällen am 17. April. Zusätzlich werden etwa 250 angeblich korrupte Polizisten festge-

nommen. Am 18. Mai werden bei heftigen Kämpfen mindestens 22 Menschen getötet. Präsident Calderón bekräftigt, die Regierung wolle die uneingeschränkte Souveränität über die neun Bundesstaaten, die von drogenbedingter Gewalt betroffen sind, zurückgewinnen. Während des gesamten Jahres konfiszierten mexikanische Sicherheitskräfte mehrere Tonnen Drogen, zumeist Kokain. (fs)

Mexiko (EPR/Guerrero)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	EPR vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Revolutionären Volksarmee (EPR) und der Regierung um Ideologie und System eskaliert erneut und wird nun unter dem Einsatz von Gewalt ausgetragen. Die Gruppe, die schätzungsweise rund 500 Mitglieder zählt, verübt am 5. und 10. Juli eine Reihe von Bombenanschlägen in den Bundesstaaten Guanajuato und Querétaro. Diese ersten Angriffe der EPR nach sechs Jahren fordern zwar keine Menschenleben, zerstören jedoch Öl- und Gaspipelines. Ein weiterer Anschlag am 10. September beschädigt erneut Pipelines. Mehr als 20 000 Menschen fliehen vor dem ausströmenden Gas und Erdöl. Die linksgerichtete EPR verlangt die Freilassung zweier Mitglieder, Rasmundo Rivera Bravo und Edmundo Reyes Amaya, die Ende Mai im südlichen Bundesstaat Oaxaca verhaftet worden sind. Gleichzeitig droht die Rebellengruppe am 18. Oktober der Regierung mit einer möglichen Eskalation der Auseinandersetzungen. (fs)

Nicaragua - Kolumbien (Seegrenze)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1945
Konfliktparteien:	Nicaragua vs. Kolumbien	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen Nicaragua und Kolumbien um die Inseln San Andrés und Providencia dauert an. Im Jahre 2001 ruft Nicaragua den Internationalen Gerichtshof (IGH) an, um den territorialen Disput auf gesetzlichen Wege zu lösen. Beide Länder verstärken ihre Marine und Polizeikräfte in dem umstrittenen Gebiet. Eine mögliche Entscheidungsfindung für das Problem dauert weiterhin an, denn das Urteil des IGH steht trotz dem Ende der Anhörungen seit dem 8. Juni noch immer aus. (lc)

Paraguay (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Ressourcen	

Der Konflikt um Landreformen zwischen mehreren Bauernorganisationen und der Regierung dauert an. Landlose Kleinbauern und indigene Gruppen sind ebenfalls in den Konflikt involviert und werden mit Gewalt und Einschüchterungsversuchen seitens paramilitärischer Gruppen konfrontiert. Internationaler Druck bewirkt keine Verbesserung der Lage der Opposition. Großgrundbesitzer, die mit dem Gebrauch von Pestiziden Nahrungsmittel und Trinkwasser verseuchen, wer-

den nicht juristisch zur Rechenschaft gezogen. Eine Menschenrechtsorganisation aus Paraguay tritt im November mit der UN-Menschenrechtsorganisation in Kontakt und beschuldigt die Regierung der Verletzung der Menschenrechte. (sp)

Peru (Leuchtender Pfad)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	Leuchtender Pfad vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen der linksgerichteten Rebellengruppe Leuchtender Pfad (Sendero Luminoso) und der Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Den verbleibenden 350 bis 400 Rebellen wird vorgeworfen, am Drogenhandel beteiligt zu sein. Sie setzen sich aus verschiedenen aktiven Gruppen zusammen, die im Huallaga-Tal und im südlichen Zentralperu agieren. Am 18. Dezember 2006 töteten die Rebellen sieben Menschen, darunter fünf Polizisten. Zur Vergeltung tötete die Armee am 20. März drei Mitglieder der Guerillagruppe. Zwei führende Rebellen, Jimmy Rodríguez und Humberto Chávez Sánchez, werden am 18. April verhaftet. Am 20. August werden in Spezialeinsätzen der Armee und Polizei weitere Rebellen festgenommen. Die Armee tötet am 18. September sieben Rebellen. Als die Rebellen am 1. November ein Polizeirevier stürmen, kommt ein Leutnant ums Leben. Am 14. November werden vier Polizisten von mutmaßlichen Rebellen getötet. Daraufhin tötet die Armee am 27. November Mario Epifanio Espiritu Acosta, den Anführer einer der beiden verbleibenden Untergruppen des Sendero Luminoso. Die Guerilla wird auch für den landesweiten Protest der Koka-Bauern verantwortlich gemacht, die gegen die Zerstörung ihrer Felder demonstrieren. (mgm)

Uruguay - Argentinien (Rio Uruguay)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	Uruguay vs. Argentinien	
Konfliktgegenstände:	Ressourcen	

Der Ressourcenkonflikt zwischen Uruguay und Argentinien über den Bau zweier Zellstoffwerke in Uruguay dauert an. Argentinien beschuldigt Uruguay, den Río Uruguay-Vertrag aus dem Jahre 1975 zu brechen, welcher die Nutzung des Flusses regelt und befürchtet eine drohende Umweltverschmutzung. Im Dezember 2006 zieht Uruguay seine Truppen vom Fluss ab und demarkiert seine Grenze. Umweltschützer aus Argentinien, die von der Regierung unterstützt werden, protestieren dagegen und blockieren Grenzbrücken und Fähren. Am 23. Januar lehnt der Internationale Gerichtshof (IGH) eine Beschwerde Uruguays gegen die Blockade ab. Am 29. April demonstrieren 100 000 Argentinier zum dritten Mal gegen den Bau der Zellstoffwerke. Nachdem Uruguays Präsident Tabaré Vázquez Lagerräume und Docks für die Werke einweihte, schwellen die Proteste erneut an. Während des Iberoamerikanischen Gipfels Anfang November finden Verhandlungen unter der Vermittlung des spanischen Königs Juan Carlos I statt. Während des Gipfels wird das erste Werk eröffnet. Zuvor hat Uruguay den dem Werk am nächsten gelegenen Grenzübergang

zu Argentinien geschlossen. Aufgrund der Eröffnung des Werkes protestieren erneut über 10 000 Argentinier. Am 25. November schließt Uruguay die letzte offene Grenzbrücke zu Argentinien, um zu verhindern, dass Demonstranten die Grenze überschreiten. Beide Länder legen dem IGH mehrere Klagen vor. (eg, kow)

USA - Russland (Raktensystem)

Intensität: 2	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	USA vs. Russland	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

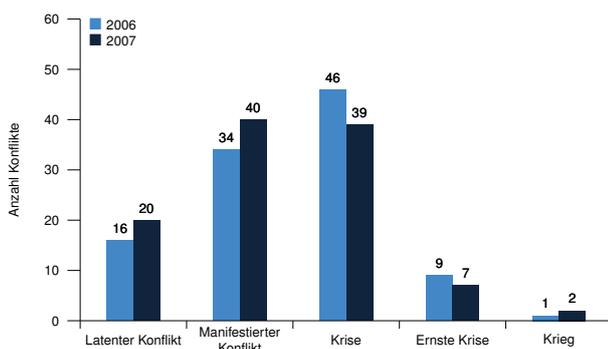
Der neue Konflikt zwischen den USA und Russland um internationale Macht wird ohne den Einsatz von Gewalt ausgetragen. Im Januar äußern die USA zum ersten Mal Pläne zur Installation eines Raketenabwehrsystems in Polen und Tschechien. Russland betrachtet dies als einen Versuch, die strategische Balance zwischen Russland und den NATO-Mitgliedern zu stören. Am 15. Februar droht Russlands Präsident Wladimir Putin damit, den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) außer Kraft zu setzen. Der KSE-Vertrag regelt den Abbau der Arsenale an Kurz- und Mittelstreckenraketen. Daraufhin bietet der amerikanische Präsident Ge-

orge W. Bush Russland am 28. März eine Zusammenarbeit in dem umstrittenen Programm an. Am 26. April verkündet Russland, es werde die im KSE-Vertrag vereinbarte Abrüstung einstellen. Washington fordert daraufhin, bestehende Verträge einzuhalten. Am 29. Mai testet Russland eine neue Interkontinentalrakete. Die USA bekräftigen ihre friedlichen Absichten und bieten erneut an, das Abwehrsystem in Zusammenarbeit mit Russland zu entwickeln. Am 8. Juni schlägt Russland vor, die Raketen in Aserbaidschan, der Türkei oder im Irak zu stationieren. Die USA bestehen jedoch auf dem ursprünglichen Plan, das Abwehrsystem in der Tschechischen Republik oder in Polen zu installieren. Als Reaktion darauf setzt Putin Mitte Juni endgültig den KSE-Vertrag außer Kraft und kündigt an, bis 2015 selbst ein Raketenabwehrsystem aufzubauen. Am 17. August gibt Russland bekannt, die Flüge von Langstreckenbomben wiederaufzunehmen, eine Praxis aus dem Kalten Krieg. Am selben Tag nähern sich solche Flugzeuge Alaska und der Insel Guam, auf der sich ein amerikanischer Militärstützpunkt befindet. Am 26. Oktober droht Russland mit der Wiederaufnahme der Produktion von Kurz- und Langstreckenraketen. (ms)

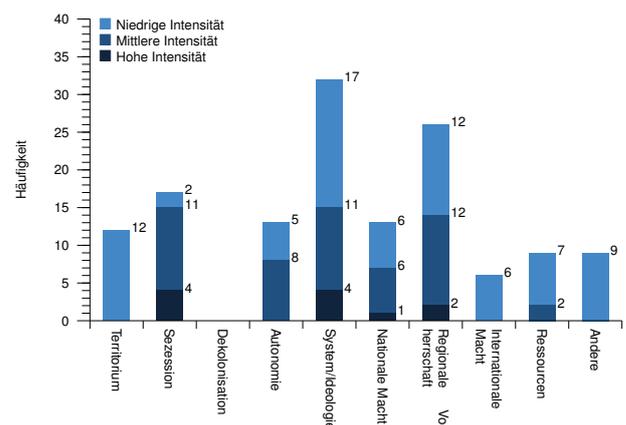
Asien und Ozeanien

Mit insgesamt 109 Auseinandersetzungen – fast einem Drittel aller Konflikte weltweit – ist Asien und Ozeanien erneut die Region mit den meisten Konflikten. Insgesamt werden 2007 zwei Konflikte mehr als im Vorjahr gezählt: der Konflikt zwischen den Sikhs und der Dera Sancha Sauda (DSS) in Indien [→ Indien (Sikhs – DSS)] sowie der Konflikt mit der Gemeinschaft der Madhesi in Nepal [→ Nepal (Madhesi/Terai)]. Mit insgesamt 18 zwischenstaatlichen und 91 innerstaatlichen Konflikten hat Asien und Ozeanien im globalen Vergleich eine besonders hohe Rate an innerstaatlichen Konflikten. Die meisten Konflikte werden über System/Ideologie und regionale Vorherrschaft ausgetragen. Die meisten gewaltsamen Auseinandersetzungen sind Konflikte um Sezession und System/Ideologie, während Konflikte über Territorium, internationale Macht und Ressourcen relativ friedlich verlaufen. Insgesamt kann ein Anstieg von nicht-gewaltsamen Konflikten beobachtet werden (61 im Vergleich zu 51 des Vorjahres), während die Zahl der gewaltsamen Konflikte abnimmt (46 im Vergleich zu 56). Dennoch ist Asien und Ozeanien mit insgesamt 39 Krisen (2006: 46) die Region mit den meisten Konflikten auf mittlerer Intensitätsstufe, sowohl absolut als auch relativ gesehen. Zudem werden 2007 sieben ernste Krisen (2006: neun) sowie zu zwei Kriege (2006: einer) in der Region beobachtet. Der Konflikt über regionale Vorherrschaft in der pakistanischen Provinz Wasiristan zwischen Regierungstruppen einerseits und Stammes- und ausländischen Milizen andererseits eskaliert zu einem Krieg [→ Pakistan (Nord- und Süd-Wasiristan)]. Besonders in der zweiten Hälfte des Jahres brechen heftige Kämpfe aus, die mehr als 1200 Menschenleben fordern. Im Zuge des anhaltenden Krieges zwischen der Regierung und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) in Sri Lanka werden tausende Menschen vertrieben [→ Sri Lanka (LTTE)]. Aufgrund der Fortschritte der Armee gegenüber der LTTE scheint die Regierung im Jahr 2007 eine militärische Lösung des Konflikts anzustreben. Im Zentrum des öffentlichen Interesses stehen in diesem Jahr insbesondere die Länder Myanmar und Pakistan: Zusätzlich zu den zahlreichen ethnischen Konflikten in Myanmar kommt es zu neuerlichen Auseinandersetzungen mit der demokratischen Oppositionsbewegung [→ Myanmar (Opposition)]. Ende September demonstrieren aufgrund der wirtschaftlichen Notlage im Land zehntausende großangelegten Demonstrationen gegen die Regierung. Da buddhistische Mönche den Kern der Proteste bilden, werden diese auch als "Safran-Revolution" bezeichnet. Die Regierung schlägt die Proteste gewaltsam nieder. In Pakistan sieht sich die Regierung neben dem Konflikt in Wasiristan auch von einer islamistischen und einer demokratischen Opposition, an deren Spitze die ehemalige Premierministerin Benazir Bhutto steht, bedrängt. Der Konflikt mit der islamistischen Opposition, die die säkulare Regierung Musharraf herausfordert und offen deren Bündnis mit den USA verurteilt, gerät in den Fokus des weltweiten öffentlichen Interesses, als Regierungstruppen die Rote Moschee in Islamabad erst belagern und dann stürmen. Dort hatten sich die Oberhäupter der Moschee und ihre Schüler verbarrikadiert [→ Pakistan (Islamisten)]. Im Oktober kehrt Benazir Bhutto aus dem Exil zurück. Sie überlebt einen Selbstmordanschlag bei einer Parade anlässlich ihrer Rückkehr in Karatschi. Bei dem Anschlag werden mindestens 130 Menschen getötet [→ Pakistan (Opposition)].

Konfliktintensitäten in Asien und Ozeanien 2007 im Vergleich zu 2006



Häufigkeit von Konfliktgegenständen 2007 in Asien und Ozeanien nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Asien und Ozeanien 2007

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bangladesch (AL - BNP)	AL vs. BNP, LDP vs. Übergangsregierung	Nationale Macht	1991	•	3
Bangladesch (JMB)	JMB vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2005	•	3
Bangladesch (PCJSS, UPDF/Chittagong Hill Tracts)	PCJSS, UPDF vs. Regierung	Autonomie	1971	•	2
Bangladesch - Indien	Bangladesch vs. Indien	Territorium, Ressourcen	1971	↘	2

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Bangladesch - Myanmar	Bangladesch vs. Myanmar	Territorium, Ressourcen	1991	•	2
Bangladesh (PCJSS - UPDF)	PCJSS vs. UPDF	Regionale Vorherrschaft	1997	↘	2
China (Falun Gong)	Falun Gong vs. Regierung	System/Ideologie	1999	•	2
China (Hui)	Hui vs. Regierung, Han	Andere	2004	•	2
China (pro-demokratische Parteien Hongkongs)	pro-demokratische Parteien Hongkongs vs. Regierung	Autonomie, System/Ideologie	1999	•	2
China (Taiwan)	Taiwan vs. China	Sezession	1949	•	2
China (Tibet)	tibetische Regierung im Exil, tibetische Separatisten vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	1912	↘	2
China (Xinjiang)	ETIM vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	1990	↗	3
China - Indien	China vs. Indien	Territorium, Internationale Macht	1949	•	1
China - Vietnam u.a.	China vs. Vietnam vs. Brunei vs. Indonesien vs. Philippinen vs. Singapur	Territorium, Ressourcen	1945	•	1
Fidschi (indigene traditionalistische Fidschianer)	indigene traditionalistische Fidschianer vs. Übergangsregierung, indigene nicht-traditionalistische Fidschianer, Fidschianer indischer Herkunft	Nationale Macht	1987	•	2
India (ATTF, ULFA, NLFT - Biharis, Bengalis)	ATTF, ULFA, NLFT vs. Biharis, Bengalis	Regionale Vorherrschaft	1981	•	3
Indien (ANVC - HNLC)	HNLC, Khasi-Stamm vs. ANVC, Garo-Stamm	Regionale Vorherrschaft	1995	•	2
Indien (Bodos - Santhals)	NDFB, Bodos vs. Santhals	Regionale Vorherrschaft	1994	•	2
Indien (Dimasa - Hmar)	DHD vs. HPC-D	Regionale Vorherrschaft	1986	↓	1
Indien (Dimasa/Assam)	DHD, Black Widow vs. Regierung	Autonomie	1980	•	3
Indien (Gujarat)	Hindus vs. Muslime	Regionale Vorherrschaft	1987	↗	2
Indien (Hmar/Mizoram, Manipur, Assam)	HPC-D, HNA vs. Regierung	Autonomie	1986	•	3
Indien (HNLC, ANVC/Meghalaya)	ANVC, HNLC vs. Regierung	Sezession	1995	•	3
Indien (Kaschmir)	Kaschmirische und pakistanische separatistische Gruppen vs. Regierung	Sezession	1947	•	4
Indien (KNF/Nagaland, Manipur)	KNF vs. Regierung	Sezession	1995	•	3
Indien (LTTE)	LTTE vs. Regierung	Andere	1987	•	1
Indien (MPLF, ZRA/Manipur)	MPLF, ZRA vs. Regierung	Sezession	1964	•	3
Indien (Nagas - Kukis)	NSCN vs. KNF, KNA, KLA	Regionale Vorherrschaft	1947	•	3
Indien (Naxaliten)	CPI (M) vs. Regierung	System/Ideologie	1997	•	4
Indien (NLFT/Tripura)	NLFT vs. Regierung	Sezession	1989	•	3
Indien (NSCN-K - NSCN-IM)	NSCN-K vs. NSCN-IM	Regionale Vorherrschaft	1988	•	3
Indien (NSCN/Nagaland)	NSCN-IM, NSCN-K vs. Regierung	Autonomie	1947	•	3
Indien (PULF, INF)	PULF, INF vs. Regierung	System/Ideologie	1993	•	3
Indien (Sikhs - DSS)	Sikhs vs. DSS	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	2007	NEW	3
Indien (Sikhs)	Sikhs vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	1947	•	2
Indien (ULFA, NDFB/Assam)	ULFA, NDFB vs. Regierung	Autonomie	1981	•	3
Indonesien (Dayak - Maduresen)	Dayak vs. Maduresen	Regionale Vorherrschaft	1998	•	1
Indonesien (GAM/Aceh)	GAM vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1953	↘	2
Indonesien (Jemaah Islamiyah)	Jemaah Islamiyah vs. Regierung	Nationale Macht	1981	•	2
Indonesien (Molukken)	Muslime vs. Christen	Regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Indonesien (OPM/Papua)	OPM vs. Regierung	Sezession, Ressourcen	1949	•	3
Indonesien (Sulawesi)	Christen vs. Muslime	Regionale Vorherrschaft	1998	•	3
Indonesien - Osttimor	Indonesien vs. Osttimor	Andere	2002	↘	1
Japan - China (Senkaku-Diaoyu-Insel)	Japan vs. China	Territorium	1972	•	2
Japan - Russland (Kurilen)	Japan vs. Russland	Territorium	1945	↘	2

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Japan - Südkorea (Takeshima-/Tokto-Inseln)	Japan vs. Südkorea	Territorium	1945	↗	2
Kambodscha (CFF)	CFF vs. Regierung	Ressourcen	2000	•	1
Kambodscha (CPP - FUNCINPEC, SRP)	CPP vs. FUNCINPEC, SRP	System/Ideologie, Nationale Macht	1979	↘	1
Kambodscha - Vietnam	Kambodscha vs. Vietnam	Territorium	1969	•	1
Kasachstan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	2004	↘	2
Kirgisistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	2005	↘	2
Laos (Hmong, Royalisten)	Hmong, Royalisten vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1975	•	3
Malaysia (ethnische Chinesen, Inder)	ethnische Chinesen vs. Malayen, Inder	Regionale Vorherrschaft	1946	↗	2
Malaysia (KMM)	KMM vs. Regierung	System/Ideologie	1998	↘	1
Malaysia - Indonesien, Philippinen (Einwanderer)	Malaysia vs. Indonesien, Philippinen	Andere	1998	•	2
Malediven (MDP)	Malediven vs. MDP	System/Ideologie	2003	•	2
Myanmar (Arakan-Armee, NUFA/Rakhine-Staat)	Arakan-Armee, NUPA vs. Regierung	Sezession	1947	•	3
Myanmar (CNA, CNF/Chin-Staat)	CNA, CNF vs. Regierung	Sezession	1988	•	3
Myanmar (KIA, KIO/Kachin-Staat)	KIA, KIO vs. Regierung	Autonomie	1961	•	2
Myanmar (KNU, KNLA, KNPP, KnA - UWSA, DKBA, Regierung / Karen-Staat, Kayahi-Staat)	KNU, KNLA, KNPP, KnA vs. UWSA, DKBA, Regierung	Sezession	1948	•	4
Myanmar (MNLA, NMSP, MRA, HRP/Mon-Staat, Karen-Staat)	MNLA, NMSP, MRA, HRP vs. Regierung	Sezession	1958	•	3
Myanmar (Opposition)	NLD, AABBM vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1982	↑	4
Myanmar (Rohingyas, ARNO/Rakhine State)	ARNO vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	1948	•	3
Myanmar (SSA-S, SSNA, SSA-N - Regierung, UWSA, UWSP, NDAA-ESS / Shan-Staat)	SSA-S, SSNA, SSA-N vs. UWSA, NDAA-ESS, Regierung	Sezession	1995	•	3
Myanmar (UWSA, UWSP/Wa-Staat, Shan-Staat)	UWSA, UWSP vs. Regierung	Autonomie	1988	•	2
Nepal (Madhesis/Terai)	Madheshi-Gemeinschaft vs. Regierung	Autonomie	2007	NEW	3
Nepal (Maoisten)	CPN-M vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1990	•	3
Nepal (Opposition)	Oppositionsparteien vs. Regierung	System/Ideologie	2002	↘	2
Nepal - Bhutan (Flüchtlinge)	Nepal vs. Bhutan	Andere	1985	•	2
Nordkorea - Südkorea	Nordkorea vs. Südkorea	System/Ideologie, Internationale Macht	1945	•	2
Nordkorea - USA, Japan	Nordkorea vs. USA, Japan	System/Ideologie, Internationale Macht	1990	•	2
Osttimor (Opposition)	CNRT vs. FRETILIN vs. Loromonu, Veteranen vs. Lorosa'e, Regierung	Nationale Macht	2006	•	3
Osttimor - Australien	Osttimor vs. Australien	Ressourcen	2002	END	1
Pakistan (Belutschen)	BLA, BRA, BLF vs. Regierung	Autonomie, Ressourcen	1998	↘	3
Pakistan (Islamisten)	Islamisten, Muttahida Majlis-e-Amal vs. Regierung	System/Ideologie	2001	↗	4
Pakistan (Nord- und Südwasiristan)	Stammesmilizen, ausländische Milizen vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	2002	↗	5
Pakistan (Opposition)	Opposition, PPP vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1998	↑	3
Pakistan (Sunniten - Schiiten)	militante Schiiten vs. militante Sunniten, Regierung	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	1998	•	4

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Pakistan - Indien	Pakistan vs. Indien	Territorium, Internationale Macht	1947	•	2
Philippinen (Abu Sayyaf/Mindanao)	Abu Sayyaf vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie	1991	↘	3
Philippinen (MILF/Mindanao)	MILF vs. Regierung	Autonomie, System/Ideologie	1977	•	3
Philippinen (MNLF/Mindanao)	MNLF vs. MNLF - Malik-Faktion vs. Regierung	Autonomie, Regionale Vorherrschaft	1969	↗	3
Philippinen (NPA, CPP)	NPA vs. Regierung	System/Ideologie	1968	•	3
Salomonen (Opposition)	Opposition vs. Regierung	Nationale Macht, Ressourcen	1998	↘	2
Singapur (Jemaah Islamiah)	Jemaah Islamiah vs. Regierung	System/Ideologie	1999	↘	1
Singapur (Malaien)	Malaien vs. Regierung	Andere	1963	END	1
Singapur - Malaysia	Singapur vs. Malaysia	Territorium, Internationale Macht	1963	↘	1
Sri Lanka (Buddhisten - Hindus, Muslime, Christen)	singhalesische Nationalisten, konservativer buddhistischer Klerus vs. Hindus, Muslime, Christen	System/Ideologie	1948	↘	2
Sri Lanka (Hochland-Tamilen)	Hochland-Tamilen vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	1948	•	1
Sri Lanka (Jamiyathul Ulama - Sufis)	Jamiyathul Ulama vs. Sufis	Regionale Vorherrschaft	1978	•	3
Sri Lanka (LTTE - EPDP)	LTTE vs. EPDP	Regionale Vorherrschaft	1986	•	3
Sri Lanka (LTTE - JVP)	LTTE vs. JVP	Andere	1976	•	2
Sri Lanka (LTTE - PLOTE)	LTTE vs. PLOTE	Regionale Vorherrschaft	1979	↘	2
Sri Lanka (LTTE)	LTTE vs. Regierung	Sezession	1976	•	5
Sri Lanka (LTTE, Tamilen - SLMC, Muslime)	LTTE, Tamilen vs. SLMC, Muslime	Regionale Vorherrschaft	1976	•	3
Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTE)	LTTE-Ost vs. LTTE	Regionale Vorherrschaft	2004	↘	3
Sri Lanka (singhalesische Nationalisten)	singhalesische Nationalisten, konservativer buddhistischer Klerus, JHU vs. Regierung	System/Ideologie	1948	↘	1
Sri Lanka (SLMC)	SLMC vs. Regierung	Andere	1981	↘	1
Tadschikistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie	1997	•	3
Thailand (muslimische Separatisten/südliche Grenzprovinzen)	muslimische Separatisten vs. Regierung	Sezession	1784	•	4
Thailand (nördliche Hügelstämme)	Nördliche Hügelstämme vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	1955	•	1
Thailand (PPP - Übergangsregierung)	PPP vs. Übergangsregierung	Nationale Macht	2006	•	2
Thailand - Kambodscha	Thailand vs. Kambodscha	Territorium, Internationale Macht	1954	•	1
Thailand - Myanmar	Thailand vs. Myanmar	Territorium, Andere	1948	•	2
Tonga (Opposition)	HRDM vs. Regierung	System/Ideologie	1970	↘	2
Usbekistan (IMU)	IMU vs. Regierung	System/Ideologie	1991	↘	2
Usbekistan (Opposition)	Opposition vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2005	•	2
Vietnam (Khmer Krom)	Khmer Krom, KKNLF vs. Regierung	Regionale Vorherrschaft	2002	•	1

^{1 2 3 4} siehe Übersichtstabelle von Europa

Bangladesch (AL - BNP)

Intensität: **3** Änderung: • Beginn: 1991
 Konfliktparteien: AL vs. BNP, LDP vs. Übergangsregierung
 Konfliktgegenstände: Nationale Macht

Der Konflikt um nationale Macht zwischen den zwei wichtigsten Oppositionsparteien, der Awami-Liga (AL) auf der einen und der Nationalpartei Bangladesch (BNP) sowie deren Abkömmling, der Liberaldemokratischen Partei (LDP), auf der anderen Seite, dauert an. Am 11. Januar übernimmt eine vom Militär unterstützte Über-

gangsregierung die Macht und ruft den Notstand aus. Dieser bleibt während des gesamten Jahres in Kraft und schränkt die Bürgerrechte und politische Aktivitäten ein. Die geplanten Wahlen werden erneut verschoben und eine Kampagne zur Bekämpfung der Korruption gestartet. Khaleda Zia, die Vorsitzende der BNP und ehemalige Premierministerin von Bangladesch sowie ihr größter politischer Rivale, Sheikh Hasina von der AL, werden am 16. Juli bzw. am 3. September inhaftiert. Sie werden wegen Erpressung, Korruption und Machtmissbrauch an-

geklagt. Der Oberste Gerichtshof lehnt Ende 2007 den Einspruch gegen diese Anklagepunkte ab. Im Juli werden 200 000 Menschen verhaftet. Menschenrechtsorganisationen behaupten, dass Mitglieder der Armee, der Polizei und der Schnellen Einsatztruppe (RAB) an Folter und außergerichtlichen Tötungen beteiligt sind. In Bangladesch wächst der Unmut über die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse, Studentenproteste weiten sich aus. Dennoch verspricht die Interimsregierung, die demokratischen Verhältnisse wieder herzustellen, indem sie Neuwahlen für Ende 2008 ankündigt und sowohl der AL als auch der BNP erlaubt, am Wahlkampf teilzunehmen.

(bk, cs)

Bangladesch (JMB)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	JMB vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht und System zwischen der Jamaat-ul-Mujahideen Bangladesch (JMB) und der Regierung wird weiterhin mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen. Sowohl der Oberste Gerichtshof als auch Präsident Iajuddin Ahmed lehnen den Einspruch gegen die Exekution von sechs Häftlingen, die wegen Beteiligung an der Ermordung von zwei Richtern sowie einer landesweiten Serie von Sprengstoffanschlägen im Jahre 2005 verurteilt wurden, ab. Sie werden Ende März gehängt. Unter ihnen sind der Vorsitzende der JMB sowie dessen Stellvertreter. Im Verlauf dieser Ereignisse erschießen Unbekannte einen Rechtsanwalt, der die sechs Angeklagten strafrechtlich verfolgt hatte. Die Rebellen setzen ihre Operationen trotz weiterer Verhaftungen und Urteile gegen JMB-Mitglieder fort. Am 1. Mai werden fast zeitgleich drei Bombenanschläge verübt. Zwei Hauptanführer der JMB sowie drei weitere Mitglieder werden bei mehreren Razzien am 9. und 10. Juli verhaftet. (bk, cs)

China (Taiwan)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1949
Konfliktparteien:	Taiwan vs. China	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen Taiwan und China dauert an. China betrachtet Taiwan als eine abtrünnige Region, Taiwan hingegen sieht sich selbst weiterhin als die legitime Republik China an. Im Februar testet Taiwan einen Marschflugkörper, der in der Lage ist, Schanghai oder Hong Kong zu treffen. Das amerikanische Verteidigungsministerium gibt im März bekannt, dass es 218 Luft-Luft-Raketen und 235 Maverick-Raketen an Taiwan verkaufen werde, um damit die taiwanesischen Streitkräfte in ihren Modernisierungsplänen zu unterstützen. China fordert die USA auf, den Verkauf zu annullieren. Im Mai nimmt St. Lucia seine diplomatischen Beziehungen zu Taiwan wieder auf. Als Reaktion darauf droht China mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu dem Inselstaat. Am 20. Juli bewirbt sich Taiwan ohne Erfolg für eine Aufnahme in die UN. Dabei benutzt Taiwan zum ersten Mal nicht den Terminus "Republik China". Im

September demonstrieren 250 000 Taiwanesen für die Aufnahme in die UN. Im Falle einer Unabhängigkeitserklärung droht China mit einem Angriff auf Taiwan. (ar)

China (Tibet)

Intensität: 2	Änderung: ▾	Beginn: 1912
Konfliktparteien:	tibetische Regierung im Exil, tibetische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen Tibet und China um den Status Tibets entspannt sich. Die chinesische Regierung plant, die Investitionen in den Ausbau der Infrastruktur in abgelegenen Gebieten zu erhöhen. Am April verkünden pro-tibetische Aktivisten die Volljährigkeit des Panchen Lama, der vom Dalai Lama zur zweithöchsten Figur des tibetischen Buddhismus erhoben worden ist. Er ist seit dem Jahre 1995, als die chinesischen Behörden dessen Berufung abgelehnt und darauf ihren eigenen Panchen Lama ernannt haben, nicht mehr in der Öffentlichkeit gesehen worden. Im Juni trifft sich der australische Premierminister John Howard in Sydney mit dem Dalai Lama und ignoriert damit heftige Einwände Chinas. Eine Gruppe Tibeter sowie pro-tibetische Aktivisten werden im August in China verhaftet, nachdem sie gegen Chinas Tibet-Politik protestierten. Vor dem 17. Kongress der Kommunistischen Partei im Oktober startet China eine Razzia gegen Regimekritiker, darunter auch Aktivisten für die Unabhängigkeit Tibets. Im September trifft die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in Berlin den Dalai Lama trotz chinesischer Proteste zu Gesprächen. China kritisiert dieses Treffen und sagt geplante Gespräche mit der deutschen Justizministerin ab. Im Oktober wird dem Dalai Lama die Goldmedaille des amerikanischen Kongresses verliehen. Diese hohe Auszeichnung brüskiert die Volksrepublik. Mehrere tibetische Mönche, die in der Hauptstadt Lhasa diesen Preis feiern, werden von der chinesischen Polizei verhaftet. (jd)

China (Xinjiang)

Intensität: 3	Änderung: ⚡	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	ETIM vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen den Uiguren, der muslimischen Minderheit der autonomen Region Xinjiang, und der chinesischen Regierung überschreitet die Schwelle zur Gewalt. Im November 2006 wird der Sohn Rebiya Kadeers, einer bekannten Aktivistin für die Rechte der Uiguren, wegen Steuerhinterziehung inhaftiert. Menschenrechtsorganisationen bezeichnen dies als einen Racheakt für Kadeers Arbeit. Am 5. Januar werden bei einer Polizeirazzia gegen ein angebliches Trainingscamp der separatistischen Islamischen Bewegung Ost-Turkestans (ETIM) 19 Menschen, darunter ein Polizist, getötet. 17 Verdächtige werden festgenommen und 1500 Handgranaten sichergestellt. Im Februar wird Ismael Semed, ein Aktivist der uigurischen Bewegung, wegen Waffenbesitzes und Gründung der ETIM hingerichtet. Die kanadische Regierung, die Semed als einen politischen Flüchtling eingebürgert hat, verurteilt die Hinrichtung. (jd)

Fidschi (indigene traditionalistische Fidschianer)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1987
Konfliktparteien:	indigene traditionalistische Fidschianer vs. Übergangsregierung, indigene nicht-traditionalistische Fidschianer, Fidschianer indischer Herkunft	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt um nationale Macht zwischen indigenen Fidschianern, die an die Überlegenheit ihrer kulturellen Herkunft glauben, solchen ohne Glaube an die eigene Überlegenheit sowie Fidschianern indischer Herkunft dauert an. Die letztere Gruppe stellt seit einem Staatsstreich im Dezember 2006, bei dem die bisherige Regierung von Laisenia Qarase gestürzt wird, die Regierung. Commodore Ratu Josaia Voreqe Frank Bainimarama enthebt auch Präsident Josefa Iloilo seines Amtes, ernennt sich selbst zum Präsidenten und ruft den Notstand aus. Als Gründe für den Staatsstreich nennt Bainimarama die im Land herrschende Korruption und die von Qarases Regierung ausgelösten ethnischen Spannungen. Nach dem Putsch versucht Bainimarama die Vollversammlung der Stammesoberhäupter davon zu überzeugen, einen neuen Präsidenten zu wählen, dessen Aufgabe es gewesen wäre, die von Bainimarama eingesetzte Übergangsregierung unter Jona Baravilala Senilagakali zu legalisieren. Da sich die Stammesoberhäupter weigern, ernennt Bainimarama im Januar Iloilo wieder zum Präsidenten, der wiederum Bainimarama zum Premierminister ernennt. Ende Mai wird der Notstand aufgehoben, am 7. September jedoch für einen Monat erneut ausgerufen. Anfang November werden mehrere Politiker und Geschäftsleute verhaftet. Bainimarama kündigt für den März 2009 Neuwahlen an. (ct)

Indien (Dimasa/Assam)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1980
Konfliktparteien:	DHD, Black Widow vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Der Autonomiekonflikt zwischen den militanten Gruppierungen der Dimasa, namentlich der Schwarze Witwe (BW) und Dima Halim Daoga (DHD), und der Zentralregierung dauert an. Im Januar verlängert die Regierung das Waffenstillstandsabkommen mit der DHD aus dem Jahre 2003 um ein weiteres Jahr. Im Juni töten Mitglieder der BW den ehemaligen Vorstandschef sowie ein geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Autonomen Bezirksrates des Distrikts North Cachar (NC) Hill. Im September führen Kader der BW eine Razzia in Kanjar Basti im Distrikt Karbi Anglong durch und setzen dabei mehrere Geschäfte und Häuser in Brand. Am 2. November töten Mitglieder der BW sieben Angehörige der Zentralen Reservepolizei in einem Hinterhalt. Die Rebellen der BW provozieren regelmäßig Zusammenstöße mit Kadern der DHD und gewinnen die Oberhand im NC Hills-Distrikt in Assam. Mindestens 65 Menschen – Rebellen, Sicherheitskräfte und auch Zivilisten – kommen ums Leben.

(ar)

Indien (Kaschmir)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Kaschmirische und pakistanische separatistische Gruppen vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen militanten Separatisten im indischen Bundesstaat Jammu und Kaschmir (J&K) und der Regierung dauert an. Fast täglich stoßen Rebellen und Sicherheitskräfte zusammen. Allein 2007 werden schätzungsweise 745 Menschen getötet. Die moderate Allparteien Freiheitskonferenz (APHC) verlangt die Entsendung von Truppen, doch dies wird sowohl von der Zentralregierung als auch vom Minister des Bundesstaates, Ghulam Nabi Azad, abgelehnt. Die Zentralregierung veranstaltete eine Konferenz in Neu-Delhi, zu der auch politische Parteien aus Kaschmir eingeladen werden. Indischen Sicherheitskräften wird vorgeworfen, bei gestellten Feuergefechten Zivilisten getötet zu haben. Am 6. Februar erklären Separatisten einen Generalstreik, um gegen derartige außergerichtliche Tötungen zu demonstrieren. Die Aktion findet in der Öffentlichkeit große Unterstützung. Später werden die Anschuldigungen bestätigt und am 3. April wird eine Aufklärungskommission ins Leben gerufen. Seit April überqueren pakistanische Rebellen, aber auch Milizen aus Bangladesch die Landesgrenze über die Waffenstillstandslinie. Am 21. Mai wird von den beteiligten Sicherheitsbehörden in Neu-Delhi eine Dienststelle zur Koordination der Bekämpfung der Eindringlinge gegründet. Außer den Zusammenstößen werden mindestens 20 Terrorangriffe auf Zivilisten beobachtet, bei denen auch Polizisten und Politiker getötet werden. Beispielsweise wird am 1. April ein Mitglied des Kongresses erschossen. Die Rebellen nehmen auch Ziele der Infrastruktur ins Visier, z.B. das Eisenbahnnetz. Bei einem solchen Anschlag wird am 16. April ein Arbeiter getötet. (yf)

Indien (MPLF, ZRA/Manipur)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1964
Konfliktparteien:	MPLF, ZRA vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Konflikt in Manipur zwischen verschiedenen Separatistengruppen und der Regierung dauert an. Fast täglich stoßen Separatisten und staatliche Sicherheitskräfte zusammen. Die Gruppierungen Vereinte Nationale Befreiungsfront (UNLF), Volksbefreiungsarmee (PLA) und Volksrevolutionspartei Kangleipaks (PRE-PAK) schließen sich zusammen und bilden die Volksbefreiungsfront Manipurs (MPLF). Die Revolutionspartei Zomi (ZRA) verfolgt dasselbe Ziel. Neben militärischen Zusammenstößen verübt insbesondere die UNLF terroristische Gewalt, um die Regierung unter Druck zu setzen. Weder die UNLF noch die PLA wollen mit der indischen Regierung verhandeln.

(kep)

Indien (Naxaliten)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1997
Konfliktparteien:	CPI (M) vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der ideologische Konflikt zwischen der Kommunistisch-Maoistischen Partei Indiens (CPI-M) und der Regierung dauert auf demselben Gewaltniveau an. Die Naxaliten kontrollieren einen Teil Indiens, in welchem die Partei auch Steuern eintreibt und Sicherheitskräfte stellt. Dieses Gebiet, auch als der Rote Korridor bekannt, umfaßt hauptsächlich die ländliche Region zwischen Nepal und Zentralindien. Besonders die Bundesstaaten Andhra Pradesh, Bihar, Chhattisgarh und Jharkhand sind von dem Konflikt betroffen. In Chhattisgarh siedelt die Bundesregierung etwa 43.000 Menschen um, um den Naxaliten die Versorgung abzuschneiden. Während der ersten Hälfte des Jahres 2007 kommen mehr als 450 Menschen bei etwa 800 Zusammenstößen mit den Naxaliten ums Leben. Am 4. März erschießen CPI-M-Aktivisten in Jharkhand das Parlamentsmitglied Sunil Kumar Mahato. Am 15. März töteten die maoistischen Rebellen 55 Mitglieder der von der Regierung unterstützten Zivilmiliz in Dantewada, Chhattisgarh. Daraufhin verlegt der Bundesstaat Andhra Pradesh Spezialeinheiten in das Gebiet, um gegen die Naxaliten vorzugehen. Sicherheitskräfte entdecken mehrfach schwere Waffen wie z.B. Raketenwerfer, Landminen und Maschinengewehre. (cb)

Indien (NLFT/Tripura)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	NLFT vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der Nationalen Befreiungsfront von Tripura (NLFT) und der Regierung wird weiterhin mit dem Einsatz von Gewalt ausgetragen. Am 26. Dezember 2006 verüben NLFT-Mitglieder zwei Bombenanschläge auf eine Schienenbaustelle im West-Tripura-Distrikt. Außerdem nimmt die NLFT mehrere Geiseln, um ihren Forderungen nach der Unabhängigkeit Tripuras Nachdruck zu verleihen. Bei einem Zusammenstoß am 24. Februar kommt ein Rebell ums Leben. Anfang März werden zwei Polizisten, ein Rebell und zwei Zivilisten getötet. Der Polizeigeheimdienst von Tripura wirft den die Rebellen vor, eine neue Offensive gegen die Sicherheitskräfte zu planen und in Bangladesch Rebellencamps zu bauen. Am 6. Juni töteten Grenzbeamte zwei NLFT-Mitglieder. Bereits zwei Tage zuvor sind zwei weitere Rebellen im West-Tripura Distrikt erschossen worden. (fs)

Indien (NSCN-K - NSCN-IM)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1988
Konfliktparteien:	NSCN-K vs. NSCN-IM	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft zwischen der Nationalen Sozialistischen Versammlung Nagaland-Khaplang (NSCN-K) und der NSCN-Fraktion Isak-Muivah (NSCN-IM) wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Beide Parteien wollen im Nordosten Indiens einen unabhängigen Staat namens Groß-Nagaland gründen.

Während sich aber die NSCN-IM, die über etwa 4 500 bewaffnete Kämpfer verfügt, auf die Ideologie Mao Zedongs und auf die christliche Religion beruft, ist das Hauptziel der NSCN-K ein unabhängiges Nagaland, das auch Naga-bewohnte Gebiete im benachbarten Myanmar umfasst. Am 9. Januar gibt die NSCN-IM bekannt, sich völlig von der NSCN-K abspalten zu wollen. Während des letzten Jahres wurden mindestens 39 Mitglieder der NSCN-IM in verschiedenen Angriffen und Hinterhalten der NSCN-K getötet, während die letztere mindestens 21 Kämpfer verliert. Der offiziellen Homepage der NSCN-K zufolge unterzeichnen jedoch führende Mitglieder beider Fraktionen einen Vereinigungsvertrag, in dem ein Waffenstillstand zwischen den beiden Gruppen und die Kooperation mit dem gemeinsamen Ziel der Staatsgründung des unabhängigen Nagalands beschlossen wird. (jjh)

Indien (Sikhs - DSS)

Intensität: 3	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	Sikhs vs. DSS	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	

Im Mai tritt ein neuer Konflikt im Nordwesten Indiens auf, der die Sikh-Religion und die synkretistische Religionsgemeinschaft der Dera Sacha Sauda (DSS) betrifft. Auslöser für den Konflikt ist eine Werbeanzeige des religiösen Führers der DSS, Gurmeet Ram Raheem Singh. Die Sikh werfen Singh vor, auf dem Anzeigenbild wie eine ihrer religiösen Hauptfiguren gekleidet zu sein und damit ihre Religion beleidigt zu haben. Der Führer der DSS weist diese Anschuldigungen zurück. Des Weiteren hat die DSS bei den Bundesstaatswahlen im Februar eine andere politische Partei Mehrheit der Sikh unterstützt. Am 17. Mai führen die Spannungen besonders in den Bundesstaaten Punjab, Haryana und Rajasthan zu Demonstrationen beider Seiten mit jeweils zehntausenden, teils bewaffneten Anhängern. Manche Proteste verlaufen gewaltsam, mindestens eine Person kommt ums Leben und mehrere Menschen werden verletzt. Die indische Regierung entsendet Truppen der paramilitärischen Schnellen Einsatztruppe in die Region. Am 22. Mai ruft die Gemeinde der Sikh im Punjab einen Generalstreik aus. Tausende zusätzliche Polizei- und Militärangehörige werden entsendet. Am 28. Mai entschuldigt sich der Führer der DSS "um der Menschlichkeit willen".

(ct)

Indien (ULFA, NDFB/Assam)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1981
Konfliktparteien:	ULFA, NDFB vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

XX
(ds)

Indonesien (GAM/Aceh)

Intensität: 2	Änderung: ▾	Beginn: 1953
Konfliktparteien:	GAM vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, Ressourcen	

Der Konflikt um den Status der Provinz Aceh zwischen

der Bewegung Freies Aceh (GAM) und der Regierung deeskaliert weiter und wird nun ohne den Einsatz von Gewalt geführt. Beide Seiten befolgen die Vereinbarungen des 2005 geschlossenen Friedensabkommens, welches der Provinz im Austausch für eine vollständige Entwaffnung der GAM besondere Autonomierechte zugesteht. Wie im Friedensabkommen beschlossen, werden am 12. November 2006 zum ersten Mal in der Geschichte der Provinz uneingeschränkte und direkte Lokal-, Distrikts- und Provinzwahlen abgehalten. Drei Tage später endet die von der EU und ASEAN geleitete Aceh Beobachtungsmission (AMM), die die Implementierung des Friedensabkommens überwacht hatte. Irwandi Yusuf, ehemaliger Rebell und nun unabhängiger Kandidat, der von GAM-Führern unterstützt wird, gewinnt die Wahl und wird am 8. Februar als Gouverneur vereidigt. Dennoch bleibt der Konflikt bestehen und dreht sich nun um die Machtverteilung zwischen der Provinzregierung Acehs und der Hauptstadt Jakarta. Am 21. April protestiert Irwandi Yusuf gegen einen Gesetzesentwurf, welcher einen größeren Einfluss der nationalen Regierung auf Angelegenheiten der Provinz vorsieht. Laut Yusuf verstößt dies gegen das Friedensabkommen von Helsinki. Er droht mit der Wiedereröffnung der Verhandlungen über bestimmte Aspekte des Friedensabkommens. (nr)

Indonesien (Molukken)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Muslime vs. Christen	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt um regionale Vorherrschaft auf den Molukken-Inseln zwischen Muslimen und Christen dauert an. Beide religiösen Gemeinschaften versuchen, die bevorstehende Restrukturierung eines Verwaltungsdistrikts nach ihren jeweiligen Vorstellungen zu beeinflussen. Die Umstrukturierung ist Teil einer landesweiten Administrations- und Territoriumsreform. Gelegentliche kleinere Zusammenstöße zwischen Polizei, Christen und Muslimen seit April gipfeln am 22. August in Ternate, Nord-Molukken, in einem gewaltsamen Zusammenstoß zwischen muslimischen Demonstranten und der Polizei. Dabei werden 15 Menschen verletzt. Bei den Demonstranten handelt es sich hauptsächlich um Anhänger eines örtlichen Sultans, welcher kurz zuvor durch die Wahlkommission der Provinz von der für September angesetzte Gouverneurswahl ausgeschlossen worden war. Der Kommission zufolge erfüllt der Sultan die administrativen Anforderungen nicht. (nr)

Japan - Südkorea (Takeshima-/Tokto-Inseln)

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1945
Konfliktparteien:	Japan vs. Südkorea	
Konfliktgegenstände:	Territorium	

Der Konflikt um die Takeshima/Tokto-Inseln zwischen Japan und Südkorea intensiviert sich. Im Zuge des Aufbaus einer Küstenflotte bestellt Südkorea sechs Zerstörer. Der erste dieser Zerstörer wird "Tokto" getauft. Südkorea begründet die Expansion der Flotte unter anderem mit dem Konflikt mit Japan. Gespräche über die

Demarkation der Wirtschaftszonen um die Inseln herum enden ergebnislos. Das japanische Verteidigungsweißbuch für das Jahr 2007 schließt die Inselgruppe explizit in das japanische Territorium ein. Um eine militärische Eskalation des Konfliktes zu verhindern, einigen sich beide Seiten auf die Einrichtung einer direkten Telefonverbindung zueinander. (dar)

Kasachstan (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt um das politische System zwischen der Opposition und der Regierung unter Präsident Nursultan Nazarbajev deeskaliert. Am 12. Mai 2006 wird der Vorsitzende der Oppositionspartei, Bolat Abilov, wegen Betrugs angeklagt. Er bezeichnet dies jedoch als einen politischen Schachzug. Am 30. Dezember 2006 vereinigen sich die Bürgerliche Partei und die Landwirtschaftliche Partei mit der regierenden Nur-Otan-Partei, was die Macht der Nur-Otan-Partei weiter ausdehnt. Am 8. Januar tritt der Premierminister Daniyal Akhmetov ohne Angabe von Gründen zurück, an seine Stelle tritt Karim Masimov. Am 18. Mai verabschiedet das Parlament eine Verfassungsänderung, welche es dem Präsidenten ermöglicht, auf unbegrenzte Zeit im Amt zu bleiben. Nazarbajev löst im Juni das Parlament auf, um Neuwahlen abhalten zu können. Diese finden am 18. August statt. Bei den Neuwahlen gewinnt die Nur-Otan-Partei von Nazarbajev sämtliche Sitze im Parlament. Allerdings entspricht der Ablauf der Wahl nicht den internationalen Kriterien für faire Wahlen. Die Opposition beschwert sich über schwerwiegende Wahlmanipulationen. (ac)

Kirgisistan (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ↘	Beginn: 2005
Konfliktparteien:	Opposition vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Obwohl der Konflikt zwischen der Opposition und der Regierung um das politische System nicht mehr gewalttätig ausgetragen wird, nimmt die allgemeine Unzufriedenheit mit Präsident Kurmanbek Bakijew zu. Am 9. November wird eine neue Verfassung verabschiedet, die die präsidiale Macht einschränkt. Am 19. Dezember tritt die Regierung von Premierminister Feliks Kulow zurück. Drei Tage später einigt sich das Parlament auf eine Wiederherstellung einiger präsidialer Befugnisse. Azim Isabekow wird am 29. Januar zum neuen Premierminister gewählt. Im März tritt die neue Regierung jedoch zurück, und Almaz Atambajew wird zum Nachfolger Isabekows ernannt. Am 11. April fordern Demonstranten bei friedlichen Protesten den Rücktritt Bakijews. Dieser unterzeichnet am folgenden Tag einen Verfassungszusatz, der seine Autorität einschränken soll. Die Befugnisse des Präsidenten werden jedoch erneut durch einen anderen Verfassungszusatz erweitert, welcher am 21. Oktober durch ein Referendum verabschiedet wird. Einen Tag nach dem Referendum löst Bakijew das Parlament auf und kündigt für Mitte Dezember Neuwahlen an. Pre-

mierminister Atambajew tritt am 28. November, kurz vor den angekündigten Neuwahlen, zurück. (ac)

Laos (Hmong, Royalisten)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Hmong, Royalisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt der Regierung mit den Hmong und Royalisten dauert auf einem gewaltsamen Niveau an. Viele Hmong leben mittlerweile in anderen Ländern, zumeist in Thailand und den USA. Nur noch etwa 10.000 Hmong leben in den Waldgebieten nahe der thailändischen Grenze. Die Stämme, die noch in Laos verbleiben, stellen laut Hmong-Aktivisten, Journalisten und diversen NGOs keine Bedrohung für die laotische Regierung dar. Dennoch führt die Armee mehrere organisierte Militäraktionen gegen die Hmong durch, bei denen durch direkte und indirekte Gewalt einige Menschen zu Tode kommen. In einem Bericht von Amnesty International werden die Regierungstruppen beschuldigt, am 6. April Angehörige der Hmong in der Nähe der Stadt Vang Vieng angegriffen zu haben, wobei mindestens 26 Menschen, zumeist Frauen und Kinder, getötet worden seien. Die laotischen Regierungsbehörden bestreiten diesen Angriff jedoch. Hmong berichten im Juni von Angriffen seitens der Armee, die mindestens 57 Angehörige ihrer Ethnie das Leben gekostet haben sollen. Im November schickt die thailändische Regierung 53 Hmong, die in inoffiziellen Flüchtlingslagern in Thailand lebten, nach Laos zurück. Im Juni verhaften US-amerikanische Behörden neun Menschen unter dem Vorwurf, einen gewaltsamen Sturz der kommunistischen Regierung in Laos geplant zu haben. Unter den Verhafteten befindet sich Vang Pao, den Anführer der US-amerikanischen Hmong-Gemeinde. Die Gruppe wird beschuldigt, Maschinengewehre, Raketen und Sprengstoff angekauft zu haben, um Anschläge auf Regierungseinrichtungen in der Hauptstadt Vientiane zu verüben. (thw)

Myanmar (KNU, KNLA, KNPP, KnA - UWSA, DKBA, Regierung / Karen-Staat, Kayahi-Staat)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1948
Konfliktparteien:	KNU, KNLA, KNPP, KnA vs. UWSA, DKBA, Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen der Nationalen Befreiungsarmee der Karen (KNLA), dem militärischen Arm der Nationalen Union der Karen (KNU), und der Karenni-Armee (KnA), dem militärischen Arm der Nationalen Fortschrittspartei der Karen (KNPP) einerseits und der Regierung, die durch die Armee des Vereinten Wa-Staats (UWSA) und der Demokratischen Buddhistischen Armee der Karen (DKBA) unterstützt wird, dauert fort. Die KNU, die über etwa 12.000 bewaffnete Kämpfer verfügt, fordert einen unabhängigen Karen-Staat. Obwohl viele ethnische Rebellengruppen Waffenstillstandsabkommen mit der Regierung abgeschlossen haben, haben die im Jahre 2004 abgehaltenen Friedensgespräche zwischen der KNU und der Regierung nur zu einer temporären Deeskalation geführt. Im Januar legen China und Russland ein Veto gegen eine von den USA

vorgeschlagene UN-Resolution ein, die u.a. ein Ende der Gewalt gegen die einzelnen Volksgruppen in Myanmar seitens der Regierung fordert. Im März werden bei Zusammenstößen, darunter heftigen Kämpfen am 10. März, mindestens 14 Menschen getötet und weitere 300 verletzt. Die Karen rufen bei einer Friedensdemonstration am 18. März zu einem Ende der Gewalt auf. Im April werden bei einer Regierungsoffensive mehr als 17 Menschen getötet, hunderte flüchten über die thailändische Grenze. Dem Generalsekretär der KNU General Mahn Shah zufolge unterstützt die KNLA die Proteste gegen die Regierung [→ Myanmar (Opposition)] mit gezielten Anschlägen auf die Streitkräfte des Regimes. Im weiteren Jahresverlauf wird wiederholt von Zusammenstößen der Konfliktparteien berichtet. Im Juni ereignen sich mehrere Zwischenfälle zwischen den Rebellen und der Regierung sowie der DKBA, die von der Regierung unterstützt wird. Der KNU zufolge kommt es im Oktober zu Kämpfen zwischen der KNLA und der DKBA, als die Regierung Straßenbauvorhaben durch Karen-Territorium durchsetzen will. Mehrere Zusammenstöße zwischen der KNPP und Regierungstruppen werden aus Karen-Staat berichtet. Human Rights Watch berichtet, dass in den bereits Anfang 2006 begonnenen Militäraktionen gegen Widerstandskämpfer der KNU etwa 40.000 Zivilisten vertrieben worden sind. (thw)

Myanmar (Opposition)

Intensität: 4	Änderung: ↑	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	NLD, AABBM vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Opposition und der Regierung um das politische System und die Machtverteilung überschreitet die Schwelle zur Gewalt. Die Regierung verhaftet nach wie vor politische Aktivisten, die demokratische Reformen und die Freilassung Aung San Suu Kyis, der Vorsitzenden der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), fordern. Am 25. Mai verlängert die Regierung den Hausarrest Suu Kyis um ein weiteres Jahr. Im September demonstrieren hunderte buddhistische Mönche gegen die Regierung. Als Auslöser der Proteste gilt die Verdoppelung der Kraftstoffpreise durch die Militärjunta am 15. August. Mönche aus verschiedenen Klöstern in ganz Myanmar bilden die Allianz Aller Burmesischen Buddhistischen Mönche (AABBM). In den folgenden Wochen gewinnen die Mönche massiven Rückhalt in der Bevölkerung. Zehntausende Menschen schließen sich friedlich den Protesten in Rangun und anderen Städten an. Zusätzlich zu der nächtlichen Ausgangssperre in den beiden größten Städten Rangun und Mandalay sowie einer weitreichenden Medienzensur geht die Regierung ab dem 26. September in einer mehrtägigen landesweiten Militäraktion gezielt gegen die Demonstranten vor. Das Militär setzt dabei Tränengas, Schlagstöcke und scharfe Munition gegen die Demonstranten ein und führt anschließend Razzien in Klöstern im gesamten Land durch. Viele Mönche und Zivilisten werden verhaftet, gefoltert und getötet. Während die Regierung behauptet, dass lediglich zehn Menschen bei den Protesten ums Leben gekommen seien, geht die AABBM von mindestens 200 Toten aus, darunter ein japanischer Journalist.

list. Die Menschenrechtskommission der UN schätzt die Zahl der Toten auf etwa 100. Nach insgesamt 14 Jahren Arbeit an einem neuen Verfassungsentwurf erklärt die burmesische Regierung am 22. August die Arbeit der Nationalversammlung für abgeschlossen. Die NLD boykottiert diese Versammlung weiterhin. Am 18. Oktober bildet die Regierung ein Komitee für einen neuen Verfassungsentwurf; die Generäle betrachten dies als einen Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung. Sieben Tage später trifft sich Suu Kyi zum ersten Mal mit einem hohen Militär, der mit der Aufgabe betraut ist, mit ihr in Kontakt zu treten. Zur selben Zeit lehnt die Regierung einen Plan der UN zu einer Dreierkonferenz ab und bezeichnet den Vorschlag als einen Versuch der Einmischung in die Souveränität Myanmars. Während des innerstaatlichen Konflikts verstärkt sich der Druck internationaler Organisationen und einzelner Staaten auf Myanmar. Am 10. Januar legen die USA dem UN-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf vor, der die Regierung Myanmars auffordert, die Unterdrückung zu beenden und Suu Kyi zu entlassen. China und Russland legen jedoch ein Veto gegen die Resolution mit der Begründung ein, die Vorfälle seien eine rein innerstaatliche Angelegenheit Myanmars. Im September verhängen die USA neue Sanktionen gegen Myanmar. Auch die ASEAN fordert von Myanmar eine Beschleunigung des nationalen Versöhnungsprozesses und die Freilassung politischer Gefangener. Während der öffentlichen Proteste im September ruft auch China, Myanmars engster Verbündeter, die burmesische Regierung zu einem Ende der Razzien gegen die Opposition auf. Am 12. Oktober verabschiedet der UN-Sicherheitsrat eine Erklärung, die die Regierung und alle in den Konflikt involvierten Parteien auffordert, sich für eine Deeskalation der Lage und eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen. (gp, rs)

Myanmar (SSA-S, SSNA, SSA-N - Regierung, UWSA, UWSP, NDAA-ESS / Shan-Staat)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1995
Konfliktparteien:	SSA-S, SSNA, SSA-N vs. UWSA, NDAA-ESS, Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Autonomiekonflikt zwischen der Armee des Schan-Staats – Süd (SSA-S), der Nationalen Armee des Schan-Staats (SSNA) und der Armee des Schan-Staats – Nord (SSA-N) auf der einen Seite und der Regierung sowie der Armee des Vereinten Wa-Staats (UWSA), dem militärischen Arm der Partei des Vereinten Wa-Staats (UWSP), auf der anderen Seite dauert an. Die UWSA ist eng mit der Armee der Nationaldemokratischen Allianz – Östlicher Shan-Staat (NDAA-ESS) verbunden. Die SSA-S, SSNA und SSA-N gleichen sich in Hinsicht auf ihre Ziele und ethnische Zusammensetzung. Trotz dieser Konstellation sind die UWSA, NDAA-ESS und SSA-Na seit 1989 aus der Kommunistischen Partei Burmas hervorgegangen. Während sich 2006 mehrere gewaltsame Zusammenstöße zwischen der SSA-S und den Regierungstruppen ereignet haben, werden keine größeren Offensiven unternommen. Im Dezember 2006 berichten thailändische Behörden von einem verstärkten Truppenaufzug nahe der gemeinsa-

men Landesgrenze. Dort befindet sich der zweitgrößte Stützpunkt der SSA-S. Berichten zufolge kämpfen Truppen der UWSA auf der Seite der Regierung. Dennoch bestehen Spannungen zwischen der UWSA und der Regierung, da die UWSA sich der Entwaffnung verweigert. Im Januar verkündet die SSA-S, sich mit der Regierung im Dialog zu befinden, doch die sporadischen Zusammenstöße zwischen der SSA-S und der UWSA halten an. Verschiedenen Sprechern ethnischer Minderheitsgruppen zufolge verstärkt das staatliche Militär im April seine Angriffe. Am 23. Mai schlagen Friedensgespräche zwischen der Regierung und der SSA-S fehl. Im Juni beschließt die Gruppe laut ihrem Anführer, ihre Streitkräfte aufzustocken. Mitte 2007 zwingen Übergriffe des Militärs mehr als 500 Dorfbewohner zur Flucht. Nach den heftigen Protesten der Opposition im Oktober [→ Myanmar (Opposition)] ruft der Anführer der SSA-S alle Regierungskritiker dazu auf, sich zu vereinigen. Er bestätigt Gespräche mit der Nationalen Union der Karen (KNU) [→ Myanmar (KNU, KNLA, KNPP, KnA – UWSA, DKBA, Regierung/Karen-Staat, Kayah-Staat)] und anderen ethnischen Gruppen, bei denen eine gemeinsame Position gegen die Regierung erreicht werden soll. (thw, ct)

Nepal (Madhesi/Terai)

Intensität: 3	Änderung: NEW	Beginn: 2007
Konfliktparteien:	Madhesi-Gemeinschaft vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Zwischen der Gemeinschaft der Madhesi und der Regierungskoalition entsteht ein neuer Konflikt. Die Madhesi, die etwa 48 Prozent der nepalesischen Gesamtbevölkerung ausmachen, fordern Autonomie. Im Januar flammen Unruhen in der Region Terai im Süden des Landes, die mehrheitlich von Madhesi bewohnt wird, auf. Bei den Ausschreitungen kommen Zivilisten ums Leben. Am 27. Januar wird über die Region Terai eine Ausgangssperre verhängt. Im Februar finden Gespräche zwischen dem Madhesi-Janadhikar-Forum und der Regierung statt, welche aber hinsichtlich der Interessen der Madhesi erfolglos bleiben. Auf die Gespräche folgen weitere Proteste und Streiks in der Region. Am 3. März werden die Forderungen der Madhesi in die politische Agenda aufgenommen, als das Übergangsparlament Nepal in einen Bundesstaat umwandelt. Damit werden den einzelnen Regionen größere Autonomien zugesprochen [→ Nepal (Opposition)]. Der nepalesische Premierminister fordert Indien am 5. April auf, mehr Truppen in die Grenzregion zu Nepal zu entsenden. Am 20. September kommt es im Süden des Landes nach einem Attentat auf einen Politiker erneut zu Zusammenstößen. Dabei sterben mehr als 20 Menschen. (yf)

Nepal (Maoisten)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	CPN-M vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Kommunistischen Partei Nepals - Maoisten (CPN-M) und der Regierung um nationale Macht und Ideologie dauert an. Im Januar beginnt die Registrierung von Rebellen und Waffen, welche in dem

umfassenden Friedensvertrag vom 26. November 2006 beschlossen worden ist. Der Prozess wird von der UN-Mission in Nepal (UNMIN) überwacht. Die Übergangsregierung Nepals drängt am 3. Februar, als Voraussetzung für eine Teilnahme der Maoisten an der Regierung, auf deren Entwaffnung. Am 1. April leisten fünf Mitglieder der CPN-M ihren Amtseid als Minister. Ehemalige maoistische Rebellen protestieren am 7. Juli gegen die Feierlichkeiten zum Geburtstag König Gyanendras. Eine Woche später registrieren sich die Maoisten für die Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung, welche für den 22. November vorgesehen sind. Anfang September macht die Regierung die Maoisten für Anschläge in der Hauptstadt Kathmandu, bei denen drei Menschen ums Leben kommen, verantwortlich. Am 18. September ziehen sich die Maoisten aus der Regierungskoalition zurück. Sie bestehen auf einer sofortigen Abschaffung der Monarchie, wohingegen die verbleibende Koalition zunächst eine neue Verfassung entwerfen will, die das Land in eine Republik machen soll (→ Nepal (Opposition)). Einen Tag später boykottieren die Maoisten die Wahlen. Am 26. September verabschiedet die Nepalesische Kongresspartei eine Resolution, die die zukünftige verfassungsgebende Versammlung veranlassen soll, das Land zur Republik zu erklären. Damit sollen die Maoisten dazu bewegt werden, wieder der Regierungskoalition beizutreten. Am 5. Oktober werden die Wahlen auf unbestimmte Zeit verschoben. Im selben Monate entführen Maoisten im südlichen Distrikt Bara den Journalisten Birendra Sah und erschließen ihn. Die Hinrichtung führt zu Protesten in Kathmandu, woraufhin die Täter aus der maoistischen Partei ausgeschlossen werden. (yf)

Nepal (Opposition)

Intensität: 2	Änderung: ▾	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Oppositionsparteien vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen den parlamentarischen Parteien und dem Monarchen um eine vollständige Demokratisierung des Landes deeskaliert. Nachdem König Gyanendra am 24. April 2006 das Parlament wieder eingesetzt hat, beschränkt die Regierungskoalition unter Premierminister Girija Prasad Koirala von der Nepalesischen Kongresspartei die Befugnisse und Prärogativen des Monarchen. Am 9. März novelliert das Parlament die Verfassung, um die Staatsform des Landes von einer unitären in eine föderale umzuwandeln. Sechs Tage später werden Lohnkürzungen für das königliche Personal beschlossen. Im August werden sieben königliche Paläste verstaatlicht. Am 1. Mai werden Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung für den 22. November angesetzt. Diese sollen mit Hilfe der UN-Mission in Nepal (UNMIN), welche im Januar eingerichtet worden ist, um der Wahlkommission technische Beistand zu geben, abgehalten werden. Am 26. September verabschiedet die Nepalesische Kongresspartei eine Resolution, mit der die zukünftige verfassungsgebende Versammlung veranlasst werden soll, das Land in eine Republik zu wandeln. Am 5. Oktober werden die geplanten Wahlen wegen des Boykotts der maoistischen Rebel-

len, welche die sofortige Abschaffung der Monarchie fordern, verschoben (→ Nepal (Maoisten)). Im selben Monat berät das Parlament über die Rolle der Monarchie, ohne jedoch eine Einigung in dieser Frage zu erreichen. (yf)

Nordkorea - Südkorea

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1945
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. Südkorea	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Internationale Macht	

Im Konflikt um internationale Macht und Ideologie zwischen Nord- und Südkorea nähern sich die Regierungen beider Länder trotz eines Zwischenfalls an der Landesgrenze Anfang August an. Bei dem Zwischenfall kommt es zu einem Schusswechsel über die Grenze hinweg. Am 17. Mai überqueren zum ersten Mal seit 50 Jahren mehrere Passagierzüge die Grenzen. Des Weiteren leistet Südkorea dem Nachbarstaat wirtschaftliche Hilfe. Nach dem Abschalten des größten nordkoreanischen Atomkraftwerks in der Hauptstadt Pjöngjang im Juli erhält Nordkorea 400 000 Tonnen Reis von Südkorea. Aufgrund einer Flutkatastrophe wird ein für August geplantes Gipfeltreffen verschoben. Am 5. Oktober treffen sich die Führer der beiden Länder in Pjöngjang. Der Gipfel ist der zweite dieser Art seit der Teilung der koreanischen Halbinsel. Die Führer unterzeichnen eine Erklärung, auf ein formales Ende des koreanischen Krieges hinzuwirken. Familienzusammenführungen werden weiter erleichtert, und eine gemeinsame Fischereizone in umstrittenen Seegebieten sowie regelmäßige Gipfeltreffen werden vereinbart. Am 14. November trifft das der nordkoreanische Staatsoberhaupt Führer Kim Jong-Il den südkoreanischen Premierminister Han Ducksoo. Beide einigen sich auf einen Zeitplan für die Errichtung von Güterverkehrslinien, die die wirtschaftlichen Beziehungen verbessern sollen. (kaa)

Nordkorea - USA, Japan

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Nordkorea vs. USA, Japan	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Nordkorea auf der einen und den USA sowie Japan auf der anderen Seite deeskaliert leicht. Am 31. Oktober verkündet China, es werde die Sechs-Parteien-Gespräche über das Nuklearprogramm Nordkoreas weiterführen. Die Gespräche waren im Dezember 2006 ohne Ergebnisse beendet worden. Am 9. Januar erklärt Japan, dass das Land einen möglichen Atomwaffenbesitz Nordkoreas nicht tolerieren werde und ruft zu einer intensiveren internationalen Zusammenarbeit auf. Im Februar stimmt Nordkorea zu, die kerntechnische Anlage Nyongbyon innerhalb von 60 Tagen abzuschalten und zu versiegeln. Im Gegenzug erhält das Land Benzin oder andere Wirtschaftshilfen. Am 26. Juni lässt Nordkorea zum ersten Mal seit 1992 Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) einreisen. Nordkorea schaltet im Juli sämtliche Reaktoren in Nyongbyon ab und willigt am 3. Oktober ein, alle Nuklearanlagen in Nyongbyon abzuschalten sowie bis Ende des Jahres eine völlige Auflistung der Nuklearprogramme des Landes zu veröffentli-

chen. Es wird vermutet, dass diese Nuklearanlagen der Herstellung von waffenfähigem Plutonium dienen. (kaa)

Osttimor (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	CNRT vs. FRETILIN vs. Loromonu, Veteranen vs. Lorosa'e, Regierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der systeminterne Konflikt zwischen der Opposition, hauptsächlich vertreten durch entlassene Soldaten, und der Regierung kommt nicht vollständig zur Ruhe. Im Anschluss an die Entlassung von 600 Soldaten, fast der Hälfte der osttimoresischen Armee, kommt es im März 2006 zu gewaltsamen Protesten, bei denen durch das Eingreifen der Polizei mehrere Demonstranten getötet werden. Auf Bitte des Außenministers hin, entsenden Australien, Neuseeland, Portugal und Malaysia eine insgesamt 2.500 Mann starke Friedenstruppe nach Osttimor. Trotz starker Proteste kommt Premierminister Alkatiri den Aufforderungen, von seinem Amt zurückzutreten, nicht nach. In Folge starken Drucks durch die Friedenstruppen gibt es Mitte Juni die erste Übergabe einer kleinen Menge von Waffen durch die Rebellen an die Friedenstruppe. Erst auf das Drängen des Präsidenten Gusmao und dem Rücktritt des Außenministers Horta hin, kommt man auch innerhalb der Regierungspartei zur Einsicht und fordert Alkatiri zum Rücktritt auf. Alkatiri tritt am 26.6.2006 von seinem Amt als Premierminister zurück. Es kommt weiterhin zu vereinzelt Unruhen, bis am 8.7.2006 der von allen Seiten verehrte Horta das Amt des Premierministers übernimmt. Es folgt die vollständige Entwaffnung der Rebellen. Die Vereinten Nationen entsenden eine 1.500 Mann starke Polizeitruppe zur Friedenssicherung. Trotz Anwesenheit der Sicherheitstruppen kommt es immer wieder zu kleineren Unruhen. Im Vorfeld der im April stattfindenden Präsidentschaftswahlen kommt es im Februar und März 2007 zu mehreren kleineren Auseinandersetzungen, bei der insgesamt fünf Rebellen durch die Friedenstruppen getötet werden. Horta wird Präsident. Als Gusmao am 6.8 zu seinem Nachfolger als Premierminister ernannt wird, kommt es erneut zu kleineren Unruhen. (di)

Pakistan (Belutschen)

Intensität: 3	Änderung: ▾	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	BLA, BRA, BLF vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, Ressourcen	

Die Lage im Autonomiekonflikt um die pakistanische Provinz Belutschistan bleibt angespannt. Sowohl Stammesrebellens als auch organisierte Gruppen, wie beispielsweise die Befreiungsarmee Belutschistans (BLA), richten Armeeangehörige und Zivilisten hin. Neben dem Streben nach Autonomie ist auch der Zugang zu Ressourcen Gegenstand des Konfliktes. Aus diesem Grund verüben die Rebellen regelmäßig Anschläge auf Pipelines. Im Vergleich zur Eskalation des Konfliktes nach der Ermordung des einflussreichen Rebellenführers Nawab Akbar Khan Bugti im August letzten Jahres verbessert sich die Lage leicht. Die Gesamtsituation ist dennoch nach wie vor angespannt. Die Regierung reagiert auf die Anschläge mit zahlreichen Festnahmen und großem

öffentlichen Druck auf die Rebellen. Insgesamt sterben Berichten zufolge mindestens 155 Menschen. Präsident Pervez Musharraf versucht mit Hilfe der USA, al-Kaida-Sympathisanten und Taliban aus der Provinz zu vertreiben. Gleichzeitig beschuldigt er Indien und Afghanistan, die Region Belutschistan zu destabilisieren. Beide Staaten weisen diese Anschuldigungen zurück. (jp)

Pakistan (Islamisten)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 2001
Konfliktparteien:	Islamisten, Muttahida Majlis-e-Amal vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen Islamisten und der Regierung eskaliert auf eine hochgewaltsame Intensitätsstufe. Der Konflikt kann bis in das Jahr 2001 zurückverfolgt werden. Aufgrund der Zusammenarbeit der pakistanischen Regierung mit den USA nach den Anschlägen des 11. September 2001 steigen die Spannungen. Immer mehr Pakistani demonstrieren gegen die Regierung. Diese antwortet auf die Proteste mit strikteren Kontrollen der Koranschulen, Verhaftungen und mit dem Verbot einiger Organisationen. Am 8. Oktober 2003 verschärfte sich der Konflikt, als bei Demonstrationen gegen das Regime Menschen getötet wurden. Seitdem kommt es vermehrt zu Selbstmordanschlägen seitens militanter Extremisten im Norden Pakistans sowie in der Hauptstadt Islamabad. Dabei kommen zahlreiche Menschen ums Leben. Im März nehmen religiöse Studenten eine Frau gefangen, die sie beschuldigen, ein Bordell zu betreiben. Die geistlichen Führer der Roten Moschee in Islamabad rufen zu weiteren Anschlägen, zum Kampf gegen die Regierung sowie zu einer strengeren Auslegung der Scharia auf. Am 18. Mai nehmen Schüler der Medresse der Roten Moschee fünf Polizisten als Geiseln. Daraufhin belagert die pakistanische Armee mehr als eine Woche lang die Moschee und stürmt diese schließlich am 10. Juni. Dabei sterben über einhundert Menschen. In den darauffolgenden Monaten verüben islamische Extremisten zahlreiche Anschläge auf Polizisten, die Armee, aber auch auf Zivilisten: So werden z.B. zwei der Prostitution beschuldigte Frauen enthauptet. Die Extremisten erklären ihre Handlungen zu Racheakten für die Stürmung der Roten Moschee. Am 24. November werden bei zwei Selbstmordanschlägen in Rawalpindi mindestens 30 Menschen getötet und weitere Menschen verletzt. (fh)

Pakistan (Nord- und Südwasiristan)

Intensität: 5	Änderung: ↗	Beginn: 2002
Konfliktparteien:	Stammesmilizen, ausländische Milizen vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen Milizen aus inländischen Stämmen und ausländischen Extremisten auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite eskaliert zu einem Krieg. Gegenstand des Konfliktes ist die regionale Vorherrschaft in Nord- und Südwasiristan, zweier Verwaltungsgebiete (Agencies) in den halbautonomen Stammesgebieten unter Bundesverwaltung. Insgesamt werden etwa 1200 Menschen in dem Konflikt

getötet. Örtliche Milizen versuchen, die Armee durch Raketenangriffe auf Militärstützpunkte, Geiselnahmen, Sprengsätze an Straßenrändern, Selbstmordanschläge auf Armeekontrollpunkte und Attentate auf mutmaßliche Spione dazu zu zwingen, sich aus den Stammesgebieten zurückzuziehen. Die Regierung setzt ihrerseits systematisch militärische Mittel, darunter schwere Waffen wie beispielsweise Kampfhubschrauber, Mörser und Artillerie, ein. Neben zahlreichen Zusammenstößen zwischen der Armee und Stammesmilizen brechen im März und April in Südwasiristan ebenfalls heftige Kämpfe zwischen regierungsfreundlichen Stammesangehörigen und ausländischen, meist usbekischen Kämpfern aus. Dabei kommen mindestens 250 Menschen ums Leben. In der Zeit nach der Krise um die Belagerung der Roten Moschee in Islamabad [→ Pakistan (Islamisten)] verstärkt die pakistanische Armee ihre Präsenz in Wasiristan. Dadurch spitzt sich die Lage jedoch weiter zu, bis Anfang August sterben 200 Menschen. Der im September 2006 in Nordwasiristan geschlossene Friedensvertrag zwischen Stammesältesten, Stammesmilizen und der örtlichen Verwaltung führt daher nicht zur erhofften Deeskalation des Konfliktes. Anfang Oktober fordern heftige Zusammenstöße zwischen der Armee und Stammesmilizen in Nordwasiristan etwa 250 Menschenleben. Die Regierung geht mit circa 90 000 Mann starken Truppen gegen die Milizen vor. Während des gesamten Jahres verstärken die USA ihren diplomatischen Druck auf die politische Elite Pakistans, die Militäroperationen in der Grenzregion zu Afghanistan zu intensivieren, um internationale Terrornetzwerken in dem Gebiet zu bekämpfen. (sdi)

Pakistan (Opposition)

Intensität: 3	Änderung: ↑	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	Opposition, PPP vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt um die nationale Macht in Pakistan eskaliert. Nach der Rückkehr der ehemaligen pakistanischen Premierministerin und Vorsitzenden der Pakistanischen Volkspartei (PPP), Benazir Bhutto, aus dem Exil am 18. Oktober verschärft sich die politische Situation. Am 6. Oktober, dem Vortag der Präsidentschaftswahlen, kündigt Präsident Pervez Musharraf an, alle Korruptionsanklagen gegen in den Jahren von 1986 bis 1999 amtierende Politiker fallen zu lassen. Als Bhutto in der Stadt Karatschi ankommt, verüben Unbekannte während einer Kundgebung einen Anschlag auf sie und ihre Anhänger. Bei dem versuchten Attentat sterben 143 Menschen, doch Bhutto bleibt unverletzt. Weder die Taliban noch al-Kaida bekennen sich zu dem Anschlag, obwohl letztere zuvor öffentlich damit gedroht hatten. Noch im Oktober wird ein Bündnis zwischen Bhutto und Musharraf als möglich angesehen, doch die Ereignisse in den folgenden Wochen machen dies unwahrscheinlich. Als eine Bedingung für eine Zusammenarbeit gilt der Rücktritt Musharrafs vom Posten des Obersten Befehlshabers der Armee. Auch der US-Präsident George W. Bush verlangt dies. Bhutto droht, in Rawalpindi am 11. September eine Demonstration und am 13. November einem Fußmarsch in die Hauptstadt Islamabad zu veranstal-

ten. Sie wird jedoch unter Hausarrest gestellt. Viele ihrer Anhänger werden verhaftet. Am 3. November verhängt Musharraf den Notstand und hebt diesen trotz internationalen Protesten nicht auf. Am 22. November bestätigt der Oberste Gerichtshof, der von Musharraf am 3. November wiedereingesetzt wurde, trotz heftiger Kritik seitens der Opposition und anderen Staaten Musharrafs Wiederwahl zum Präsidenten. Bhutto versammelt einen Grossteil der inländischen Parteien hinter sich. Die USA unterstützen sie in ihrer Forderung, den Notstand bis spätestens zu den für den 15. Februar 2008 geplanten Wahlen aufzuheben. Trotz der angespannten Lage betonen die USA stets die wichtige Rolle Musharrafs im Kampf gegen den Terrorismus. Am 28. November tritt Musharraf schließlich als Oberster Befehlshaber der Streitkräfte zurück. Dieser Schritt wird sowohl von den USA als auch von der Oppositionsführerin Bhutto begrüßt. Einen Tag später wird Musharraf als ziviler Führer vereidigt. (jp)

Pakistan (Sunniten - Schiiten)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1998
Konfliktparteien:	militante Schiiten vs. militante Sunniten, Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	

Die religiös motivierte Gewalt zwischen militanten Sunniten und militanten Schiiten dauert unvermindert an und fordert etwa 130 Menschenleben. Im April brechen heftige Kämpfe zwischen verfeindeten Sunniten und Schiiten im Stammesgebiet Kurram aus, das zur an Afghanistan grenzenden halbautonomen Provinz der Stammesgebiete unter Bundesverwaltung gehört. Dabei werden etwa 80 bis 100 Menschen getötet, darunter auch Zivilisten. Die pakistanische Armee versucht mit Kampfhubschraubern und Artillerie, den Kämpfen Einhalt zu gebieten. Ein weiterer Brennpunkt religiös motivierter Gewalt ist die Nordwestprovinz, insbesondere deren Hauptstadt Peschawar, sowie der Dera Ismail Khan Distrikt, in dem Ende April und Anfang Mai mindestens fünf Menschen getötet werden. In der Region Punjab fordert religiös motivierte Gewalt ebenfalls mindestens zwei Menschenleben. Mitte November sterben fast 100 Menschen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen bei gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen sunnitischen und shiitischen Gruppen in der Region Parachinar an der Grenze zu Afghanistan. In derselben Region werden am 25. November mindestens 53 Menschen bei schweren Kämpfen zwischen den beiden religiösen Gruppen getötet. (sdi)

Pakistan - Indien

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1947
Konfliktparteien:	Pakistan vs. Indien	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Pakistan und Indien über die Region Kaschmir und internationale Macht eskaliert. Im Rahmen des Gemeinsamen Dialogs, der nach dem Waffenstillstand von 2003 initiiert worden ist, finden bilaterale Gespräche über Terrorismus, Drogenhandel, den Handelsverkehr sowie über den Status des Siachen-Gletschers statt. Des Weiteren werden neue vertrauens-

bildende Maßnahmen eingeführt. Am 7. März erlaubt Indien Syed Ali Shah Gelani, dem Separatistenführer Kaschmirs, die Ausreise aus Indien zwecks medizinischer Behandlung. Gelanis Reisepass ist seit 1981 von Indien konfisziert. Im August findet tauschen die beiden Konfliktparteien 200 Gefangenen aus, die in der umstrittenen Grenzregion festgenommen wurden. Zusätzlich werden Vereinbarungen bezüglich des Zugangs zu Visa- und Konsulardiensten überarbeitet. Am 20. August treten neue Bestimmungen in Kraft zur Erlaubnis der Grenzüberquerung für LKWs in Kraft. Der LKW-Handelsverkehr wird am 1. Oktober aufgenommen. Am 31. August treffen sich Delegierte beider Länder, um über das indische Dammbauvorhaben am Wullar-See im Kaschmirtal zu verhandeln. Indien behauptet, ein Damm würde den See schiffbar machen, doch Pakistan betrachtet den Bau eines Damms als einen Verstoß gegen den im Jahre 1960 geschlossenen bilateralen Indus-Wasser-Vertrag. Trotz des Versuchs einer wirtschaftlichen Förderung der Grenzregion werden wechselseitige Machtdemonstrationen fortgesetzt und erhalten beide Seiten ihre Gebietsansprüche aufrecht. Am 5. Dezember 2006 bietet der pakistanische Präsident Pervez Musharraf die Aufgabe der Ansprüche seines Landes auf Kaschmir an, wenn Indien einem kontrollierten Truppenrückzug aus der Region sowie einer selbständigen Regierung Kaschmirs zustimmt. Indien lehnt diesen Vorschlag mit dem Hinweis auf die Konflikte innerhalb Kaschmirs ab [→ Indien (Kaschmir)]. Am 17. Januar beschuldigt Indien Pakistan des Verstoßes gegen den Waffenstillstand und behauptet, dass indische Grenzbeamte von pakistanischer Seite aus beschossen worden seien. Am 23. Februar, 3. März, 22. März und 25. August testet Pakistan atomwaffenfähige Raketen mit einer Reichweite von 200 bis 2000km. Pakistan protestiert auch gegen Indiens Entscheidung, Bergsteiger in die umstrittene Region um den Siachen-Gletscher reisen zu lassen. (yf)

Philippinen (Abu Sayyaf/Mindanao)

Intensität: 3	Änderung: ▾	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	Abu Sayyaf vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, System/Ideologie	

Der Sezessionskonflikt zwischen der islamistischen Gruppe Abu Sayyaf, die mit al Quaida und der Jemaah Islamiah in Verbindung stehen soll, und der Regierung deeskaliert. Abu Sayyaf kämpft für einen unabhängigen muslimischen Staat in Westmindandao und dem südlichen Sulu-Archipel. In Jolo, einer Provinz Sulus, werden mehr als 8 000 Soldaten stationiert, um gegen Abu Sayyaf vorzugehen. Seit Beginn der Militäroperation im September 2006 sind die zwei Anführer der Organisation getötet worden. Die verbleibenden etwa 400 Mitglieder zersplittern in kleinere Einheiten, um so die Regierungstruppen zu umgehen. Am 10. Januar tötet eine Granatenexplosion auf einem öffentlichem Markt in General Santos sechs Menschen, weitere 22 werden verletzt. Bei Kämpfen in Jolo kommen am 11. April zwei Soldaten ums Leben, zehn werden verletzt. Im Mai werden bei vier weiteren Bombenangriffen mindestens vier Menschen getötet und dutzende verletzt. Nach dem Tod des Anführers Khadaffi Janjalani und Abu Sulaimans,

einer weiteren Führungsperson, die beide 2006 von Soldaten getötet worden waren, ernannt Abu Sayyaf einen neuen Führer. Am 27. Juli befiehlt Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo weitere Militäroperationen gegen Abu Sayyaf in Basilan und Sulu. Anfang September gelingt es Abu Sayyaf-Mitgliedern nach wochenlanger Kampfpause aus der Kampfzone zu fliehen und sich unter die Bevölkerung der Provinz Basilan zu mischen. Eine Explosion am Eingang des Repräsentantenhauses in der Hauptstadt Manila tötet den Kongressabgeordneten Basilans, Wahab Akbar, sowie sechs weitere Personen. (sus)

Philippinen (MILF/Mindanao)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1977
Konfliktparteien:	MILF vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, System/Ideologie	

Die Krise zwischen der Islamischen Befreiungsfront der Moro (MILF) und der Regierung, die Fragen der Autonomie und Ideologie zum Gegenstand hat, dauert an. Ende November 2006 erklärt die MILF ihre Bereitschaft zur Wiederaufnahme der festgefahrenen Friedensverhandlungen mit der Regierung, nachdem die Anklagen wegen mutmaßlicher Beteiligung an einer Serie von Bombenanschlägen in Mindanao gegen den Vorsitzenden Ebrahim Murad fallen gelassen worden sind. Am 12. Januar 2006 waren die in Kuala Lumpur, Malaysia, abgehaltenen Verhandlungen über Selbstbestimmung und historischen Stammesgebieten ohne Ergebnis abgebrochen worden. Nach Zusammenstößen mit dem Militär, bei denen zehn Rebellen getötet worden waren, schließt die Führung der MILF die an den Vorfällen in Maguindanao Beteiligten am 15. Dezember von ihrer Organisation aus. Die Polizei beschuldigt zwei Kommandeure der MILF, an den Bombenanschlägen in Cotabato-Stadt vom 2. Januar, bei denen drei Menschen verletzt werden, beteiligt zu sein. Beide Mitglieder bestreiten jegliche Beteiligung an den Angriffen. Vom 25. Januar fliehen mindestens 6 000 Dorfbewohner vor Zusammenstößen der Armee und regierungstreuen Paramilitärs mit der MILF in drei Dörfern in Midsayaps im Norden Cotabatos. Grund der Auseinandersetzung ist Uneinigkeit über die örtliche Landverteilung. Die Armee setzt bei den Angriffen Kampfflugzeuge ein, die die mutmaßlichen Rebellenstützpunkte in dem Gebiet bombardieren. Die Kampfhandlungen werden nach vier Tagen eingestellt, nachdem beide Seiten von der Internationalen Beobachtungsbehörde (IMT) zu einem Nottreffen einberufen werden und im Folgenden eine Resolution zum Ende des Zusammenstoßes unterzeichnen. Bei den Kämpfen werden drei Paramilitärs sowie drei Rebellen getötet. Am 2. Februar stürmen 35 mutmaßliche Mitglieder der MILF ein Gefängnis in Kidapawan in Nord Cotabatos und befreien 48 Gefangene. Die MILF streitet jegliche Beteiligung an der Befreiungsaktion ab. Am 5. März brechen erneut gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen Militär und Rebellen in Midsayap aus, bei denen 17 Rebellen und ein Soldat ums Leben kommen. Tausende Anwohner fliehen. Am 9. Juni treffen sich 20 Kommandeure der MILF und der Armee. Anfang Juli reduziert die MILF ihre Forderungen bezüglich der Gebietsfläche, die

sie als das Land ihrer Ahnen betrachtet. Am 10. Juli brechen in der Nähe von Tipo-Tipo in Basilan neue Kämpfe aus, bei denen fünf Mitglieder der MILF und 14 Marinesoldaten getötet werden. Um es der Regierung zu ermöglichen, Mitglieder der Abu Sayyaf [→ Philippinen (Abu Sayyaf/Mindanao)] zu verfolgen, bietet die MILF am 16. September die Aufgabe ihrer Stützpunkte in Basilan und Sulu an. (sus)

Philippinen (MNLF/Mindanao)

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1969
Konfliktparteien:	MNLF vs. MNLF - Malik-Faktion vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie, Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen der Nationalen Befreiungsfront der Moro (MNLF) sowie einer Fraktion der MNLF unter Ustadz Habier Malik und der Regierung eskaliert zu einer Krise. Zwischen dem 2. und 4. Februar werden ein Offizier der philippinischen Marine und ein Staatssekretär des Amtes, welches die Präsidentin in den Friedensgesprächen berät, sowie 15 weitere Friedensbeauftragte der Regierung von einer Fraktion der MNLF in einem Camp in Jolo auf Sulu gefangen gehalten. Zuvor hatte die MNLF ihre Ablehnung der Durchsetzung des Friedensabkommens (FPA) aus dem Jahre 1996 deutlich gemacht. Die MNLF fordert eine Dreierkonferenz mit der Regierung und der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), die das damalige Friedensabkommen vorangetrieben hatte. Daraufhin ordnet Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo den präsidentialen Friedensberater Jesus Dureza an, die sofort ausführbaren Regelungen des FPAs mit der MNLF zu koordinieren. Am 15. April stürmt die Armee das Lager Maliks, des separatistischen Kommandanten der MNLF. Zuvor hatte dieser den heiligen Krieg erklärt und Angriffe auf Regierungs- und Militäreinrichtungen in Sulu gestartet, bei denen zwei Marinesoldaten und ein Kind getötet wurden. In der Stadt Sibucu in der Provinz Zamboanga del Norte verüben Malik-Sympathisaten am 19. April weitere Anschläge. Am 12. August gibt die Armee bekannt, daß die Hauptgruppe der MNLF die Streitkräfte bei Militäroperationen gegen separatistische Mitglieder der MNLF und die extremistische Organisation Abu Sayyaf [→ Philippinen (Abu Sayyaf/Mindanao)] unterstützt. In Dschidda, Saudi-Arabien, beginnt am 10. November ein Dreiergipfel von Regierung, OIC und MNLF, der die Implementierung des FPA überprüfen soll. Die Regierung und die MNLF einigen sich schließlich auf die Wiederaufnahme des FPA. (sus)

Philippinen (NPA, CPP)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1968
Konfliktparteien:	NPA vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt um Ideologie und die Orientierung des politischen Systems zwischen der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und deren militärischem Arm, der Neuen Volksarmee (NPA), auf der einen und der Regierung auf der anderen Seite dauert auf einem gewaltsamen Intensitätslevel an. Die NPA zählt etwa 6 000 Kämpfer, die seit 1969 versuchen, eine maoistische Re-

bellion durchzuführen. Während des gesamten Jahres stoßen NPA und staatliche Streitkräfte (AFP) wiederholt kurz zusammen. Der Regierung zufolge stellt die NPA nach wie vor die größte Bedrohung für das Land dar. Am 14. Dezember 2006 wird ein hochrangiger kommunistischer Rebell auf der Insel Samar getötet, als die Regierung ein Trainingscamp der Rebellen stürmt. Am 17. Dezember 2006 tötet die Armee bei einem Zusammenstoß in der Stadt Colombio in der Provinz Sultan Kudarat drei Kommandanten der NPA. Bei Kämpfen zwischen den Regierungstruppen und etwa 30 bis 50 bewaffneten Rebellen der NPA wird am 21. Mai in Mawab, Mindanao, ein Soldat verletzt. In den darauffolgenden Tagen werden bei mehreren Zusammenstößen fünf kommunistische Guerilleros getötet. Weitere Kämpfe zwischen der Armee und den Rebellen in Mindanao fordern am 8. Juni die Leben von acht Rebellen und vier Soldaten. Eine Woche später töten NPA-Kämpfer bei einem Schusswechsel vier Polizisten. Im Juli werden bei verschiedenen Militäroperationen mindestens 20 Rebellen getötet und dutzende verletzt. Am 28. August wird der Vorsitzende der CPP, Jose Maria Sison, in den Niederlanden wegen des Verdachts auf Beteiligung an auf den Philippinen begangenen Morden festgenommen. Sison ist der Gründungsvorsitzende der CPP und der NPA und lebt seit 1987 in den Niederlanden. Seine Verhaftung gibt auf den Philippinen zu Bedenken über die Sicherheitslage Anlass. Sison wird jedoch am 14. September aus der Haft entlassen. Eine Woche zuvor erlässt Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo die Proklamation Nr. 1377, welche Mitgliedern der CPP, NPA, der Nationalen Demokratischen Front (NDF) sowie weiteren kommunistischen Vereinigungen des Landes eine Amnestie gewährt. Am 7. Oktober töten Mitglieder der NPA in der Hauptstadt der Provinz Catanduanes einen Soldaten und zwei Zivilisten. Bei einem Zusammenstoß mit der Armee in Occidental Mindoro wird am 25. November ein Führungsmittglied der NPA getötet und drei weitere Rebellen verletzt. (sus)

Singapur - Malaysia

Intensität: 1	Änderung: ↘	Beginn: 1963
Konfliktparteien:	Singapur vs. Malaysia	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Internationale Macht	

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Singapur und Malaysia verbessern sich. Am 6. November findet vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) eine Anhörung bezüglich der offenen Souveränitätsfragen der Felseninseln Pedra Branca (Bezeichnung Singapurs) bzw. Pulau Batu Puteh (Bezeichnung Malaysias), Middle Rocks und South Ledge statt. Sowohl Singapur als auch Malaysia beanspruchen die Territorien, die sich zwischen der Straße von Singapur und dem Südchinesischen Meer befinden, für sich. Der Fall wird seit 2003 vor IGH verhandelt. Beide Parteien haben dort zwischen 2004 und 2005 mehrere Schriftsätze eingereicht. Das Verhandlungsergebnis wird für Juni 2008 erwartet. Die Entscheidung des IGHs gilt als endgültig und kann nicht revidiert werden. (sg)

Sri Lanka (Jamiyathul Ulama - Sufis)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1978
Konfliktparteien:	Jamiyathul Ulama vs. Sufis	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen den beiden muslimischen Gruppen Jamiatul Ulama und den Sufis über regionale Vorherrschaft wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Im November 2006 greifen mutmaßlich orthodoxe Muslime in Kattankudy im Osten Sri Lankas Zivilisten mit Schusswaffen und Handgranaten an. Der Angriff findet vor dem Büro Abdul Rauf Moulawis, dem religiösen Führer der Sufis, statt. Anfang Dezember 2006 brechen nach dem Begräbnis Abdul Payilvans, dem Präsidenten der Sufi-All Island Tharikathul Mufliheen zwischen den beiden Gruppen Kämpfe aus. Die Jamiatul Ulama betrachten Kattankudy als eine heilige Stätte, in der niemand begraben werden darf, dessen Meinungen dem Koran widersprechen. In mehrtägigen Protesten verlangen sie die Exhumierung Paylivans. Die Regierung gewährt bekannten Sufi-Führern Polizeischutz, und Sicherheitskräfte bewachen die Begräbnisstätte. Die Polizei setzt Tränengas ein und verordnet eine Ausgangssperre in Kathankuddy, um dem Vandalismus wütender Muslime Einhalt zu gebieten. Mehrere Menschen werden bei den Unruhen verletzt, Häuser und Autos werden beschädigt. Ebenfalls im Dezember 2006 exhumieren Extremisten einen toten Sufi-Anhänger kurz nach dessen Begräbnis und werfen seine Leiche öffentlich auf die Straße. Ende Januar 2007 wird ein Buchladen, der von einem Anhänger Moulawis betrieben wird, niedergebrannt. Es wird vermutet, dass ein weiterer Anhänger Moulawis von einer Gruppe bewaffneter Muslime entführt worden ist, was eine Demonstration auslöst. (ps)

Sri Lanka (LTTE)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	LTTE vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der Sezessionskonflikt zwischen den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) und der Regierung dauert auf der Intensitätsstufe eines Krieges an. Zur See, in der Luft und am Boden ereignen sich massive Zusammenstöße. Die Regierung gewinnt die Kontrolle über den östlichen Teil der Insel zurück und beginnt im Nordwesten mit einer neuen Militäroffensive. Zehntausende Zivilisten müssen fliehen. Allein im Dezember 2006 werden 75 000 Menschen aus der Region um Batticaloa vertrieben. Am 19. Juni findet in den Gewässern nördlich der Stadt Point Pedro die schwerste Seeschlacht statt. Nach Angaben der Regierung greifen etwa 15 bis 29 Boote der tamilischen Seetiger Boote die Kanonenboote der Regierung sowie deren Kampfhubschrauber an. Die LTTE kommentiert diesen Vorfall nicht. Anfang Dezember entkommt der srilankische Verteidigungsminister und Bruder des Präsidenten Mahinda Rajapakse einem Selbstmordanschlag in der Hauptstadt Colombo, der angeblich von Mitgliedern der LTTE verübt wurde. Die Regierung kündigt am 6. Dezember 2006 umfassende Antiterrormaßnahmen an, die den Sicherheitskräften weitreichende Befugnisse für Durchsuchungen, Verhaftungen und

Verhöre von Verdächtigungen verleihen. Nach wochenlangen heftigen Kämpfen gibt das Militär im Januar die Einnahme der LTTE-Hochburg Vakarai im Osten der Insel bekannt. Im März behaupten die Regierungstruppen, Fortschritte im Kampf gegen die Rebellen in den östlichen Küstengebieten gemacht zu haben. Bis Juli gelingt es der Regierung, die Rebellen aus Thoppigala, ihrer letzten Dschungelhochburg im Osten, zu vertreiben. Die LTTE fliegt im Frühmärz zum ersten Mal einen Luftangriff und beschießt dabei einen Militärstützpunkt neben dem internationalen Flughafen im Norden Colombos. Es folgen weitere Luftangriffe der LTTE. Im Juni zwingt die Polizei unter Vorgabe von Sicherheitsbedenken hunderte Angehörige der tamilischen Minderheit, die Hauptstadt zu verlassen. Der Oberste Gerichtshof ordnet ein Ende der Ausweisungen an. In den Jahren 2006 und 2007 fliehen tausende Menschen in den indischen Bundesstaat Tamil Nadu. Bei Granatenangriff der Rebellen auf eine diplomatische Delegation, die sich auf einer Rundreise durch den östlichen Teil des Landes befindet, werden der amerikanische und italienische Botschafter verletzt. Die LTTE behauptet, der Angriff sei in Reaktion auf eine Artillerieattacke der Regierung erfolgt. Im September beginnen die Streitkräfte eine neue Offensive mit dem Ziel, die LTTE aus dem nordwestlichen Mannar-Distrikt zu vertreiben. Die Regierung beschließt eine Erhöhung des Militäretats um 20%.

(ps)

Sri Lanka (LTTE-Ost - LTTE)

Intensität: 3	Änderung: ▾	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	LTTE-Ost vs. LTTE	
Konfliktgegenstände:	Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt zwischen der Karuna-Fraktion der Befreiungstiger von Tamil Eelam (LTTE-Ost) und den Befreiungstigern von Tamil Eelam (LTTE) über regionale Vorherrschaft deeskaliert, nachdem die Regierung Sri Lankas den östlichen Teil der Insel vollständig unter ihre Kontrolle gebracht hat. Dabei ist sie von der Karuna-Fraktion unterstützt worden. Die LTTE gibt im Dezember 2006 zu, dass sie 22 Studenten entführt hatte. Colonel Karuna äußert im April, dass er das Ziel eines unabhängigen Tamilenstaates, für das die tamilischen Tiger seit Jahrzehnten kämpfen [→ Sri Lanka (LTTE)], nicht mehr unterstützen. Karuna gründet eine politische Partei, die Tamileela Makkal Viduthalai Pulikal (TMVP), um in Zuluft an Provinz- und allgemeinen Wahlen teilzunehmen. Im Juli betont er jedoch, dass er nicht plane, seine Kämpfer zu entwaffnen. Die Einwanderungsbehörde des Vereinigten Königreichs verhaftet Karuna im November und hält ihn in einem Auffanglager für Flüchtlinge und illegale Einwanderer fest. (ps)

Thailand (muslimische Separatisten/südliche Grenzprovinzen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1784
Konfliktparteien:	muslimische Separatisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Die ernste Krise in den südlichen Grenzprovinzen Thailands, Yala, Pattani und Narathiwat, dauert an. Nach

wie vor werden täglich Zivilisten und Sicherheitskräfte getötet. Bis zum September steigt die Anzahl der Toten auf fast 2 600 Menschen. Nach dem erfolgreichen Sturz des Premierministers Takhsin Shinawatra im Jahre 2006 versucht die neue Übergangsregierung, die Gewalt in den südlichen Grenzprovinzen einzudämmen. Sie bietet den Rebellen Verhandlungen an. Die heterogene Rebellenbewegung antwortet auf diesen Vorschlag jedoch mit Gewalt. Weder die Kampagne zur "Gewinnung der Herzen und Gemüter" der Rebellen noch die "Arbeit zur Pflege nachbarschaftlicher Beziehungen" sind erfolgreich. Muslimische Separatisten und kriminelle Gruppen reagieren auf den neuen Ansatz der Regierung mit Bombenanschlägen und Schusswaffengebrauch gegen alles, was mit dem buddhistischen thailändischen Staat in Zusammenhang steht. Die meisten Opfer dieser Anschläge sind Lehrer, Soldaten und buddhistische Mönche. Am 18. Februar kommt es zu den heftigsten Anschlägen seit Beginn des gegenwärtigen Aufstandes. Muslimische Separatisten zünden 30 Bomben und töten dabei 8 Menschen. Weitere 50 Menschen werden verletzt. Razzien des Militärs im Juni und Juli vermindern die Fähigkeit der Separatisten, Anschläge zu verüben. Seit 2004 werden durch die mangelnden Verhandlungserfolge der Regierung mit den Rebellen immer mehr paramilitärische Streitkräfte und Zivilmilizen gegründet. Berichten zufolge töten diese Paramilitärs Muslime und misshandeln Zivilisten. (ml)

Thailand (PPP - Übergangsregierung)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2006
Konfliktparteien:	PPP vs. Übergangsregierung	
Konfliktgegenstände:	Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der ehemaligen Regierung un-

ter Thaksin Shinawatra und der gegenwärtigen militärischen Übergangsregierung dauert an. Die Partei des abgesetzten Premierministers Thaksin, Thai Rak Thai, wird Anfang des Jahres aus der Übergangsregierung ausgeschlossen. Daraufhin tritt die Partei unter dem neuen Namen Volkspartei (PPP) wieder zusammen und plant, an den für den 23. Dezember vorgesehenen ersten Wahlen nach dem Putsch vom September 2006 teilzunehmen. Der Wahlkampf beginnt im Herbst. Jedoch bleibt in einem Drittel Thailands das Kriegsrecht in Kraft. Thaksin befindet sich weiterhin im Exil, plant aber, im Falle eines Wahlsieges seiner Partei nach Thailand zurückzukehren. General Sonthi Boonyaratglin tritt im Oktober von seinen militärischen Ämtern zurück und nimmt anschließend eine führende Position in der Übergangsregierung an. Sonthi war bereits beim Putsch 2006 eine der Schlüsselfiguren gewesen. (ml)

Usbekistan (IMU)

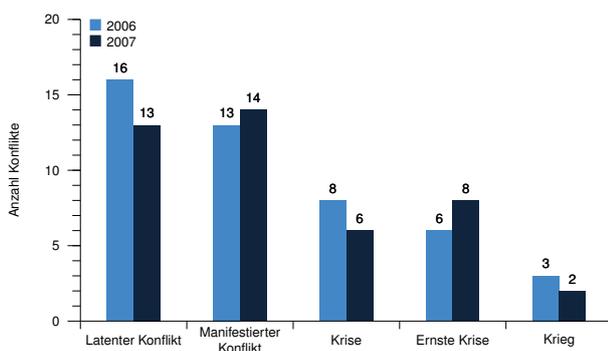
Intensität: 2	Änderung: ▾	Beginn: 1991
Konfliktparteien:	IMU vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt zwischen der Islamischen Bewegung Usbekistans (IMU) und der Regierung deeskaliert. Die Bewegung hat sich über die gesamte Region verstreut. Mutmaßliche Mitglieder der IMU werden in benachbarten Ländern festgenommen und inhaftiert. Afghanistan und Tadschikistan beschuldigen Usbekistan, keine hinreichenden Maßnahmen gegen die Grenzüberschreitungen von Mitgliedern der IMU zu unternehmen. (df)

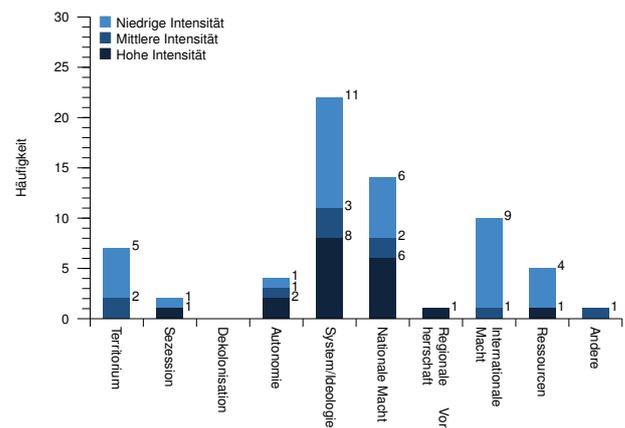
Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb

Im Vorderen und Mittleren Orient werden 2007 mit 43 politischen Konflikten drei Konflikte weniger ausgetragen als im Vorjahr. Drei latente Konflikte haben 2006 geendet, namentlich Ägypten - Sudan, Irak - Israel und Türkei - Iran. Zwei der weltweit insgesamt sechs Kriege werden im Vorderen und Mittleren Orient ausgetragen. Sowohl Afghanistan (Taliban) als auch Irak (Aufständische) sind bereits im Jahr 2006 als Kriege klassifiziert worden. Der dritte Krieg des letzten Jahres, Israel (Hisbollah), der auf libanesischem Territorium ausgetragen worden ist, deeskaliert zu einem manifesten Konflikt. Israel hat seine Truppen im Oktober 2006 aus dem Libanon zurückgezogen. Dennoch steigt die Zahl der hochgewaltsamen Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient von neun auf zehn im Jahre 2007, ebenso nimmt die Anzahl der ernstesten Krisen von sechs auf acht zu. Während der Konflikt zwischen Israel und dem Libanon von einer ernstesten Krise im Jahr 2006 auf eine Krise im Jahr 2007 deeskaliert, eskalieren die Konflikte im Irak (al-Sarkawi - Gruppe), in Israel (Fatah - Hamas) und dem Libanon (Hisbollah, Fatah al-Islam) von der Intensitätsstufe einer Krise im Jahr 2006 auf die Stufe einer ernstesten Krise im Jahr 2007. Die Gesamtanzahl der Krisen sinkt im Vergleich zum Vorjahr von acht auf sechs. Mehr als die Hälfte der Konflikte im Vorderen und Mittleren Orient werden ohne den Einsatz von Gewalt ausgetragen. Davon sind 14 Auseinandersetzungen manifeste und 13 latente Konflikte. Fast alle der 17 zwischenstaatlichen Konflikte werden nicht-gewaltsam ausgetragen. Im Gegensatz dazu sind mehr als die Hälfte der 26 innerstaatlichen Konflikte gewaltsam. Insgesamt verbleiben 32 der 43 Konflikte auf derselben Intensitätsstufe wie im Vorjahr. Sechs Konflikte eskalieren und fünf deeskalieren in der Region. Der bei weitem am häufigsten vorkommende Konfliktgegenstand in der Region ist die Orientierung des politischen Systems bzw. Ideologie: Mehr als die Hälfte aller Konflikte drehen sich um diesen Gegenstand, entweder als einzigen oder auch in Kombination mit anderen.

Konfliktintensitäten in Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb 2007 im Vergleich zu 2006



Häufigkeit von Konfliktgegenständen 2007 in Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb nach Intensitätsgruppen



Übersicht: Konflikte in Vorderer und Mittlerer Orient und Maghreb 2007

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Afghanistan (Taliban)	Taliban vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1994	•	5
Ägypten (islamistische Gruppen)	Muslimbruderschaft vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1992	↘	2
Algerien (Berber/Kabylei)	FFS, RCD, CIACD vs. Regierung	Autonomie, System/Ideologie	1963	•	1
Algerien (islamistische Gruppen)	AQIM vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1989	•	4
Bahrain (schiitische Opposition)	verschiedene schiitische Gruppen vs. Regierung	Nationale Macht	1975	•	2
Irak (al-Sadr Gruppe)	al-Sadr Gruppe vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2004	•	4
Irak (al-Sarkawi-Gruppe)	al-Sarkawi-Gruppe vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2003	↗	4
Irak (Aufständische)	Aufständische vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	2004	•	5
Irak - Iran	Irak vs. Iran	Internationale Macht	1969	•	2
Irak - Kuwait	Irak vs. Kuwait	Territorium, Ressourcen	1961	•	1
Irak - Syrien	Irak vs. Syrien	System/Ideologie, Internationale Macht	2003	•	1

Konfliktname ¹	Konfliktparteien ²	Konfliktgegenstände	Beginn	Änd. ³	Int. ⁴
Iran (Belutschen)	PRMI vs. Regierung	Autonomie	1979	•	3
Iran (PJAK/Kurdengebiete)	PJAK vs. Regierung	Autonomie	1979	•	4
Iran (Reformer - Konservative)	Reformer vs. Regierung	Nationale Macht	1993	•	2
Iran (Volksmudschahedin)	Mujaheddin-e Khalq vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1965	•	1
Iran - Israel	Iran vs. Israel	System/Ideologie, Internationale Macht	1979	•	2
Iran - USA	Iran vs. USA	System/Ideologie, Internationale Macht	1979	•	2
Iran - VAE	Iran vs. VAE	Territorium	1970	↗	2
Israel (Fatah - Hamas)	Fatah vs. Hamas	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	1994	↗	4
Israel (Hisbollah)	Hisbollah vs. Israel	System/Ideologie	1982	↓	2
Israel (PNA, al-Fatah, Hamas/Palästina)	al-Fatah, Islamischer Dschihad, Hamas, PNA vs. Regierung	Sezession, System/Ideologie, Ressourcen	1920	•	4
Israel - Jordan (Westjordanland)	Israel vs. Jordanien	Territorium	1967	•	1
Israel - Libanon	Israel vs. Libanon	Territorium, Internationale Macht	1967	↘	3
Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher)	Bewegung Gläubiger Jugendlicher vs. Regierung	System/Ideologie	2004	•	3
Jemen (Islamischer Jihad)	Islamischer Jihad vs. Regierung	Nationale Macht	1994	•	1
Jordanien (militante Gruppe)	militante Gruppe vs. Regierung	System/Ideologie	2006	•	2
Jordanien - Israel (Wasser)	Jordanien vs. Israel	Ressourcen	1945	•	1
Libanon (Hisbollah, Fatah al-Islam)	Hisbollah, Fatah al-Islam vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1975	↗	4
Libanon (religiöse Gruppen)	verschiedene religiöse Gruppen vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1990	•	3
Libanon - Israel (Wasser)	Libanon vs. Israel	Ressourcen	2001	•	1
Libyen - USA	Libyen vs. USA	System/Ideologie, Internationale Macht	1964	↘	1
Marokko (POLISARIO-Front/Westsahara)	POLISARIO-Front vs. Regierung	Sezession	1975	•	2
Marokko - Spanien (Ceuta und Melilla)	Marokko vs. Spanien	Territorium	1956	↗	2
Marokko - Spanien (Petersilieninsel)	Marokko vs. Spanien	Territorium	2002	•	1
Mauretanien (Putsch)	Taya, Taya-Unterstützer vs. Regierung	Nationale Macht	2003	↘	1
Saudi Arabien (Islamisten)	Islamisten vs. Regierung	System/Ideologie, Nationale Macht	1990	•	3
Saudi Arabien (Reformer)	Reformer, MIRA vs. Regierung	System/Ideologie	2001	•	1
Syrien - Israel	Syrien vs. Israel	Territorium, Andere	1967	↗	3
Syrien - Libanon	Syrien vs. Libanon	Internationale Macht	1976	•	2
Syrien - USA	Syrien vs. USA	System/Ideologie, Internationale Macht	2003	•	2
Türkei (PKK/KONGRA-GEL/Kurdengebiete)	PKK/KONGRA-GEL vs. Regierung	Autonomie	1920	•	4
Türkei - Irak	Türkei vs. Irak	Internationale Macht	1979	•	2
Türkei - Syrien	Türkei vs. Syrien	Internationale Macht, Ressourcen	1983	•	1

^{1 2 3 4} siehe Übersichtstabelle von Europa

Afghanistan (Taliban)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Taliban vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Krieg um nationale Macht und die Ausrichtung des politischen Systems zwischen den Taliban und der Re-

gierung dauert an. Bis Ende Oktober werden mehr als 3 000 Menschen getötet. In den südlichen und zunehmend auch den östlichen Provinzen ereignen sich seit dem Jahr 2001 die heftigsten Kämpfe zwischen den Taliban und der von Koalitionstruppen unter US-Führung unterstützten Armee. Die Zahl ziviler Todesopfer steigt ebenfalls massiv an. Allein in der ersten Hälfte des Jah-

res werden zehntausende Menschen zur Flucht gezwungen. Die Koalitionsstreitkräfte antworten mit mehreren großangelegten Militäroperationen auf eine Frühjahrsoffensive der Taliban. Bei der größten dieser Offensiven, der Operation Achilles, werden 1 000 Taliban getötet - unter den Toten befindet sich einer der obersten Kommandanten der Taliban, Mullah Dadullah. Abdul Manan; ein weiterer hochrangiger Taliban, wird im November getötet. Die Zahl der Selbstmordanschläge steigt stark an. Bis Anfang September werden über 120 Selbstmordanschläge gezählt; im Vergleich dazu kam es während des gesamten Jahres 2006 zu 100 solcher Anschläge. Bei den blutigsten Anschlägen sterben am 17. Juni 35 Menschen bei einem Bombenanschlag auf einen Polizeibus sowie 50 weitere Personen am 10. und 29. Dezember. Am 23. November werden in der Provinz Urusgan mindestens drei Zivilisten und ein australischer Soldat getötet. Am selben Tag enthaupten Taliban in der Provinz Kandahar sieben Polizisten und entführen sechs weitere. Die bekannteste von mehreren Entführungen jedoch findet im Juni statt, als 23 Südkoreaner entführt werden. Die Taliban fordern im Austausch für die Geiseln die Freilassung inhaftierter Mitstreiter und den Rückzug der südkoreanischen Truppen aus Afghanistan. Nachdem Südkorea seine Truppen aus Afghanistan zurückzieht, werden die Geiseln schließlich freigelassen. Am 28. November werden im Nordosten Afghanistans zwölf in ihren Zelten schlafende Straßenbauarbeiter durch NATO-Flugzeuge getötet, die Talibankämpfer verfolgen.

(ts)

Ägypten (islamistische Gruppen)

Intensität: 2	Änderung: ▾	Beginn: 1992
Konfliktparteien:	Muslimbruderschaft vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen der verbotenen, aber eigentlich tolerierten Muslimbruderschaft und der Regierung dauert an. Ein Volksentscheid wird angenommen, der die Rechte der Bruderschaft einschränkt. Mitglieder der Muslimbruderschaft versuchen an den Wahlen zum Oberhaus des Parlaments teilzunehmen, indem sie sich als unabhängige Kandidaten bewerben. Im Vorfeld der Wahlen werden zwischen dem 3. und 6. Juni 75 Anhänger der Muslimbruderschaft verhaftet, unter ihnen auch Wahlkandidaten. Am 11. Juni, dem Wahltag, wird ein unabhängiger Kandidat, der der Muslimbruderschaft angehört von Regierungsanhängern ermordet. Die Bruderschaft wirft der Regierung vor ihre Kandidaten eingeschüchtert und Wahlmanipulation begangen zu haben. Die regierende Nationaldemokratische Partei von Präsident Hosni Mubarak gewinnt bei den Wahlen 84 der 88 zu besetzenden Sitze. Währenddessen dauert eine Verhandlung am Militärgericht gegen mehr als 40 Mitglieder der Bruderschaft, die u.a. des Terrorismus und der Geldwäsche angeklagt werden, an. (khz)

Algerien (islamistische Gruppen)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1989
Konfliktparteien:	AQIM vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Die ernste Krise um nationale Macht und die Ausrichtung des politischen Systems zwischen der Organisation al-Qaida im islamischen Maghreb (AQIM) und der Regierung dauert an. Im September 2006 schließt sich die AQIM, die bis dahin unter dem Namen Salafisten-Gruppe für Predigt und Kampf (GSPC) bekannt war und eine Splittergruppe der Islamischen Heilsarmee (FIS) ist, al-Qaida an. Im Januar 2007 benennt sich die Gruppe in AQIM um. Terroristische Anschläge nehmen deutlich zu und werden nun häufiger in urbanen Gebieten durchgeführt. Die Vorfälle führen zu einer veränderten Taktik seitens der Regierung. Präsident Abdelaziz Bouteflika ruft zu einem neuen und intensiveren Kampf gegen den Terrorismus auf, welcher mit Hilfe des Militärs geführt werden solle. Am 10. Januar wird eine Person bei einem Bombenanschlag auf Busse, die ausländische Arbeiter einer US-algerischen Ölfirma befördern, getötet. Dies ist der erste Anschlag auf westliche Ausländer seit vielen Jahren. Von Januar bis März werden weitere 25 Menschen ermordet. Am 11. April werden bei drei Selbstmordanschlägen in der Hauptstadt Algier 33 Menschen getötet. Dies ist der schlimmste Anschlag seit dem Jahre 2002. Im Mai und Juni werden bei weiteren Terroranschlägen vier Menschen getötet. Im Osten Algiers kommen am 11. Juli bei einem zweiten Anschlag acht Menschen ums Leben, 27 weitere werden verletzt. In einem Versuch, Waffen zu erbeuten, greifen am 13. Juli etwa 100 Terroristen eine örtliche Polizeistation und das Hauptquartier der Stadtwache an. Die algerische Armee tötet in einem abgelegenen Waldgebiet ungefähr 130 km östlich von Algier etwa 20 Mitglieder der AQIM. Die Razzia beginnt am 23. Juli und dauert mehrere Tage. Sir Ali Rachid, der Hauptinitiator der Anschläge von April und Juli, wird am 30. Juli in der Region Kabylia [→ Algerien (Berber/Kabylia)] von Truppen getötet. Am 6. September wird in Batna ein drittes Selbstmordattentat verübt, das dem Präsidenten Bouteflika gilt. Er überlebt, da die Bombe vorzeitig explodiert. Jedoch kommen 22 Menschen ums Leben. Am 8. September explodiert ein mit Sprengstoff präpariertes Auto bei den Kasernen der Küstenwache in Dellys. Mehrere Menschen werden dabei verletzt, 30 getötet. Am 16. November tötet die Armee Abdelhamid Sadaoui, auch bekannt als Abou el Haythem, den ehemaligen Führer der GPSC und mutmaßlichen Finanzleiter der AQIM. Der Gründer der GSPC, Hassan Hattab, stellt sich am 5. Oktober freiwillig den Behörden.

(im)

Irak (al-Sadr Gruppe)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	al-Sadr Gruppe vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt um die Orientierung des politischen Systems zwischen der Gruppe um den schiitischen geistlichen Moqtada al-Sadr und der Regierung bleibt hochgewaltsam. Die Regierung, die von den US-amerikanisch -

angeführten Koalitionsstreitkräften unterstützt wird, geht verstärkt gegen al-Sadr's Miliz, die Mehdi-Armee, vor. Bei über 50 Militäroperationen zwischen Dezember 2006 und Januar 2007 werden mehr als 600 Angehörige der Rebellengruppe verhaftet. Mehr als 1000 irakische und koalitionsgeführte Soldaten dringen am 4. März in den mehrheitlich von Schiiten bewohnten Vorort Bagdads, Sadr City, ein. Dies ist Teil des neuen Sicherheitsplans für Bagdad. Zwischen amerikanischen und irakischen Truppen auf der einen und Angehörigen der Mehdi-Armee auf der anderen Seite kommt es am 6. April in Diwaniya südlich von Bagdad zu Zusammenstößen. Durch einen Schusswechsel bei einem wichtigen schiitischen Pilgerfest in der heiligen Stadt Kerbala im Südirak werden am 28. August 50 Menschen getötet und hunderte verletzt. Die Öffentlichkeit macht die Mehdi-Armee für den Zwischenfall verantwortlich. Am 11. September töten US-Truppen neun mutmaßliche schiitische Rebellen bei einer Razzia in Sadr City. Bei einer weiteren Razzia in der zentralirakischen Provinz Diyala werden am 27. Oktober zwei Rebellen getötet und einer von US-Truppen gefangen genommen. Am 5. Mai veröffentlicht al-Sadr eine Liste von Spitzeln in seiner Armee. Ende August verkündet er eine sechs Monate dauernde Pause seiner Aktivitäten, um seine Armee zu reorganisieren. Jedoch stellen mehrere Mitglieder den Kampf nicht ein und stoßen mit der irakischen und der US-amerikanischen Armee zusammen. Durch eine Autobombe werden am 8. April in der Nähe der Stadt Mahmudiya mindestens 18 Menschen getötet und etwa 28 verletzt. Der Anschlag gilt den Anhängern al-Sadr's. Al-Sadr und Abdul Aziz al-Hakim, der Führer der Obersten Islamischen Versammlung Iraks, unterzeichnen am 6. Oktober einen Vertrag, der die Gewalt zwischen den schiitischen Gruppen beenden soll. Zwischen Dezember 2006 und Januar 2007 boykottiert al-Sadr das irakische Parlament aufgrund eines Treffens zwischen Premierminister Nouri Maliki und dem amerikanischen Präsidenten George Bush. Am 16. April befiehlt er seinen sechs Ministern, das Parlament zu verlassen, um den Druck auf die Regierung, einen Zeitplans für den Rückzugs der US-geführten Koalitionstruppen aufzustellen, zu erhöhen. Im September zieht sich die al-Sadr-treue politische Bewegung gänzlich aus der regierenden schiitischen Allianz zurück. (me)

Irak (al-Sarkawi-Gruppe)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	al-Sarkawi-Gruppe vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Die Krise zwischen der zur al-Qaida gehörigen al-Zarqawi-Gruppe und der Regierung um die Errichtung eines islamischen Staates intensiviert sich zu einer ersten Krise. Die Gruppierung verübt mehrere Anschläge großen Ausmaßes, während die irakischen und US-geführten Koalitionstreitkräfte versuchen, sie durch großangelegte Militäroperationen niederzuschlagen. Am 12. August 2006 geraten Truppen in der Nähe von Tikrit in der nördlichen Thar Thar-Region unter Beschuss. Im Gegenzug fliegen die US-Truppen einen Luftangriff, bei dem 20 Rebellen getötet werden. Im Dezember

2006 nimmt eine Gruppe sunnitischer Stammesvorsitzender mehr als 100 Mitglieder der al-Zarqawi-Gruppe fest. Die Stämme haben sich im September 2006 zusammengeschlossen, um al-Qaida zu bekämpfen. Viele der Stammesältesten werden 2007 bei Bombenangriffen getötet. Am 17. März werden durch drei Chlorgasanschläge acht Menschen getötet und Hunderte verletzt, darunter auch sechs Soldaten der US-Armee. Zwei der Anschläge werden nahe Falludscha verübt, ein weiterer bei Ramadi. Am 21. März kommen acht Rebellen bei schweren Zusammenstößen mit amerikanischen und irakischen Streitkräften nahe der sunnitischen Hochburg Falludscha ums Leben. Der Führer der al-Qaida im Irak, Abu Ayyub al-Masri, wird am 1. Mai getötet, angeblich durch interne Rivalen. Am 2. Juni liefern sich sunnitische Kämpfer und al-Qaida-Angehörige in Amiriya, einem Vorort von Bagdad, ein Gefecht. Daraufhin werden am 5. Juni mindestens 15 Menschen bei einem Selbstmordanschlag mit Autobombe auf einem Markt in Amiriya getötet. Die Explosion zielt auf Stammesälteste der Buissa, die vornehmlich gegen al-Qaida agieren. Am 19. Juni beginnen 10 000 irakische und koalitionsgeführte Truppen bei Baquba, dem Zentrum der sunnitischen Rebellenbewegung, eine großangelegte Boden- und Luftoffensive gegen mit al-Qaida verbündete Rebellen. Anfang Juli wird Khaled Mashhadani, ein führendes Mitglied der al-Qaida im Irak, von US-amerikanischen Streitkräften festgenommen. Ein weiteres hochrangiges Mitglied der al-Qaida im Irak, Abu Osama al-Tunisi, wird am 29. September durch einen US-Luftangriff bei Bagdad getötet. Ende Oktober ruft Osama Bin Laden die Rebellengruppen im Irak dazu auf, sich zu vereinigen. Am 29. Oktober sterben bei einem Selbstmordanschlag vor einem Polizeibüro in Baquba mindestens 27 Menschen. (me)

Irak (Aufständische)

Intensität: 5	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Aufständische vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Krieg um nationale Macht zwischen Aufständischen und der Regierung, die durch die US-geführten Koalitionskräfte unterstützt wird, dauert an. Die Aufständischen stoßen wiederholt mit irakischen und Koalitionstruppen zusammen. Andauernd werden kleinere und größere Militäroperationen gegen die Rebellen durchgeführt. Die zumeist sunnitischen Rebellen kämpfen mit Hilfe von Guerilla-Taktiken und Selbstmordanschlägen. Die Angriffe finden nach wie vor zumeist in Bagdad und dem sunnitischen Dreieck statt. Dem International News Safety Institute (INSI) zufolge werden 2007 insgesamt 64 Journalisten im Irak getötet, die Gesamtzahl der dort seit 2003 getöteten Journalisten beläuft sich auf mindestens 235. Am 12. Dezember 2006 nehmen mehr als 1000 dänische und britische Soldaten in Basra Hausdurchsuchungen vor. Am selben Tag kostet ein Selbstmordanschlag in Bagdad mehr als 70 Menschen das Leben und verletzt mehr als 230. Bei den Opfern handelt es um schiitische Arbeiter. Im Laufe des Dezembers sterben mehrere Soldaten der Koalitionstruppen bei Zusammenstößen und Bombenanschlägen. Am 30. Dezember 2006 wird der ehemalige Präsident

Saddam Hussein hingerichtet. Am selben Tag werden durch drei Autobomben 37 Menschen in einem mehrheitlich von Schiiten bewohnten Bezirk Bagdads getötet und 76 Menschen verletzt. Am 6. Januar kündigt Premierminister Nouri al-Maliki die Umsetzung eines von den Amerikanern unterstützten Sicherheitsplans durch die irakische Armee an. In einer dreitägigen Militäroperation, die am 9. Januar beginnt, bekämpfen mindestens 1000 Soldaten, mit Luftunterstützung durch die USA, Rebellen in Bagdad. Dabei werden etwa 50 Rebellen getötet. Am 10. Januar kündigt US-Präsident George Bush die Entsendung weiterer 20 000 Soldaten in den Irak an. Bei Angriffen während des gesamten Januars wurden ca. 100 Menschen getötet, darunter auch US-amerikanische und britische Soldaten. Anfang Februar kommen in der zentralirakischen Stadt Hilla bei zwei Selbstmordanschlägen 73 Menschen ums Leben, etwa 167 werden verletzt. Am darauf folgenden Tag, dem 3. Februar, werden in Bagdad bei einem Anschlag auf Schiiten mehr als 130 Personen getötet und mindestens 300 verletzt. Maliki macht Anhänger Saddam Husseins für die Angriffe verantwortlich. Mitte Februar führen irakische und Koalitionsstreitkräfte eine Großrazia in Bagdad durch. Am 6. März sterben sechs US-Soldaten während einer Militäroperation in der Provinz Salahuddin. Am selben Tag werden bei einem doppelten Selbstmordattentat in Hilla mindestens 90 schiitische Pilger getötet und mehr als 150 verletzt. Mitte April sterben bei einer Anschlagsserie in Bagdad mindestens 200 Menschen, darunter auch ein Parlamentsmitglied. Am 24. April werden bei einem Selbstmordanschlag auf einen Stützpunkt in der Provinz Diyala neun US-Soldaten getötet. In der südirakischen Stadt Basra kommen am 28. Juni drei britische Soldaten durch eine Bombenexplosion am Straßenrand ums Leben. Beim schwersten Anschlag seit April werden am 11. August in der Stadt Amirli südlich von Kirkuk 105 Menschen getötet und 240 verletzt, als eine in einem LKW deponierte Bombe auf einem belebten Marktplatz explodiert. Vier Tage später werden in zwei kurdischen Städten in der Nähe von Mosul mindestens 250 Menschen getötet und 350 verletzt. Dies sind die schlimmsten Anschläge auf ein einzelnes Gebiet seit Beginn des Krieges 2003. Am 7. September werden sieben US-Soldaten bei Zusammenstößen getötet. Der polnische Botschafter wird am 3. Oktober bei einem Bombenanschlag auf seinen Konvoi in Bagdad verletzt. Am 28. November werden sieben US-Soldaten durch einen Selbstmordanschlag in Nordbagdad verletzt. (me)

Irak - Iran

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1969
Konfliktparteien:	Irak vs. Iran	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Irak und Iran um internationale Macht dauert an. Mehrmals überschreiten iranische Truppen bei Angriffen auf Stellungen der Partei für Freies Leben von Kurdistan (PJAK) [→ Iran (PJAK/Kurdengebiete)] die Grenze zum Irak. Iran und Irak beschuldigen sich gegenseitig, Rebellen und Terroristengruppen im jeweils anderen Land zu unterstützen.

Iran wirft zudem den USA vor, die PJAK zu unterstützen. Am 9. August besucht der irakische Premierminister Nouri Maliki den Iran, um mit dessen Präsident Mahmoud Ahmadinejad über die Sicherheitslage zu sprechen. Irak beginnt am 15. August mit dem Bau einer vier Kilometer langen Mauer entlang der Grenze zu Iran. Am 24. August beschuldigen kurdische Behörden im Nordirak den Iran, Raketen über die Grenze hinweg zu feuern. Dabei seien mindestens drei Menschen verletzt und mehr als 1000 Menschen zur Flucht gezwungen worden. Am 28. August unterzeichnet das vereinigte Kurdische Parlament in Nordirak ein Memorandum, welches den Iran und die Türkei wegen der Bombardierung kurdischer Dörfer verurteilt [→ Türkei - Irak]. Am 7. September erklärt der irakische Präsident Jalal Talabani, selbst kurdischer Abstammung, seine Bereitschaft, die PJAK und die PKK/KONGRA-GEL [→ Türkei (PKK/KONGRA-GEL)] aus dem Irak zu vertreiben. Währenddessen erklären die Behörden der kurdischen Region im Irak die PJAK und die PKK/KONGRA-GEL zu illegalen Organisationen. Vom 24. September bis zum 9. Oktober schließt der Iran seine Grenze zur irakischen Kurdenregion, was dort einen kurzzeitigen Rückgang der Wirtschaft zur Folge hat. (db)

Irak - Syrien

Intensität: 1	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Irak vs. Syrien	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Internationale Macht	

Der Konflikt um die Orientierung des politischen Systems zwischen Syrien und Irak dauert an. Nach einer langen Zeit angespannter Stille zwischen den beiden Regierungen werden im Dezember 2006 wieder formelle diplomatische Beziehungen aufgenommen, wodurch sich die Lage entspannt. Am 14. Januar trifft der irakische Präsident Jalal Talabani zu Gesprächen mit dem syrischen Präsident Bashar al-Assad in Syrien ein. Talabani ist der erste irakische Präsident seit fast 30 Jahren, der zu einem offiziellen Besuch nach Syrien reist. Am 20. August finden in der Hauptstadt Damaskus Gespräche zwischen dem irakischen Premierminister Nouri Maliki und dem syrischen Premierminister Naji al-Otari und wenig später mit Präsident al-Assad statt. Beide Seiten betonen ihr Interesse an einer erfolgreichen Zusammenarbeit. (kv)

Iran (Belutschen)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	PRMI vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Der Autonomiekonflikt zwischen den Belutschen, die in der Gruppe Iranische Widerstandsbewegung des Volkes (PRMI) - ehemals Iranische Gottesarmee (Jundullah) - organisiert sind, und der Regierung dauert an. Die Belutschen sind eine ethnische Gruppe, die in Teilen Irans, Pakistans, Afghanistans, Syriens und Iraks lebt. Die militante Jundullah behauptet, seit 1979 etwa 1 000 iranische Soldaten getötet zu haben. Die PRMI agiert von den iranischen Provinzen Sistan und Belutschistan aus. Im Dezember 2006 kommt eine Person durch eine

Autobombenexplosion in Zahedan, der Hauptstadt der Provinz Belutschistans, ums Leben. Anfang 2007 eröffnet die PRMI ebenfalls in Zahedan das Feuer auf iranische Sicherheitskräfte und tötet vier von ihnen. Durch eine Autobombe werden am 14. Februar elf Mitglieder der Iranischen Revolutionsgarde getötet, 31 weitere Personen werden verletzt. Daraufhin wird am 19. Februar ein Mitglied der PRMI, der zuvor seine Beteiligung an dem Anschlag gestanden hatte, öffentlich gehängt. (tt)

Iran (PJAK/Kurdengebiete)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	PJAK vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Der Konflikt zwischen der Partei für ein freies Leben von Kurdistan (PJAK) und der Regierung wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Die PJAK, eine iranisch-kurdische Guerillagruppe, kämpft für eine kurdische Autonomie im Iran. Am 24. Februar schießt die PJAK einen iranischen Militärhubschrauber mit einer mobilen Boden-Luft Rakete ab. Dabei werden acht Soldaten getötet, ein weiterer Soldat wird gefangengenommen. Vor dem Helikopterabsturz sind 17 Guerillakämpfer von iranischen Truppen getötet worden. Ende Mai werden während einer drei Tage andauernden Militäroperation bei der Stadt Salmas an der Grenze zur Türkei zehn Kämpfer der PJAK und sieben iranische Grenzbeamte getötet. Bei einer weiteren Militäroperation im Juni kommen 15 Rebellen und sieben Soldaten ums Leben. Ab 8. Juli nimmt das iranische Militär Lager der PJAK unter Beschuss. Dabei wird ein Anführer der PJAK getötet, vier Kämpfer werden gefangen genommen. Ab August wird die Iranische Revolutionsgarde an die Grenzregion zum Irak geschickt und die Kämpfe gewinnen an Intensität: Fast täglich kommt es zu Zusammenstößen zwischen der Garde und kurdischen Rebellen. Am 24. August beschuldigen kurdische Behörden im Nordirak die iranischen Truppen, Granaten über die Grenze hinweg abzufeuern [→ Iran - Irak]. Während sich im Oktober keine Zusammenstöße ereignen, beschießt Iran am 12. November Lager der PJAK im Norden Iraks. (sz)

Iran - Israel

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	Iran vs. Israel	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Internationale Macht	

Der manifeste Konflikt zwischen Iran und Israel dauert an. Iran spricht Israel das Existenzrecht ab. Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad stellt den Holocaust während des Zweiten Weltkriegs in Frage. Diese Äußerung bekräftigte er mehrmals, beispielsweise bei seiner Rede vor der UN am 24. September, als er Israel als ein illegales zionistisches Regime bezeichnet. Bereits im Oktober 2005 hatte er angedroht Israel von der Landkarte zu wischen. Während Israel Iran beschuldigt, die Hisbollah im Libanon zu unterstützen, behauptet Ahmadinejad am 7. Juni, die Welt werde bald Zeuge der Zerstörung Israels sein. Der Krieg zwischen der Hisbollah und Israel [→ Israel (Hisbollah)] sei ein erster Beweis der israelischen Schwäche. Am 19. September äußert der stellvertretende Kommandant der iranischen

Luftwaffe, dass, im unwahrscheinlichen Fall eines israelischen Angriffs, Iran mit Luft- und Raketenangriffen kontern könne. Der israelische Außenminister wertet diese Äußerungen als ein Alarmsignal und fordert von der internationalen Gemeinschaft eine kompromisslose Haltung bezüglich des iranischen Nuklearwaffenprogramms [→ Iran - USA]. (tt)

Iran - USA

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	Iran vs. USA	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Iran und den Vereinigten Staaten von Amerika um Irans Atomprogramm dauert an. Die beiden Staaten weisen sich zudem gegenseitig die Verantwortung für die Gewalt im Irak zu [→ Irak (Aufständische); Irak (al-Sadr-Gruppe)]. Zu Beginn des Jahres 2007 verweigert Iran den Inspektoren der IAEA die Einreise und lässt die 60-Tage-Frist, innerhalb derer es die Urananreicherung hätte stoppen sollen, verstreichen. Im März verabschiedet der UN-Sicherheitsrat(UNSC) die von Großbritannien, Frankreich und Deutschland eingebrachte Resolution 1747 gegen Iran, die sich auf Irans Atomprogramm bezieht und es ermöglicht, Vermögenswerte von Individuen, Institutionen und Firmen einzufrieren. Während Iran eine weitere 60-Tage-Frist ignoriert, erlaubt er den IAEA-Inspektoren die Besichtigung eines Atomkraftwerkes in Arak. Am 2. September gibt der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad bekannt, dass 3 000 Zentrifugen zur Urananreicherung in einem Atomkraftwerk installiert worden seien. Anfang November verständigen sich die ständigen Mitglieder des UNSC und Deutschland darauf, eine neue Resolution zu entwerfen, die weitere Sanktionen gegen den Iran beinhalten soll.

(hk)

Iran - VAE

Intensität: 2	Änderung: ↗	Beginn: 1970
Konfliktparteien:	Iran vs. VAE	
Konfliktgegenstände:	Territorium	

Der Konflikt um die Kontrolle dreier Inseln im Persischen Golf zwischen Iran und den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) eskaliert zu einem manifesten Konflikt. Am 1. Mai verhaften die VAE zwölf iranische Taucher vor der Küste einer der umstrittenen Inseln. Der iranische Präsident Mahmoud Ahmadinejad besucht am 13. Mai Scheich Chalifa und weitere führende Offizielle der VAE. Dies ist der erste Besuch einer iranischen Führungsperson seit Gründung der VAE im Jahre 1971. Vor dem Besuch sind die zwölf festgehaltenen iranischen Taucher als Zeichen des guten Willens freigelassen worden. Iran verhaftet am 27. Juni die Besatzung dreier Boote aus den VAE. Wegen illegalen Betretens iranischer Hoheitsgewässer und illegalem Fischfang werden 17 Inder und sechs Emirater festgenommen. Am 27. Oktober wiederholt Kronprinz Sultan Bin Abdulaziz, der saudiarabische Premierminister, die Haltung des Golf-Kooperationsrats, dass die drei von Iran besetzten Inseln zu den VAE gehören. (ptr)

Israel (Fatah - Hamas)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1994
Konfliktparteien:	Fatah vs. Hamas	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Regionale Vorherrschaft	

Der Konflikt um die regionale Vorherrschaft in den palästinensischen Gebieten zwischen der Palästinensischen Befreiungsbewegung (Fatah) und der Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas) dauert an. Der Machtkampf in der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) ist durch häufige, gewaltsame Zusammenstöße zwischen den beiden Gruppen gekennzeichnet; im Juni vertreibt die Hamas die Fatah aus dem Gazastreifen in die Westbank. Am 12. Dezember 2006 unterstützt das Komitee der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) vorzeitige Neuwahlen, um die aussichtslose Situation bei der Bildung einer neuen Regierung der nationalen Einheit zu beenden. Dieser Schritt wird jedoch von der Hamas abgelehnt. Am 27. Januar flammen erneut Kämpfe auf, bei denen trotz neu vereinbarter Waffenstillstandsabkommen binnen weniger Tage mehr als 50 Menschen ums Leben kommen. Am 9. Februar einigen sich Fatah und Hamas nach einem Treffen zur Wiederaufnahme von Verhandlungen in der heiligen Stadt Mekka, eine neue Regierung der nationalen Einheit zu bilden. Ein zentraler Punkt ist, Israel nicht explizit anzuerkennen. Daher boykottieren die USA und Israel die von der Hamas geführte Regierung. Zwischen dem 13. und 19. Mai kommt es zu erneuten Zusammenstößen zwischen den beiden Gruppen, bei denen in Gaza mindestens 50 Menschen sterben. Zusätzlich beginnen israelische Soldaten, radikale Palästinenser, die Raketen auf Israel [→ Israel (PNA, Fatah, Hamas/palästinensische Autonomiegebiete)] abschießen, anzugreifen. Ab dem 10. Juni liefern sich Hamas-Kämpfer und Fatah-Angehörige heftige Kämpfe um die Kontrolle wichtiger Gebäude und Einrichtungen in Gaza. Am 15. Juni besetzt die Hamas den Präsidentenpalast in Gaza-Stadt und übernimmt de facto die Kontrolle über Gaza. Einen Tag später stürmen Mitglieder der Fatah das von der Hamas kontrollierte palästinensische Parlamentsgebäude in Ramallah, in der Westbank. Über 100 Menschen kommen bei den Zusammenstößen ums Leben. Am 15. Juni entlässt der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas die von der Hamas geführte Koalitionsregierung von Ismail Haniya und ruft den Notstand aus. Er bildet eine neue Regierung in der Westbank mit Salam Fayyad als Premierminister. Israel versucht, die Hamas in Gaza zu isolieren, indem es politisch und finanziell die in der Westbank residierende moderate Regierung unterstützt. Die USA und die EU schließen sich dieser Strategie an. Am 24. Juni verkündet Israel die Freigabe von 350 Millionen US-Dollar an die neue palästinensische Regierung. Diese Summe stammt aus eingefrorenen Steuergeldern. Tausende Palästinenser protestieren am 31. August im Gazastreifen gegen die Hamas. Am 12. November werden bei einem Gedenkmarsch in Gaza anlässlich des dritten Todestages des Palästinenserführers Yassir Arafat sechs Menschen getötet. (hl)

Israel (Hisbollah)

Intensität: 2	Änderung: ↓	Beginn: 1982
Konfliktparteien:	Hisbollah vs. Israel	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Konflikt um die Orientierung des politischen Systems zwischen der von libanesischem Gebiet aus agierenden Hisbollah und Israel deeskaliert deutlich. Seit dem Rückzug israelischer Truppen aus dem Südlibanon im Oktober 2006 wird von keinen gewaltsamen Zusammenstößen berichtet. Das Schicksal zweier gefangenen israelischer Soldaten, deren Entführung den Krieg 2006 ausgelöst hatte, bleibt ungewiss [→ Israel - Libanon]. Am 9. Februar fangen palästinensische Behörden einen LKW mit Waffen für die Soldaten der Hisbollah ab. Die Hisbollah fordert die Rückgabe des LKWs und der Waffen. Am 15. Oktober tauschen Israel und die Hisbollah die sterblichen Überreste eines israelischen Zivilisten gegen einen Gefangenen und die Leichname zweier Kämpfer der Hisbollah aus. (hl)

Israel (PNA, al-Fatah, Hamas/Palästina)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1920
Konfliktparteien:	al-Fatah, Islamischer Dschihad, Hamas, PNA vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession, System/Ideologie, Ressourcen	

Der Konflikt zwischen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA) und der israelischen Regierung um die Gründung eines unabhängigen palästinensischen Staates dauert an. Am 15. November 2006 einigen sich beide Seiten auf ein Ende der Gewalt im Gazastreifen. Das Abkommen sieht sowohl ein Ende der Raketenangriffe auf Israel seitens radikaler Gruppen als auch das Ende israelischer Militäroperationen vor. Am 24. Dezember 2006 bewilligt Israel die Freigabe von 100 Millionen US-Dollar aus eingefrorenen palästinensischen Anlagen, sofern die Hamas davon nicht profitiert. Am 29. Januar tötet ein palästinensischer Selbstmordattentäter drei Israelis. Die Islamische Widerstandsbewegung (Hamas) und die Palästinensische Befreiungsbewegung (Fatah) unterzeichnen am 9. Februar ein Abkommen zur Gründung einer Regierung der nationalen Einheit. Als Reaktion darauf und mit Unterstützung der USA gibt Premierminister Ehud Olmert seine Weigerung bekannt, mit der neuen Regierung zusammen zu arbeiten, falls diese Israel nicht anerkennen sollte - eine zentrale Forderung, die die Hamas ablehnt. Nach andauernden Raketenangriffen auf israelisches Territorium führt Israel im Mai mehrere Angriffe auf Gaza und die Westbank durch. Am 17. Mai marschierten israelische Soldaten mit Panzern und Artillerie in Gaza ein. In den dreiwöchigen Kämpfen werden 50 Palästinenser getötet. Während dieser Militäroperation verhaftet Israel am 25. Mai mehr als 30 führende Hamas-Mitglieder, darunter auch den palästinensischen Erziehungsminister. Am 5. Juni schlägt das palästinensische Parlament einen Waffenstillstand vor, um den Raketenangriffen Einhalt zu gebieten. Dieser Vorschlag wird jedoch obsolet, da die Hamas mit militärischer Gewalt die Kontrolle über den Gazastreifen übernimmt. Daraufhin vereidigt der der Fatah angehörende palästinensische Präsident Mahmoud Ab-

bas am 17. Juni eine neue Notstandsregierung in der Westbank unter Premierminister Salam Fayyad, an der die Hamas nicht beteiligt ist [→ Israel (Fatah - Hamas)]. Am 26. Juni trifft sich das Nahost-Quartett, bestehend aus der EU, der UN, den USA und Russland, in Jerusalem, um die neue palästinensische Notstandsregierung zu unterstützen. Am 1. Juli überweist Israel 117 Millionen US-Dollar aus den o.g. Anlagen an die Notstandsregierung und entlässt am 20. Juli 250 palästinensische Gefangene. Seit der Übernahme der Kontrolle des Gazastreifens durch die Hamas kommt es regelmäßig zu Raketenangriffen auf Israel. Am 20. August werden bei einem israelischen Luftangriff sechs Hamas-Mitglieder getötet. Am 9. September werden 69 israelische Soldaten in ihrem Camp durch eine aus dem Gazastreifen abgefeuerte Rakete verletzt. Später im selben Monat erklärt Israel den Gazastreifen zum feindlichen Gebiet und stellt die Elektrizitäts- und Öllieferungen ein. Am 27. November beginnt in Annapolis eine von den USA organisierte zweitägige Konferenz zur Wiederaufnahme des Friedensprozesses. Bei der Konferenz geht es um ungelöste Streitfragen wie die Grenzen Israels, den neuen palästinensischen Staat, Jerusalem, die israelischen Siedlungen sowie palästinensische Flüchtlinge. Die Parteien setzen den Dezember 2008 als Ende der Frist für eine Einigung. Während Saudi-Arabien und Syrien zum ersten Mal an derartigen Gesprächen teilnehmen, ist Hamas nicht eingeladen. Am 1. Dezember werden bei einem israelischen Luftangriff östlich von Khan Younis im südlichen Gazastreifen fünf Hamas-Kämpfer getötet und drei Personen verletzt. Dieser Angriff erhöht die Zahl der Toten im Gazastreifen seit Beginn der Gespräche in Annapolis auf elf. (hl)

Israel - Libanon

Intensität: 3	Änderung: ▾	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	Israel vs. Libanon	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen Israel und Libanon um internationale Macht und das Gebiet der Schebaa-Farmen deeskaliert. Nach dem Inkrafttreten der UN-Resolution 1701 zieht Israel seine Truppen im August 2006 aus dem libanesischen Gebiet ab und beendet seine Militäroperationen gegen die von Libanon aus agierende Hisbollah [→ Israel (Hisbollah)]. Trotz der Entsendung von UNIFIL-Truppen, die die Einhaltung der Resolution überwachen sollen, intensiviert Israel seine militärischen Flüge über die libanesischen Grenze hinweg. Da Libanon mehrere Zwischenfälle als Grenzverstöße einstuft, liefern die Konfliktparteien sich mehrere Schusswechsel in der Grenzregion. Beispielsweise eröffnen libanesischen Truppen das Feuer, als eine israelische Planierdraht einen Sicherheitszaun nahe dem israelischen Dorf Avivim überrollt, worauf Israel ebenfalls mit Schüssen antwortet. Am 21. Februar feuert Libanon Luftabwehrgeschosse gegen israelische Kampfpiloten ab, die in den libanesischen Luftraum eingedrungen waren. Im März treffen sich Vertreter der UNIFIL, Israels und des Libanon zu einem Dreiergipfel, um eine weitere Eskalation der Gewalt zu verhindern und die Durchsetzung der UN-

Resolution 1707 zu besprechen. Die Grenzüberschreitungen und Schusswechsel dauern jedoch an. (tz, ho)

Jemen (Bewegung Gläubiger Jugendlicher)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 2004
Konfliktparteien:	Bewegung Gläubiger Jugendlicher vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie	

Der Systemkonflikt zwischen der verbotenen Bewegung Gläubiger Jugendlicher, die die jemenitische Regierung durch eine islamische Theokratie ersetzen möchte, und der Regierung dauert auf der Stufe einer Krise an. Während die Mehrheit der jemenitischen Bevölkerung sunnitischen Glaubens ist, besteht die Bewegung Gläubiger Jugendlicher aus schiitischen Extremisten. Am 18. Januar müssen 45 jüdische Dorfbewohner vor maskierten bewaffneten Anhängern der Bewegung fliehen. Bei einem Angriff schiitischer Rebellen werden am 28. Januar in Nordjemen sechs Soldaten getötet und weitere 20 verletzt. Der bekannte schiitische Rebellenführer Abel Malek al-Houti führt die Anschläge auf Militärstützpunkte und Polizeieinrichtungen in der Provinz Saada an. Anfang Februar kommen bei Kämpfen in Nordjemen mindestens 80 Rebellen und 40 Soldaten ums Leben. Schiitische Rebellen töten am 26. März bei einem Angriff auf eine religiöse Schule in einer Unruheprovinz zwei ausländische Studenten. Am 7. April verüben Unbekannte ein Bombenanschlag auf eine Moschee in Nordjemen. Dabei werden etwa 30 Menschen verletzt. Die jemenitische Polizei verhaftet einen Mann, der angeblich für die Anschläge verantwortlich ist. Zwei Attentäter hatten bei dem Angriff während des Freitagsgebetes eine Moschee gestürmt und die Betenden mit Benzin übergossen, bevor sie sie anzündeten. Am 16. Juni stimmen die schiitischen Rebellen einem von der Regierung vorgeschlagenen Waffenstillstand zu, der die Gewalt beenden soll. Am 2. Juli werden bei einem Selbstmordanschlag auf einen Touristenkonvoi neun Menschen getötet. Sieben spanische Touristen und mindestens zwei Jemeniten sterben bei der Explosion am Tempel der Königin von Saaba in Marib. Dieser Angriff zählt zu den schlimmsten im Lande seit dem Jahr 2000. (im)

Libanon (Hisbollah, Fatah al-Islam)

Intensität: 4	Änderung: ↗	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	Hisbollah, Fatah al-Islam vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt um die Orientierung des politischen Systems und nationale Macht zwischen der Hisbollah, der Fatah al-Islam und der Regierung dauert an. Anfang Dezember 2006 versammeln sich hunderttausende Anhänger der Hisbollah und deren pro-syrischen Verbündeten zu einer Massenkundgebung in der Hauptstadt Beirut. Mehrere tausend Menschen campieren vor dem Büro von Premierminister Fouad Siniora. Am 19. Mai stoßen libanesischen Truppen mit islamistischen Rebellen der Fatah al-Islam in Tripolis zusammen. Dabei sterben jeweils mehr als 20 Soldaten und Rebellen sowie eine unbekannte Anzahl Zivilisten. Ende 2006 spaltet sich die von Shaker al-Abssi angeführte Fatah al-

Islam von der palästinensischen Fatah al-Intifada ab. Sie hat ihre Basis in dem palästinensischen Flüchtlingslager Nahr al-Bared. Am 22. Mai wird Nahr al-Bared von der libanesischen Armee umstellt und mit Artillerie und Panzern angegriffen. Allein während der ersten drei Tage sterben mehr als 80 Menschen. Die Belagerung dauert 105 Tage und endet mit dem Sturm des Lagers am 2. September. Bei den Kämpfen sterben fast 400 Soldaten und Rebellen, und mehr als 40 000 Menschen werden durch den schwersten Gewaltausbruch seit Ende des libanesischen Bürgerkrieges zur Flucht gezwungen. Am 3. Juni brechen erneut Kämpfe zwischen Soldaten und Rebellen in einem palästinensischen Flüchtlingslager aus, diesmal in Ain al-Hilweh. Zwei Tage später veröffentlicht die UN einen dringenden Appell, den schätzungsweise insgesamt 27 000 Palästinensern, die aus dem Lager fliehen mussten, zu helfen. Am selben Tag werden zwei libanesische Mitarbeiter des Roten Kreuzes bei der Evakuierung von Flüchtlingen getötet. Die libanesischen Behörden klagen am 5. August 20 Männer wegen des Verdachts auf Terrorismus in Verbindung mit ihrer mutmaßlichen Zugehörigkeit zur Fatah al-Islam an. Am 16. November drängt UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon das libanesisches Parlament, rechtzeitig einen neuen Präsidenten zu wählen. Am 24. November endet die Amtszeit des Präsidenten, ohne dass zuvor ein neuer Kandidat gewählt worden ist. Ein bitterer Machtkampf beginnt. Noch ehe der scheidende Präsident Emile Lahoud sein Amt abgibt erteilt er der Armee die Befugnis zur Kontrolle des Landes. Das libanesisches Parlament vertagt die Präsidentschaftswahlen auf den 7. Dezember. (ho)

Marokko (POLISARIO-Front/Westsahara)

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1975
Konfliktparteien:	POLISARIO-Front vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Sezession	

Der manifeste Konflikt zwischen der Volksfront zur Befreiung von Saguia el Hamra und Río de Oro (POLISARIO) und Marokko um die Abspaltung Westsaharas bleibt weiterhin ungelöst. Am 4. April verabschiedet der UN-Sicherheitsrat die Resolution 1754, in der er die beiden Parteien dazu aufruft, bedingungslose Gespräche abzuhalten. Die erste Verhandlungsrunde zwischen Repräsentanten beider Parteien wird bei einem Treffen in New York am 18. Juni geführt, bleibt aber ohne Ergebnisse. Am 11. August werden die Verhandlungen fortgesetzt. Die marokkanische Regierung schlägt eine beschränkte Autonomie für das Gebiet vor, die POLISARIO besteht auf einen Volksentscheid zur Selbstbestimmung. Am 15. August werden die Verhandlungen ergebnislos unterbrochen. Sie sollen weitergeführt werden, doch weder ein Datum noch ein Ort für ihre Wiederaufnahme wird festgelegt. Der UN-Sicherheitsrat verlängert am 31. Oktober die UN-Mission MINURSO um weitere sechs Monate. (sw)

Saudi Arabien (Islamisten)

Intensität: 3	Änderung: •	Beginn: 1990
Konfliktparteien:	Islamisten vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Nationale Macht	

Der Konflikt zwischen vermutlich zu al-Qaida gehörenden militanten Islamisten und der Regierung um nationale Macht und Ideologie wird weiterhin gewaltsam ausgetragen. Am 12. Dezember 2006 geben saudi-arabische Behörden bekannt, dass die Polizei in den letzten Monaten 136 mutmaßliche Islamisten verhaftet hat. Unter den Festgenommenen sind auch mutmaßliche al-Qaida-Mitglieder. Am 2. Februar werden vier französische Staatsbürger in der Nähe einer archaischen Stätte erschossen. Die saudischen Behörden stufen den Vorfall als einen Terrorakt radikaler Islamisten ein. Am 6. April töten Sicherheitskräfte einen der mutmaßlichen Mörder der Touristen. Er gehört zu den meistgesuchten islamistischen Terroristen in Saudi-Arabien. Am 27. April verhaften saudische Sicherheitskräfte bei mehreren Razzien 172 Terrorverdächtige, darunter auch Ausländer. Dabei beschlagnahmen sie auch eine große Anzahl an Waffen und Bargeld im Wert von über 32 Millionen US-Dollar. Die Behörden behaupten, Selbstmordanschläge aus der Luft auf Ö Raffinerien und Militärstützpunkte vereitelt zu haben. Am 28. November geben die Behörden die Festnahme von 208 mutmaßlichen Extremisten und al-Qaida Mitgliedern bekannt, die sowohl Attentate als auch einen Angriff auf eine weitere Ö Raffinerie geplant haben sollen. Die Festgenommenen stammen aus sechs Terrorzellen und sind über Monate hinweg in verschiedenen Landesteilen verhaftet worden. (hl)

Syrien - Israel

Intensität: 3	Änderung: ↗	Beginn: 1967
Konfliktparteien:	Syrien vs. Israel	
Konfliktgegenstände:	Territorium, Andere	

Der Konflikt zwischen Israel und Syrien um die Rückgabe der von Israel besetzten Golanhöhen eskaliert zu einer Krise. Während des Damaskusbesuches von Nancy Pelosi, der Sprecherin des US-Repräsentantenhauses, versichert ihr der syrische Präsident Bashar al-Assad am 4. April seine Bereitschaft zu einer Wiederaufnahme der Friedensgespräche mit Israel. Am 6. Juni bestätigt Israel, dass es vertrauliche Botschaften bezüglich der Wiederaufnahme der Friedensgespräche an Syrien versandt habe. Der israelische Premierminister Ehud Olmert drängt Syrien am 10. Juli zur Aufnahme direkter Friedensgespräche zwischen den beiden Ländern. Am 6. September eröffnet jedoch die syrische Luftabwehr das Feuer auf israelische Kampfflugzeuge, die in den syrischen Luftraum eingedrungen waren. Syrien legt am 12. September offiziell bei der UN Beschwerde gegen diesen Verstoß ein. Israel bestätigt am 2. Oktober, dass es eine syrische Militäreinrichtung angegriffen habe. Das Institut für Wissenschaft und Internationale Sicherheit veröffentlicht Bilder eines mutmaßlichen syrischen Atomreaktors im Bauzustand, der durch den israelischen Luftangriff zerstört worden ist. Am 24. November kündigt der syrische Abgeordnete Mohammed Habash an, dass sein Land "fast sicher" einen Vertreter

zur Friedenskonferenz nach Annapolis am 27. November schicken würde, da die USA klargestellt hatten, dass der Status der Golanhöhen auf der Agenda steht. (hl)

Syrien - Libanon

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1976
Konfliktparteien:	Syrien vs. Libanon	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Der manifeste Konflikt zwischen Syrien und dem Libanon um internationale Macht dauert unvermindert an. Der Libanon beschuldigt den syrischen Geheimdienst, der Drahtzieher der Anschläge auf libanesischen Politiker und Journalisten, die den syrischen Einfluss auf den Libanon kritisieren, zu sein. Syrien streitet jegliche Beteiligung ab. Am 6. Februar billigt der UN-Sicherheitsrat das Vorhaben der libanesischen Regierung, einen internationalen Gerichtshof zur Verurteilung der Verdächtigen an der Ermordung des ehemaligen libanesischen Premierministers Rafik Hariri im Jahre 2005 zu errichten. Die Ratifizierung des Entwurfs scheitert jedoch an den Rivalitäten der verschiedenen religiösen Gruppen. Am 27. März verlängert der UN-Sicherheitsrat das Mandat der Kommission, die wegen der Ermordung Hariris ermittelt, um weitere 12 Monate. Der Sicherheitsrat billigt am 30. Mai die Schaffung eines Gerichtshofs, vor dem sich die Verdächtigen im Mordfall Hariri und weiteren politisch motivierten Anschlägen verantworten sollen. Syrien kritisiert diese Entscheidung und streitet erneut jegliche Beteiligung an dem Anschlag ab. Am 10. Juni wird der Sondergerichtshof für den Libanon errichtet. Drei Tage später wird das anti-syrische Parlamentsmitglied Walid Eido zusammen mit neun weiteren Personen bei einem Bombenanschlag in der libanesischen Hauptstadt Beirut getötet. Syrien weist Anschuldigungen, es sei für diesen Angriff verantwortlich, zurück. Anfang August friert die US-Regierung die finanziellen Mittel von Personen ein, die verdächtigt werden, die libanesischen Regierung zu unterminieren. Am 19. September werden bei einer Bombenexplosion sieben Menschen getötet, darunter auch das anti-syrische Parlamentsmitglied Antoine Ghanem. Syrien weist erneut jegliche Beteiligung an dem Anschlag zurück. Am 30. Oktober verkündet der libanesischen Mehrheitsführer Saad al-Hariri, er wisse von syrischen Plänen, ihn und den gegenwärtigen Premierminister Fuad Siniora zu ermorden. Am nächsten Tag streitet die syrische Regierung ab, derartige Absichten zu verfolgen. (kv)

Syrien - USA

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 2003
Konfliktparteien:	Syrien vs. USA	
Konfliktgegenstände:	System/Ideologie, Internationale Macht	

Der manifeste Konflikt zwischen Syrien und den USA um Rüstungsfragen und den US-amerikanischen Einfluss auf den Libanon dauert an. Die USA beschuldigen Syrien, den Libanon systematisch zu destabilisieren und verlangen von Syrien, bei dem UN-Ermittlungsverfahren bezüglich des tödlichen Attentats auf den ehemaligen libanesischen Premierminister Rafik Hariri im Jahre 2005 zu kooperieren. Syrien hat von Anbeginn jegliche

Beteiligung an dem Attentat abgestritten. Am 12. März ruft Syrien die USA zu einem Dialog über sämtliche Angelegenheiten im Zusammenhang mit dem Mittleren Osten auf. Am 3. August veranlassen die USA die Einfrierung von Konten aller Personen und Institutionen, die verdächtigt werden, den Libanon zu destabilisieren. Am 24. November gibt Syrien seine Absicht bekannt, einen Landesvertreter zu der am 27. November stattfindenden Friedenskonferenz in Annapolis (USA) zu entsenden [→ Syrien - Israel; Israel (PNA, Fatah, Hamas/Palästinensische Autonomiegebiete)]. (hl)

Türkei (PKK/KONGRA-GEL/Kurdengebiete)

Intensität: 4	Änderung: •	Beginn: 1920
Konfliktparteien:	PKK/KONGRA-GEL vs. Regierung	
Konfliktgegenstände:	Autonomie	

Die ernste Krise um Autonomie zwischen der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK/KONGRA-GEL) und der Regierung dauert an. Am 22. Mai kommen durch eine Bombenexplosion in der Nähe einer Bushaltestelle in Ankara mindestens sechs Menschen ums Leben, 100 werden verletzt. Weitere 14 Menschen werden bei einer Explosion am 10. Juni in Istanbul verletzt. Anfang August verlegt die Regierung 200 000 Soldaten an die Grenze zum kurdischen Nordirak. Die Türkei behauptet, kurdische Rebellen hätten auf irakischem Territorium Zuflucht gefunden. Im August werden durch Bombenexplosionen am Straßenrand nahe der Grenze mindestens ein Soldat und drei Zivilisten getötet und insgesamt etwa 30 Soldaten und Zivilisten verletzt. Zusätzlich sterben durch Kampfhandlungen etwa fünf Soldaten und 20 Rebellen der PKK/KONGRA-GEL. Am 24. August werden bei einer Explosion in Diyarbakir im Südosten der Türkei zehn Menschen getötet und weitere vier verletzt. Im selben Gebiet beginnt das Militär Mitte September eine Offensive gegen die Rebellen. Dabei werden 20 Rebellen und drei Soldaten getötet. Die Rebellengruppe bekennt sich zu einem Anschlag in Izmir, bei dem am 2. Oktober ein Mensch getötet und ein Dutzend weitere verletzt werden. Im selben Monat sterben bei türkischen Militäroperationen insgesamt 35 Soldaten und über 110 Rebellen. Nachdem die kurdischen Rebellen 13 türkische Soldaten in der Provinz Sirnak erschießen, billigt das Parlament am 18. Oktober eine militärische Intervention gegen die PKK/KONGRA-Gel im Nordirak [→ Türkei - Irak]. Am 21. Oktober werden bei einer Operation der PKK/KONGRA-GEL 17 Soldaten und mehr als 32 Rebellen getötet. Die PKK/KONGRA-GEL entführt acht Soldaten. Daraufhin greift die Armee Stellungen der Rebellengruppe im Grenzgebiet an, wobei 34 Menschen sterben. Am 16. November eröffnet die türkische Justiz ein Gerichtsverfahren gegen die pro-kurdische Demokratische Gesellschaftspartei (DTP), nachdem diese Autonomie für die südöstliche Region verlangt hat. Am 28. November autorisiert das türkische Kabinett die Armee zum Einmarsch in den Irak, um dort gegen die Rebellen vorzugehen. Am nächsten Tag nimmt die Armee eine Gruppe von etwa 50-60 Rebellen innerhalb des Iraks unter Feuer, südöstlich der türkischen Stadt Cukurca in der Provinz Hakkari. (dl)

Türkei - Irak

Intensität: 2	Änderung: •	Beginn: 1979
Konfliktparteien:	Türkei vs. Irak	
Konfliktgegenstände:	Internationale Macht	

Der Konflikt zwischen der Türkei und dem Irak um internationale Macht bleibt manifest. Im Juni sind hunderte irakische Kurden zur Flucht gezwungen, als 30 000 türkische Soldaten kurdische Kämpfer im irakischen Kurdistan angreifen [→ Türkei (PKK/KONGRA-GEL/Kurdengebiete)]. Im August werden 200 000 türkische Soldaten an die Grenze zum Irak verlegt. Am 7. August verständigen sich der irakische Premierminister Nouri Maliki und sein türkischer Amtskollege Recep Tayyip Erdogan auf die Bekämpfung der kurdischen Arbeiterpartei PKK/KONGRA-GEL im Irak. Am 28. August unterzeichnet das gemeinsame kurdische Parlament im Nordirak ein Memorandum, in dem es den Iran und die Türkei für die Bombardierung kurdischer Dörfer verurteilt [→ Iran - Irak; Iran (PJAK/Kurdengebiete)]. Die Türkei

und der Irak unterzeichnen am 28. September einen Anti-Terror-Vertrag, der den türkischen Truppen jedoch nicht erlaubt, bei ihrem Kampf gegen die PKK/KONGRA-GEL die Grenze zum Irak zu überschreiten. Die türkische Regierung behauptet, 4 000 PKK/KONGRA-GEL-Mitglieder operierten von irakischem Territorium aus. Am 18. Oktober genehmigt das türkische Parlament ein militärisches Vorgehen gegen die PKK/KONGRA-GEL im Nordirak. Erdogan ruft den Irak auf, die Büros und Camps der PKK/KONGRA-GEL im Nordirak zu schließen und ihre militärischen Führer an die Türkei auszuliefern. Der US-amerikanische Präsident George W. Bush versichert am 22. Oktober der Türkei, Druck auf den Irak auszuüben, um zu erreichen dass dieser die Angriffe der kurdischen Rebellen stoppt, um eine Destabilisierung des irakischen Kurdistan zu verhindern. Am 28. November autorisiert das türkische Kabinett das Militär, in den Norden Iraks einzudringen, um die Rebellen der PKK/KONGRA-GEL zu bekämpfen. (dl)

CONIS

Die Datenbank CONIS enthält die Daten, auf denen das Konfliktbarometer basiert. CONIS enthält Informationen über alle Formen inter- und innerstaatlicher politischer Konflikte von 1945 bis heute. Mit über 12.000 Jahreskonfliktdaten zielt die Datenbank darauf, die Dynamiken von Konflikt und Krieg zu begreifen. CONIS wurde auf der Grundlage von KOSIMO im Zuge zweier durch die EU co-finanzierten Forschungsprojekte in Zusammenarbeit mit dem HIIK entwickelt. Mehr Informationen über CONIS, das Daten über betroffene Länder, Konfliktparteien, Konfliktgegenstände und jährliche Intensitäten umfaßt, können unter www.conis.uni-hd.de abgerufen werden.

unterstützt von:

www.city-druck.de
CITY-DRUCK
HEIDELBERG

gesponsored durch:



Impressum

Herausgeber: HIIK - HEIDELBERGER INSTITUT FÜR INTERNATIONALE KONFLIKTFORSCHUNG
am Institut für Politische Wissenschaften, Universität Heidelberg, Marstallstrasse 6, D-69117 Heidelberg

Autoren (Gruppenleiter sind kursiv abgedruckt):

Europa: *Alan Götz (aog), Anne Lübbbers (al)*, Jana Banis (jb), Janine Conrad (jc), Stefan Dobler (sd), Marius Gehrman (mag), Anja Geyer (ag), Sebastian Haag (sh), Alexander Jossifidis (aj), Marion Kipiani (mak), Lukasz Kowalczyk (luk), Thomas Laux (tl), Larisa Okhotina (lo), Velina Rudarska (vl), Julia Rückert (jrt), Katja Wezel (kw)

Afrika südlich der Sahara: *David Epp (de), Steffen Kassner (sk), Heidrun Lotta Mayer (hlm), Rüdiger Schwarz (rs)*, Adrian Boos (ab), Thimna Bunte (tb), Peer Böhrnsen (pb), Philmon Ghirmai (pg), Norman Günther (ng), Laura Hauke (lh), Melina Heinrich (mh), Annette Kappler (kaa), Judith Kindinger (jk), Julia Kronberg (jk), Martin Lentzen (ml), Naima Mbarki (nm), Benjamin Rebenich (br), Benjamin Werner (bw), Rosemarie Zenker (rz)

Amerika: *Jens Hofmann (jjh), Friedemann J. Schirrmeister (fs), Konstantin Witschel (eg)*, Cletus Gregor Barié (cgb), Lukas Cladders (lc), Eva Gutjahr (kow), Johannes Heckmann (jh), Michael Kirchmayer (mmk), Michael Männel (mgm), Sarah Poulet (sp), Christoph Rehm (cr), Marianne Schlestein (ms)

Asien und Ozeanien: *Christoph Trinn (ct), Thomas Wencker (thw)*, Christoph Bertolo (cb), Andreea Cristea (ac), Jan Deuter (jd), Stefan Diederich (sdi), Yolanda Fernández (yf), Dominik Frommherz (df), Stephan Giersdorf (sg), Florian Hauschild (fh), Jens Hofmann (jjh), Dominik Imhof (di), Annette Kappler (kaa), Benjamin Krug (bk), Martin Lentzen (ml), Gregor Pawlowski (gp), Julia Poerting (jp), Kerstin Pröbstel (kep), Andre Rapp (ar), Nikolaus Rentrop (nr), David Rösch (dar), Pascal Sadaune (ps), David Schenke (ds), René Schlee (rs), Caja Schleich (cs), Suat Selcuk (sus)

Vorderer und Mittlerer Orient: *Suat Selcuk (sus), Silke Zaulig (sz)*, Daniel Braner (db), Michaela Böttner (mb), Morten Edzards (me), Michael Hehn (MH), Imme Karbach (im), Hanna Klein (hk), Hendrick Lehmann (hl), Daniela Leitner (dl), Sebastian Lingsch (sl), Holger Oswald (ho), Julia Rückert (jrt), Tobias Selge (ts), Philipp Trein (ptr), Tuba Tuncer (tt), Klaus Frederik Vettel (kv), Sebastian Wieland (sw), Thomas Zaelke (tz), Khaled Znaidi (khz)

Redaktion: Peer Böhrnsen, David Epp, Alan Götz, Jens Hoffmann, Pamela Jawad, Imme Karbach, Steffen Kassner, Anne Lübbbers, Heidrun Lotta Mayer, Holger Oswald, Friedemann J. Schirrmeister, Rüdiger Schwarz, Suat Selcuk, Christoph Trinn, Thomas Wencker, Konstantin Witschel, Silke Zaulig

Datenbank und Statistische Analyse: Julian-G. Albert, Lars Scheithauer, Nicolas Schwank

Layout: Julian-G. Albert, Lars Scheithauer

Konzeptionalisierung: Pamela Jawad, Nicolas Schwank

Gesamtleitung: Pamela Jawad, Heidrun Lotta Mayer

Wir danken allen externen Korrekturlesern dieser Ausgabe für ihre Hilfe und ihre hochgeschätzten Anmerkungen.

**Heidelberger Institut für
Internationale Konfliktforschung**

am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

**Marstallstrasse 6
69117 Heidelberg
Germany
eMail: info@hiik.de
tel: +49 (6221) 54 31 98
fax: +49 (6221) 54 28 96**

www.KONFLIKTBAROMETER.de

ISSN 1616-931X

10 €